

### III. Vom Bau der Berliner Mauer 1961 bis zur Unterzeichnung der Ostverträge 1970/73 – Die 1960er Jahre

#### 1. Situation im Staatssicherheitsdienst nach dem 13. August 1961

Kurz nach der Grenzschließung in Berlin am 13. August 1961 gab die Zentrale des Staatssicherheitsministeriums am 1. September 1961 eine Direktive an ihre MfS-Bezirksverwaltungen zur „operativen Abwehrarbeit“ gegen den Einfluß der bundesdeutschen Vertriebenenverbände in der DDR heraus.<sup>1</sup> Die Aufgaben ließen sich in drei großen Komplexen zusammenfassen:

1. Erfassung sämtlicher „Umsiedler“, die „bisher an Revanchistentreffen in Westberlin und Westdeutschland teilgenommen hatten“ und die in „brieflicher Verbindung mit den Landsmannschaften und deren Gliederungen stehen“ oder die „negativ über die Oder-Neiße-Friedensgrenze und andere Umsiedlerprobleme diskutieren“ in der sogenannten Kerbblockkartei<sup>2,3</sup>

2. Registrieren jeder „Umsiedler“-Konzentration in einzelnen Bezirken; „Absicherung der Konzentrationen durch Inoffizielle Mitarbeiter“ und geheimdienstliche Bearbeitung von negativ in Erscheinung tretenden „ehemaligen Umsiedlern“.<sup>4</sup>

3. Intensivierung der Geheimdienstarbeit hinsichtlich der Erkenntnisgewinnung über Aufgaben, Struktur und Personal der Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen in der Bundesrepublik; Erstellung von Dossiers über Vertriebenenfunktionäre und Vertriebenenorganisationen; Anwerbung von „Personen, die eine Perspektive als „Inoffizielle Mitarbeiter“ bieten.<sup>5</sup>

Für die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes auf Bezirks- und Kreisebene bedeutete diese Direktive, „die noch immer vorhandene Unterschätzung des westdeutschen Revanchismus“ und der Bearbeitung der ehemaligen Umsiedler“ in der DDR zu überwinden sowie einen regelmäßigen Informationsaustausch zwischen den einzelnen Abteilungen zu gewährleisten. Einmal monatlich hatte von nun an auf der MfS-Kreis- und Bezirksebene eine Arbeitsauswertung zum Sachgebiet „ehemalige Um-

<sup>1</sup> Vgl. Direktive zur Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion unter Berücksichtigung des Einflusses des Revanchismus – ausgehend vom „Bund der Vertriebenen“, 1. September 1961, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 254, Bl. 76–79.

<sup>2</sup> Kerbblockkartei (KLK) – Datenträger zur Erfassung, Speicherung „operativ bedeutsamer“ Informationen auf der Grundlage eines Schlüsselplanes in Form einer Personenkartei und einer Delikt-kartei (später auch einer Personenkartei für die BRD und einer Kfz-Kartei). Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 51.

<sup>3</sup> Direktive zur Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion unter Berücksichtigung des Einflusses des Revanchismus – ausgehend vom „Bund der Vertriebenen“, 1. September 1961, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 254, Bl. 77.

<sup>4</sup> Ebenda, Bl. 77, 78.

<sup>5</sup> Ebenda, Bl. 78.

siedler“ zu erfolgen.<sup>6</sup> Die unter 1. und 2. genannten MfS-Arbeitskomplexe bezogen sich auf die Kontrolle und Bekämpfung der „Umsiedler“gruppen und ihre möglichen Aktivitäten in der DDR bzw. auf landsmannschaftlich begründete Kontakte zwischen „Umsiedlern“ in der DDR und Vertriebenen in der Bundesrepublik. Die Bezirksverwaltungen des Staatssicherheitsdienstes erstellten bis Mitte der 1960er Jahre namentliche Listen von „Umsiedlern“, die an Vertriebenentreffen in West-Berlin bzw. in der Bundesrepublik teilgenommen hatten und nach 1961 Brief- bzw. weiterhin persönliche Kontakte zu Vertriebenenorganisationen unterhielten. Da die nach 1961 fortbestehenden, von der Größenordnung unbedeutenden persönlichen Kontakte<sup>7</sup> von „ehemaligen Umsiedlern“ zu organisierten Vertriebenen in West-Berlin und Westdeutschland verwandtschaftlicher Art waren bzw. von älteren „Umsiedlern“ unterhalten wurden, beließ es die Staatssicherheit im allgemeinen bei der Beobachtung und Kontrolle der Verbindungen. Der DDR-Repressionsapparat ging in der Regel nicht polizeilich bzw. juristisch gegen diese „Umsiedler“ vor. 1965 kamen die MfS-Bezirksverwaltungen zu der glaubhaften Bilanz, daß in ihren jeweiligen Bezirken „der Einfluß der revanchistischen Landsmannschaften Westdeutschlands keine umfassende Wirksamkeit“ hat. SED und MfS hatten Mitte der 1960er Jahre ausreichende Kontrolle über ihre „ehemaligen Umsiedler“.<sup>8</sup> Es ging keine politische Gefahr von sogenannten Umsiedlerkonzentrationen, Umsiedlertreffen oder Kontakten von „Umsiedlern“ zu Vertriebenen in der Bundesrepublik aus. Die innere politische Stabilität der DDR war durch diese spezifische Bevölkerungsgruppe nicht gefährdet. Im Laufe der 1960er Jahre war eine weitgehende wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen in die DDR-Gesellschaft erfolgt. Dazu beigetragen hatten einerseits die repressiven Maßnahmen zur Unterdrückung der Kommunikations- und Selbstorganisationsbestrebungen unter den „Umsiedlern“ sowie andererseits die staatlichen Angebote von Integrations- und Aufstiegschancen für die jüngere Vertriebenengeneration. Mit dem größer werdenden zeitlichem Abstand zum Vertreibungsgeschehen trat ein Verdrängen- und Vergessenwollen ein, welches die Eingliederung der „ehemaligen Umsiedler“ in die Gesellschaft erleichterte. Mitte der 1960er Jahre war unter den Vertriebenen in der DDR weder der Status noch das Bewußtsein einer Sondergruppe zu erkennen.<sup>9</sup>

In den Mittelpunkt der MfS-Arbeit auf dem Sachgebiet „Umsiedler, Landsmannschaften, Bund der Vertriebenen“ rückte das Aufgabenfeld 3, die Beobachtung und

<sup>6</sup> Vgl. ebenda, Bl. 78, 79.

<sup>7</sup> Die MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg hatte 1962 von rund 400 „Umsiedlern“ namentliche Kenntnis, die aktuelle Kontakte zu Landsmannschaften in der Bundesrepublik unterhielten.

<sup>8</sup> Vgl. Analyse auf dem Sachgebiet Umsiedler und Landsmannschaften im Bezirk Neubrandenburg, 20. Dezember 1961, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 234, Bl. 69–86; Schwerpunkte auf der Linie Revanchismus im Bezirk Neubrandenburg, 7. Dezember 1962, in: ebenda, Bl. 135–140; MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg: Landsmannschaften und ihre Einrichtungen, 19. Juni 1965, in: ebenda, Abteilung XX 231, Bl. 76–98; Revanchistische Landsmannschaften und ihre Einrichtungen, 26. Juni 1965, in: ebenda, MfS BV Neubrandenburg 235, Bl. 76–81; Übersicht über die feindliche Tätigkeit der revanchistischen LM und ihrer Einrichtungen, Rostock, 17. Juni 1965, in: BStU MfS BV Rostock Rep. 2/112, Bl. 396–398.

<sup>9</sup> Vgl. Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 77–82.

Analyse der „feindlichen Tätigkeit der revanchistischen Vertriebenenorganisationen und ihrer Einrichtungen“ in West-Berlin und in Westdeutschland. Die Sichtweise der Ministeriumsmitarbeiter für Staatssicherheit auf die Vertriebenenverbände und ihre Funktionäre war während der 1950er Jahre geprägt von Pauschalisierungen und groben Vereinfachungen. So hieß es 1959 noch: Die Vorstände der „Landsmannschaften setzen sich in der Regel aus ehemaligen Faschisten, enteigneten Kapitalisten und Junkern, Geschäftsleuten, Lehrern, Künstlern und Juristen zusammen.“<sup>10</sup> Es hat den Anschein, daß ab den 1960er Jahren das MfS vermehrt Fakten sammelte, um detailliertere Analysen über die Landsmannschaften, den Bund der Vertriebenen und ihre Führungsfunktionäre zu erhalten. Bei allen Analysen und Einschätzungen bewegten sich die SED-Mitarbeiter im Staatssicherheitsapparat in ihren engen kommunistischen ideologischen Grenzen. Sie waren extrem parteiisch, aber sie sammelten Fakten, Aussagen, Programme und Stellungnahmen über bzw. von den Vertriebenenverbänden, um ihre geheimdienstlichen Maßnahmen und öffentliche Propaganda auf eine gesicherte, wirksamere und breitere empirische Grundlage zu stellen. Obwohl die Vertriebenenlandesverbände in West-Berlin immer einen Schwerpunkt in der MfS-Bearbeitung bildeten, verlagerte sich das Interesse stärker auf die Zentrale der organisierten Vertriebenen, auf den Bund der Vertriebenen in Bonn bzw. auf die jeweiligen Zentralen der Landsmannschaften<sup>11</sup>. Auch innerhalb des Staatssicherheitsapparates war nicht mehr vorrangig die MfS-Bezirksverwaltung von Ost-Berlin, sondern die MfS-Zentrale, seit den 1960er Jahren die Hauptabteilung XX bzw. die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, mit der „Bearbeitung“ der „Umsiedler und Revanchistenverbände“ befaßt.

Die Politik der SED-Führung bezüglich Westdeutschlands, genannt Deutschlandpolitik, umfaßte als strategisches Ziel, die Bundesrepublik zu destabilisieren, eine revolutionäre Umwälzung herbeizuführen und die Wiedervereinigung Deutschlands zu östlichen Bedingungen zu befördern. In der politischen Praxis verschoben sich die Prioritäten seit dem Beginn der 1960er Jahre. Von nun an ging es bei der Einflußnahme auf die Bundesrepublik vor allem darum, die staatliche Anerkennung der DDR zu

<sup>10</sup> Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in West-Berlin und Westdeutschland, in: BStU MfS BV Rostock, Rep. 2/112, Bl. 381.

<sup>11</sup> Die Bundesgeschäftsstellen der Landsmannschaften befanden sich bzw. die Vorsitzenden der LM hießen: 1964: Deutsch-Baltische LM in Bonn, Vorsitz Georg Baron Manteuffel-Szoeg; LM Pommern in Hamburg, Vorsitz Oskar Eggert; LM Schlesien in Bonn, Vorsitz Erich Schellhaus; LM Oberschlesien in Frankfurt a.M., Sprecher Otto Ulitz; LM Ostpreußen in Hamburg, Sprecher Alfred Gille; LM Westpreußen in Lübeck, Sprecher Erik von Witzleben; Sudetendeutsche LM in München, Sprecher Rudolf Lodgman von Auen; Weichsel-Warthe LM in München, Sprecher Hans Koch; LM Karpatendeutsche/Slowakei in Stuttgart-Zuffenhausen, Sprecher Anton Birkner; LM Deutsche aus Jugoslawien in Stuttgart, Sprecher Franz Hamm; LM Buchenlanddeutsche in München, Vorsitz Jakob Jelinek; LM Siebenbürger Sachsen in München, Vorsitz Heinrich Zillich; LM Banater Schwaben/Rumänen in München, Vorsitz Anton Valentin; LM Deutsche aus Ungarn in München, Vorsitz Julius Leber; Bund der Danziger in Lübeck; LM Bessarabiendeutsche in Stuttgart, Sprecher Otto Brioneske; LM Rußlanddeutsche in Stuttgart, Sprecher J. Schleunig; LM Dobrudschaendeutsche in Stuttgart, Sprecher Otto Brioneske. Vgl. Analyse über revanchistische Tätigkeit, 24. Januar 1964, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 335, 336.

befördern.<sup>12</sup> Je näher die SED aber diesem Ziel kam, um so energischer agierte sie, die historischen, kulturellen, verwandtschaftlichen und politischen Westbindungen der DDR-Bevölkerung zu erschweren und zu unterbinden. Hierzu zählten auch die deutsch-deutschen Kontakte, die auf der geographischen Herkunft, auf landsmannschaftlichen Zusammenhalt basierten. Die DDR verstand sich seit ihrer Gründung als politischer Gegenentwurf zur Bundesrepublik, die DDR präsentierte sich als der „bessere, konsequent antifaschistische deutsche Staat“. Mitte der 1950er Jahre wurde bereits erkennbar, daß die DDR der Bundesrepublik ökonomisch hoffnungslos unterlegen war. Auch war sie der Staat, der allenfalls von einem Teil seiner Bevölkerung akzeptiert wurde, während die Bundesrepublik einen breiten inneren demokratischen Konsens unter ihren Bürgern erzeugen konnte. Dies wiederum wirkte destabilisierend auf die DDR, da sich viele Ostdeutsche von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in Westdeutschland angezogen fühlten, was die millionenfache „Republikflucht“ bis 1961 sichtbar machte. Der Mauerbau 1961 und die „Neue Ostpolitik“ der sozial-liberalen Koalition in Bonn zwangen die DDR-Bevölkerung wie die Bundesrepublik, sich mit dem ostdeutschen Staat zu arrangieren. Mit dem Grundlagenvertrag von 1972 fanden beide Seiten ein vertraglich geregeltes Nebeneinander. Die Bundesrepublik akzeptierte die DDR als zweiten deutschen Staat, ohne ihn völkerrechtlich anzuerkennen. Die DDR mußte durch die nun anwachsenden deutsch-deutschen Kontakte ihre bis dahin betriebene Politik der strikten Abgrenzung aufgeben. Bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre sah die SED in der SPD einen Ansprechpartner für ihre Deutschlandpolitik. Den von Willy Brandt und Herbert Wehner forcierten Weg der SPD in die Regierung der „Großen Koalition“ (ab 1966) bezeichnete die SED-Spitze als Verrat der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse. Die von der SPD konzipierte „Neue Ostpolitik“ traf in Ost-Berlin einerseits auf scharfe Kritik, obwohl man andererseits die Möglichkeit erkannte, mit einer SPD-geführten Bundesregierung in einen staatlichen Dialog mit dem Ziel der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zu kommen.<sup>13</sup> Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre galten alle SED-Bemühungen der diplomatischen Anerkennung der DDR, der sich Ost-Berlin in den deutsch-deutschen Verhandlungen 1971/72 annäherte, die sie aber nicht erreichte. Mit der Unterzeichnung und Paraphierung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR am 8. November/21. Dezember 1972 erkannte Bonn die DDR staatlich, aber nicht völkerrechtlich an.<sup>14</sup> Ost-Berlin hatte in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die internationale Anerkennung erreicht. 1973 unterhielt die DDR zu 71 Staaten diplomatische Beziehungen, 1976 waren es 118 Staaten. Die DDR wurde wie die Bundesrepublik im September 1973 Mitglied der UNO.

Die grundlegenden politischen Ziele der ostdeutschen Landsmannschaften und des Dachverbandes Bund der Vertriebenen (BdV) bildeten für die SED-Führung einen Angriff auf die Existenz der DDR, auf die staatliche Souveränität des Landes und

<sup>12</sup> Vgl. Jochen Staadt, Westarbeit der SED, in: Lexikon des DDR-Sozialismus, S.685–689.

<sup>13</sup> Vgl. Detlef Nakath, Deutschlandpolitik, in: Die SED, S.305–318; Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S.24ff.; Detlef Nakath, Deutsch-deutsche Grundlagen, S.9ff.; Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S.233–248, 319–363.

<sup>14</sup> Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S.42.

auf ihren politischen Führungsanspruch. Der BdV verstand sich seit seiner Gründung als Avantgarde hinsichtlich der nationalen deutschen Frage. Dieser nationale Anspruch, das heißt die Grundprämissen der deutschland- bzw. ostpolitischen Überzeugungen des Bundes der Vertriebenen bis 1989, konnte in vier Punkten zusammengefaßt werden:

1. keine Anerkennung der DDR und kein Sonderstatus für West-Berlin,
2. keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze,
3. keine Annulierung des Münchener Abkommens und
4. friedliches Rückkehrrecht für die Vertriebenen in die alten ostdeutschen (bzw. Sudetendeutschen) Gebiete.

Die Vertriebenenverbände gehörten für die SED-Spitze und das MfS zu den Institutionen und Organisationen der Bundesrepublik, die sie als „Führungszentren der politisch-ideologischen Diversion“ bezeichneten und zu Recht der politischen Unterwanderung der DDR mit dem Ziel ihrer „Liquidierung“ bezichtigten.<sup>15</sup> Die SED stufte die Vertriebenenverbände daher als „Feindorganisationen“ ein und beauftragte seit den frühen 1950er Jahren das Ministerium für Staatssicherheit, diese unter Beobachtung und geheimdienstliche Bearbeitung zu stellen. Die SED interessierte sich für die Parteien, Verbände und Institutionen der Bundesrepublik, sofern sie ihnen größere Bedeutung beimaß, was im Fall der Vertriebenenverbände nachweislich so war. Eine MfS-Studie bescheinigte dem BdV und den Landsmannschaften, „eine der großen staatserhaltenden Organisationen in der Bundesrepublik bzw. ein wesentlicher Bestandteil des bürgerlichen Organisationssystems und damit ein maßgebliches Element der Massenbasis der imperialistischen Politik und Machtausübung“ zu sein. „Mit seinen 2,5 Millionen Mitgliedern spiele er [der BdV] – als zweitgrößte Organisation neben den Gewerkschaften – in der Innen- und Außenpolitik, besonders aber in der Deutschland- und Ostpolitik der BRD zu jeder Zeit eine dominierende Rolle.“<sup>16</sup> Die Aktivitäten der SED und ihres Staatssicherheitsdienstes gegen die Vertriebenenverbände waren Bestandteil der sogenannten SED- bzw. MfS-Westarbeit „im und nach dem Operationsgebiet West-Berlin und Bundesrepublik Deutschland“, wie es zeitgenössisch hieß. Das Wahrnehmungs- und Denkmuster gegenüber den Vertriebenenverbänden umfaßte Mitte der 1960er Jahren im SED-Sprachgebrauch folgende Argumentationen: „Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und im Potsdamer Abkommen 1945 wurden neue Grenzen in Europa festgelegt und Aussiedlungsmaßnahmen getroffen. Ziel der Alliierten war es, die imperialistische Wühlarbeit in den Nachbarländern Deutschlands auszuschalten, diese Länder für die ungeheuren Verluste im Krieg zu entschädigen und stabile Grenzen zu schaffen. [...] Zu den Opfern des Hitler-Krieges zählten auch Millionen Deutsche aus den ehemaligen Ostprovinzen Deutschlands und aus Gebieten außerhalb Deutschlands, die ihre Heimat aufgrund von Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition verlassen mußten, zu Umsied-

<sup>15</sup> Vgl. MfS-Dossier über die Zentren der politisch-ideologischen Diversion in Westberlin und Westdeutschland gegen die DDR, 1964/65, BStU ZA MfS HA XX/1 123.

<sup>16</sup> Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition, MfS-Ausarbeitung 1982 BStU ZA MfS ZKG 3520.

lern wurden und in die vier Besatzungszonen Deutschlands kamen. In der Sowjetischen Besatzungszone wurde alles unternommen, den Umsiedlern eine neue und gesicherte Existenz und Heimat zu geben. Von Anfang an erklärte man den Umsiedlern, daß für den Verlust der Heimat die Kriegs- und Vernichtungspolitik des deutschen Imperialismus verantwortlich war und es keine Rückkehr in die alte Heimat geben werde. Die Umsiedler wurden zu gleichberechtigten Bürgern des ersten deutschen Friedensstaates, der DDR. In ihr existieren keine revanchistischen Organisationen. Im Gegenteil, die DDR-Regierung erkannte offiziell die bestehenden Nachkriegsgrenzen an und unterhält freundschaftliche und friedliche Beziehungen zu ihren Nachbarvölkern im Osten und Südosten Europas. In Westdeutschland hingegen [...] drängt der wiedererstandene Imperialismus auf Grenzveränderungen. Die Bundesrepublik ist der einzige Staat in Europa, der Forderungen auf fremdes Staatsgebiet, auf Grenzen von 1937 erhebt. Die in Westdeutschland lebenden Umsiedler werden für diese revanchistische Politik mißbraucht. Unter ihnen wird unablässig die Illusion genährt, sie könnten eines Tages wieder in ihre alte Heimat zurückkehren. Die westdeutsche Regierung förderte die Bildung von Revanchistenverbänden, von sogenannten Landsmannschaften und dem ‚Bund der Vertriebenen‘. Diese Umsiedlerorganisationen Westdeutschlands gehören zum System staatlicher Einrichtungen, die zur Verwirklichung revanchistischer Politik aufgebaut wurden. Sie sollen alle ehemaligen Umsiedler und darüber hinaus möglichst die gesamte westdeutsche Bevölkerung für die Politik der Grenzrevision, der ‚Rückeroberung‘ verlorener Gebiete und für die Vorbereitung einer neuen Aggression gewinnen.“<sup>17</sup>

Als eine Art Ersatzlegitimation, innen- und außenpolitisch ausgerichtet, stellte die SED-Führung – wie bereits oben erwähnt – die DDR als „deutschen Friedensstaat“ und die Bundesrepublik als „Hort des Revanchismus“ hin. Ost-Berlin klagte zudem die Bundesrepublik öffentlich an, die europäischen Nachkriegsgrenzen, insbesondere die Oder-Neiße-Grenze, nicht anzuerkennen und Anspruch auf polnisches, sowjetisches und tschechoslowakisches Staatsgebiet zu erheben. Für diese „revanchistischen“ Politikziele, so die anhaltende SED-Argumentation, mißbrauchten die Bonner Regierung und die Vertriebenenverbände die Flüchtlinge und Vertriebenen. Die öffentlichen Aktionen der SED und die geheimdienstlichen Aktivitäten des MfS gegen die ostdeutschen Landsmannschaften und den Bund der Vertriebenen liefen zwischen 1961 und 1970/72 auf das Ziel hinaus, den Bonner Staat zu diskreditieren und international abzuwerten und die DDR entsprechend politisch aufzuwerten. Um diesem Ziel näherzukommen, widmete sich das Ministerium für Staatssicherheit zwei umfangreicheren Aufgabenfeldern auf dem Gebiet „Umsiedler und Revanchistenverbände“. Zum einen fertigte es relativ lückenlose Dokumentationen der personellen Zusammensetzung und strukturellen Gliederung des Bundes der Vertriebenen und der 20 ostdeutschen Landsmannschaften an. Dabei interessierte sich die Staatssicherheit

<sup>17</sup> Braumbuch, 1965, S. 280f.; vgl. auch Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „BdV – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“, 1. Juli 1989, in: BStU MfS AKG HA VIII 2053, Bl. 149–159; Heike Amos, Feindliche Organisationen: Die Sicht des MfS auf die Vertriebenenverbände der Bundesrepublik Deutschland, S. 22f.

vor allem für die politische Vergangenheit der Vertriebenenfunktionäre und Politiker in den Jahren vor 1945. Die SED inszenierte Propagandakampagnen, die mit geheimdienstlichen Mitteln vorbereitet wurden. In öffentlichkeitswirksamen und für die SED durchaus erfolgreichen Personenkampagnen, die sich gegen Vertriebenenpolitiker richteten – z.B. gegen Theodor Oberländer, er war Bundesvertriebenenminister von 1953–1960<sup>18</sup>, gegen Hans Krüger, er war BdV-Vorsitzender von 1958–1964 und Bundesvertriebenenminister 1963<sup>19</sup>, oder gegen Walter Becher, er war Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft zwischen 1968–1982<sup>20</sup> –, wurde die tatsächliche oder vermeintliche NS-Vergangenheit der Funktionäre thematisiert, um den „Revanchismus- und Neo-Faschismusvorwurf“ gegenüber den Vertriebenenverbänden und der Bundesrepublik insgesamt nachzuweisen.<sup>21</sup>

Zum zweiten großen Aufgabenbereich für das MfS wurde in den 1960er Jahren das Registrieren und Analysieren der veränderten Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik. Im Focus intensiver Beobachtung stand dabei die Bonner SPD. Diese machte sich ab 1962/63 zum Vorreiter einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik. Der SPD-Politiker Egon Bahr, Pressechef des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin, Willy Brandt (SPD), läutete ab 1963 mit dem Vorschlag, die „bisherigen Befreiungsvorstellungen“ gegenüber den Staaten Osteuropas zurückzustellen und durch Hinnahme des Status quo eine gegenseitige Annäherung der Blöcke mit „Wandel durch Annäherung“ zu erreichen, die „Neue Ostpolitik“ ein.<sup>22</sup> Die sozial-liberale Koalition in Bonn, ab 1969 unter Bundeskanzler Willy Brandt, brachte die „Neue Ostpolitik“ durch Vertragsabschlüsse mit Moskau (August 1970), Warschau (Dezember 1970), Prag (Juni/Dezember 1973) und Ost-Berlin (November/Dezember 1972) bis 1973 zu einem ersten Endpunkt. Diese Gewaltverzichts- und Grenzanerkennungsverträge bestätigten faktisch die Anerkennung des Status quo nach 1945 durch die

<sup>18</sup> Theodor Oberländer (1905–1998), Land- und Volkswirt, Teilnahme am „Hitlerputsch“ 1923 in München, frühes NSDAP-Mitglied; während des Zweiten Weltkrieges war er sowohl bei der ukrainischen Wehrmachtseinheit „Nachtigall“ als auch später beim Bataillon „Bergmann“ als Offizier eingesetzt, denen beide Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung nachgewiesen wurden. Nach 1945: Bundesvertriebenenminister, seit 1955 CDU-Mitglied. Jüngste detaillierte historische Forschungen ergaben, daß Oberländer als sogenannter Schreibtischstäter an Ermordungen der Zivilbevölkerung beteiligt war. Vgl. Philipp-Christian Wachs, *Der Fall Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*, Frankfurt/M. 2000, *passim*; auch in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor\\_Oberländer](http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Oberländer).

<sup>19</sup> Vgl. in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Hans\\_Krüger](http://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Krüger).

<sup>20</sup> Walter Becher (1912–2005), 1931/38 NSDAP, vor 1945 Redakteur des NS-Gauorgans „Die Zeit“ im sogenannten Reichsgau Sudetenland, 1950–1962 für den BHE im Bayerischen Landtag, wechselte zur CSU, für die er 1965–1980 im Deutschen Bundestag saß. Vgl. Walter Becher, *Zeitzeuge. Ein Lebensbericht*, München 1990, *passim*.

<sup>21</sup> Vgl. Heike Amos, *Feindliche Organisationen: Die Sicht des MfS auf die Vertriebenenverbände der Bundesrepublik Deutschland*, S. 30f.

<sup>22</sup> In der westdeutschen SPD-Führung ging man davon aus, daß die kommunistische Herrschaft in Osteuropa unter sowjetischer Hegemonie nicht beseitigt, wohl aber durch die Anerkennung der „Realitäten“ allmählich verändert werden könne. Um eine Wandlung in der DDR zu erreichen, solle Bonn durch „kleine Schritte“ der östlichen Seite entgegenkommen und so den DDR-Bürgern Erleichterungen verschaffen. Vgl. Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1969*, S. 81f.

Bundesrepublik in drei Punkten: 1. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze und somit de facto Anerkennung des Verlusts der Ostgebiete, 2. Hinnahme der Existenz der DDR als Staat und der deutschen Teilung, und 3. Akzeptanz der sowjetischen Hegemonie in Osteuropa.<sup>23</sup> Diese Komponenten der „Neuen Ostpolitik“ kratzten ganz erheblich an den nationalen deutschen Grundprämissen der ostdeutschen Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen. SED und MfS beobachteten und klärten ab, welche Stellung die Führungsgremien und Spitzenfunktionäre der Vertriebenenverbände zur „Neuen Ostpolitik“ und zu den Gesprächs- und Verhandlungsaktivitäten mit Moskau, Warschau, Prag und Ost-Berlin einnahmen bzw. ergriffen.

Eine dritte ständige Aufgabe des MfS auf der „Linie Umsiedler und Revanchistenverbände“ bestand in der Unterbindung der Einflußnahme der Vertriebenenverbände auf die „Umsiedler“ in der DDR.<sup>24</sup> Das Staatssicherheitsministerium war überzeugt, die Vertriebenenfunktionäre beabsichtigten mit ihrem Wirken und ihrer Propaganda, unter den DDR-„Umsiedlern“ „Feindschaft gegen die sozialistischen Länder UdSSR, ČSSR und Polen zu säen“, den Aufbau und die Entwicklung in den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu diffamieren, „Widersprüche zwischen der Politik der DDR und den Interessen der ehemaligen Umsiedler zu suggerieren“ und den „Prozeß des Einlebens der ehemaligen Umsiedler nachträglich noch zu stören“.<sup>25</sup> Im Juli 1965 konnten die verantwortlichen Funktionäre der MfS-Zentrale indes feststellen, „daß die Landsmannschaften durch ihre Tätigkeit in der DDR nicht massenwirksam werden konnten, [...] aber] ihre Wirksamkeit jedoch auch nicht unterschätzt“ werden dürfe.<sup>26</sup>

Bis Ende 1965 hatte eine Arbeitsgruppe von MfS-Mitarbeitern an der Juristischen Hochschule Potsdam<sup>27</sup> unter Mitarbeit von Offizieren der HV A und der MfS-Hauptabteilung XX ein umfangreiches Schulungs- und Arbeitsmaterial mit dem Titel „Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion“<sup>28</sup> zusammengestellt. Dieser 587 Seiten umfassende „Katalog“ faßte den Erkenntnis- und Ermittlungsstand der Staatssicherheit über alle jene Organe und Institutionen aus der Bundesrepublik und aus West-Berlin zusammen, die sie als „Zentren der politisch-ideologischen Diversion“ bezeichneten, die also, im MfS-Verständnis, mit „geeigneten Mitteln und Methoden [...] politische und ideologische Angriffe gegen die DDR organisieren und durchführen“.<sup>29</sup> Dieser „Katalog“ wurde in 800 Exemplaren ausgefertigt und allen Mitarbeitern der Zentrale bzw. der MfS-Bezirks- und Kreisdienststellen

<sup>23</sup> Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 39ff.

<sup>24</sup> Dieser Aspekt wird hier nur angedeutet, er ist schon beschrieben bei Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949–1990, S. 59–82, 211–220; Übersicht über die feindliche Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften gegen die DDR, Juli 1965, in: BStU MfS ZAIG 4625, Bl. 34–61.

<sup>25</sup> Übersicht über die feindliche Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften gegen die DDR, Juli 1965, in: BStU MfS ZAIG 4625, Bl. 40.

<sup>26</sup> Ebenda, Bl. 41.

<sup>27</sup> Die Juristische Hochschule Potsdam war seit 1951 eine Hochschule des MfS.

<sup>28</sup> Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS HA IX 14425, Bl. 1–588. (auch in: MfS BV Berlin Abteilung II 477, Teil 1/2).

<sup>29</sup> Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 304f.

zur Verfügung gestellt, die auf entsprechendem Gebiet tätig waren. Die mehr als 37 „Zentren der Diversion“, die Aufzählung war noch sehr unvollständig,<sup>30</sup> hatte man in elf Gruppen zusammengefaßt.<sup>31</sup> Unter Gruppe 7 rangierten die ostdeutschen Landsmannschaften und der Bund der Vertriebenen. Den „Zentren der Diversion“ im allgemeinen wie den Vertriebenenverbänden im besonderen wurde vorgeworfen, über sogenannte psychologische Waffen – politische Provokationen, Verbreitung von Falschinformationen – auf die Bevölkerung der DDR, insbesondere auf die Psyche der „Umsiedler“, einzuwirken, um sie gegen den Staat und die SED aufzubringen. Das „Ziel der herrschenden Kreise des westdeutschen Imperialismus“ gegenüber der DDR-Bevölkerung bestehe darin, so wörtlich in der Ausarbeitung, auf irgendeine Art und Weise das gesellschaftliche und das individuelle Bewußtsein, das Denken und Fühlen der Menschen in ihrem Interesse zu zersetzen und zu verändern. In deren Ergebnis soll sich das veränderte Denken der Menschen in solche Handlungen umschlagen, die sich gegen den sozialistischen Staat und die bestehende Gesellschaftsordnung richten.<sup>32</sup> Adressaten dieser „zielgerichteten psychologischen Angriffe“, hier durch die Vertriebenenverbände, seien die „ehemaligen Umsiedler in der DDR“ und ihre Angehörigen. „Mittels der ideologischen Unterwanderung [...] sei die sozialistische Entwicklung in der DDR [zu] stören und sollen die notwendigen Voraussetzungen für die Vorbereitung und Durchführung eines gewaltsamen Umsturzes geschaffen werden.“<sup>33</sup> Diesem Ziel diene, so die Erkenntnis der Staatssicherheit, die „neue Kontaktpolitik“, die westdeutsche Politiker und die Vertriebenenfunktionäre propagierten. Der Staatssicherheitsdienst glaubte zu wissen, daß die Vertriebenenverbände nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 begonnen hatten, ihre Taktik von der „plumpe[n], offene[n] und aggressiven Forderung nach Grenzrevisionen und Rückkehr der Vertriebenen in die alte Heimat“ zu einer deutsch-deutschen Kontaktpolitik „auf leisen Sohlen“ zu verändern.<sup>34</sup> Gerade über die „Kontakte auf den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wollen sie [die westdeutschen Politiker und Funktionäre], ihr ideologisches Gift in die Bevölkerung verspritzen.“<sup>35</sup> Mit dieser Beobachtung lagen die Mfs-Analytiker nicht ganz falsch. Die Funktionärsseite der Landsmannschaften und des BdV versuchten über eine deutsch-deutsche, landschaftlich begründete Kontaktpolitik, den Zusammenhalt zwischen den Vertriebenenvolksgruppen nicht abreißen zu lassen. Die Gruppenidentität „Vertriebener“, aufgegliedert nach Volksgruppen, sollte entgegen den SED-Zielstellungen erhalten bleiben, die Hoffnung auf eine friedliche Rückkehr in die alte Heimat nicht aufgegeben.

<sup>30</sup> Unter der Rubrik „Presse, Rundfunk und Fernsehen im Dienste der politisch-ideologischen Diversion“ standen bis dahin nur „Die Rundfunksender“ und „Informationsbüro West (IWE)“. Vgl. Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU Mfs HA XX/1 123, Bl. 7.

<sup>31</sup> Vgl. Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU Mfs BV Berlin Abteilung II 477, Teil 1/2, Bl. 2-19.

<sup>32</sup> Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU Mfs HA XX/1 123, Bl. 20, 21.

<sup>33</sup> Ebenda, Bl. 24.

<sup>34</sup> Vgl. ebenda, Bl. 1, 24.

<sup>35</sup> Ebenda.

ben werden. Die Vertriebenenverbände und ihre Funktionäre agierten gegen die Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR, die SED-Herrschaft und die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze.

Auf knapp 25 Seiten referierten die MfS-Bearbeiter im „Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion“ nüchtern und faktenreich über die Entwicklung, Struktur, Finanzierung des Bundes der Vertriebenen und der ostdeutschen Landsmannschaften.<sup>36</sup> Als maßgebliche Politiker der Vertriebenenorganisationen benannten die Bearbeiter Theodor Oberländer, Hans Krüger, Hans Christoph Seeböhm<sup>37</sup>, Erich Schellhaus<sup>38</sup> und Wenzel Jaksch<sup>39</sup>, ohne ihre politische Vita näher vorzustellen bzw. zu kommentieren.<sup>40</sup> Die Präsidentschaft des Bundes der Vertriebenen hatte bis Januar 1964 der umstrittene, NS-belastete Politiker Hans Krüger (CDU) inne. Ihm folgte auf diesem Posten der SPD-Politiker und in Westdeutschland anerkannte NS-Gegner Wenzel Jaksch. Weder Krüger noch Jaksch und ihre vertriebenenpolitischen Vorstellungen wurden im „Katalog“ näher charakterisiert. Den BdV, als formal-juristisch selbständiger Verein benannt, stellte man als Dachverband der Vertriebenen mit seinem Hauptsitz in Bonn, Kölnstraße, vor. In dieser Bundesgeschäftsstelle des BdV seien zirka 30 hauptamtliche Bedienstete tätig. Über den jährlichen Etat des BdV konnten die Staatssicherheitsbediensteten keine Auskunft geben. Finanzmittel kämen jedoch von zwei Bundesministerien, dem für Vertriebene und dem für Gesamtdeutsche Fragen, von den Länderregierungen, aus den Haushalten großer westdeutscher Städte, von einflußreichen Vertriebenen in der Wirtschaft und durch Spenden und Sammlungen. An der Spitze des „Bundes der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ stehe der Präsident und das Präsidium. Das Präsidium setze sich zusammen aus je einem Vertreter einer Landsmannschaft und je einem Vertreter der elf Landesverbände des BdV. Die verschiedenen Landsmannschaften blieben im BdV relativ selbständig, es bestünde kein Unterstellungsverhältnis zum BdV. Die eigentliche Hauptarbeit in der Vertriebenenpolitik, so hielten es die MfS-Offiziere fest, werde von den einzelnen Landsmannschaften geleistet. Unter den elf Lan-

<sup>36</sup> Vgl. Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX/1 123, Bl. 325–349.

<sup>37</sup> Hans Christoph Seeböhm (1903–1967), Oberschlesier, 1949–1966 Bundesverkehrsminister, 1959–1967 Sprecher der Sudetendeutschen LM, eifriger Lobbyist der Vertriebenenverbände in Bonn, nach 1945 Deutsche Partei (DP), seit 1960 CDU. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 48.

<sup>38</sup> Erich Schellhaus (1901–1983), Schlesier, Verwaltungsbeamter, bis 1939 u.a. Bürgermeister von Bad Salzbrunn, 1939–1945 Deutsche Wehrmacht, bereits vor 1933 NSDAP-Mitglied, 1951–1963 Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte im Bundesland Niedersachsen, 1955–1968 Bundesvorsitzender der LM Schlesien, 1950 BHE-Mitglied, ab 1964 CDU. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 84 (bei Stickler wieder kein Verweis auf NSDAP-Mitgliedschaft von Schellhaus); Angaben korrekter in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Erich\\_Schellhaus](http://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Schellhaus).

<sup>39</sup> Wenzel Jaksch (1896–1967), stammt aus Südböhmen, ab 1913 österreichische, ab 1918 Deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei, für die er 1929–1938 im Parlament saß; 1939 Emigration nach London, nach 1945 führender Politiker der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Zu Jaksch unten mehr. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 35.

<sup>40</sup> Vgl. Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX/1 123, Bl. 326.

desverbänden – zehn Bundesländer und West-Berlin – hob man den West-Berliner Landesverband der Vertriebenen hervor.<sup>41</sup> Die Zuständigen im MfS zählten die ihrer Ansicht nach wichtigsten ostdeutschen Landsmannschaften in folgender Reihenfolge mit dem Stand von 1965 auf: 1. Landsmannschaft Schlesien, Vorsitzender Erich Schellhaus, Bundesgeschäftsstelle in Bonn, 2. Sudetendeutsche Landsmannschaft, Vorsitzender Franz Böhm, Hauptgeschäftsstelle in München, 3. Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, Vorsitz Heinz Kiekebusch, Hauptsitz in Münster, und 4. Landsmannschaft Pommern, Vorsitzender Oskar Eggert<sup>42</sup>, Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.<sup>43</sup> Auch hier wurde gesondert der jeweilige Landesverband von West-Berlin vorgestellt mit Sitz und personeller Zusammensetzung des Vorstands.

Als eine Art Selbstverständigung über Ziele und Arbeitsweise des BdV listete der „MfS-Katalog“ auf: Die „Revancheforderungen“ der Vertriebenenverbände – also die Forderung nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937 – in der Bundesrepublik innen- und außenpolitisch zu vertreten, die Tätigkeit der Vertriebenenorganisationen im Sinne der „politisch-ideologischen Diversion im Sinne des Revanchismus gegen die Bevölkerung Westdeutschlands, des kapitalistischen Auslands, der DDR und des sozialistischen Lagers“ zu koordinieren.<sup>44</sup> Die Argumentation des BdV hatte sich nach Einschätzung der Staatssicherheit gewandelt, von einer öffentlich geäußerten Hoffnung und einem Wunsch nach friedlicher Rückkehr in die alte Heimat zu einer nunmehr versuchten juristisch fundierten „Forderung vom Recht auf Heimat“ unter ständigem Appellieren an das Heimat- und Zusammengehörigkeitsgefühl der Vertriebenen.<sup>45</sup> SED und MfS fiel es nicht wirklich schwer, den Vorwurf des „aggressiven Revanchismus“ der Vertriebenenverbände zu untermauern, wenn einzelne Spitzenfunktionäre der Verbände öffentliche Erklärungen abgaben, wie beispielsweise Hans Christoph Seeböhm auf einem Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Aschaffenburg am 9. Oktober 1960: Seeböhm rief aus: „Die ČSSR, Polen, [Ostdeutschland] und die Sowjetunion sollen sich ja nicht der Hoffnung hingeben, daß wir das Land hinter Oder und Neiße abgeschrieben haben. Es geht um die Befreiung aller Völker in Mittel- und Osteuropa und um die Ausdehnung des christlichen Abendlandes auf ganz Osteuropa. Das muß jedoch bald geschehen!“<sup>46</sup>

<sup>41</sup> Vgl. ebenda, Bl. 328–335.

<sup>42</sup> Dr. Franz Böhm, geboren in Leitmeritz, Versicherungsbezirksdirektor, ab 30. Januar 1944 Vorsitzender des Gaugerichts der NSDAP-Gauleitung Reichenberg (Liberec), nach 1945 Mitglied des BdV-Präsidiums, gestorben 1975. Vgl. Sudetendeutsche LM, 1968, in: BStU MfS HA XX 5433, Bl. 24 und MfS ZAIG 9704, Bd. 2, Bl. 355.

Heinz Kiekebusch, geboren 1908 in Berlin, Jurist, Anwalt, MdL in Schleswig-Holstein für GB/BHE, Bundessprecher der LM Berlin-Mark Brandenburg. Vgl. Wer ist wer?, Berlin (West) 1962, S. 735.

Dr. phil. Oskar Eggert, geboren 1896 auf Usedom-Wollin, höherer Schuldienst in Köslin, Stettin, seit 1952 Vorsitz der LM Pommern. Vgl. ebenda, S. 286.

<sup>43</sup> Vgl. Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX/1 123, Bl. 334–340.

<sup>44</sup> Ebenda, Bl. 342.

<sup>45</sup> Vgl. ebenda, Bl. 342, 343.

<sup>46</sup> Revanchistenverbände in NRW, März 1967, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 2, Bl. 542.

Solche öffentlichen Äußerungen von verschiedenen Vertriebenenfunktionären sammelte das MfS akribisch. Vgl. ebenda, Bl. 538–544.

Über die Arbeitsweise des BdV und der Landsmannschaften hatte das Staatssicherheitsministerium im „Katalog“ diese Fakten zusammengestellt: 1. Beschaffung von Informationen über privat gehaltene Kontaktaufnahmen zwischen kleinen und mittleren Vertriebenenfunktionären zu „Umsiedlern“ in der DDR und organisierter Brief- und Pakete-Versand sowie Reisen von West- nach Ostdeutschland, 2. Einschleusen von Heimatzeitschriften und anderen zentralen Publikationsorganen des BdV wie „Deutscher Ostdienst“, Bonn, „Ost-West-Kurier“, Köln, und „Pressedienst der Heimatvertriebenen“, Göttingen, 3. Beeinflussen und „Befragen“ von DDR-Reisenden nach West-Berlin und Westdeutschland, insbesondere von Rentnern<sup>47</sup>, und 4. offensive Propagierung der Veranstaltungen und Kundgebungen der Vertriebenenverbände in den Medien.<sup>48</sup> Ein wichtiges Ziel der Kontaktpolitik bestand 5. in der systematischen, vollständigen Erfassung der in der DDR lebenden „ehemaligen Umsiedler“.<sup>49</sup> Ähnliche Expertisen erstellten in den 1960er Jahren MfS-Bezirksverwaltungen, insbesondere die Querschnitts-Abteilungen Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppen, die sich bei ihren Analysen oft auch auf einzelne Landes- und Bezirksverbände des BdV konzentrierten.<sup>50</sup>

## 2. Gesellschaft und Parteien Westdeutschlands und die organisierten Vertriebenen

Die im Bonner Bundestag vertretenden Parteien rangen in den 1960er Jahren mehr oder weniger gemeinsam um einen neuen Weg in der deutschen Ostpolitik im Rahmen der international einsetzenden Entspannungspolitik. Aber fast bis an das Ende des Jahrzehnts hielten CDU/CSU, FDP und SPD öffentlich und deklamatorisch am „Rechtstitel der Grenzen Deutschlands von 1937“ fest. Der Umgang der Parteien mit den heimatpolitischen Zielen der Vertriebenenverbände – dem vermeintlich noch nicht definitiv verlorenen deutschen Osten – wurde ein Beispiel für politische Unaufrichtigkeit eines auf Stimmenmaximierung bei der nächsten Wahl ausgerichteten Systems des Bonner Parlamentarismus.<sup>51</sup> Es sei denn, man deutete das Taktieren der Parteien als staatspolitischen Akt der Vernunft. Hätte man den organisierten Vertriebenen zum Zeitpunkt, als die soziale Integration noch nicht weit genug vorangekom-

<sup>47</sup> Auf dem Bundes treffen der LM Schlesien am 12. Juni 1965 in Hannover sollen zirka 2000 DDR-Rentner teilgenommen haben. Vgl. Übersicht über die feindliche Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften gegen die DDR, in: BStU MfS ZAIG 4625, Bl. 50.

<sup>48</sup> Vgl. Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX/1 123, Bl. 345, 346.

<sup>49</sup> Vgl. Übersicht über die feindliche Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften gegen die DDR, Juli 1965, in: BStU MfS ZAIG 4625, Bl. 56, 57.

<sup>50</sup> Vgl. Bund der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen, 1965, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 3, Bl. 664-691; BdV – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Landesverband NRW, 1964/65, in: ebenda, ZAIG 9708, Bd. 3, Bl. 702-718; Landsmannschaften und Revanchistenverbände, 1967, in: ebenda, ZAIG 9708, Bd. 2, Bl. 426-443; MfS-Bezirksverwaltung Rostock: Die politisch-ideologische Diversion im System der psychologischen Kriegsführung, 1962-1965, in: ebenda, MfS BV Rostock Rep. 2/112, Bl. 399-417.

<sup>51</sup> So bereits Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 73.

men war, die ganze bittere Wahrheit über den endgültigen Verlust der alten Heimat zugemutet, hätte möglicherweise das Risiko nationaler Radikalisierung in Kauf genommen werden müssen.<sup>52</sup> Diese Annahme muß aber mit Vorbehalt gesehen werden. Die vertriebenenpolitischen Unterschiede zwischen den Parteien, CDU/CSU, SPD und FDP waren bis zum Ende der 1960er Jahre von nur gradueller Natur.<sup>53</sup> Politiker aus der kleinen Partei der Freien Demokraten waren in den Führungsebenen der Landsmannschaften relativ schwach vertreten. In Teilen der FDP existierten frühe vorsichtige Überlegungen, im Rahmen einer neuen Ostpolitik die Oder-Neiße-Grenze offiziell zu respektieren. Für diese politische Linie stand der Liberale Wolfgang Schollwer<sup>54</sup>. Öffentlich machte die FDP-Parteiführungsebene diese Sichtweise nicht. Der FDP-Spitzenpolitiker und Oberschlesier Erich Mende<sup>55</sup>, Minister für gesamtdeutsche Fragen von 1963 bis 1966, blieb dem Tenor, kein Verzicht auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße, offiziell verpflichtet, obwohl gerade er durch viele Reisen ins westliche Ausland, insbesondere in die USA, wußte, wie wenig Zuspruch die Wiedervereinigung Deutschlands gar in den Grenzen von 1937 in den dortigen Regierungen genoß.<sup>56</sup>

Ursprünglich war auch die SPD nicht sonderlich tief im Vertriebenenmilieu verankert, sieht man von den traditionsreichen sudetendeutschen Sozialdemokraten ab. In den 1960er Jahren baute sich der aus Sachsen stammende Herbert Wehner<sup>57</sup>, er war von 1966 bis 1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, zum Vertrauensmann der Vertriebenen auf. Auf einer gemeinsamen Sitzung des SPD-Partei- und Fraktionsvorstands mit sozialdemokratischen BdV-Politikern im Januar 1965 einigte man sich auf ein Communiqué mit dem Kernsatz, das Heimatrecht, das Selbstbestimmungsrecht und den deutschen Rechtsstandpunkt in Grenzfragen überall und immer öffentlich zu vertreten.<sup>58</sup> Bereits 1963 hatte die SPD-Parteispitze, Erich Ollenhauer<sup>59</sup>, Willy Brandt und Herbert Wehner, in einer Grußbotschaft zum Bundestreffen der Schlesier in Köln die denkwürdigen Sätze ausgesprochen: „Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg, das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen [...] Verzicht ist Verrat! Wer wollte das bestreiten. Hundert Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf

<sup>52</sup> Vgl. ebenda.

<sup>53</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 212ff., 236ff., 280ff.

<sup>54</sup> Wolfgang Schollwer (\*1922), „Vordenker liberaler Entspannungspolitik“ in der Ost-West-Auseinandersetzung des Kalten Krieges (Deutschlandpläne – Schollwer-Pläne 1962–1967), ab 1951 Leiter des FDP-Ostbüros in Bonn, Referent für Außen- und Deutschlandpolitik der FDP.

Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang\\_Schollwer](http://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Schollwer).

<sup>55</sup> Erich Mende (1916–1998), geboren in Groß-Strehlitz, 1946–1970 FDP, 1957–1963 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Er war Gegner der Ostverträge, die von der FDP unter Walter Scheel maßgeblich herbeigeführt wurden, und trat daher im Oktober 1970 zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion über.

Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Erich\\_Mende](http://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Mende).

<sup>56</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 294–308; Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 73–75.

<sup>57</sup> Herbert Wehner (1906–1990), 1969–1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

<sup>58</sup> Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 75f.

<sup>59</sup> Erich Ollenhauer (1901–1963), 1952–1963 SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender im Bundestag.

Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. [...] Das Kreuz der Vertreibung muß das ganze Volk mittragen.“<sup>60</sup> Diese SPD-Stellungnahme wurde Jahre später – in den Debatten um die Ostverträge – in regelmäßiger Folge den Sozialdemokraten von den Vertriebenenfunktionären vorgehalten. Der Sudetendeutschen Landsmannschaft hatte die SPD bereits 1961 zugesichert, daß das rechtliche Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen von 1937 das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nicht ausschließe.<sup>61</sup> Tatsächlich war die Haltung der SPD-Führung gegenüber den Vertriebenenverbänden zwiespältig und von wahlaktischen Überlegungen bestimmt. In Egon Bahrs<sup>62</sup> berühmter Rede in der Evangelischen Akademie in Tutzing im Juli 1963 fehlte jeder Hinweis auf die Oder-Neiße-Linie, und Willy Brandt war vermutlich schon seit Kriegsende von der Unabänderlichkeit der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze überzeugt. Aber öffentlich vermieden es die SPD-Politiker, diese Tatsache auszusprechen bzw. das Problem zu thematisieren. Sie blieben in den Aussagen zu den alten Ostgebieten und zur Oder-Neiße-Grenzfrage bei „schwammigen und interpretatorisch dehnbaren Formulierungen“<sup>63</sup> und vermeidten bis zirka 1966/67 möglichst jede Konfrontation mit den Vertriebenenverbänden.<sup>64</sup> Die SPD-Führung trieb in ihrer Politik mit den Vertriebenenorganisationen bis weit in die 1960er Jahre ein doppeltes Spiel, das Vertriebenenfunktionäre, egal ob mit oder ohne SPD- bzw. CDU/CSU-Parteibuch, nicht durchschauten. Dieses Nicht-Erkennen der doppelbödigen Vertriebenenpolitik galt auch für die SED bzw. das DDR-Staatsicherheitsministerium.

Ähnlich wie Willy Brandt war auch Konrad Adenauer<sup>65</sup> schon jahrelang davon überzeugt, daß die ehemaligen Ostgebiete nicht wieder zu Deutschland gehören würden. In den 1950er Jahren hatte Kanzler Adenauer diese Einsicht mehrfach anderen deutschen und westlichen Politikern gegenüber eingeräumt.<sup>66</sup> Entgegen dieser realistischen Einschätzung vermied es Adenauer bis zum Ende seiner Amtszeit, von seinen öffentlichen Forderungen nach Grenzrevision abzurücken. Auf der anderen Seite aber sorgte Adenauer als Bundeskanzler dafür, daß die außenpolitisch nicht immer leicht zu handhabenden Vertriebenenverbände unter politischer Kontrolle blieben. Trotz vieler Schwächen in der CDU-Vertriebenen- und Ostpolitik wurde dem Politiker Adenauer dies persönlich kaum zum Vorwurf gemacht. Er konnte mit seinem antikommunistischen Charisma auch den Sachverhalt überdecken, daß die CDU eine Partei der Einheimischen blieb, in der die vertriebene Bevölkerungsgruppe massiv

<sup>60</sup> Zitiert bei Herbert Hupka, *Unruhiges Gewissen*, S. 87.

<sup>61</sup> Vgl. Manfred Kittel, *Vertreibung der Vertriebenen?*, S. 76.

<sup>62</sup> Egon Bahr (\*1922), 1956 SPD, 1960–1966 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes West-Berlin, 1966–1969 Leiter eines Planungsstabs im Auswärtigen Amt, 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974–1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Egon\\_Bahr](http://de.wikipedia.org/wiki/Egon_Bahr).

<sup>63</sup> Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 245.

<sup>64</sup> Vgl. ebenda, S. 241–260.

<sup>65</sup> Konrad Adenauer (1876–1967), 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik und 1951–1955 zugleich Bundesminister des Auswärtigen.

<sup>66</sup> Vgl. Konrad Adenauer, *Teigespräche*, Bd. 2, 1955–1958, S. 201f.; Hans Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, S. 687.

unterrepräsentiert war.<sup>67</sup> Das galt auch für die CSU. Für die 1950er und 1960er Jahre ist generell festzustellen, daß die Stellung der Vertriebenen innerhalb der Unionsparteien weniger stark war, als dies von außen meist angenommen wurde bzw. wird.<sup>68</sup>

Die sozial-liberale Bonner Regierung ging ab 1969 stringenter vor, die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik durch die Verträge von Moskau, Warschau, Prag und den Grundlagenvertrag mit Ost-Berlin neu zu ordnen. Das SPD-Konzept sah vor, um die Verhandlungen mit den kommunistischen Regierungen voranzubringen, diesen auch in der Grenzanerkennungsfrage Konzessionen zu machen, was auf dem Nürnberger SPD-Parteitag 1968 mit Formulierungen wie „Anerkennung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung“ sowie das „Münchner Abkommen von 1938 als von Anfang an nichtig“ zu betrachten immer sichtbarer wurde. Trotzdem versuchte insbesondere der Sozialdemokrat Herbert Wehner die SPD-Vertriebenenklientel nicht völlig zu verprellen und wandte sich noch im April 1969 öffentlich gegen die radikalen „Anerkennungsbefürworter“ in seiner Partei mit dem lapidaren Hinweis, den Vertriebenen „Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“.<sup>69</sup> Für die Mehrheit der SPD-Spitzenpolitiker aber waren die sozialdemokratischen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Wenzel Jaksch<sup>70</sup>, Präsident von 1964–1966, und Reinhold Rehs<sup>71</sup>, Präsident von 1967–1970, zum Teil politische Schachfiguren, die das Vertriebenenklientel für die SPD mobilisieren sollten, um der SPD zu einer Regierungsbeteiligung zu verhelfen. Im Bundestagswahlkampf vom Frühjahr bis Sommer 1969 eskalierte die Situation zwischen dem BdV und der SPD. Der BdV-Präsident Reinhold Rehs trat aus der SPD aus und zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion über, und er rief die Vertriebenen auf, ihr Votum gegen SPD und FDP abzugeben. Die neu gewählte sozial-liberale Bundesregierung revanchierte sich für die scharfe Kritik des BdV an der neuen Ostpolitik mit der schon länger geplanten Abschaffung des Bundesvertriebenenministeriums und einer Androhung von Mittelkürzungen für die Vertriebenenverbände.<sup>72</sup> Es dauerte dann noch bis 1972, bis der BdV erstmals in seiner Geschichte für die Bundestagswahlen im November 1972 eine ausdrückliche Wahlempfehlung für die Unionsparteien abgab.<sup>73</sup> In den Jahren der vertraglichen Umsetzung der Ostverträge zwischen 1969 und 1973 wurden die Vertreibungsproblematik und die deutschen Gebietsverluste zu einem öffentlichen Politikum, das mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe vom Juli 1973 zum Grundlagenvertrag einen gewissen Abschluß fand. Die Bundesverfassungsrichter schrieben dort den Fortbestand des Deutschen Reiches von 1937 juristisch fest und unterstrichen, daß über Ostdeutschland völkerrechtlich noch nicht endgültig verfügt worden sei. Die Gebiete

<sup>67</sup> Vgl. Manfred Kittel, *Vertreibung der Vertriebenen?*, S. 77–79; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 212–235.

<sup>68</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 216.

<sup>69</sup> Vgl. Manfred Kittel, *Vertreibung der Vertriebenen?*, S. 101–104.

<sup>70</sup> Wenzel Jaksch (1896–1966), Sudetendeutscher, seit 1913 in der Sozialdemokratie organisiert.

<sup>71</sup> Reinhold Rehs (1901–1972), stammte aus Ostpreußen, Rechtsanwalt.

<sup>72</sup> Vgl. Manfred Kittel, *Vertreibung der Vertriebenen?*, S. 104–107; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 250–279.

<sup>73</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 279.

östlich von Oder und Neiße seien auch durch das Inkrafttreten des Warschauer Vertrages nicht zum Ausland geworden.<sup>74</sup>

Von Interesse ist die Frage, ob und inwieweit die SED-Führung bzw. die zuständigen MfS-Mitarbeiter auf der „Arbeitslinie – Umsiedler und revanchistische Landsmannschaften“ diese sich verändernde Stellung der bundesdeutschen Parteien bzw. der westdeutschen Gesellschaft zu den Vertriebenenverbänden wahrnahmen. Registrierte man in den 1960er Jahren in Ost-Berlin diese Entwicklung und wie reagierte man darauf? Das Ministerium für Staatssicherheit dokumentierte verschiedenste Ereignisse und Wandlungen in der westdeutschen Gesellschaft, die sich auf die Stimmungslage zur Problematik Vertreibung, deutsche Ostgebiete, Oder-Neiße-Grenze und Vertriebenenverbände bezogen. Mit Akribie beobachtete die Staatssicherheit die Medienlandschaft, die vertriebenenpolitischen Beiträge und Stellungnahmen in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ein Beispiel waren die Fernsehdokumentationen „Polen in Breslau – Porträt einer Stadt“ und „Sind wir Revanchisten? Die Deutschen und die Oder-Neiße-Linie“ des Journalisten und Reporters Jürgen Neven du Mont, die im Mai bzw. Juni 1963 im Ersten Deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurden. Diese beiden Filme lösten heftige und kontroverse Diskussionen in Westdeutschland aus und führten zu wütenden Angriffen der Vertriebenenverbände, insbesondere der Landsmannschaft Schlesien und ihrer Funktionäre, auf Neven du Mont und auf die die Sendungen ausstrahlende Fernsehanstalt, den Norddeutschen Rundfunk. Beide Fernsehdokumentationen lagen im MfS in der zentralen Informationsabteilung verschrifft vor.<sup>75</sup>

Jürgen Neven du Mont, 1921 in München geboren, war ein bekannter politischer Redakteur, Regisseur, Autor und Journalist seiner Zeit. Von 1949 bis 1962 arbeitete er als Chefredakteur und Reporter bei verschiedenen großen Münchner Zeitungen, 1962 bis 1966 war er Chefreporter beim Norddeutschen Rundfunk.<sup>76</sup> In der Sendung „Polen in Breslau“ dokumentierte Neven du Mont das Alltagsleben ausgewählter polnischer Familien und Honoratioren von nun Wrocław, ohne daß die deutsche Ver-

<sup>74</sup> Treffend dazu der Historiker Manfred Kittel: Die deutsche Frage blieb mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil offen. Der deutsche Osten behielt in der öffentlichen Erinnerung weiterhin potentiell revisionistische Implikationen. Wer weiter nichts verfolgte, als dem historischen deutschen Osten einen angemessenen Platz im kollektiven Gedächtnis der Nation einzuräumen, ohne revisionistische Gedanken zu haben, setzte sich leicht dem Verdacht aus, die Ostverträge und die Versöhnung mit den östlichen Nachbarn zu hintertreiben. Wem auf der anderen Seite die Verträge mit Moskau, Warschau und Prag sehr wichtig waren, neigte dazu, die Erinnerung an Vertreibung und den „deutschen Osten“ auszublenden, schon um sich abzugrenzen von denen, die mit ostdeutscher Kulturpflege doch wohl vor allem revanchistische oder zumindest revisionistische politische Ziele verfolgten. Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 106.

<sup>75</sup> Vgl. „Polen in Breslau“, Sendung des NDR am 7. Mai 1963, 20.15 Uhr – 21.15 Uhr, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 290–300, und „Sind wir Revanchisten?“, Sendung des NDR am 2. Juli 1963, 20.15 Uhr – 21.15 Uhr, in: ebenda, Bl. 237–257.

<sup>76</sup> Vgl. Internationales Biographisches Archiv –Munzinger Archiv 37/1979, 3. September 1979. Jürgen Neven du Mont (1921–1979), studierte Soziologie und Geschichte, widmete sich dem Journalismus, 1946–1949 Dramaturg und Regisseur am Bayerischen Staatstheater München, 1951–1953 Chefreporter der Münchner Illustrierten, dann Chefredakteur der Ullstein-Verlages, 1957–1962 Chefreporter Fernsehen des Hessischen Rundfunks, in den 1970er Jahren leitete er die ZDF-Hauptredaktion für Dokumentarspiele. Vgl. ebenda.

gangenheit von Breslau zu kurz kam. So hieß es zu Beginn der Dokumentation: „[...] die alte deutsche Stadt Breslau ist seit 18 Jahren von Polen bewohnt. [...] Die Steine dieser Stadt scheinen noch immer deutsch zu reden, aber diese Häuser sind von polnischen Händen wieder aufgebaut worden“.<sup>77</sup> Neven du Mont stellte eine junge Arbeiterfamilie vor. Der Familienvater war ein PVAP-Parteimitglied<sup>78</sup> und streng gläubiger Katholik, seine Kinder lernten Deutsch als zweite Fremdsprache, nach Russisch, in der Schule. Eine 18-jährige Säuglingskrankenschwester mit ihren Träumen und Lebenserwartungen wurde erwähnt. Sie und alle ihre „jungen Patienten“ waren in Wrocław geboren worden. In der Reportage ließ man den Oberbürgermeister der Stadt, einen Mathematik-Professor der ursprünglich aus Warschau kam<sup>79</sup>, zu Wort kommen und der aus Lemberg stammende Rektor der 1733 im barocken Stil errichteten Universität, die zu den schönsten deutschen Hochschulbauten gehörte, „an der heute russische Professoren lehren“, erzählte aus seinem Leben.<sup>80</sup> Der Reporter vom NDR stellte die Aufbauleistung der Polen in Breslau/Wrocław nach dem Krieg in den Mittelpunkt seiner Dokumentation. Der Film zeigte auch Szenen von mit Hakenkreuzfahnen geschmückten Aufmärschen vor dem alten gotischen Rathaus von Breslau mit dem Kommentar: Die Breslauer „riefen auch Heil [...] und marschierten [...] genau wie die Deutschen in Hamburg, München, Köln, Berlin [...]“.<sup>81</sup> Und auch das ließ Neven du Mont den Kommentator im Film sagen: „Die Menschen heute in Wrocław haben durchaus Verständnis für die Deutschen, die vertrieben wurden, aber sie betrachten deren Leid auch als angemessene Buße für die sechs Millionen Polen, die von Deutschen getötet wurden und die ein Recht auf Leben hatten“.<sup>82</sup> Die FernsehSendung vom Mai 1963 schloß nachdenklich: „In alten deutschen Kirchen wird polnisch gesungen und gepredigt. [...] Jeden Tag werden polnische Kinder in Breslau getauft, und wir können nicht verhindern, daß sie die Stadt lieben werden, in der sie geboren sind, [...] in der sie aufwachsen. Diese Kinder haben keine Schuld an dem Unrecht, das in der Vergangenheit geschah. [...] Ohne Hitler und die Seinen, ohne jene, die ihm folgten, ohne jene, die nur schwiegen, würde man hier deutsche Lieder singen und Breslaus Bürger wären deutsch.“<sup>83</sup> Der Titel des zweiten Dokumentarfilms, der sich nicht mit der polnischen, sondern mit der westdeutschen Seite und der Vertreibungs- und Grenzproblematik beschäftigte, hieß: „Sind wir Revanchisten? Die Deutschen und die Oder-Neiße-Linie“. Diese Sendung war politisch zugespitzter und den Vertriebenenverbänden bzw. ihren Funktionären gegenüber kritisch eingestellt. Im Mittelpunkt standen von Infratest durchgeführte Meinungsumfragen, die von Vertriebenen, der Gruppe sogenannter Durchschnittsbevölkerung und von Politikern aus der CDU, FDP und SPD beantwortet wurden. Dabei handelte es sich um solche Fragen wie: „Welche Staaten verwalten heute die Gebiete östlich der Oder und Neiße,

<sup>77</sup> „Polen in Breslau“, Sendung des NDR am 7. Mai 1963, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 291.

<sup>78</sup> PVAP: Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (kommunistische Partei in der VR Polen).

<sup>79</sup> Vgl. „Polen in Breslau“, Sendung des NDR am 7. Mai 1963, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 290–295.

<sup>80</sup> Ebenda, Bl. 295, 296.

<sup>81</sup> Ebenda, Bl. 291.

<sup>82</sup> „Polen in Breslau“, Sendung des NDR am 7. Mai 1963, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 292.

<sup>83</sup> Ebenda, Bl. 300.

aus denen die Deutschen 1945 vertrieben wurden?“, „Wer oder was ist letzten Endes für die Ursachen der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten verantwortlich?“, „Wie sieht die Rechtslage für die Deutschen aus und gibt es eine reale Möglichkeit für eine Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete?“, „Wären die betroffenen Vertriebenen grundsätzlich bereit, zusammen mit der polnischen Bevölkerung unter Verwaltung eines parlamentarisch, demokratisch regierten Polen zu leben?“ und „Haben die Vertriebenen das Gefühl, daß Westdeutschland heute zu Ihrer zweiten Heimat geworden ist?“ oder „Sind die Vertriebenen mit der Art und Weise der Interessenvertretung durch die Vertriebenenorganisationen einverstanden?“<sup>84</sup> Eine entscheidende Frage hieß – „Sind Sie auch der Ansicht [wie die Bundesregierung und die Bundestagsparteien], daß gewaltsame, d.h. kriegerische Mittel, zur Veränderung der Oder-Neiße-Grenze, also zur Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete, abzulehnen sind?“ – was die Gruppe der Heimatvertriebenen zu 94 Prozent und die alteingesessene Bevölkerung mit 95 Prozent bejahten.<sup>85</sup> Die Antworten auf alle die Fragen zeichneten durchaus das Bild, wie Neven du Mont kommentierte, daß „ein Volk, das in so überzeugender Mehrheit jede Gewalt ablehnt, kein Volk von Revanchisten“ sei.<sup>86</sup> Er stellte sich damit gegen den Revanchismusvorwurf, der permanent von östlicher Seite, von der DDR, von Polen oder der Sowjetunion, erhoben wurde. An den Landsmannschaften und am Bund der Vertriebenen sparte der Dokumentarist hingegen nicht mit Kritik. Er warf den Funktionären vor, in ihren Reden, auf den Veranstaltungen der Landsmannschaften und in der Vertriebenenpresse ein verfälschtes, nur negatives Bild vom Leben in den Städten und Dörfern jenseits der Oder und Neiße zu verbreiten,<sup>87</sup> den vertriebenen deutschen Einwohnern dieser Orte vorzulügen, daß man dort nur auf ihre Rückkehr warte.<sup>88</sup> Wenn Bundesminister Hans-Christoph Seeböhm oder Bundesminister a.D. Theodor Oberländer öffentlich so auftraten – „unsere Heimat, die heute so zerfallen und zerstört ist, die braucht unsere Menschen, um wieder zum Garten Gottes zu werden, aus dem wir vertrieben worden sind“<sup>89</sup> –, dann treffe der Vorwurf von Revanchismus und von Tönen nationalsozialistischer Diktion bei den Vertriebenenfunktionären zu. Gleiches gelte für die trommelnden, marschierenden, fahnenschwingenden Aufmärsche der in Uniformen steckenden Jungen und Mädchen von der Vertriebenen-Jugendorganisation, der Deutschen Jugend des Ostens.<sup>90</sup>

<sup>84</sup> „Sind wir Revanchisten?“, Sendung des NDR am 2. Juli 1963, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 237–253.

<sup>85</sup> Vgl. ebenda, Bl. 255.

<sup>86</sup> Ebenda, Bl. 256.

<sup>87</sup> Vgl. ebenda, Bl. 246–248; dazu auch: „Schatten über dem Stettiner Hafen“ und „Ein sterbendes Dorf“, in: Der Vertriebene, 1. Februar 1961, Bl. 2 (und weitere Zeitungsartikel), in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 3.)

<sup>88</sup> Vgl. „Sind wir Revanchisten?“, NDR-Sendung am 2. Juli 1963, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 247–251.

<sup>89</sup> Ebenda, Bl. 249.

<sup>90</sup> Vgl. ebenda, Bl. 252. Wörtlich: „Die Heimattänze der Deutschen Jugend des Ostens wirken friedlich und werden mit Freundlichkeit betrachtet. [...]. Die Uniformen der DJO dagegen erschrecken viele! Nur wenige verstehen, daß es eine Uniform braucht, um seine Heimatliebe zu beweisen! Nur wenige können sehen, wie sehr solche Uniformen, solchen Auftreten an das Dritte Reich erinnern. [...].“ Ebenda.

In der Zeit zwischen der Ausstrahlung der ersten und zweiten Sendung hatte am 9. Juni 1963 ein Bundestreffen der Landsmannschaft Schlesien in Köln unter Anwesenheit von Bundeskanzler Adenauer stattgefunden. Auf dieser Veranstaltung erschien auch der Fernsehredakteur Jürgen Neven du Mont als Besucher. Sein Kommen löste tumultartige Auseinandersetzungen bis hin zu tätlichen Angriffen aus. In den Tagen danach waren die westdeutschen Medien voll mit Berichten wie „Versuchte Lynchung von Jürgen Neven du Mont“. In einem Bonner Rundfunkinterview nahm Herbert Hupka, damals 2. Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, ausweichend und abwiegelnd zu den Vorfällen Stellung. Hupka glaubte fragen zu dürfen, was Neven du Mont auf der Veranstaltung verloren habe und welche Reaktionen er nach seiner Sendung „Polen in Breslau“ von den Schlesiern erwartet hätte und kommentierte zynisch dazu: „Schließlich [ist] ihm kein körperlicher Schaden zugefügt worden“.<sup>91</sup> Im zeitlichen Rückblick warf Herbert Czaja, Funktionär der Schlesischen Landsmannschaft, Jürgen Neven du Mont und anderen „Meinungsmachern“ in den Medien vor, über Desinformationen die Entsolidarisierung der westdeutschen Gesellschaft mit den Vertriebenen vorangetrieben zu haben.<sup>92</sup> Insgesamt aber gab es im Frühsommer 1963 eine Vielzahl an öffentlichen kritischen Stellungnahmen zu den überzogenen negativen Reaktionen der Vertriebenenverbände auf die Fernsehsendungen von Neven du Mont.<sup>93</sup> Mit Zufriedenheit muß dies die MfS-Zentrale in Ost-Berlin zur Kenntnis genommen haben. Auch vermerkte die Staatssicherheit die Nachricht, daß der West-Berliner Landesverband der Landsmannschaft Schlesien und der West-Berliner Landesverband der Vertriebenen sich von den Ereignissen in Köln ausdrücklich distanzierten. Dazu kam die Information in Ost-Berlin an, daß aufgrund dieser Vorgänge Bundeskanzler Adenauer und alle Minister des Landes Nordrhein-Westfalen ihre Teilnahme am Bundestreffen der Ostpreußen am 15./16. Juni 1963 in Düsseldorf abgesagt hätten.<sup>94</sup>

1965 erregte die westdeutsche Öffentlichkeit die Veröffentlichung einer Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) mit dem Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“.<sup>95</sup> Die Denkschrift mit dem Herausgeberdatum 20. Oktober 1965 forderte von den Vertriebenen letztlich nichts anderes als die Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn um den Preis der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Der Bund der Vertriebenen, die

<sup>91</sup> Vgl. „Zeit im Funk“, Bonn, Köln, 10. Juni 1963, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 260, 261.

<sup>92</sup> Vgl. Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 538.

<sup>93</sup> Vgl. Kritik an Breslau-Fernsehsendung; NDR-Intendant weist Kritik an Breslau-Fernsehsendung zurück, in: Süddeutsche Zeitung, München, 10., 11./12. Mai 1963 (in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 282, 288).

Das MfS forschte über Neven du Monts Vergangenheit als „Wortberichterstatter in einer Propaganda-Abteilung beim Oberkommando der Wehrmacht“. Vgl. Unterlagen 1921-1941, in: BStU MfS PA 4413.

<sup>94</sup> Vgl. Reaktion in Revanchistenkreisen auf das Bundestreffen der Schlesiern in Köln, 17. Juni 1963, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 1.

<sup>95</sup> Vgl. Exemplar der Denkschrift, 20. Oktober 1965, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 162-221; Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.): Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift, Hannover 1965.

Landsmannschaften und ihre Funktionäre protestierten scharf gegen diesen „Verzicht auf Raten“, wie sie es nannten.<sup>96</sup> Die Bedeutung der Diskussion um die Denkschrift lag darin, daß mit der Evangelischen Kirche in Deutschland Ost und West erstmals eine größere politische Kraft der Bundesrepublik in eine fundamentale Auseinandersetzung mit dem Vertriebenenendachverband geriet.<sup>97</sup> Die Absicht des BdV, die Bundestagsparteien auf eine pauschale Ablehnung der Denkschrift einzuschwören, mißlang. Die Vertriebenenfunktionäre mußten intern zur Kenntnis nehmen, daß viele Argumente der Denkschrift mit dem Denken und Handeln von Teilen der Bundesregierung und der Parteien konform gingen.<sup>98</sup>

In Ost-Berlin nahmen SED und MfS das Erscheinen und die Diskussionen zur Vertriebenen-Denkschrift der EKD genau zur Kenntnis.<sup>99</sup> In einer ersten internen Stellungnahme in der Ost-Berliner MfS-Zentrale hieß es am 22. Oktober 1965, daß der Text der Denkschrift noch nicht veröffentlicht wurde, daß man aber aus geheimdienstlicher Quelle bereits ein Exemplar besitze.<sup>100</sup> Einen ersten inhaltlichen Überblick und eine Wertung fertigten die zuständigen MfS-Mitarbeiter sofort an. Sie ging als sieben Seiten umfassende Information an die SED-Parteiführung,<sup>101</sup> direkt an den SED-Chef Walter Ulbricht, an den DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph, an den für die sogenannte Westpropaganda zuständigen Paul Verner und an den Stellvertretenden Außenminister Otto Winzer<sup>102</sup>. In folgender Reihenfolge stellte die Staatssicherheit der SED-Spitze diese Fakten zusammen: Die Denkschrift zur „Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ sei mit den ostdeutschen Vertretern der evangelischen Kirche vom 11. bis 16. Oktober 1965 in Ost-Berlin besprochen worden, wobei den Inhalt allein die westdeutschen Mitglieder der EKD zu verantworten hätten. Wörtlich hieß es in der MfS-Information als nächstes: „Die Erarbeitung dieser Denkschrift wurde von der Bundesregierung angeregt.<sup>103</sup> [...] Von der Bonner Regierung wurde gefordert, daß die

<sup>96</sup> Vgl. Sammlung von Zeitungsartikeln zur EKD-Denkschrift beim MfS, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 2, Bl. 618–627.

<sup>97</sup> Angesichts des traditionellen nationalen und gesamtdeutschen Selbstverständnisses des deutschen Protestantismus – die EKD war damals noch gesamtdeutsch organisiert und damit eine Klammer zwischen beiden deutschen Staaten – besaß die Denkschrift ein großes politisches Bedrohungspotential für den BdV. Vgl. so Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 115f.

<sup>98</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 108–116.

<sup>99</sup> SED ZK-Arbeitsgruppe informierte die Mitglieder des SED-Politbüros am 25. Oktober 1965 über den Inhalt der Denkschrift, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2J/1524.

<sup>100</sup> Vgl. MfS-HA XX an ZAIG, 22. Oktober 1965, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 265.

<sup>101</sup> Vgl. Information über die Denkschrift der EKD „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, 21. Oktober und 26. Oktober 1965, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 266–271 und ZAIG Z 1120, Bl. 1–8.

<sup>102</sup> Otto Winzer (1902–1975), 1919 KPD/KPÖ und hauptamtlicher Funktionär, nach 1933 Emigration nach Paris, Moskau, 1945 KPD/SED-Apparat, ab 1950 ZK, Chef der Privatkanzlei des DDR-Präsidenten Pieck, 1959–1965 StS, dann bis 1975 DDR-Außenminister. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 923.

<sup>103</sup> Das MfS glaubte zu wissen, daß an der Denkschrift in der „Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD“ seit dreieinhalb Jahren gearbeitet wurde, daß sie in dieser Kammer einstimmig angenommen worden war und daß der Kammer auch drei Bundestagsmitglieder sowie die Bundesministerin für Gesundheitswesen, Elisabeth Schwarzhaupt (CDU), angehörten. Vgl. Pressekonferenz der EKD in Westberlin, 1. November 1965, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 255.

Evangelische Kirche einen Beitrag zur ‚Bekämpfung der ostdeutschen Propaganda‘ über den angeblichen Revanchismus der Bundesrepublik leistet. [...] Es sollen Argumente abgeschwächt werden, daß die Bundesrepublik der einzige Staat in Europa sei, der Gebietsansprüche an seine östlichen Nachbarn stellt. [...] Bonn erwägt [...] nach der Veröffentlichung der Denkschrift [...] eine gemäßigte Erklärung zur Oder-Neiße-Frage abzugeben, ähnlich der Erklärung, die die Bonner Regierung gegenüber der ČSSR zum Münchener Abkommen<sup>104</sup> abgegeben hat.“<sup>105</sup> Die Denkschrift betone, so weiter die MfS-Zusammenstellung, daß die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und aus den alten deutschen Siedlungsgebieten in der Tschechoslowakei sowie im übrigen Osten und Südosten Europas die notwendige sittliche und rechtliche Bewältigung in Deutschland bisher nicht erfahren habe. Die EKD gab die Einschätzung, daß die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen erfolgreich vonstatten gegangen sei, daß aber viele Vertriebene auch einen sozialen Abstieg hinnehmen mußten.<sup>106</sup> Bezogen auf die Lage in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie, also in den polnischen Westgebieten, hebe die Schrift hervor, daß das polnische Volk die neuen Gebiete als lebensnotwendig ansehe und daß es in dieser Frage zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten, zwischen Staat und Katholischer Kirche, keine Differenzen gebe. Die zuständigen MfS-Bearbeiter bemerkten weiter, die EKD-Denkschrift unterstreiche besonders, daß sich die polnische Ostgrenze zur Sowjetunion verschoben habe. Ohne einen Kommentar werde das Grenzabkommen zwischen der DDR und der VR Polen von 1950 als Fakt nur erwähnt. In völkerrechtlicher Hinsicht stehe die Evangelische Kirche auf dem Standpunkt, daß das Potsdamer Abkommen die Westgrenze nur provisorisch festgelegt habe, daß die Aussiedlung der Deutschen nicht den allgemeinen Rechtsüberzeugungen der Völkergemeinschaft entspreche und daß das polnische Argument, die Oder-Neiße-Grenze sei ein Sicherheitsfaktor, nicht anerkannt wird. Das MfS-Dossier verwies darauf, daß das „Recht auf Heimat“ theologisch nicht zu begründen sei,<sup>107</sup> und „es wird die Frage der Schuld des deutschen Volkes aufgeworfen, dabei aber auch von einer gegenseitigen Schuldverstrickung gesprochen“.<sup>108</sup> Die EKD-Schrift gebe in Sachen deutscher Ostpolitik den Bonner Parteien und der bundesdeutschen Regierung eine zurückhaltend formulierte Empfehlung, die nach Sicht des MfS lautete: Die bisherige deutsche Ostpolitik muß überprüft und versachlicht werden. Es muß zu einem Dialog auf neuer Ebene mit den osteuropäischen Nachbarn kommen. Es „soll von den derzeitigen Realitäten ausgegangen werden, jedoch sei eine vorzeitige definitive Anerkennung der Regelung des Potsdamer Abkommens

<sup>104</sup> Die SPD, Willy Brandt und Helmut Schmidt, hatten schon verlauten lassen, daß man das Münchener Abkommen von 1938 als von Anfang an als nichtig zu behandeln gedachte. Vgl. Manfred Kittel, *Vertreibung der Vertriebenen?*, S 102.

<sup>105</sup> Information zur Evangelischen Denkschrift, 21. Oktober 1965, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 266, 267.

<sup>106</sup> Vgl. ebenda, Bl. 267-269.

<sup>107</sup> Vgl. Information über die Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands, 26. Oktober 1965, in: BStU MfS ZAIG Z 1120, Bl. 3-7.

<sup>108</sup> Ebenda, Bl. 7.

eine politisch unkluge Preisgabe wertvoller Grundlagen [...] künftiger Friedensverhandlungen“. Und weiter wörtlich: „Es müsse eine vertragliche Regelung angestrebt werden, [...] dazu] müsse die Bundesregierung ihren starren und einseitigen Rechtsstandpunkt korrigieren, ohne ihn von vornherein und bedingungslos preiszugeben.“<sup>109</sup>

Die Staatssicherheit verfolgte die kontroversen Auseinandersetzungen in Rundfunk, Fernsehen und Presse der bundesdeutschen Gesellschaft<sup>110</sup> und notierte für sich, daß der Rat der Evangelischen Kirche gezwungen sei, „durch die Angriffe revisionistischer Kräfte“ immer wieder zur Denkschrift verteidigend Stellung zu nehmen.<sup>111</sup> Die scharfen Proteste der Vertriebenenverbände<sup>112</sup> wurden in Ost-Berlin registriert. Das MfS besaß Informationen, daß es auch innerhalb der EKD Widerstand gegen die Denkschrift gab.<sup>113</sup> Aus einer „IM-Quelle“ war im Februar 1966 bekannt geworden, daß zirka 1500 Persönlichkeiten aus Protest gegen die Denkschrift ihren Austritt aus der Evangelischen Kirche erklärt hatten. Vorzugsweise waren dies Mitglieder der Vertriebenenverbände. Außerdem arbeite der BdV nun daran, mehr Geistliche aus den ehemaligen Ostgebieten in führende Positionen der EKD zu bringen, um den Einfluß auf die Evangelische Kirche zu stärken und um die Ansichten, die in der Denkschrift verbreitet werden, abzuschwächen.<sup>114</sup> Der Bund der Vertriebenen wirke dahin, so weiter in der MfS-Informationsschrift, Meinungsverschiedenheiten über die Vertriebenendenkschrift in Kreisen evangelischer Geistlicher zu vertiefen. „Dem Bund der Vertriebenen kommt es dabei darauf an, möglichst viele evangelische Geistliche auf eine Linie der Ablehnung der Denkschrift“ einzuschwören.<sup>115</sup> Das MfS bezeichnete die Vertriebenen-Denkschrift als eine von realistisch denkenden Kräften innerhalb der Evangelischen Kirche Deutschlands erarbeitet.<sup>116</sup>

Größere Beachtung fanden in Ost-Berlin immer die Stellungnahmen der SPD zu politischen Ereignissen, hier zur EKD-Vertriebenendenkschrift. SPD-Parteivorstand

<sup>109</sup> Information über die Denkschrift der EKD, 26. Oktober 1965, in: BStU MfS ZAIG Z 1120, Bl. 8.

<sup>110</sup> Vgl. Pressekonferenz der Evangelischen Kirchenleitung in West-Berlin, 5. November 1965; West-Berliner Abendschau, Fernsehen, 5. November 1965; Fernsehsendung „Panorama“, 7. Februar 1966, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 255, 256, 225, 226, 103, 104.

<sup>111</sup> Pressekonferenz der Evangelischen Kirchenleitung in West-Berlin, 5. November 1965, in: BStU MfS HA XX/4 Bl. 256.

<sup>112</sup> Vgl. Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 109–116.

<sup>113</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 115.

Das MfS sammelte und wertete auch die innerkirchlich-kritischen Stimmen aus, z. B. die des Kirchlichen Hilfsausschusses für Ostvertriebene (kurz: Ostkirchenausschuß). Dieser kirchliche Ausschuß war ein beratendes Gremium der EKD, der alle karitativen, religiösen und politischen Angelegenheiten der evangelischen deutschen Vertriebenen („Ostvertriebene“) vertrat bzw. vorgab, diese regeln zu wollen. Das MfS hielt für sich über das Gremium fest: „In den letzten Jahren wurde vom Ostkirchenausschuß eine maßlose Hetzkampagne gegen alle diejenigen kirchlichen Kräfte durchgeführt, die sich für eine realistische Einstellung zu den polnischen Westgrenzen einsetzten.“ Auskunftsbericht über Ostkirchenausschuß, 1967, in: BStU MfS HA XX/4 2295, Bl. 360, 361, 369.

<sup>114</sup> Vgl. BdV-Haltung zur EKD-Denkschrift, 14. Februar 1966, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 100.

<sup>115</sup> Information Ausnutzung von Meinungsverschiedenheiten in Kreisen evangelischer Geistlicher zur EKD-Denkschrift, 22. Februar 1966, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 148.

<sup>116</sup> Vgl. Auskunftsbericht über den Ostkirchenausschuß, 1967, in: BStU MfS HA XX/4 2295, Bl. 369.

und SPD-Bundestagsfraktion ließen 1966 verlauten, daß die SPD die doppelte Absicht der Denkschrift begrüße – die Gemeinschaft zwischen Einheimischen und Vertriebenen zu fördern sowie zur Versöhnung des deutschen mit dem polnischen Volk beizutragen. Sie würdigten das Bemühen, mit der Schrift im deutschen Volk auch für die Gefühle und die Befindlichkeit des polnischen Volkes Verständnis zu wecken. Die MfS-Offiziere vermerkten für sich die SPD-Grundsatzaussage: „Die Einheit Deutschlands muß im Rahmen einer friedensvertraglichen Regelung herbeigeführt werden. [...] Ausgangspunkt von Verhandlungen sind nach der Rechtslage die Grenzen vom 31. Dezember 1937. [...] Die SPD wird sich bemühen, so viel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu erhalten. Unser Wille zur Einheit schließt die Bereitschaft zu Opfern ein.“<sup>117</sup>

Die inhaltliche und vor allem politische Bewertung der EKD-Denkschrift fiel bei den Zuständigen im Staatssicherheitsdienst zwiespältig aus:<sup>118</sup> Die Bundesrepublik propagierte seit ihrer Konstituierung die „Rechtmäßigkeit der Gebietsforderungen“ eines Deutschlands in den Grenzen von 1937, d.h., sie erhebe Anspruch auf Gebiete Polens, der Sowjetunion und fordere die „Einverleibung der DDR“. Damit zeige die Bonner Regierung unverhüllt ihren aggressiven Charakter, und die Bundesrepublik sei damit das „Hauptzentrum der Kriegsgefahr“ in Europa. Noch in der Regierungserklärung der neu gewählten CDU/CSU/ FDP-Bundesregierung im Oktober 1965 habe Kanzler Ludwig Erhard ausdrücklich die „Revanchepolitik gegenüber der DDR und deren sozialistischen Nachbarstaaten“ proklamiert.<sup>119</sup> Eine keineswegs kleine Gruppe aus der EKD-Führung habe aber mit der Denkschrift begonnen, „einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und Urteilsbildung“ über die westdeutsche Außen- und Ostpolitik zu leisten. In bestimmten Kreisen, unter „Angehörigen der verschiedenen Klassen und Schichten bis hinein in Kreise der westdeutschen Bourgeois“, sei man geneigt, die entstandenen Realitäten an Oder und Neiße anzuerkennen. Das zeige sich darin, so war es in der MfS-Beurteilung vom Frühjahr 1966 zu lesen, daß die tatsächliche Ursache der Vertreibung der Deutschen benannt wird, und zwar: Die „räuberische Politik des deutschen Imperialismus, der den zweiten Weltkrieg entfesselte und [...] in dessen Verlauf durch [...] den deutschen Faschismus allein etwa sechs Millionen polnische Bürger ermordet wurden“. Die Haltung der EKD sei aber nicht durchgängig eindeutig, sondern schwankend. Das drücke sich darin aus, meinte man in Ost-Berlin, daß dieser richtige Tatbestand zwar genannt und von der „schweren politischen und moralischen Schuld der Deutschen“ gesprochen werde. Das geschehe aber erst nach dem Hinweis auf den Verlust eines Viertels des Territoriums der Deutschen Reiche von 1937. „So wird bereits am Anfang der

<sup>117</sup> SPD zur Ostdenkschrift der EKD, 1966, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 97.

<sup>118</sup> Vgl. Diplomarbeit des MfS-Mitarbeiters Hans Diaba, Varianten des Revanchismus und politischen Realismus in Westdeutschland am Beispiel der Auseinandersetzung um die Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands zur Oder-Neiße-Grenze, 15. Juni 1966, in: BStU MfS JHS 556.

<sup>119</sup> Alle Zitate aus Hans Diaba, in: Varianten des Revanchismus und politischen Realismus in Westdeutschland am Beispiel der Auseinandersetzung um die Denkschrift der EKD zur Oder-Neiße-Grenze, 15. Juni 1966, in: BStU MfS JHS 556, S.2-8.

EKD-Denkschrift ihre Inkonsistenz sichtbar. An erster Stelle stehen nicht die Ursachen, die zur Festlegung der Oder-Neiße-Grenze im Potsdamer Abkommen führten, sondern deren Folgen.<sup>120</sup> Eine eindeutige Stellungnahme zur Oder-Neiße-Grenze finde sich in der Schrift nicht. Ein eindeutiger Verzicht Westdeutschlands auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete gebe die Denkschrift nicht ab. Dies bedeutet daher „keine eindeutige Abkehr vom Revanchismus“, auch bei der EKD nicht. Ansätze einer realistischen Haltung zur deutschen Ostgrenze sah die Staatssicherheit in der Formulierung, daß die „Politik des deutschen Imperialismus“ die Ursache sei, die zum Verlust des ehemaligen Ostens geführt habe. Auch wohlwollend vermerkte sie, daß von der „Notwendigkeit der Versöhnung zwischen den Völkern“ gesprochen wird. Und als drittes positives Moment unterstrich die Staatssicherheit die Aussage in der „Denkschrift“, daß es auch unter der Bedingung der Existenz zweier deutscher Staaten möglich sein müsse, eine Politik der politischen Realitäten, damit die Anerkennung bestehender Grenzen, zu betreiben.<sup>121</sup> Als „realistische Kräfte“, die hinter der EKD-Vertriebenendenkschrift ständen, benannte das MfS „einen Teil der Mitglieder und Freunde der SPD“, einzelne Abgeordnete der CDU-Bundestagsfraktion oder Schriftsteller wie den (damals) in West-Berlin lebenden Hans Magnus Enzensberger<sup>122</sup> und Journalisten wie Neven du Mont oder Redakteure der „Westfälischen Rundschau“<sup>123</sup> bzw. Journalisten<sup>124</sup> aus West-Berlin.<sup>125</sup> Die Staatssicherheit sah die Gründe für die Sichtweise der westdeutschen „Realisten“, die auf eine Bonner Politik der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze drängten, in: 1. „der Einsicht, daß die Forderungen des Revanchismus den Frieden in Deutschland und Europa bedrohen“ und 2. „in der Notwendigkeit, das Verhältnis der [...] Bundesrepublik zu den Nachbarn Deutschlands im Osten zu normalisieren“.<sup>126</sup> Das MfS registrierte, daß die „hochgepeitschte Welle des wütenden Revanchismus“ der Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen gegen die Aussagen der EKD-Denkschrift die „realistischen Kräfte“ nicht zu übertönen vermochten.<sup>127</sup> Selbst aus Kreisen der Vertriebenen würde die Überzeugung der Ablehnung eines westdeutschen Revancheanspruchs an Boden gewinnen. Die Ver-

<sup>120</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>121</sup> Vgl. ebenda, S. 19–21.

<sup>122</sup> Enzensberger hatte im Neuen Deutschland, Ost-Berlin, 10. März 1966, geschrieben: „Solange die Bundesregierung [...] an ihren territorialen Forderungen festhält, provoziert sie das Mißtrauen der östlichen Nachbarn und das ihrer eigenen Verbündeten.“

Hans Magnus Enzensberger (\*1929), geboren in Kaufbeuren/Allgäu, Schriftsteller, Essayist, Redakteur, bedeutender deutscher Lyriker nach 1945. In den 1960er Jahren rechnete er in seinen Werken mit der „rückständigen Politik der Adenauer-Ära, der Obrigkeitshörigkeit, dem Wohlstandsdenken in sarkastisch-aggressiven Stil“ ab. 1965 ging er von Frankfurt/a.M. nach West-Berlin, war dort bis 1975 Herausgeber der Zeitschrift „Kursbuch“. Vgl. <http://www.whoswho.de>.

<sup>123</sup> Vgl. Friedrich Stüber, Entrüstung, in: Westfälische Rundschau, Dortmund, 18. Oktober 1965.

<sup>124</sup> Vgl. Robert J. Nüsse, Nachbarland Polen, in: Spandauer Volksblatt, West-Berlin, 21. Oktober 1965.

<sup>125</sup> Vgl. Hans Diaba, in: Varianten des Revanchismus und politischen Realismus in Westdeutschland am Beispiel der Auseinandersetzung um die Denkschrift der EKD zur Oder-Neiße-Grenze, 15. Juni 1966, in: BStU MfS JHS 556, S. 10, 21f.

<sup>126</sup> Ebenda, S. 47.

<sup>127</sup> Vgl. ebenda, S. 20, 22.

triebenendenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland blieb für den DDR-Staatssicherheitsdienst widerspruchsvoll und mit einem schwerwiegenden Mangel behaftet. Dieser hieß: Solange die Oder-Neiße-Linie nicht als endgültige deutsche Ostgrenze von der Bundesrepublik anerkannt wird,<sup>128</sup> sei die Gefahr eines „westdeutschen Revanchismus“ und die „Bedrohung des Friedens in Europa“ nicht gebannt. Da die Zahl der „realistisch denkenden Kräfte“ wachse, die den „Revanchismus der Bundesregierung“ ablehnten, seien günstige Ansätze für die DDR-Politik und die SED-Propaganda im „Kampf um die Anerkennung der Oder-Neiße-Friedensgrenze“ vorhanden.

Auch kleinere politische Ereignisse, die die Stimmungslage um die deutsch-polnische Oder-Neiße-Grenze im westlichen Europa und in der Bundesrepublik erkennen ließen, hielt das MfS genau fest. Vom 6. bis 12. September 1967 besuchte der französische Staatspräsident Charles de Gaulle<sup>129</sup> erstmals nach Kriegsende Polen. Während dieses Staatsbesuchs sprach sich de Gaulle für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, aber gegen die deutsche Zweistaatentheorie aus. Zunächst besuchte der Staatspräsident Warschau und reiste dann in die oberschlesische Stadt Zabrze/Hindenburg<sup>130</sup>. Dort löste er Irritationen und bei den westdeutschen Vertriebenenverbänden Empörung aus mit der Bemerkung, daß „Zabrze die polnischste aller polnischen Städte“ sei. Die oberschlesische Stadt Zabrze/Hindenburg war bis 1945 eine mehrheitlich von Deutschen bewohnte Stadt in Oberschlesien, die deutsche Bevölkerung war 1945/46 geflohen bzw. vertrieben worden. Das Staatssicherheitsministerium sammelte und dokumentierte westeuropäische und westdeutsche Meinungen über diese Äußerung de Gaulles und die Bonner Reaktionen darauf.<sup>131</sup> Aus Paris, Basel, Zürich und London mehrten sich die kritischen Stimmen über die Bonner Ostpolitik.<sup>132</sup> Bundesdeutsche Medien meinten: „Es ist zu befürchten, daß das Beispiel de Gaulles im Westen Schule machen wird.“ Dazu kommentierte die DDR<sup>133</sup>: „Diese [...] Auszüge beweisen, wie sehr sich Bonn bereits mit seiner Revanchepolitik isoliert hat. Das Unbehagen darüber wächst in der Bundesrepublik von Tag zu

<sup>128</sup> Vgl. ebenda, S. 24.

<sup>129</sup> De Gaulle (1890–1970), französischer General/Politiker, 1959–1969 Präsident der Republik Frankreich.

<sup>130</sup> Die Stadt Zabrze trug zwischen 1915 und 1945 den Namen Hindenburg, nach Paul von Hindenburg. 1921 votierten in der Oberschlesien-Abstimmung 60 Prozent der Einwohner für den Anschluß an Deutschland, 40 Prozent für Polen. 1915 hatte Hindenburg 70 000, 1933 131 000 Einwohner.

<sup>131</sup> Vgl. Revanchisten: I. Auslandsstimmen zur Grenzfrage, II. Tag der Heimat 1967, 29. September 1967, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 150–163.

<sup>132</sup> Beispielsweise die Nationalzeitung, Basel, 22. Juli 1967: „Es widerspricht der Logik, wenn Bonn das Alleinvertretungsrecht aller Deutschen für sich in Anspruch nimmt und [...] zahllose Verträge abschließt, die auch ein wiedervereinigtes Deutschland bindet, aber ausgerechnet zu einem Vertrag mit dem östlichen Nachbarn nicht kompetent zu sein behauptet.“

<sup>133</sup> Der DDR-Schriftsteller Werner Heiduczek, 1926 geboren in Hindenburg, hatte für sich vermerkt: „Der Satz de Gaulles erregte damals nicht nur bei Journalisten und Politikern einiges Aufsehen. [...] De Gaulles Formulierung, möchte ich meinen, war eine Demonstration für die Anerkennung der neu gezogenen Grenzen nach dem zweiten Weltkrieg.“ Werner Heiduczek, Zabrze, in: Im gewöhnlichen Stalinismus, S. 156f.

Tag.“<sup>134</sup> Daran ändere auch das Geschrei der „Berufsvertriebenen“ nichts. „Noch werden [alle …] Mahnungen zur Vernunft von den hauptamtlichen, also bezahlten Funktionären der Landsmannschaften in den Wind geschlagen.“ Als „unverschämte Hetze“ bezeichneten im Herbst 1967 die Staatssicherheitsoffiziere die Meldung: „Der Präsident des Bundes der Vertriebenen Reinholt Rehs (SPD) hat die Bundesregierung und das ganze deutsche Volk aufgefordert, so viel wie möglich von Ostdeutschland für das gesamte Deutschland zu retten. Rehs wandte sich damit gegen die Empfehlung de Gaulles, die Oder-Neiße-Linie, ‚um des guten Eindrucks‘, als deutsche Ostgrenze anzuerkennen, wie auch Frankreich auf Algerien verzichtet habe. Dieser Vergleich zwischen Algerien und den deutschen Ostgebieten sei abwegig. Ostpreußen, Pommern und Schlesien seien nicht Kolonialländer, sondern deutsches Land. [...] Der BdV-Präsident begrüßte die eindeutig ablehnende Haltung [Bundeskanzlers] Kurt Georg Kiesingers<sup>135</sup> gegen diese Zumutung de Gaulles.“<sup>136</sup> Die Staatssicherheit urteilte über diese Äußerungen, daß die Vertriebenenfunktionäre und die Bonner Politiker sich irren würden, denn die westdeutsche Bevölkerung und auch die Vertriebenen selbst begännen langsam einzusehen, daß „unbillige Forderungen und Revanchegeschrei nur zur Isolierung führen“.<sup>137</sup>

Die öffentliche Akzeptanz der nationalen Forderungen des Bundes der Vertriebenen und der ostdeutschen Landsmannschaften in der westdeutschen Gesellschaft nahm in den 1960er Jahren immer mehr ab. Je weiter die Vertriebenenverbände deutschlandpolitisch in die Defensive gerieten, desto schriller wurden die Töne, mit denen sie auf die Einhaltung des bundesdeutschen Grundkonsenses der frühen 1950er Jahre – Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von 1937, keine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze, Rückkehrrecht in die alte Heimat – drängten. Die öffentlichen Diskussionen in den Medien, z.B. die kontroversen Diskussionen zur EKD-Vertriebenen-Denkschrift, deuteten an, daß die Vertriebenenverbände innenpolitisch in die Isolation zu geraten drohten bzw. schon geraten waren.<sup>138</sup> Dies hatten die SED-Führung und ihr Ministerium für Staatssicherheit erkannt. Zum Ende der 1960er Jahre ging die ostdeutsche Seite davon aus, daß die Landsmannschaften und der Bund der Vertriebenen seine Tätigkeit einstellen und die Verbände sich über kurz oder lang auflösen würden.<sup>139</sup>

<sup>134</sup> Vgl. Revanchisten: I. Auslandsstimmen zur Grenzfrage, 29. September 1967, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 154.

<sup>135</sup> Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), CDU-Politiker, 1958–1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1966–1969 Bundeskanzler, erster Kanzler, der mit einer Großen Koalition regierte. Aufgrund seiner früheren NSDAP-Mitgliedschaft (Eintritt im Februar 1933) war er politisch umstritten.

<sup>136</sup> Revanchisten: Tag der Heimat 1967, 29. September 1967, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 156, 157.

<sup>137</sup> Ebenda, Bl. 157.

<sup>138</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 108–116.

<sup>139</sup> Bereits im August 1967 hatte die Staatssicherheit vermerkt: Der westdeutsche „Bundesverband der vertriebenen Ärzte“ stellte seine Tätigkeit ein, weil er der Ansicht war, daß seine Mitglieder voll und ganz Bundesbürger geworden sind und es deshalb keine Vertriebeneninteressen mehr wahrzunehmen gibt. Die Ostdeutschen dazu: „Es wäre von erheblichem Nutzen für das Ansehen der Bundesrepublik, wenn sich die übrigen Vertriebenenverbände daran ein Beispiel nehmen würden.“ In: Revanchisten: Tag der Heimat 1967, 29. September 1967, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 156.

### 3. SED-„Revanchismus-Kampagnen“ gegen Landsmannschaften und BdV

Auf Weisung der SED-Politbüro-Westkommission sammelten und analysierten in den Jahren zwischen 1960 und 1964 die MfS-Dienststellen der Kreis-, Bezirks- und zentralen Berliner Ebene, unterstützt vom SED-Apparat, „Material über die revanchistische Tätigkeit des Bonner Staatsapparates, der politischen Organisationen und Verbände“.<sup>140</sup> Darunter fielen die Bundesministerien für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, für Gesamtdeutsche Fragen sowie das für Verteidigung, das Bundespresseamt und auch die „revanchistischen Organisationen und Verbände“.<sup>141</sup> Hier interessierten sich die SED und ihr Geheimdienst explizit für den „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“. Eine Expertise sollte Auskunft geben über die Entstehung und Entwicklung des BdV, über den Organisationsgrad der Vertriebenen im BdV und in den Landsmannschaften, über den Einfluß der Vertriebenenverbände auf die Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik und über die Finanzierung der Verbände. Bei den ostdeutschen Landsmannschaften lag das Hauptaugenmerk auf der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der Landsmannschaften der Schlesier, der Ost- und Westpreußen, der Pommern und der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg. Und schließlich wollten die SED-Politiker Auskünfte erhalten über die „Verflechtung der westdeutschen Parteien und Landsmannschaften“. Sie wollten wissen, welche Funktionäre der Vertriebenenverbände in westdeutschen Parteigremien und im Deutschen Bundestag saßen. Ihr Hauptinteresse galt hier der SPD-Führung und der SPD-Bundestagsfraktion.<sup>142</sup> Namentlich nicht bekannte Verfasser der Expertise aus dem SED-Apparat merkten als Zwischenergebnis im Sommer 1963 an, daß das MfS zum Komplex „Revanchistische Organisationen und Verbände“ bis zum 11. September 1963 zirka 300 Fotokopien aus Personalakten ehemaliger Faschisten, die heute zu den „führenden Revanchisten Westdeutschlands und Westberlins gehören“<sup>143</sup> liefern würde.

Die Dienststellen des Staatssicherheitsministeriums überprüften auf Weisung der SED-Führung zwischen 1960 und 1963 systematisch das Führungspersonal der ostdeutschen Landsmannschaften und des Dachverbandes Bund der Vertriebenen danach, welche von diesen Personen vor 1945 in das NS-System verstrickt waren. Ziel und Zweck dieser Recherche war es von Anfang an, einen Nachweis zu führen, daß die Funktionäre der Vertriebenenverbände möglichst durchweg eine „faschistische Vergangenheit“ besaßen, daß der Einfluß ehemaliger Nationalsozialisten im Bund der Vertriebenen und in den Landsmannschaften umfassend sei. Die SED-Spitze warf damit der Bundesrepublik insgesamt vor, daß „die Militarisierung und Faschisierung

<sup>140</sup> Vgl. Revanchismus – Bonner Staatsdoktrin 1959–1963, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1541 a; Detaillierter revanchistische Presse beleuchten, 2. Dezember 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15.

<sup>141</sup> Vgl. Revanchismus – Bonner Staatsdoktrin 1959–1963, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1541 a.

<sup>142</sup> Vgl. ebenda.

<sup>143</sup> Ebenda.

Westdeutschlands ein fester Bestandteil der aggressiven Innen- und Außenpolitik des Adenauer-Staates ist“.<sup>144</sup>

Zur SED-Politik gegenüber den Vertriebenenverbänden in der Bundesrepublik zählten die propagandistischen Kampagnen zur öffentlichen Diskreditierung der ostdeutschen Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen sowie der generelle Vorwurf eines „organisierten Revanchismus als offizielle Bonner Staatspolitik“<sup>145</sup> an die Adresse der Bundesregierung. Diese Propagandaaktionen der 1960er und der beginnenden 1970er Jahre dienten der SED, wie bereits erwähnt, zur öffentlichkeitswirksamen Darstellung der „DDR als deutscher Friedensstaat“ und der Bundesrepublik als das „revanchistische Deutschland“. Die Aktivitäten umfaßten innen- und außenpolitische bzw. deutsch-deutsche Dimensionen. Außenpolitisch sollten sie zur internationalen Anerkennung der DDR beitragen sowie den ostdeutschen Staat in der Gemeinschaft der „sozialistischen Bruderstaaten“ fest und stabil positionieren. Die Revanchismusvorwürfe der SED an die Adresse der Bundesrepublik hatten zum einen den ostdeutschen gegen den westdeutschen Staat abzugrenzen und zum anderen DDR-intern herrschaftslegitimierend zu wirken. Die DDR führte die „Revanchismus-Kampagnen“ gegen die Bundesrepublik in eigener Regie bzw. mit den anderen verbündeten Staaten zusammen durch, wobei es zu einer engeren Zusammenarbeit mit der VR Polen und der ČSSR kam. Erste wichtige Vereinbarungen über diese Zusammenarbeit trafen die drei Länder bei einer Konsultation der Außenministerien im November 1960 in Berlin.<sup>146</sup> Neben politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen ließen auch gemeinsame sicherheitspolitische Interessen die DDR, die ČSSR und Polen in dieser Sache enger zusammenrücken. In der Bundesrepublik als „Frontstaat der NATO“ sahen sie die größte potentielle Bedrohung der Sicherheit ihrer Länder. Die Führungen der KPČ und der PVAP konnten bei ihrer Propaganda auf das Mißtrauen weiter Teile ihrer Bevölkerung gegenüber den Deutschen in der Bundesrepublik bauen. Große Teile des tschechoslowakischen Volkes fürchteten tatsächlich Bonner Revisionsansprüche auf das Sudetenland und eine Rückkehr der sudetendeutschen Bevölkerung in ihre ehemaligen Siedlungsgebiete. In Polen<sup>147</sup> herrschte Unsicherheit angesichts der durch die Bundesregierung abgelehnten Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. In der Existenz zweier deutscher Staaten sahen die politischen Führungen in Warschau und Prag einen stabilisierenden Faktor für die eigene Sicherheit.<sup>148</sup> Bei den „Revanchismus-Kampagnen“ gegen die Bundesrepublik gab es zwischen der DDR und den anderen Staaten der „sozialistischen Gemeinschaft“ aber auch Interessengegensätze. Während die polnischen oder tschechoslowakischen (wie auch die

<sup>144</sup> Anlage: Jahresbericht 1960 über die Agitationstätigkeit des MfS, 9. Januar 1961, in: BStU MfS SdM 599, Bl. 83.

<sup>145</sup> Vgl. Braunbuch, 1965, S.279.

<sup>146</sup> Vgl. Wolfgang Schwarz, Brüderlich entzweit, S.30-32; Alte bekannte Gesichter und die neue Taktik des Revanchismus, Revanchismus heute, beide aus: Rudé Právo“, Warschau, 22. Mai 1962 und 14. Oktober 1962, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/203.

<sup>147</sup> Vgl. Hauptkommission für Untersuchung von Naziverbrechen in Polen: Die Führer der Landsmannschaften in der BRD – ihre nazistische und verbrecherische Vergangenheit, Warschau 1970, in: BStU MfS HA IX/11 PA 2765.

<sup>148</sup> Vgl. Wolfgang Schwarz, Brüderlich entzweit, S.49.

ungarischen, rumänischen oder jugoslawischen usw.) Kommunisten auch immer national denken konnten und mußten, konnte die SED-Spitze dies nicht. Die PVAP oder die KPČ z. B. bauten auf ihr Volk, dessen Geschichte und Traditionen. Die SED hingegen brauchte die Ideologie, um die Existenz ihres Staates zu rechtfertigen. Die Volksrepublik Polen blieb Polen, die Tschechoslowakei blieb die ČSSR, die DDR blieb nur dann die DDR, solange sie sich als „sozialistischer deutscher Staat“ gegen die Bundesrepublik abzuheben vermochte.<sup>149</sup> In den Augen vieler PVAP- oder KPČ-Funktionäre waren die SED-Politiker überzogene Ideologen und Dogmatiker, die im Bunde mit der sowjetischen Führungsmacht die polnischen oder tschechoslowakischen gesellschaftlichen Freiräume bedrohten. Aus Sicht der SED-Führung hingegen waren die polnischen und tschechischen Spitzenpolitiker zu lasche und nachlässige Partefunktionäre, z. T. sogar Revisionisten, die sowohl die „Reinheit der kommunistischen Lehre“ als auch den Zusammenhalt des sozialistischen Lagers und damit den Bestand der DDR bedrohten.<sup>150</sup> Die SED bezichtigte die Politiker aus Warschau und Prag<sup>151</sup> wiederholt, die „Revanchismusgefahr aus Westdeutschland“ zu unterschätzen, während die Polen, die Tschechen und Slowaken den Ostdeutschen eine überzogene „westdeutsches Revanchismus-Trauma“ unterstellten.<sup>152</sup>

Für die Vorbereitung und Durchführung der Revanchismus-Kampagnen trugen im SED-Apparat neben der Entscheidungsebene Politbüro und Sekretariat des ZK der SED die „Politbüro-Kommission für die Arbeit nach Westdeutschland“ und die ZK-Abteilung „KPD-Arbeitsbüro“ die Hauptverantwortung.<sup>153</sup> Das Ministerium für Staatssicherheit übernahm eine Schlüsselposition bei der Beschaffung und gegebenenfalls bei der verdeckten Verbreitung von Informationen über die Landsmannschaften und den Bund der Vertriebenen und von angeblichem bzw. tatsächlich belastenden Material über Funktionäre der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik. Die Hauptabteilung XX/2 des MfS auf zentraler wie auch auf Bezirksebene lieferte für die Revanchismus-Kampagnen umfassende Informationen und Rechercheergebnisse aus allen nur denkbaren Quellen, aus Archiven der DDR sowie öffent-

<sup>149</sup> Der DDR-Außenminister Otto Winzer unterstrich diese Argumentation im Gespräch mit dem Botschafter der ČSSR in der DDR, V. Kolář, im April 1968. Vgl. Vermerk über die Unterredung, 1. April 1968, in: SAPMO-BA DY 30/316.

<sup>150</sup> Vgl. Peter Bender, Normalisierung wäre schon viel, S. 4.

<sup>151</sup> Ein Beispiel vom Juni 1968: Ein FDGB-Funktionär berichtete: Bei der Einschätzung des westdeutschen Imperialismus meinte die Prager Genossin, „daß man zwar volles Verständnis hätte für die Meinung der DDR [...], sie selbst und die Genossen aus Prag hätten jedoch eine andere Auffassung. Sie erkennen, daß die Bonner Regierung – trotz des Geschreis der Revanchistenverbände – keine ernsthaften kriegerischen Absichten gegen die ČSSR hege. [...] In diesem Zusammenhang schätzt sie auch die Rolle der SPD-Führer grundsätzlich anders ein als wir. Sie sagte, daß die neue Ost-Politik von Brandt/Wehner doch gewisse Möglichkeiten“ bieten würde. Informationsbericht, 2. Juni 1968, in: SAPMO-BA DY 30/3617.

<sup>152</sup> Vgl. Wolfgang Schwarz, Brüderlich entzweit, S. 141–145.

Die SED-ZK-Abteilung für Internationale Verbindungen urteilte Anfang 1965, daß sowohl in der KPČ als auch in der PVAP eine „Unterschätzung der Gefährlichkeit des westdeutschen Militarismus“ zu beobachten sei, und daß der „nationale Kampf der DDR“ in seiner Tragweite nicht erkannt werde. Vgl. ebenda, S. 144.

<sup>153</sup> Vgl. Heike Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 401–405.

lichen und internen Dokumenten und Publikationen der Vertriebenenverbände selbst.<sup>154</sup> In der Öffentlichkeit blieb der Geheimdienst bei den Kampagnen stets im Hintergrund. Die SED hatte entschieden, daß das MfS aus „politischen, operativen oder anderen sachlichen Gründen, z.B. [...] zum Zwecke der Täuschung des Feindes“, nicht in Zusammenhang mit solchen Aktivitäten gebracht werden dürfe.<sup>155</sup> Die offiziellen Hauptakteure der Revanchismus-Kampagnen waren Albert Norden<sup>156</sup>, Mitglied des Politbüros und Chefideologe der SED, und der „Ausschuß für Deutsche Einheit“ beim Nationalrat der Nationalen Front<sup>157</sup>.

Vom Ende der 1950er Jahre an nutzte die SED-Führung systematisch den Revanchismusvorwurf gegen die Vertriebenenverbände und die Bundesrepublik insgesamt für ihre politische und legitimatorische Auseinandersetzung im Kalten Krieg. Die DDR begann daran zu arbeiten, sich international als eigenständiger Staat zu positionieren und darzustellen. Nach der endgültigen Abriegelung der DDR durch den Bau der Berliner Mauer im August 1961 orientierte sich die SED-Führung nun auch in der Öffentlichkeit selbstbewußt auf eine längere Existenz eines „sozialistischen deutschen Staates“. Klar war der SED, daß die DDR sich eine internationale Stellung als souveräner Staat erst noch erwerben mußte. Dazu boten sich Revanchismus-Kampagnen gegen die Bundesrepublik an. Adressaten waren das westliche, aber auch hin und wieder das östliche Ausland, in dem antideutsche Ressentiments wachgehalten und gegen die Bundesrepublik und ihre Integration in das westliche Bündnis polemisiert werden sollte.<sup>158</sup>

Im zentralen SED-Parteiapparat waren zu verschiedenen Zeiten Arbeitsgruppen mit Dokumentationen über den „westdeutschen Revanchismus“ befaßt. 1961 fertigte die „Kommission für gesamtdeutsche Arbeit“ des SED-Politbüros eine „Einschätzung des Nationalismus-Chauvinismus und des Staatsbewußtseins in Westdeutschland“.<sup>159</sup> 1963 forderte die Politbüro-Ideologiekommission Thesen über den „Revanchismus und Chauvinismus in der Bundesrepublik und Schlußfolgerungen für die Parteiar-

<sup>154</sup> Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 104f.

<sup>155</sup> Zitiert in: Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 75.

<sup>156</sup> Albert Norden (1904–1982), jüdischer Herkunft, 1921 KPD, 1954/55 StS des Ausschusses für Deutsche Einheit, 1955–1981 ZK-Sekretär, 1955–1967 Leiter der Politbüro-Agitations- und 1960–1979 Leiter der Politbüro-Westkommission, 1958–1981 Politbüromitglied, SED-Chefideologe. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 628f.

<sup>157</sup> Der „Ausschuß für Deutsche Einheit“ war ein pro forma staatliches Gremium, welches die „propagandistische Arbeit nach Westdeutschland“ koordinierte und öffentlich umsetzte. Die Kampagnen des Ausschusses hatten Einzelpersonen, Gremien und allgemeine Entwicklungen in der Bundesrepublik zu diskreditieren. Bevorzugte Themen waren ab Mitte der 1950er Jahre „Faschierung des westdeutschen Justizapparates“, „Wiedergeburt des Militarismus im Adenauer-Staat“. Zielobjekte der ideologischen Kampagnen waren Bundeskanzler Adenauer, Bundesvertriebenenminister Oberländer, StS im Bundeskanzleramt Hans Globke, Bundespräsident Heinrich Lübke usw. Vgl. Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 258–267.

<sup>158</sup> Vgl. Bonner Revanchismus gegenüber der Rumänischen VR, Juli 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/191; Einschätzung des Nationalismus-Chauvinismus in der BRD, 26. Juni 1961, in: ebenda, DY 30 IV 2/10.02/2; Warschau: Revanchismus heute, 14. Oktober 1962, in: ebenda, DY 30 IV 2/20/203.

<sup>159</sup> Vgl. die Einschätzung, 26. Juni 1961, in: SAPMO-DY 30 IV 2/10.02/2.

beit“ an.<sup>160</sup> Die zuständigen ZK-Mitarbeiter stellten folgende, einförmig-dogmatisch geprägte Punkte zusammen, die zur Ausarbeitung anstanden: 1. „Darlegung des Zusammenhangs zwischen Imperialismus und Revanchismus“, 2. Nachweis des „Zusammenhangs zwischen Revanchismus und faschistischen Tendenzen in der Innenpolitik der Bundesrepublik“, 3. „Enthüllung des Wesens der revanchistischen Ideologie als Ideologie der systematischen Kriegsvorbereitung [...] und Haßpropaganda gegen die DDR“, 4. Aufdecken der „Ideologie des Revanchismus [...] mit der Forderung nach ‚Revision der Grenzen‘ und mit den demagogischen Lösungen ‚Recht auf Selbstbestimmung‘ und ‚Recht auf Heimat‘“, 5. Charakterisierung des Apparates und der Werkzeuge, die der Bonner Staat zur „revanchistischen Vergiftung der Bevölkerung geschaffen hat“, in Form von „militaristischen Vereinen, Landsmannschaften, Ost-Forschungsinstituten, Bildungseinrichtungen, Presse und Rundfunk“, 6. Nachweise führen über „Aussichtslosigkeit der Umsetzung der revanchistischen Ziele“ und Begründung der SED-Friedenspolitik.<sup>161</sup> Anfang Januar 1964 fanden erste Beratungen einer „Arbeitsgruppe über Revanchismus in der Bundesrepublik“ statt, die von der Politbüro-Ideologiekommission eingesetzt worden war.<sup>162</sup> Das SED-Politbüro beschloß im August 1964, mit der Organisation einer „internationalen Kampagne gegen die revanchistischen Grenzforderungen der westdeutschen Militaristen“ zu beginnen.<sup>163</sup>

Die 1960er Jahre hindurch inszenierte die SED-Führung Propagandakampagnen gegen die Vertriebenenverbände und ihre Funktionäre. Eine wichtige Ausgangsbasis für diese Aktionen lag in der relativ lückenlosen Dokumentation der personellen Zusammensetzung und strukturellen Gliederung des Bundes der Vertriebenen, der Landsmannschaften und ihrer Landesverbände,<sup>164</sup> die das MfS erstellte. Dabei interessierte sich die Staatssicherheit vor allem für die politische Vergangenheit der Vertriebenenfunktionäre. Die Vorbereitungen der SED-Führung zu ersten gezielten Revanchismus-Kampagnen direkt gegen die Vertriebenenverbände begannen 1960. Eine Weisung des Stellvertretenden MfS-Ministers Bruno Beater aus Berlin an alle Bezirksverwaltungen der DDR vom 31. August 1960 lautete wörtlich: „Sofort Material, möglichst mit Original-Dokumenten, über Führer von Landsmannschaften, revanchistischen Organisationen, Heimatverbände [sic!] u.ä. mit Sonderkurier an mich geben.“<sup>165</sup>

<sup>160</sup> Vgl. Ideologische Kommission, 24. September 1963, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.03/109.

<sup>161</sup> Einige Gesichtspunkte für ein Material zu Problemen des Revanchismus in der Bundesrepublik, 24. September 1963, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.03/109.

<sup>162</sup> Vgl. Ideologie-Kommission: Revanchismus in der BRD, 10. Januar 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.03/110, Bl. 1, 65–90.

<sup>163</sup> Vgl. Politbüroprotokoll vom 25. August 1964, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/945.

Die Vorbereitung dieser Kampagne wurde aus nicht bekannten Gründen abgebrochen.

<sup>164</sup> Vgl. Vertriebenenfunktionäre und Landsmannschaften: Schlesien, Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Sudetendeutsche, 1962–1964, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bl. 42–57, 82–91, 149–218; Material für den Genossen Norden über die Ausnutzung der Landsmannschaften und Vertriebenen zur Durchsetzung der Bonner Kriegskonzeption, 1960/62; Objekte der ideologischen Diversions, 1962, in: ebenda, MfS ZAIG 4625, Bl. 1–28.

<sup>165</sup> Eingang Fernspruch: MfS-Berlin an BVfS Neubrandenburg, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, XX 235, Bl. 219.

SED und MfS organisierten thematische Kampagnen gegen die Vertriebenenverbände wie im Juni 1968 die Dokumentation „Ungeist der Revanche auf Westdeutschlands Straßen – Aufmärsche der Revanchistenverbände in Westdeutschland Pfingsten 1968“<sup>166</sup>. In Personenkampagnen, die sich gegen Spitzenpolitiker des BdV und einzelner Landsmannschaften – wie gegen Hans Krüger, BdV-Präsident von 1958 bis 1963, oder gegen Walter Becher, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft von 1968 bis 1982 – richteten, wurde die tatsächliche oder vermeintliche NS-Vergangenheit der Funktionäre thematisiert, um den „Revanchismus- und Neo-Faschismusvorwurf“ gegenüber den Vertriebenenverbänden und der Bundesrepublik zu untermauern. In diesen Kampagnen, die durchaus Wirkung in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit erzielten, machten sich die SED bzw. das MfS nicht immer die Mühe, bei der tatsächlich vorhandenen NS-Belastung von Vertriebenenfunktionären zwischen Angepaßten, Opportunisten, Mitläufern, Schreibtischtätern oder tatsächlichen Tätern, beispielsweise von Mitgliedern der Einsatzgruppen,<sup>167</sup> zu unterscheiden. Für die Diskreditierung dieser Funktionäre und den gegen sie gerichteten sogenannten Faschismusvorwurf reichte der Nachweis einer Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SS oder einer anderen nationalsozialistischen Gliederung aus.<sup>168</sup> Diese Art der SED-Kampagnen erreichte 1965 einen Höhepunkt mit der Herausgabe der Dokumentation „*Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft*“.<sup>169</sup> Diese Dokumentation war maßgeblich vom MfS, von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe, recherchiert und zusammengestellt worden. In diesem Buch wurden unter der Überschrift „Hitlers 5. Kolonne – Bonner Revanchistenführer“ nicht weniger als 109 Funktionäre der Landsmannschaften bzw. des BdV mit NS-Vergangenheit aufgelistet.<sup>170</sup>

Als NS-belastet benannten die MfS-Funktionäre im „Braunbuch“ bundesdeutsche Politiker und Funktionäre der Vertriebenenorganisationen und -gremien wie beispielsweise den bereits genannten Dr. Hans Krüger oder Professor Dr. Theodor

<sup>166</sup> Vgl. die Dokumentation, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 98–114.

<sup>167</sup> Vgl. Hans Michael Kloth, Klaus Wiegrefe: Unbequeme Wahrheiten. In: Der Spiegel, 33/2006, S. 46–48.

<sup>168</sup> Die Kampagne gegen Dr. Walter Becher, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaften, wurde öffentlichkeitswirksam in Form einer Propagandaschrift und eines Dokumentarfilms 1968/69 durchgeführt. Vgl. Unterlagen zur Kampagne in der DDR und im Ausland 1969/70, SAPMO-BA, DY 30 IV A 2/9.02/71; Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil und Der Mann ohne Vergangenheit sowie ein nachdenklicher Bericht über Die Schlacht am Killesberg, Berlin (Ost) 1969.

<sup>169</sup> Das „Braunbuch“ erschien bis 1968 in drei Auflagen. Als Art zusammenfassendes Nachschlagewerk listete es über 1900 „schwer belastete führende Nazifunktionäre und Kriegsverbrecher“ auf, „die sich heute ungehindert in entscheidenden Stellungen des westdeutschen Staats- und Wirtschaftsapparates bestätigen“. Das „Braunbuch“ unterlag auf Beschuß des Landgerichts Lüneburg in der Bundesrepublik der Beschlagnahme. In: *Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik*, 1965, S. 9; vgl. Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 85.

<sup>170</sup> Vgl. *Braunbuch*, S. 307–316; MfS-Personendossiers für das „Braunbuch“, BStU MfS ZAIG 9704, Bl. 355–400; vgl. zu dieser Thematik auch Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 73–104, 156–190.

Oberländer, Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte von 1953 bis 1960, oder auch Otto Ulitz, den Sprecher der Landsmannschaft Oberschlesien. Die SED-Ideologen warfen Hans Krüger die besagte frühe aktive NSDAP-Mitgliedschaft vor. Zudem klagten sie ihn an, als Richter an Sondergerichten im okkupierten polnischen Chojnice (Konitz) Todesurteile gegen polnische Bürger ausgesprochen zu haben. Theodor Oberländer beschuldigten sie u.a., als „Führer von SS-Sondereinheiten für Massenmorde in Lwow und anderen sowjetischen Städten verantwortlich“ zu sein, und Otto Ulitz bezichtigten sie, „am fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz beteiligt [und] dafür mit dem ‚Goldenem Ehrenzeichen der NSDAP‘ dekoriert“ worden zu sein.<sup>171</sup> Auch im Gefolge von SED-Propagandaaktionen mußte der Bundesvertriebenenminister Hans Krüger 1964 sein Amt niederlegen, Theodor Oberländers erzwungener Rücktritt geschah bereits 1960.<sup>172</sup>

Die von der SED im „Braunbuch“ vorgebrachten Sachverhalte gegen die Funktionäre der Vertriebenenverbände waren im Kern zutreffend, wenngleich das MfS Fakten und Zusammenhänge auch pauschalierte bzw. übertrieb und auch vor Fälschungen<sup>173</sup> nicht zurückschreckte. Doch das eigentliche Kapital der DDR war die Tatsache, daß die politischen Eliten in der Bundesrepublik und auch die Funktionäre der Vertriebenenverbände viele Jahre lang nicht sehen wollten, welche ungeheure politische Hypothek sie mit sich trugen. So haben bis in die heutige Gegenwart weder die ostdeutschen Landsmannschaften noch der Bund der Vertriebenen die NS-Vergangenheit ihrer Spitzenfunktionäre überprüft und aufgearbeitet.<sup>174</sup> Der Aussage des Historikers Falco Werkentin ist zuzustimmen, wenn er formuliert: „Sicher ging es der DDR um Propaganda. [...] Doch am Wahrheitsgehalt der vorgelegten Dokumentationen war im Großen und Ganzen nicht zu rütteln. Die bundesdeutsche Gesellschaft [...] bekam ihre eklatanten Versäumnisse im Umgang mit der eigenen Vergangenheit schmerhaft um die Ohren geschlagen. Die Unerträglichkeiten mußten von den Propagandisten der SED nicht erfunden, sondern nur aufgesammelt werden.“<sup>175</sup> Eine Reprint-Ausgabe des „Braunbuches“ erschien 2002. Kritische Rezensionen wie der Historiker Götz Aly meinten dazu, daß diese Dokumentation zwar Propaganda, aber kein „gedankenloses Machwerk“ gewesen sei, und daß sich die empirischen Grundlagen des „Braunbuches“ als äußerst beständig erwiesen hätten. Der größte Kritikpunkt aus heutiger Sicht bestehe nach Aly darin, daß im „Braunbuch“ zu wenige Namen NS-belasteter Politiker und Funktionäre der frühen Bundesrepublik genannt wür-

<sup>171</sup> Braunbuch, 1965, S. 311–313, 315; vgl. Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 77–84; Politisch entlastend über Ulitz bei Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 322f.

<sup>172</sup> Vgl. Bernd Kallina, Mit der „Revanchismus-Keule“ gegen die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände, S. 77f.

<sup>173</sup> So im Fall des Bundespräsidenten Heinrich Lübke. Vgl. Rudolf Morsey, Heinrich Lübke, S. 508–563.

<sup>174</sup> Vgl. Hans Michael Kloth, Klaus Wiegrefe, Unbequeme Wahrheiten, S. 46–48; dies. u.a., Nachsichtiges Urteil, S. 39–41.

<sup>175</sup> Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, S. 200.

den.<sup>176</sup> Eine historische Überprüfung der im „Braunbuch“ dargelegten Sachverhalte existiert bis heute nicht.

Das „Braunbuch“ war als SED-Propaganda-Aktion erfolgreich. Nach einer internen Auswertung des Staatssicherheitsministeriums mußten nach dem Erscheinen des Buches im Jahr 1965 bis zu seiner 3. Auflage 1968 „mehr als 300 Nazi- und Kriegsverbrecher in der BRD ihren Posten niederlegen“.<sup>177</sup> Dennoch hatte die Dokumentation letztlich nur einen beschränkten Wert. Ihrem originär politisch-propagandistischem Zweck entsprechend verdeutlichte sie – auch bezüglich der 109 Funktionäre der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik – das Ausmaß personeller Kontinuität, ließ feste jedoch mit der Auflistung von NS-Dienststellen oder Mitgliedschaften in verschiedenen NS-Organisationen der Betreffenden nur Indizien, aber keinen Nachweis individuell strafrechtlich relevanter Schuld.<sup>178</sup> Die SED verbreitete Mitte der 1960er mit dem „Braunbuch“ in ihrer politischen Einseitigkeit und mit ihrer spezifischen Sprache ihre Sicht zum „Revanchismus“ der Vertriebenenverbände und der Bundesrepublik insgesamt. „In der DDR – für Revanchismus keine Basis“,<sup>179</sup> so agiterten die SED-Funktionäre und begründeten diese Überzeugung mit der inzwischen bekannten Argumentationskette: Im Potsdamer Abkommen von 1945 wurden neue Grenzen in Europa festgelegt und „Aussiedlungsmaßnahmen getroffen“. Ziel aller vier alliierten Mächte sei es gewesen, „die imperiale Wühlarbeit in den Nachbarländern Deutschlands auszuschalten, diese Länder für die ungeheuren Verluste im Krieg zu entschädigen und stabile Grenzen zu schaffen“. „Große Teile der deutschen Minderheit [!] wurden [...] in die vier Besatzungszonen [...] ausgesiedelt“<sup>180</sup>. Mit keinem Wort aber erwähnten die SED-Macher des „Braunbuches“ die deutsche Bevölkerung des Reiches im Osten. In der Sowjetischen Besatzungszone habe man – so die Sicht der SED – alles unternommen, „um den von Hitler schmählich betrogenen Umsiedlern ihr schweres Los zu erleichtern, ihnen eine neue Existenz [...] zu geben“. Die SED war davon überzeugt, daß man den „Umsiedlern“ in der SBZ/DDR schlüssig und überzeugend erklärt hatte, wer am Verlust ihrer Heimat die Schuld trug – daß nämlich „der deutsche Imperialismus durch seine Kriegs- und Vernichtungspolitik die ehemaligen Ostgebiete für immer verspielt“ habe. In der DDR existierten keine „revanchistischen Organisationen“, denn die DDR habe in offiziellen Verträgen die bestehenden Nachkriegsgrenzen anerkannt.<sup>181</sup> Dies stellten die Macher des „Braunbuches“ dem „herrschenden Revanchismus in Westdeutschland“ gegenüber. Sie formulierten: „Der in Westdeutschland wiedererstandene deutsche Imperialismus [...] drängt zum dritten Male in diesem Jahrhundert auf eine Veränderung der Grenzen. Die Bundesrepu-

<sup>176</sup> Vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft. Hrsg. Norbert Podewin, Berlin 2002; Götz Aly, Zuverlässig, Lob des antifaschistischen Rentners. Rezensionsnotiz zum „Braunbuch“, in: Süddeutsche Zeitung, München, 9. August 2002.

<sup>177</sup> Zitiert bei Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 84.

<sup>178</sup> Vgl. ebenda, S. 85.

<sup>179</sup> Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, 1965, S. 280.

<sup>180</sup> Ebenda.

<sup>181</sup> Alle Zitate in: Ebenda, Bl. 280f.

blik ist der einzige Staat in Europa, der Forderungen auf fremdes Staatsgebiet, auf die „Grenzen von 1937“ erhebt. Die in Westdeutschland lebenden Umsiedler werden mißbraucht, um diese revanchistische Politik propagieren und durchführen zu helfen.“<sup>182</sup> Die ostdeutschen Funktionäre beschuldigten die Bonner Regierung, noch immer die Illusion bei den inzwischen in die Gesellschaft der Bundesrepublik eingegliederten Vertriebenen zu nähren, sie könnten eines Tages in ihre alte Heimat zurückkehren. „Von der westdeutschen Regierung gefördert“ – so weiter –, „wurden nach 1945 die [...] Revanchistenverbände gebildet.“<sup>183</sup> Diese „Umsiedlerorganisationen“, so die Argumentation der SED, gehörten zum System staatlicher und nichtstaatlicher Einrichtungen der BRD, welche „zur Verwirklichung der revanchistischen Politik“ aufgebaut wurden. Das System sollte „alle ehemaligen Umsiedler und darüber hinaus möglichst die ganze westdeutsche Bevölkerung für die Politik der Grenzrevision, der ‚Rückeroberung‘ verlorener Gebiete und für die Vorbereitung einer neuen Aggression gewinnen“.<sup>184</sup> Dieses Argumentationsmuster änderte sich in den 1960er Jahren und auch später nicht. Das „Braunbuch“ zählte zu einem wichtigen Bestandteil der SED-Kampagnen für die internationale Anerkennung der DDR.

Die Suche nach möglichen NS-Verstrickungen unter Vertriebenenfunktionären und Politikern blieb eine immerwährende Aufgabe der Staatssicherheit. Auch Vertriebenenfunktionäre, die gar nicht mehr in der ersten Reihe der aktiven Politik agierten, standen unter Beobachtung des MfS. Auch über sie führte die Staatssicherheit Dossiers. 1968 aktualisierte man die „Akte Waldemar Kraft“. Genau listete man in Ost-Berlin die politische Vergangenheit des einstigen BHE-Gründers Kraft zwischen 1931 und 1945 auf, seine SS- bzw. seine NSDAP-Mitgliedsnummer waren aktenkundig.<sup>185</sup> Auch Linus Kather, der sich in den 1960er Jahren aus Verärgerung über den Verlust seines Einflusses in den Vertriebenenverbänden zeitweise der NPD anschloß, blieb im Visier der Staatssicherheit.<sup>186</sup> Zwischen 1955 und 1976 führte das MfS eine Akte über den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Alfred Gille.<sup>187</sup> Eine MfS-Einschätzung von 1968 über Gille lautete: Er „ist auch heute noch Faschist und tritt als solcher [...] im Bundestag in Erscheinung. Er betreibt eine wüste Hetze gegen die sozialistischen Staaten [...] und tritt für die gewaltsame Durchsetzung der Bonner Revanchepolitik ein. In seinen Hetzreden beschränkt er sich nicht nur auf die [Forderung nach] ‚Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete einschließlich des Sudeten- und Memellandes‘, sondern verlangt, wie die Faschisten des Nazireiches, die ‚Neuordnung Osteuropas‘“.<sup>188</sup> Erst im Juli 1976, Gille war da 75 Jahre alt, hieß es bei der HV A des MfS: „Akte Alfred Gille: Die Bearbeitung des Objektes ‚Revanchismus‘ wurde eingestellt. An der Person besteht kein operatives Interesse“ mehr.<sup>189</sup> 1965 legte das

<sup>182</sup> Ebenda, Bl. 281.

<sup>183</sup> Ebenda.

<sup>184</sup> Ebenda, S. 282.

<sup>185</sup> Vgl. MfS-Akte Waldemar Kraft, in: BStU MfS HA IX/11 PA 2765, Bl. 22–29, 107–113.

<sup>186</sup> Vgl. MfS-Akte Dr. Linus Kather, in: BStU MfS PA 611, Bl. 3–25.

<sup>187</sup> Vgl. MfS-Akte Dr. Alfred Gille, in: BStU MfS PA 2642, Bl. 21–31.

<sup>188</sup> Auskunftsbericht Alfred Gille, in: BStU MfS PA 2642, Bl. 22.

<sup>189</sup> Archivierung Akte Alfred Gille, in: BStU MfS AP 12596/76, Bl. 25 (auch Bl. 7–12).

MfS über den damals amtierenden Bundesvertriebenenminister Johann Baptist Gradl ein Dossier an, das Ost-Berlin bis 1971 führte.<sup>190</sup> Der CDU-Politiker Gradl hatte 1965/66 das Amt des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte inne, obwohl er selbst aus Berlin stammte und kein Vertriebener war.<sup>191</sup> Trotz intensiver MfS-Recherchen konnte Gradl keine Mitgliedschaft in einer NS-Organisation angehängt werden. Aber ein Vorwurf ließ sich finden: „Im faschistischen Staat war Gradl [...] ab 1938 Mitarbeiter der Geschäftsführung der ‚Reichsgruppe Banken‘, deren Aufgabe u.a. darin bestand, das Vermögen von ‚arisierter‘ Personen zu veräußern.“<sup>192</sup> Dies war zutreffend. Eine von drei Wirtschaftsgruppen in der „Reichsgruppe Banken“ in Berlin zwischen 1938 und 1945 hatte u.a. die Aufgabe, das aus „rassischen und politischen Gründen“ beschlagnahmte Vermögen, in erster Linie also das von den NS-Machthabern eingezogene jüdische Vermögen in Deutschland, Käufern im In- und Ausland zum Erwerb anzubieten. Diese Praxis weite sich nach 1939 aus auf die vom NS-Deutschland besetzten und okkupierten europäischen Länder. Johann Baptist Gradl gehörte zur Geschäftsführung der „Reichsgruppe Banken“.<sup>193</sup> Ein weiteres Personendossier, das auf der Suche nach NS-Verstrickungen erstellt wurde, fand sich zu Wolfgang Mischnick (FDP). Die Akte wurde über den Zeitraum von 1963 bis 1973 geführt.<sup>194</sup> Mischnick<sup>195</sup> war von 1961 bis 1963 Bundesvertriebenenminister. Ein detaillierteres Dossier legte das MfS zwischen 1969 und 1988 des weiteren über Heinrich Windelen (CDU) an.<sup>196</sup> Der 1921 geborene gebürtige Schlesier war 1950 Mitbegründer der Landsmannschaft Schlesien und von Februar bis Oktober 1969 der letzte Bundesvertriebenenminister, bevor das Ministerium von der neuen sozial-liberalen Bonner Koalition aufgelöst wurde. Trotz seines Vertriebenenschicksals sah sich Windelen nicht als ausgesprochener Vertriebenenpolitiker.<sup>197</sup> Das MfS war nicht dieser Meinung. 1983 hieß es dazu in einer Kurzeinschätzung über Windelen: „Von Beginn seiner politischen Laufbahn an dem konservativen Flügel der CDU zugehörig, profilierte er sich zu einem der exponiertesten Interessenvertreter zentraler Revanchistenverbände in der BRD und entschiedenster Gegner der von der Regierung Brandt-Scheel<sup>198</sup> eingeleiteten neuen Ost- und

<sup>190</sup> Vgl. MfS-Akte Johann Baptist Gradl, in: BStU MfS PA 69, Bl. 22–67.

<sup>191</sup> Johann Baptist Gradl (1904–1988), Volkswirtschaftler, vor 1933 Zentrumsmitglied, 1931–1945 beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband, 1938–1945 zur Geschäftsführung Reichsgruppe Banken, 1945 CDU, 1953–1971 CDU-Bundesvorstand, 1970–1987 Vorsitz der Exil-CDU, 1957–1980 MdB.

<sup>192</sup> Auskunftsbericht Gradl, 7. Dezember 1970, in: BStU MfS PA 69, Bl. 22.

<sup>193</sup> Vgl. Forschungsgruppe Revanchismus, Potsdam: Auftrag Gradl, 29. November 1965, in: BStU MfS PA 69, Bl. 48–51, 55–58.

<sup>194</sup> Vgl. MfS-Akte Wolfgang Mischnick, in: BStU MfS PA 1149.

<sup>195</sup> Wolfgang Mischnick (1921–2002), geboren in Dresden, 1968–1991 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

<sup>196</sup> Vgl. MfS-Akte Heinrich Windelen, in: BStU MfS ZAIG 24071, Bl. 153–237 und MfS PA 1171, Bl. 8–56.

<sup>197</sup> Vgl. Heinrich Windeln, in: Munzinger Archiv/Internationale Biographie Archiv 10/1988.

<sup>198</sup> Walter Scheel (\*1919), FDP, 1961–1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1969–1974 Bundesaußenminister und Stellvertreter des Bundeskanzlers, 1974–1979 Bundespräsident.

Deutschlandpolitik der BRD.“<sup>199</sup> Ein besonders großes Ärgernis für die SED schienen Windelens Aktivitäten hinsichtlich der Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1969 gewesen zu sein, die einen Auftrag des Bundesinnenministers an das Bundesarchiv zur Folge hatte, eine Dokumentation über „Vertreibungsverbrechen an Deutschen“ zu erarbeiten. Dabei handelte es sich um eine Materialsammlung, Analyse und Dokumentation, aufbauend auf der großen nicht zu Ende geführten Vertreibungsdocumentation unter Leitung von Theodor Schieder aus den 1950er Jahren, die zwischen 1969 und 1974 vom Bundesarchiv erstellt,<sup>200</sup> aber auf Anordnung der SPD/FDP-Bundesregierung zunächst nicht veröffentlicht wurde. Als „Raubdruck“ erschien sie 1975 dennoch.<sup>201</sup> Das MfS hatte bezüglich dieser „von Windelen mitinitiierten provokatorischen Dokumentation über ‚Kriegsverbrechen an Deutschen‘“ Mitte 1976 ganz richtig erkannt: „1974 forderte er [Windelen] von der BRD-Regierung, die vorhandene Materialsammlung zu veröffentlichen. Mit der Veröffentlichung [...] sollte die sozial-liberale Regierungskoalition in ihren Verhandlungen mit den sozialistischen Staaten in Schwierigkeiten gebracht und die Ostpolitik der Bundesregierung torpediert werden.“<sup>202</sup> Windelen war Jahrgang 1921, auch über ihn suchte die Staatssicherheit nach einer „faschistischen Vergangenheit“. Genau recherchierte man in Ost-Berlin die Stationen seiner „Teilnahme am zweiten Weltkrieg in der faschistischen Wehrmacht“ zwischen 1941 und 1945. Noch 1983 hieß es in einem sogenannten operativen Suchauftrag beim MfS: Wann und wo war Windelen in welcher Wehrmachtseinheit im Einsatz? Die Suche blieb ohne propagandistisch auswertbares Ergebnis für die DDR-Seite.<sup>203</sup>

Noch in den 1980er Jahren liefen ähnliche Aktionen. Die Staatssicherheit führte Dossiers über die Spitzenfunktionäre des Bundes der Vertriebenen, über Herbert Hupka<sup>204</sup>, den Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien und Vizepräsident des BdV, und über Herbert Czaja, den langjährigen Präsidenten des BdV. Die Akte Czaja umfaßte den Zeitraum zwischen 1964 und September 1989.<sup>205</sup> Das MfS sah Herbert Czaja noch 1985 so: Während des „Studiums in Krakow und Wien [1933–1937] kam Czaja mit der faschistischen Ideologie in Berührung. In der Folge entwickelte er sich zu einem überzeugten Anhänger des Faschismus [...] und war nach dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 am Raub polnischer Kulturwerte und der Liquidierung des polnischen Schulwesens aktiv beteiligt. [...] Nach der Übersiedlung [!] in die heutige BRD (1946) wurde Czaja Mitglied der CDU und profilierte sich langfristig zu einem exponierten, den äußersten rechten

<sup>199</sup> MfS-Kurzeinschätzung, 24. März 1983, in: BStU MfS ZAIG 24071, Bl. 159.

<sup>200</sup> Dabei handelte es sich um 40 000 ausgewertete Einzelstücke, ihre tabellarische Zusammenfassung in zirka 3500 Auswertbögen und um einen 60 Seiten-Bericht des Bundesarchivs an die Bundesregierung „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948“.

<sup>201</sup> Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 22–25, 118–122.

<sup>202</sup> Kurzeinschätzung zu Windelen, in: BStU MfS ZAIG 24071, Bl. 167.

<sup>203</sup> Vgl. MfS-Kurzeinschätzung, 31. August 1976, in: BStU MfS ZAIG 24071, Bl. 165; Verschiedene MfS-Suchaufträge und Ergebnisse 1983, in: BStU MfS PA 1171, Bl. 47–56.

<sup>204</sup> Vgl. Fahndungsmaßnahme „Prominenz“ (Herbert Hupka), in: BStU MfS HA VI 1822, Bl. 2–20.

<sup>205</sup> Vgl. MfS-Akte Herbert Czaja, in: BStU MfS ZAIG 24033, Bl. 96–208.

Flügel der CDU repräsentierenden Politiker und Revanchistenführer.“<sup>206</sup> Und im Juli 1988 hieß es bei den zuständigen Staatssicherheitsoffizieren: „Ein Nachweis, daß Dr. Czaja Angehöriger der SS war, konnte bisher nicht erarbeitet werden.“<sup>207</sup> Für das MfS existierte keine differenzierte Sicht auf die Politiker der Vertriebenenverbände. Egal, ob nachweisliche Verstrickungen in das NS-Regime vorhanden waren oder man in dieser Sache nicht fündig wurde – ein führender Funktionär des BdV mußte ein „Faschist“ gewesen sein!

Herbert Czaja<sup>208</sup>, 1914 in Teschen/Österreichisch Schlesien (heute Tschechien) geboren, studierte Germanistik, Geschichte und Philosophie in Wien und Krakau, arbeitete dann im Höheren Schuldienst und 1939/40 als Universitätsassistent in Krakau. Nach eigenen Angaben verweigerte Czaja, der NSDAP beizutreten, was zum Verlust der Assistentenstelle an der Universität Krakau führte. Bis 1942 war er wieder Lehrer im damals von den Nationalsozialisten errichteten „Generalgouvernement“ und von 1943 bis 1945 diente er in der Wehrmacht. Nach seiner Vertreibung 1946 ging er zunächst wieder in den Schuldienst nach Stuttgart. Er trat der CDU bei und saß von 1953 bis 1990 als Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Czaja war nach dem Krieg Mitbegründer des Hilfsverbandes der Heimatvertriebenen in Stuttgart, seit 1969 Sprecher der Landsmannschaft Oberschlesien und von 1970 bis 1994 Präsident des Bundes der Vertriebenen. Czaja zählte zu den schärfsten Kritikern der „Neuen Ostpolitik“ und der Ostverträge der sozial-liberalen Regierungskoalition. Auch in den 1980er Jahren forderte er immer wieder, die „deutsche Frage voll offenzuhalten“, „so viel wie möglich von Deutschland zu retten“. Er polemisierte auch gegen CDU-Parteikollegen, wie 1985 gegen den amtierenden Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der die Forderung von einer „Verwirklichung des Rechts auf Heimat“ von der aktuellen politischen Tagesordnung zu streichen gedachte.<sup>209</sup> Im Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands stimmte Czaja im Bundestag gegen die „Gemeinsame Entschließung zur deutsch-polnischen Grenze“, gegen den Einigungsvertrag sowie gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Czaja sah im Gegensatz zur großen Mehrheit der Bundestagsabgeordneten aller Parteien die Wiedervereinigung Deutschlands durch die Vereinigung von Bundesrepublik und DDR für nicht beendet an, weil die ehemals deutschen Ostgebiete nicht eingeschlossen wurden. Czajas politischer Kurs in dieser Sache wurde unnachgiebiger und radikaler, 1996 forderte er noch eine „Wiederherstellung des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 [...] als Verhandlungsausgangspunkt, der keineswegs der Endpunkt [...] sein müsse“<sup>210</sup> In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ bezeichnete man daraufhin Herbert Czaja als „Verschwörungs-

<sup>206</sup> Angaben zur Person Dr. Herbert Czaja, Juli 1985, in: BStU MfS ZAIG 24033, Bl. 100.

<sup>207</sup> Material zu Czaja, 13. Juli 1988, in: BStU MfS ZAIG 24033, Bl. 116.

<sup>208</sup> Dr. Herbert Czaja (1914-1997), stammte aus einem katholischen Elternhaus, 1933-1939 Mitglied in der Deutschen Christlichen Volkspartei, nach 1945 CDU, seit 1948 gewähltes Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

<sup>209</sup> Vgl. Herbert Czaja, in: Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv 44/1988; Herbert Czaja, Biographien BRD, in: BStU MfS ZAIG 24033 Bl. 109-111.

<sup>210</sup> Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 902, insgesamt die Seiten 879-921.

theoretiker und politischen Geisterfahrer“, für den „der Begriff des Revisionismus viel zu harmlos“ sei.<sup>211</sup>

Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS stellte ab Beginn der 1960er Jahre systematisch Propagandamaterialien für Revanchismus-Kampagnen zusammen, die in den aktuellen DDR-Tageszeitungen Verwendung fanden.<sup>212</sup> In martialischer „Kalter-Krieger-Manier“ verglich das MfS Landsmannschaftstreffen der Sudetendeutschen, Pommern, Schlesier, Ost- und Westpreußen usw. zu Pfingsten 1960 mit kriegsvorbereitenden Aufmärschen gegen die DDR, Polen, die ČSR und die Sowjetunion. SED-Funktionäre formulierten: „Kriegsgeheul der Revanchisten – Millionen Menschen sind heute im Bonner Staat in Landsmannschaften und anderen [...] Revancheorganisationen zusammengeschlossen. [...] Die Palette der Mitglieder dieser revanchistischen Verbände reicht von enteigneten Großgrundbesitzern und Konzernherren bis zu durch Hetzpropaganda irregeleiteten Opfern des Hitlerkrieges. [...]“<sup>213</sup> Die MfS-Pressematerialien brachten unverhohlen die „Landsmannschaften in der Westzone und in Westberlin“ in Zusammenhang mit einer „psychologischen Kriegsführung und Eroberungskriegsvorbereitung“ der Bundesrepublik.<sup>214</sup> Die Vorwürfe lauteten: Die „Revanchepolitik erhielt mit der Schaffung der sogenannten Landsmannschaften in Westdeutschland einen organisierten Charakter. [Hinter dem] Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften [...] verbirgt sich gleichsam [...] eine Koordinationszentrale aller revanchistischen Bestrebungen gegen die volksdemokratischen Länder.“<sup>215</sup> Ähnlich argumentierende Propagandamaterialien über die „Ausnutzung der Landsmannschaften und Vertriebenen zur Durchsetzung der Bonner Kriegskonzeption“ stellte das MfS im Januar 1960 direkt für den SED-Chefideologen Albert Norden zusammen.<sup>216</sup>

Die Erarbeitung der „Revanchismusmaterialien“ für die SED-Propaganda blieb eine stetige Aufgabe des Staatssicherheitsministeriums in den 1960er Jahren und auch darüber hinaus.<sup>217</sup> Die Daten, Fakten und Zusammenhänge für die Kampagnen erhielten die für die „Aktivitäten der Revanchistenorganisationen in Westdeutschland“

<sup>211</sup> Streitschrift für das Deutsche Reich, in: FAZ, 20. September 1996.

<sup>212</sup> Vgl. Notiz der ZAIG: „An BZ (Berliner Zeitung) laut Bestellung vom 20. Juni 1960 abgeliefert“, in: BStU MfS ZAIG 9704, Teil 2, Bl. 235.

<sup>213</sup> Bonner politisches Dynamit. Eine Dokumentation von Julius Mader, 25. Juni 1960, in: BStU MfS ZAIG 9704, Teil 2, Bl. 236. Julius Mader (tatsächlich Thomas Bergner 1928–2000), damals Redakteur im Verlag „Die Wirtschaft“, war seit 1958 Inoffizieller Mitarbeiter des MfS. 1962 wurde er zum Offizier im besonderen Einsatz (OiBE) ernannt. Innerhalb von knapp 30 Jahren veröffentlichte Mader 32 Bücher in 121 Auflagen. Vgl. Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 75.

<sup>214</sup> Vgl. Pressematerial für BZ, 2. März 1959, in: BStU MfS ZAIG 9704, Teil 2, Bl. 261–267; Revanchegeschrei, 14. Oktober 1964, in: ebenda, ZAIG 9705, Bl. 267, 268.

<sup>215</sup> Pressematerial für BZ, 2. März 1959, in: BStU MfS ZAIG 9704, Teil 2, Bl. 262.

<sup>216</sup> Vgl. Arbeitsmaterial für den Genossen Norden über die Ausnutzung der Landsmannschaften und Vertriebenen, 30. Januar 1960, in: BStU MfS ZAIG 4625, Bl. 1–11.

<sup>217</sup> Vgl. Dokumentation: Über die Rolle und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1968, in: BStU MfS HA XX 7736; 30 Jahre nach München. Aggressive Ostpolitik gegen die Tschechoslowakei – gestern und heute, 1968, in: BStU MfS HA XXII 19974, oder Heinz Sander, Landsmannschaftlicher Revanchismus in Westdeutschland. Dokumentation, Berlin (Ost) 1969.

zuständigen Mitarbeiter des MfS in erster Linie durch die Analyse und Auswertung offizieller und öffentlicher Verlautbarungen und Publikationen, Zeitungen, Zeitschriften, Heimatbriefe usw. der Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen sowie aus Berichterstattungen der Medien über Veranstaltungen und das Auftreten von Funktionären und Politikern der Vertriebenenverbände.<sup>218</sup> Zu den großen, jährlich stattfindenden Landsmannschaftstreffen und dem jährlich im September stattfindenden „Tag der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen entsandte das MfS „Inoffizielle Mitarbeiter“ im Rentenalter, da diese bereits in den 1960er Jahren in die Bundesrepublik bzw. nach West-Berlin reisen konnten. Diese „Rentner-IMs“ sollten über die allgemeine Stimmungslage auf den Veranstaltungen berichten, die Namen anderer DDR-Rentner, die an diesen Vertriebenentreffen teilnahmen, in Erfahrung bringen und möglicherweise auch anderweitige Kontakte knüpfen. In der Regel verfügte jede MfS-Bezirksverwaltung in der DDR in den 1960er Jahren über nicht mehr als zwei bis vier „Rentner-IMs“, die selbst Vertriebene waren, und die sie zu Landsmannschaftstreffen nach West-Berlin bzw. in die Bundesrepublik entsandte. So kann man vermuten, daß bei den großen Landsmannschaftstreffen zirka 30 bis 40 MfS-„IMs“ im Rentenalter anwesend waren.<sup>219</sup> Aber das MfS nutzte auch andere Quellen. Es bediente sich weiterer Möglichkeiten, an Informationen aus dem Kreis der Vertriebenenverbände zu kommen bzw. ihre Revanchismusvorwürfe gegenüber den Vertriebenenverbänden für die öffentliche Propaganda zu untermauern. So wurden reguläre Journalisten des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes<sup>220</sup> zu MfS-Informanten gemacht. Ein Fallbeispiel für die Zeit von 1965 bis 1982 war der Fotojournalist Erwin Egon Schneider, geboren 1929 in Berlin-Kaulsdorf, der für das MfS arbeitete.<sup>221</sup> Schneider war in einem kommunistischen Elternhaus aufgewachsen, er trat 1945 der KPD bei. Von 1944 bis 1947 absolvierte er eine Lehre als Fotolaborant. Ab 1949 ging er als Fotoreporter zum ADN, dann zu einem Wirtschaftsverlag. Er arbeitete zeitweise als Referent im DDR-Volksbildungministerium, von 1955 bis 1960 war er Berichterstatter beim SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ uns seit 1960 Reporter beim ADN-Zentralbild. Als SED-Mitglied hatte er Lehrgänge an Kreis- und Bezirksparteihochschulen absolviert.<sup>222</sup> Mitte der 1960er Jahre hieß es in der Personalakte über Schneiders berufliche Stellung und politische Überzeugung: Schneider zählte zu den besten und qualifiziertesten Fotojournalisten der DDR. Er war zur Berichterstattung über den DDR-Staatsrat zugelassen und gehörte zum engen Kreis der Reporter, die

<sup>218</sup> Zeitungsartikel- und Zeitschriftensammlungen, in: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, 2 und 3.

<sup>219</sup> Vgl. Berichterstattung über Möglichkeiten und eingeleitete Maßnahmen zum Eindringen in die westdeutschen Landsmannschaften, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 254, Bl. 50; Literatur- und Pressehinweise zu Struktur und Aufbau der Landsmannschaften 1981–1983, in: ebenda, BV Rostock Rep. 2/234, Bl. 195–277, 414.

<sup>220</sup> ADN war eine von zwei in der DDR zugelassenen Nachrichten- und Bildagenturen der DDR. (1956 war die selbständige „Zentrale Bildstelle Berlin“ unter dem Namen ADN-Zentralbild in die Agentur eingegliedert.) ADN nahm die Monopolstellung bei der Belieferung fast aller Zeitungen sowie von Funk und Fernsehen der DDR mit Nachrichten, Berichten und Fotos mit überregionalem Charakter ein.

<sup>221</sup> Vgl. seine IM-Akten, in: BStU MfS AIM 19021/82.

<sup>222</sup> Vgl. Abschrift vom Personalbogen, 30. Juli 1965, in: BStU MfS AIM 1902/86, Teil 1, Bl. 11–15.

die Berechtigung hatten, „unmittelbar an der Staatsgrenze in Berlin“ zu fotografieren. Politisch galt er als absolut zuverlässig. „Bei seinen vielen Einsätzen in Westdeutschland, Westberlin und im kapitalistischen Ausland bewies er seine Parteileichkeit und Ehrlichkeit“.<sup>223</sup> Kritisch hingegen sahen die „Kaderchefs“ den persönlichen Charakter des Reporters. Sie beurteilten ihn als voreingenommen, überheblich, kompliziert, der zudem wenig Kontakt zu seinen Kollegen unterhielt. Außerdem sagten sie ihm nach, daß er überaus empfindlich auf jede Kritik reagierte, Minderwertigkeitskomplexe habe und sein Gesundheitszustand in psychischer Hinsicht labil sei.<sup>224</sup> Das MfS wurde auf den Bildreporter Erwin Schneider vermutlich wegen seiner beruflichen Einsatzmöglichkeiten in der Bundesrepublik aufmerksam. Im September 1965 bereitete die zuständige Hauptabteilung XX der Ost-Berliner MfS-Zentrale die Kontaktaufnahme zu Schneider vor, um ihn als „Inoffiziellen Mitarbeiter“ zu werben.<sup>225</sup> Die Staatssicherheit legte ihre Ziele folgendermaßen fest: „Schwerpunkt der inoffiziellen Zusammenarbeit wird [...] in der Ausnutzung seiner Verbindungen nach Westberlin und Westdeutschland sein.“<sup>226</sup> Die Einsatzmöglichkeiten lauteten: 1. „Berichterstattung über wichtige politische Veranstaltungen, zu denen er beruflich Zutritt erhält; [2. ...] Aufklärung von Redaktionen und anderen in Westberlin existierenden Dienststellen; [3. ...] Aufklärung von westdeutschen und Westberliner Journalisten“.<sup>227</sup> Die Einsatzmöglichkeit einschränkend war die Tatsache: „Der Kandidat ist durch seine langjährige Westarbeit bei zentralen Pressestellen der Bundesrepublik und bei Westjournalisten als Mitarbeiter von [ADN]-Zentralbild bekannt. Dadurch kann er operative Aufträge, die über seine journalistische Tätigkeit hinausgehen, nicht erfüllen.“<sup>228</sup> Die Werbung für das MfS erfolgte unkompliziert. Am 27. Oktober 1965 erfolgte eine erste Kontaktanbahnung. Als „IM“ wurde er im Januar 1967 verpflichtet. Der Reporter Erwin Schneider wählte sich den Decknamen „Erich“.<sup>229</sup> Ein wesentliches Einsatzgebiet des „IM Erich“ wurden in den Jahren zwischen 1967 und 1972 die Bilddokumentationen von Vertriebenentreffen und Großveranstaltungen der Landsmannschaften bzw. des Bundes der Vertriebenen in Westdeutschland. Konkret hieß ein Auftrag im Februar 1967: „Wir [„IM Erich“ und seine ADN-Kollegen] sollten versuchen, optisch nachzuweisen, daß der Neonazismus in Westdeutschland nicht nur in Gestalt der NPD, sondern auch auf vielen anderen Ebenen in Staat, Bildung, im westdeutschen Alltag, bei anderen Parteien und Organisationen sichtbaren Ausdruck

<sup>223</sup> Vorschlag zur Kontaktaufnahme, 4. September 1965, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 40-42.

<sup>224</sup> Vgl. ADN-Beurteilung über den Genossen Schneider, 5. Oktober 1962; Abschrift zu Schneider, 4. Februar 1963; Vorschlag zur Kontaktaufnahme, 4. September 1965, in: BStU MfS AIM 19021/82, Teil 1, Bl. 15, 33, 40-43.

<sup>225</sup> Vgl. Vorschlag Kontaktaufnahme, 4. September 1965, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 40-43.

<sup>226</sup> Ebenda, Bl. 44.

<sup>227</sup> Ebenda.

<sup>228</sup> Vorschlag zur Werbung eines IM, 12. Mai 1966, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 84.

<sup>229</sup> Vgl. Kontaktaufnahme 27. Oktober 1965, und Werbungsbericht 4. Januar 1967, und Handschriftliche Verpflichtungserklärung vom 3. Januar 1967, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 10, 45, 46, 86-88.

findet.<sup>230</sup> „IM Erich“ galt in der Folgezeit als Spezialist für die Bildberichterstattung über „Treffen von Landsmannschaften und Revanchistenverbänden“ aus Westberlin und Westdeutschland. Überaus erfolgreich schien das Fotografieren nicht gewesen zu sein. Trotzdem hieß es in den MfS-Auswertungsberichten: Er lieferte „wiederholt gutes operativ auswertbares Material von Hetzveranstaltungen und Revanchisten>tagungen“.<sup>231</sup> Der MfS-Informant berichtete über das Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 1./2. Juni 1968 in Stuttgart. „Das Treffen der 300 000 [Sudeten-deutschen] auf dem Stuttgarter Killesberg verlief sich in dem riesigen Gelände. [...] Sonst war das Treffen optisch ohne Angriffsmöglichkeiten. [...] Ein älterer Teilnehmer erklärte mir, die Funktionäre des Verbandes machten immer nur Politik auf den Treffen. Das würde ihnen nicht gefallen. Sie wollen nur Bekannte und Verwandte wiedersehen. Es ginge ihnen jetzt gut, die Jugend ist in einer neuen Heimat eingelebt, niemand denkt ernstlich daran, in die ČSSR zurückzugehen.“<sup>232</sup> Im August 1968 gab es einen Einsatz des Reporters zum Landsmannschaftstreffen der ehemaligen Stettiner in Lübeck. Zur Hauptveranstaltung der „ehemaligen Stettiner“ seien etwa 1000 Teilnehmer anwesend gewesen, die „Eröffnungsveranstaltung [...] war mehr ein handfestes Trinkfest und fotografisch, wie alle anderen Veranstaltungen, nicht umsetzbar.“<sup>233</sup> Es folgten Reise- und unergiebige Fotoberichte von einem Flüchtlings- und Vertriebenenkongreß der CDU/CSU in Wiesbaden Ende November 1968 sowie vom Schlesiertreffen in Hannover Mitte Juni 1969.<sup>234</sup> Vor bewußt falschen Bild- und Text-Konstruktionen, die aber in das gängige SED-Propagandaschema paßten, schreckte der ADN-Mann nicht zurück. Über die Festveranstaltung des Bundes der Vertriebenen anlässlich des 20. Jahrestages der Verkündung der „Charta der Vertriebenen“ am 1. August 1970 in Stuttgart informierte der „IM“ in Ost-Berlin: „Die Veranstaltung, 20 Jahre Charta der Vertriebenen‘ war optisch farblos. Zum Glück waren aber die NPD und einige anonyme Rechtsextreme mit Plakaten vor der Tagungsstätte erschienen, deren scharfmacherische Forderungen sich gut mit dem Inhalt der Reden im Saal paaren ließen. Noch am Abend des 1. August konnten wir ein Foto mit NPD-Plakaten und BdV-Kundgebungsteilnehmern herausgeben [...]. Weiterhin konnten wir eine Bildzusammenstellung über den Charakter dieser Zusammenrottung revanchistischer Funktionäre und Bonner Politiker unseren Abnehmern geben.“<sup>235</sup> Im Sommer 1971 war der Foto-Reporter „IM Erich“ auf dem Bundestreffen der Schlesischen Landsmannschaft in München im Einsatz. Auch hier mußte er feststellen, daß die Eröffnungsveranstaltung am 9. Juli 1971 „für die Optik sehr farb-

<sup>230</sup> Bericht über die Reise nach Schleswig-Holstein vom 12.-19. Februar 1967, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 103.

<sup>231</sup> Einschätzung Erwin Schneider, 11. Mai und 23. Juli 1970; vgl. Aktenvermerk „IMV Erich“, 30. April 1971, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 132, 133, 141.

<sup>232</sup> Dienstreise nach Westdeutschland 26. Mai bis 4. Juni 1968, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 2.

<sup>233</sup> Reisebericht: Treffen der Stettiner in Lübeck, 2.-5. August 1968, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 2.

<sup>234</sup> Vgl. Bericht über Dienstreisen nach Westdeutschland vom 18.-24. November 1968 und 15.-18. Juni 1969, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 2.

<sup>235</sup> Reisebericht und Berichterstattung vom revanchistischen Treffen des BdV in Stuttgart, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 2.

los“ war, „weil alles zu harmlos verlief und markante Prominenz fehlte“.<sup>236</sup> Auf einer weiteren Veranstaltung am 11. Juli 1971 ließ sich die „bildhafte Umsetzung des Revanchismus“ besser nachweisen. „Der Verlauf der Kundgebung bot eine gute Palette fotografischer Möglichkeiten, den revanchistischen Charakter der Hetzveranstaltung nachzuweisen. [...] Es gab auch einige offizielle Losungen mit offen revanchistischem Inhalt. In der Wortberichterstattung [...] hatte ich ein wenig den Eindruck, daß wir ungewollt die Revanchistenorganisation ‚Schlesische Landsmannschaft‘ von den aggressiven Losungen auf dem Kundgebungsplatz ‚freisprechen‘ [...] sollten.“<sup>237</sup>

Der Staatssicherhetsdienst schien zu Beginn der 1970er Jahre mit den Spitzeldiensten über die Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik des Erwin Schneider zufrieden gewesen zu sein.<sup>238</sup> Dies änderte sich aber im Laufe der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Der Bildreporter Erwin Schneider hatte sich seit Beginn seiner MfS-Verpflichtung verweigert, Angaben und Auskünfte über Redaktionen und Mitarbeiter westdeutscher Pressestellen nach Ost-Berlin zu liefern. Auch über DDR-Presseleute in der Bundesrepublik und ihre Kontakte dort berichtete Schneider nicht. Vermutlich versuchte er auch, sich mehr und mehr dem MfS zu entziehen. Dazu verwies er immer wieder auf seinen labilen Gesundheitszustand und seine familiäre Situation.<sup>239</sup> Er kam nicht regelmäßig zu verabredeten Treffen mit seinem Führungsoffizier, liefernte bedeutungslose Informationen und schob berufliche Überlastungen vor, um MfS-Einsätze abzublocken. Nach mehrfachen Aussprachen, die nichts am Verhalten des „IM“ änderten, entschied die Ost-Berliner Zentrale im November 1982, den „IM-Vorgang Erich“ zu schließen und die Zusammenarbeit mit Erwin Schneider zu beenden. Im Abschlußbericht der MfS-Hauptabteilung XX hieß es dazu lapidar: „Obwohl der IM objektiv gute Voraussetzungen hatte, operativ bedeutsame Informationen zu erarbeiten, erfüllte er diese Erwartungen nicht. [...] Die von ihm erarbeiteten Informationen trugen nur allgemeinen Charakter, Personen wurden dabei kaum oder wenig beim Namen genannt. [...] Der IM [bietet] keine Perspektive für eine gezielte inoffizielle Zusammenarbeit [...]“ mehr.<sup>240</sup>

<sup>236</sup> Reisebericht über eine Fahrt nach München vom 8.–21. Juli 1971, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 2.

<sup>237</sup> Ebenda.

<sup>238</sup> MfS-Auswertung vom 11. Mai 1970: „Als Bildreporter wird der IM vorwiegend für die Berichterstattung in Westdeutschland eingesetzt. Bei seinen dienstlichen Reisen hat der IM wiederholt operativ auswertbares Material von Hetzveranstaltungen und Tagungen mitgebracht. Der IM besitzt ein gutes marxistisch-leninistisches Wissen und ist in der Lage, dieses Wissen bei der Bildberichterstattung auch anzuwenden. Er bringt sehr parteiliches Bildmaterial von seinen Einsätzen mit.“ In: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 133.

<sup>239</sup> Der Bildreporter hatte in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre den krankheitsbedingten frühen Tod eines Kindes zu beklagen. Vgl. Einschätzung des Erwin Schneider, 23. Juli 1970, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 132.

<sup>240</sup> Abschlußbericht, 30. November 1982, und Beschuß zur Archivierung eines IM-Vorganges, 14. Dezember 1982, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 156, 158.

#### 4. Vorwürfe des „Revanchismus“ auch an die SPD?

Von besonderem Interesse war für die SED-Herrschenden immer die politische Stellung und die innere Situation der SPD, sogar die Kombination „Sozialdemokratie und Revanchismus“<sup>241</sup> hielt man für plausibel. SED und MfS sammelten in Ost-Berlin Stellungnahmen von SPD-Politikern zur Vertreibungsfrage und über die Vertriebenenverbände.<sup>242</sup> Der SED-ZK-Apparat dokumentierte dabei u. a. folgendes: Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer habe anlässlich eines BdV-Kongresses am 2. Mai 1959 in Kassel ein Grußtelegramm mit den Worten gesandt: „Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, dem Sudetenland und Südosteuropa bleibt stets ein Unrecht. Die SPD vertritt [...] immer wieder das ‚Recht auf Heimat‘ und das ‚Selbstbestimmungsrecht‘. Sie wird in ihrem Einsatz für die deutschen Ostgebiete nicht nachlassen.“<sup>243</sup> Der SPD-Bürgermeister von West-Berlin Willy Brandt habe sich ähnlich geäußert, er habe vor 25 000 Teilnehmern am „Tag der Deutschen“ in West-Berlin ausgerufen: „Dies ist kein Revanchistentreffen, sondern eine große Kundgebung, auf der die Worte ‚Heimat‘ und ‚Freiheit‘ gleich groß geschrieben werden. Wir treten nicht zur Revanche an, und wir huldigen auch keinem falschen Nationalismus. Aber von den Grundrechten der Menschlichkeit wird auch das ‚Recht auf Heimat‘ nicht mehr zu trennen sein.“<sup>244</sup> Auch kontroverse Zwischentöne in der Sozialdemokratie notierte die SED. So habe der SPD-Chef Carlo Schmid im Bayerischen Rundfunk am 22. Mai 1959 erklärt, nur ein Irrer könne der Meinung sein, daß das Sudetengebiet nach Deutschland zurückgeführt werden könne. Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft Wenzel Jaksch habe seinem Fraktionskollegen öffentlich geantwortet: „Ich bin kein Irrer, der von der Wiederherstellung des Großdeutschen Reiches träumt, ebensowenig bin ich ein geistiger Vollstreckungsbeamter früherer Friedensdiktate oder der Potsdamer Austreibungsbeschlüsse.“<sup>245</sup> Das SPD-Parteipräsidium, konkret Erich Ollenhauer und Herbert Wehner, hätten im Januar 1961 in Übereinstimmung mit den organisierten Sudetendeutschen verlauten lassen, daß die Zielfeststellung, Deutschland bestehe in den Grenzen von 1937 rechtlich weiter, das sudetendeutsche Heimat-, Rückkehr- und Selbstbestimmungsrecht nicht ausschließe.<sup>246</sup> Die ZK-Mitarbeiter hielten auch die Anfang 1962 öffentlich ge-

<sup>241</sup> So der Titel einer SED-Propagandaschrift von Edmund Jauernig, Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde, Berlin (Ost) 1968.

<sup>242</sup> 1956 fragte der ZK-Funktionär Peter Florin beim SED-Chef Walter Ulbricht nach: „Anliegend das Material betreffend ‚Sudetendeutschen Rat‘. Bitte schlage vor, wie die Kampagne dagegen geführt werden soll, [...] wie man die Zugehörigkeit der SPD zu diesem Ausschuß benutzt, um die SPD-Mitglieder [...] in unserem Sinne] aufzuklären.“ SED-Hausmitteilung, 10. April 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/199, Bl. 1-55.

<sup>243</sup> SPD an der Seite der Vertriebenen, 15. Mai 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123, Bl. 14.

<sup>244</sup> Politischer Selbstmord der Vertriebenen?, September 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123, Bl. 19.

<sup>245</sup> Jaksch widerspricht Schmid. Sudetenland war Teil des Reiches, 8. Juni 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123, Bl. 15; vgl. Jaksch rüffelt den SPD-Pressedienst, 5. September 1959, in: ebenda, Bl. 16.

<sup>246</sup> Vgl. SPD gegen Entnationalisierung der Deutschen in der ČSSR, 24. Januar 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123, Bl. 52.

machte Meinung des SPD-Präsidiumsmitglieds Fritz Erler gegenüber der Pommerschen Landsmannschaft fest: Die SPD werde, wenn die Frage nach einem Friedensvertrag gestellt wird, um jeden Quadratmeter deutschen Bodens ringen.<sup>247</sup> Und der Landsmannschaft der Ostpreußen gegenüber versicherten im Januar 1961 Erich Ollenhauer und Herbert Wehner in vier Punkten die SPD-Auffassungen zur Vertriebenenfrage, und die lauteten zusammengefaßt von SED-Funktionären: 1. Die SPD erkennt das Recht auf landsmannschaftlichen Zusammenschluß und landsmannschaftliches Wirken an. 2. Die SPD will kein Aufspalten und kein gegenseitiges Ausspielen unter den Deutschen. 3. Die SPD tritt ein für das „Recht auf Heimat“ und das „Selbstbestimmungsrecht“, die jedoch nicht mit Gewalt erwirkt werden dürfen. Diese Rechtsansprüche dürfen nicht verbunden werden mit neuem Unrecht. Es besteht die Notwendigkeit, zwischen dem deutschen Volk und den östlichen Nachbarn ein gut nachbarliches Verhältnis herzustellen. 4. Die SPD wird, soweit das mit den Mitteln der Politik erreichbar ist, diese Rechte durchsetzen helfen.<sup>248</sup>

Das abwertende Urteil zu den SPD-Stellungnahmen über die Politik mit den organisierten Vertriebenen fiel im ZK-Apparat in Ost-Berlin durchweg einhellig aus. Die Mitarbeiter der ZK-Westkommission informierten ihren Chefideologen Albert Norden Ende 1963 mit ihrer Erkenntnis: Die SPD-Führung um Herbert Wehner und Fritz Erler hätte sich die Politik des Kalten Krieges zu eigen gemacht und sich als „fanatische Fürsprecher der Gebietsforderungen der westdeutschen Revanchisten erwiesen“. Ganz im Sprachgebrauch „nazistischer Kriegsverbrecher“, „um jeden Quadratmeter deutschen Bodens zu ringen“, stehe die SPD-Führung in einer Reihe mit den aggressivsten Kreisen Westdeutschlands, die um jeden Preis die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen revidieren wollen.<sup>249</sup> Vertriebenenfunktionäre in SPD-Führungskreisen seien ebenso „eifrige Kalte Krieger“ wie die aus den Regierungsparteien CDU/CSU.<sup>250</sup> Heinz Geggel<sup>251</sup>, Mitglied der SED-Politbüro-Westkommission, faßte sein Bild von der SPD-Vertriebenenpolitik zusammen: „Die revanchistische Politik Wehnern und Erlers bringt die Sozialdemokratische Partei in eine unmögliche Lage. Sie führt die SPD immer tiefer in die Sackgasse und in die Isolierung auch im internationalen Maßstab. Die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, wie auch die führenden bürgerlichen Politiker Englands, Frankreichs und der USA haben längst zu verstehen gegeben, daß sie die Oder-Neiße-Grenze als endgültig ansehen.“<sup>252</sup>

<sup>247</sup> Vgl. SPD-Worte Erlers, 10. Dezember 1962, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123.

<sup>248</sup> Vgl. Aussprache zwischen SPD und Landsmannschaft Ostpreußen, 14./15. Januar 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123, Bl. 30.

<sup>249</sup> An Albert Norden: Wehner und Erler im Dienst der revanchistischen Aggressionspolitik der Bonner Ultras, 12. Dezember 1963, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15, Bl. 1.

<sup>250</sup> Vgl. SPD und Vertriebenen-Politik, 1. Oktober 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123, Bl. 23.

<sup>251</sup> Heinz Geggel (\*1921), SED-Politiker, 1949–1960 Redakteur und Intendant beim DDR-staatlichen Rundfunkkomitee, 1960–1973 Sekretär bzw. Leiter der Politbüro-Westkommission, dann der ZK-Westabteilung, 1973–1989 Leiter der ZK-Agitationsabteilung. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 244f.

<sup>252</sup> An Albert Norden: Wehner und Erler im Dienst der revanchistischen Aggressionspolitik der Bonner Ultras, 12. Dezember 1963, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15, Bl. 2.

Unverhohlene Empörung löste bei der SED-Führungsstufe das Auftreten und die „revanchistische Forderung“ des Bundesverkehrsministers und des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft Hans Christoph Seeböhm<sup>253</sup> auf dem „Sudetendeutschen Tag“ am 17. Mai 1964 in Nürnberg aus. Minister Seeböhm hatte u.a. behauptet, so die Ideologen des SED-Politbüros, „daß Hitlers Münchner Abkommen zur Zerstücklung der Tschechoslowakei nach wie vor gültig sei und das [...] Sudetenland ‚an das sudetendeutsche Heimatvolk zurückgegeben werden‘ muß“.<sup>254</sup> Da Seeböhm auch im Kabinett der Bundesregierung saß, schlußfolgerten die SED-Funktionäre sofort öffentlichkeitswirksam: „Die Rechtfertigung der Hitlerschen Aggressionspolitik gegenüber der Tschechoslowakei und die Forderung auf Abtrennung tschechoslowakischen Staatsgebietes sind offizielle Politik der Bonner Regierung! Die Bonner Regierung hat sich Hitlers Forderungen zu eigen gemacht.“<sup>255</sup> Das Auftreten Seeböhms erregte übrigens auch in Bonner Kreisen Aufsehen. Der Bundesverkehrsminister mußte auf Druck von Bundeskanzler Ludwig Erhard noch im Mai des Jahres öffentlich von seinen Äußerungen zum rechtlichen Status des Sudetengebietes Abstand nehmen.<sup>256</sup> Diesen Vorfall, der sich eigentlich in CDU-Kreisen abspielte, wollten die SED-Agitatoren auch der SPD anhängen. Die Westkommission des SED-Politbüros lieferte ihrem Chefideologen Albert Norden die Argumentationen zu „Seeböhms Revancheforderungen“: „Erhard kann Seeböhm nur halten, weil einige führende Vertreter der SPD wie Jaksch und Erler die Äußerungen der sudetendeutschen Revanchisten unterstützen. Jaksch sitzt sogar zusammen mit Seeböhm an der Spitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die das Münchner Abkommen nach wie vor für gültig erklärt.“<sup>257</sup>

Die SED unterstellte der CDU/CSU-Bundesregierung unter Konrad Adenauer, dann unter Ludwig Erhard, Kanzler bis 1966, per se Vertreter einer „revanchistischen Eroberungspolitik“ zu sein. Es schien so, als ob es ein Anliegen der SED-Führung war, der SPD gleiche revanchistische Politikziele vorzuwerfen. In der „Revanchismuspropaganda“ machte die SED keinen Unterschied zwischen CDU/CSU und SPD. Diese Sichtweise behielt die SED auch bei, als die SPD zwischen 1966 und 1969 an der Großen Koalition in Bonn – unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt – beteiligt war. Die SED-Führung in Ost-Berlin erkannte die 1960er Jahre hindurch das hinhaltende und undurchsichtige Spiel der SPD bezüglich der Vertriebenen und ihrer Verbände – diese mit markigen aber unverbindlichen Versprechungen hinzuhalten, um sie als Wählerpotential zu behalten bzw. zu gewinnen – nicht. Das galt wohl auch hinsichtlich der meisten SPD-Ver-

<sup>253</sup> Seeböhm (1903–1967), 1959–1967 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Obwohl Seeböhm kein Sudetendeutscher war, fühlte er sich diesen gegenüber verpflichtet, da seine Eltern lange Zeit in Falkenau (Sokolov) gelebt hatten.

<sup>254</sup> Westkommission beim SED-Politbüro: Seeböhms Revancheforderungen – offizielle Bonner Politik, 15. Oktober 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15, Bl. 6.

<sup>255</sup> Vgl. Reaktionen der tschechoslowakischen Presse auf die revanchistische Forderung Seeböhms, 2. Juni 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/396.

<sup>256</sup> Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Christoph\\_Seebohm](http://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Christoph_Seebohm) ; Manfred Kittel, S. 78f.

<sup>257</sup> An Albert Norden: Seeböhms Revancheforderungen – offizielle Bonner Politik, 15. Oktober 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15, Bl. 7.

triebenenpolitiker und der Vertriebenenverbände selbst.<sup>258</sup> Aber für die Revanchismus-Vorwürfe der SED gegen die SPD-Führung schien eine differenziertere Analyse der Einstellung der SPD-Spitze zu den Vertriebenenverbänden unnötig. Das SED-Politbüro sah in der neuen Bonner Konstellation der Großen Koalition ab 1966 und der angekündigten SPD-Politik des „Wandels durch Annäherung“ größte politische Gefahren. Um die sich abzeichnende Resonanz auf die Initiative der neuen CDU-SPD-Bundesregierung zu konterkarieren, suchte die SED-Führung einen Ausweg in der „propagandistischen Enthüllung“ des angeblich „revanchistisch-neonazistischen Charakters des westdeutschen Staatswesens“. Der für diese Propagandaaktionen zuständige SED-Politiker Albert Norden, der mit seinen Kampagnen die internationale staatliche Anerkennung der DDR befördern wollte, verkündete als Antwort auf die neue Ostpolitik der SPD: Bonn habe das Ziel, die DDR zu umzingeln, in sie einzudringen und zu liquidieren. Deshalb habe die SED-Parteiführung beschlossen, mit massiven Aktionen dem „Geist des Neonazismus in Westdeutschland“ und der „Bonner Expansionspolitik“ effektvoll entgegenzuwirken.<sup>259</sup> Diese Aktionen richteten sich auch gegen die sozialdemokratischen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen (BdV) der 1960er Jahre, gegen Wenzel Jaksch – BdV-Präsident 1964 bis November 1966 – und gegen Reinhold Rehs – Präsident von 1967 bis 1970. Wie also kommentierte die SED in Ost-Berlin das Wirken der SPD-Vertriebenenpolitiker Jaksch und Rehs?

Wenzel Jaksch war ein Sudetendeutscher. Er stieg Ende der 1950er Jahre zu einem führenden Vertriebenenpolitiker der SPD auf, der auch Karriere in den Vertriebenenverbänden, in der Landsmannschaft der Sudetendeutschen und im BdV machte. Dadurch wurde er in den Augen von SED und MfS zu einem Zielobjekt einer diffamierenden, auf seine Person bezogenen Revanchismuskampagne, die die ganzen 1960er Jahre hindurch andauerte.<sup>260</sup> Die SED-Agitatoren verunglimpften den langjährigen SPD-Politiker und nachweislichen NS-Gegner Wenzel Jaksch mit unglaublichen Titeln wie „Heim-ins-Reich-Krieger“, „Volk-ohne-Raum-Ideologe“ oder widmeten ihm einen Artikel im „Neuen Deutschland“ mit der Überschrift „Jaksch auf Goebbels Spuren“.<sup>261</sup>

Wenzel Jaksch<sup>262</sup> wurde 1896 in Langstobnitz/Böhmen geboren. Er trat 1913 der Sozialdemokratischen Partei Österreichs bei. Nach 1918 übernahm er eine führende Rolle beim Aufbau der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP). Er wurde in den Parteivorstand der DSAP gewählt, 1938 war er ihr letzter Parteivorsitzender. Als Abgeordneter seiner Partei saß er von 1929 bis 1938 im Prager Parlament. Nach der Besetzung des Sudetengebiets und

<sup>258</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 250; Christian Lotz, Die Deutung des Verlusts, S. 209–233.

<sup>259</sup> Vgl. Sitzung des Sekretariats des ZK der SED, 7. Dezember 1966, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/3/1245; Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 82f.

<sup>260</sup> Vgl. die gesamte Intention des Ost-Berliner Buches von Edmund Jauering, Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde, Berlin (Ost) 1968.

<sup>261</sup> Vgl. Wenzel Jaksch. Ein Arbeiterverräte, 1960, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488; Jaksch auf Goebbels Spuren, in: ND, Berlin (Ost), 21. Januar 1966, S. 4.

<sup>262</sup> Vgl. Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 196–201.

dann der gesamten Tschechoslowakischen Republik 1938 bzw. Anfang 1939 durch NS-Deutschland emigrierte Jaksch nach Großbritannien. Dort unterhielt er Kontakte zur tschechoslowakischen Exilregierung unter dem Präsidenten Edvard Beneš. Wenzel Jaksch war von 1938/39 bis 1945 in London bemüht, den sich abzeichnenden Bestrebungen der tschechoslowakischen Exilregierung entgegenzuwirken, die gesamte deutschstämmige Bevölkerung nach dem Krieg aus der ČSR zu vertreiben.<sup>263</sup> Jaksch organisierte in London die „Treuegemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten“. Das war die Exilorganisation der Sudetendeutschen Sozialdemokratie, die für den Verbleib des größten Teils der angestammten sudetendeutschen Bevölkerung in ihrer Heimat und für die Autonomie der Deutschen im neuen tschechoslowakischen Staat als wichtigem Bestandteil einer zukünftigen demokratischen Entwicklung eintrat. Ein anderer Teil sudetendeutscher Sozialdemokraten schloß sich der Haltung der aus Moskau gesteuerten sudetendeutschen Kommunisten an, die dem ausschließlich slawischen Charakter der neuen ČSR und der Aussiedlung aller „gefährlichen deutschen Elemente“ zugestimmt hatten. Wenzel Jakschs Bemühungen in London scheiterten, ebenso wie sein anschließender verzweifelter Kampf gegen die Vertreibungspolitik der tschechoslowakischen Nachkriegsregierung. Jaksch und seine Anhänger vertraten politische Vorstellungen der westlichen Demokratie und lehnten jegliches diktatorische Regime ab, was ihn bereits 1945 in den Augen der sowjetischen Siegermacht suspekt erscheinen ließ und eine erklärte politische Feindschaft der östlichen, von den Sowjets bestimmten, Seite – KPD/SED und KPČ – begründete.<sup>264</sup> Jaksch konnte erst 1949 aus Großbritannien nach Westdeutschland zurückkehren. Von 1950 bis 1953 leitete er in Hessen das Landesamt für Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte. Von 1953 an saß er für die Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag. Als SPD-Mitglied wurde Jaksch führendes Mitglied in der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Er leitete von 1951 bis 1966 die Seliger-Gemeinde, das war die Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten in der Landsmannschaft der Sudetendeutschen und das Gegenstück zur katholisch-konservativen Ackermann-Gemeinde in der Landsmannschaft. 1961 bis 1966 war Jaksch Vizepräsident der Sudetendeutschen Landsmannschaft und von 1964 bis zu seinem Verkehrsunfalltod im November 1966 stand er als Präsident an der Spitze des Bundes der Vertriebenen.<sup>265</sup>

Erklärungen, die Wenzel Jaksch in seiner Funktion als Vertriebenenpolitiker abgab, interessierten die SED-Spitze.<sup>266</sup> Informationen der MfS-Hauptverwaltung Aufklärung über „Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten und BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch zur Politik des ‚Bundes der Vertriebenen‘“ gingen an den SED-Chef

<sup>263</sup> Vgl. Detlef Brandes, Der Weg zur Vertreibung 1938–1945, S. 420–428; Jan Foitzik, Kadertransfer, S. 313f.

<sup>264</sup> Vgl. Manfred Wille, Die „freiwillige Ausreise“ sudetendeutscher Antifaschisten in die SBZ, S. 28–36; Martin K. Bachstein, Wenzel Jaksch (1896–1966), Journalist und Politiker, in: <http://www.exil-archiv.de>.

<sup>265</sup> Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Wenzel\\_Jaksch](http://de.wikipedia.org/wiki/Wenzel_Jaksch); Jaksch, Wenzel, 1965, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 236–238.

<sup>266</sup> Vgl. Revanchismus – Personal-Ablage zu Jaksch 1960–1964, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 3, Bl. 749–783.

Walter Ulbricht, den Vorsitzenden des DDR-Ministerrats Willi Stoph, an die Chefideologen und Agitatoren Albert Norden und Hermann Axen, den Staatssekretär im Außenministerium Otto Winzer. Alle Funktionäre, außer Winzer, waren Mitglieder im SED-Politbüro.<sup>267</sup> Was konkret aber warf die ostdeutsche Seite dem SPD- und Vertriebenenpolitiker vor? In internen biographischen Kurzinformationen für die SED-Spitze billigte man Jaksch durchaus zu, NS-Gegner und „Kämpfer gegen die Henlein-Bewegung“<sup>268</sup> in der ČSR der 1930er Jahre gewesen zu sein.<sup>269</sup> Öffentlich aber hörte man die stereotypen Anschuldigungen gegen Jaksch: Er sei „extremer Antikommunist und Nationalist und Revanchist“<sup>270</sup>, dem rechten Flügel der Sozialdemokratie zugehörig, der mit der „Monopolbourgeoisie“ paktiere und „Verfechter der imperialistischen Kriegs- und Revanchepolitik“ sei.<sup>271</sup> Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, deren Funktionär Jaksch war, bezeichnete man in Ost-Berlin als „nazistische Organisation“ und Jaksch warf man vor, er arbeite mit dem „Nazisumpf“ in der Sudetendeutschen Landsmannschaft zusammen.<sup>272</sup> Die SED-Propaganda verstieg sich dann in der Öffentlichkeit immer mehr, den langjährigen Sozialdemokraten und von 1938 an im Exil lebenden Jaksch in ausfallender Weise als „Nazi“ zu beschimpfen. Der „Ausschuß für Deutsche Einheit“, das offizielle Propagandagremium für die SED-Westarbeit, verbreitete 1960 unter dem Titel „Wenzel Jaksch – Ein Arbeiterverräter“: Als Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft unterstützte Jaksch deren „revanchistische Forderungen“. Für ihn und seine Anhänger „lag die Ursache für die gewaltsame Rückgliederung des [...] Sudetenlandes in das ‚Großdeutsche Reich‘ und die militärische Besetzung der Tschechoslowakei nicht in der systematischen Zersetzungarbeit der nazistischen Henlein-Leute, einer 5. Kolonne Hitlers; sondern sie lag schon in der Gründung des Staates, der den deutschen Minderheiten nicht genügend Rechte [...] zubilligte.“ Dazu meinten die SED-Agitatoren: „Solche Auffassungen sind ein offener Verrat an den Opfern des tschechoslowakischen Volkes – über 350 000 Tschechen ließen im Zweiten Weltkrieg ihr Leben [...] Die sudetendeutschen Sozialdemokraten verbündeten sich mit den übelsten Chauvinisten [...] Auf ihren Treffen

<sup>267</sup> HV A vom 17. Juni 1964, in: BStU MfS HV A 206, Bl.225-227.

<sup>268</sup> Henlein-Bewegung: Anhängerschaft von Konrad Henlein (1898–1945), sudetendeutscher Politiker, gründete und führte 1933 die „Sudetendeutsche Heimatfront“, ab 1935 „Sudetendeutsche Partei“. Diese errang 1935 zwei Drittel der deutschen Mandate im tschechischen Parlament. Von einer gemäßigten Autonomieforderung der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei entfernten sich Henlein und seine Partei. Ab 1937 kam es zum offenen Bekenntnis zum Nationalsozialismus, es wurde der Anschluß an Hitlers Deutschland gefordert. Nach dem Münchner Abkommen (1938) überführte Henlein seine Partei in die NSDAP. 1939–1945 war es Reichsstatthalter des Reichsgaus Sudetenland, ab 1943 SS-Obergruppenführer. Vgl. Lexikon der deutschen Geschichte, S.533f.

<sup>269</sup> Vgl. Jaksch, Wenzel, 1965, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488.

<sup>270</sup> 1968 hieß es: „Jaksch [ist ...] mit seinem extremen Antikommunismus und Revanchismus keine Einzel- oder Ausnahmeerscheinung in der Sozialdemokratie. Er ist nur ein besonders anschauliches Beispiel [...], wohin die Politik des Paktierens [...] mit der Monopolbourgeoisie und der Spaltung der Arbeiterklasse durch rechte sozialdemokratische Politiker [...] in Westdeutschland geführt hat.“ Edmund Jauering, Sozialdemokratie und Revanchismus, S.15.

<sup>271</sup> Vgl. ebenda, S.10, 15.

<sup>272</sup> Vgl. ebenda, S.11f.

ergreifen Faschisten [...] das Wort, und der Sozialdemokrat Jaksch steht ihnen in der Hetze gegen die DDR, Polen und die ČSSR nicht nach. Er wurde ein Wortführer der Politik des deutschen Imperialismus. Jaksch gehört mit zu den schlimmsten Hetzern gegen die Oder-Neiße-Grenze [...]“<sup>273</sup> Und das abschließende, vernichtende Urteil der Agitatoren aus dem ZK-Apparat der SED lautete dann auch: „Heute ist Jaksch das, was er 1938 nicht werden konnte, ein Faschist.“<sup>274</sup>

Die SED-Ideologen warfen Wenzel Jaksch vor, daß er seine Forderungen nach Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen ungebrochen und laut vortrug. Sie unterstellten ihm, territoriale Forderungen gegenüber der ČSSR zu erheben, was nachweislich nicht der Wahrheit entsprach. Jaksch wehrte sich gegen die Kollektivschuld-Vorwürfe an die sudetendeutsche Landsgruppe, als sogenannte 5. Kolonne die tschechoslowakische Demokratie in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre mit ausgehebelt zu haben. Jaksch beanspruchte für seine Landsmannschaft ein Mitspracherecht bei der Ostpolitik der Bundesrepublik, insbesondere ein Vetorecht bei den außenpolitischen Beziehungen mit Prag. Dies führte auch zur Kritik in Westdeutschland, insbesondere aus den Reihen seiner eigenen Partei.<sup>275</sup> Westdeutsche Kritik erntete Jaksch auch dafür, daß er sich nicht scheute, für die Sache der Sudetendeutschen mit ehemaligen sudetendeutschen Nationalisten bzw. ehemaligen überzeugten NS-Anhängern zusammenzuarbeiten.<sup>276</sup> Die SED-Propaganda gegen Wenzel Jaksch blieb einseitig und undifferenziert. Sie verebbte auch nicht nach seinem Unfall-Tod Ende 1966. Alle Diffamierungen wiederholte die SED-Propagandaschrift von Edmund Jauernig aus dem Jahr 1968 mit dem Titel: „Sozialdemokratie und Revanchismus“.<sup>277</sup>

Die starke Stellung der SPD innerhalb des Bundes der Vertriebenen in den 1960er Jahren demonstrierte die Nachfolgewahl des Sozialdemokraten Reinhold Rehs im März 1967 zum BdV-Präsidenten. Rehs war zu diesem Zeitpunkt seit knapp einem Jahr auch Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen. Reinhold Rehs<sup>278</sup> war eigentlich kein typischer Sozialdemokrat. Er stammte aus einer bürgerlich protestantischen Familie und war seit 1928 in Königsberg als Rechtsanwalt tätig gewesen. Erst nach

<sup>273</sup> Wenzel Jaksch, Ein Arbeiterverräter, „Heim ins Reich-Krieger“ und „Volk ohne Raum-Ideologe“, Oktober 1960, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488.

<sup>274</sup> Ebenda; vgl. auch: Jaksch auf Goebbels' Spuren, in: ND, Berlin (Ost), 21. Januar 1966, S. 4; Widerstandspolitik der Vertriebenen, 30. August 1966, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488; So sieht Jakschs „wahre gesamtdeutsche Gemeinschaft“ aus, in: Neue Kommentare, Frankfurt a.M., Juli 1961, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488.

<sup>275</sup> Vgl. „Widerstandspolitik der Vertriebenen“, gesendet im ARD am 30. August 1966, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488 (dort verschrifftet).

<sup>276</sup> Vgl. Wenzel Jaksch greift NDR-Fernsehen an, 29. Februar 1964, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 3, Bl. 763.

<sup>277</sup> Dort S. 9–15, 166ff., 193, 205–217. Jauernigs Buch war eine im traditionellen Stil der SED geprägte Propagandaschrift, die aber auch Einblicke in die Geschichte der im britischen Exil lebenden Sozialdemokraten der ČSR und ihrer Spaltung gab. Vgl. auch Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 17f., 310ff.

<sup>278</sup> Reinhold Rehs (1901–1972), geboren in Klinthenen/Kr. Gerdauen, Jurist, ab August 1945 Justitiar in Kiel, ab 1962 Vizepräsident des BdV, Mai 1969 wegen der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel Austritt aus der SPD und Wechsel zur CDU. Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Reinhold\\_Rehs](http://de.wikipedia.org/wiki/Reinhold_Rehs).

seiner Vertreibung trat er 1948 der SPD bei und gehörte für diese Partei zunächst von 1950 bis 1954 dem Landtag von Schleswig-Holstein an, bevor er dann von 1953 bis 1969 als Abgeordneter im Bundestag saß. Rehs war eher ein trockener und nüchtern Rechtsglehrter, der mit zur juristischen Untermauerung der heimatpolitischen Ziele der Vertriebenen beitrug. Ihm fehlte allerdings völlig das charismatische Wesen des Vollblut-Politikers Jaksch.<sup>279</sup> Dies hatte zur Folge, daß Rehs nicht wie Jaksch ins Visier der öffentlichen SED-Propaganda rückte. Auch fehlten bei Rehs Angriffspunkte aus seinem politischen Leben vor 1945. Das MfS verfügte dennoch über ein Personendossier zu Reinholt Rehs.<sup>280</sup> Als einziger kritischen Punkt enthielt die Akte den Satz: „Während des Krieges war Rehs Offizier (Oberleutnant) der faschistischen Wehrmacht.“<sup>281</sup> In den üblichen DDR-Propagandaschriften der zweiten Hälfte der 1960er Jahre sparte man aber auch bei Rehs nicht mit Bezeichnungen und Vorwürfen wie: „Neuer Chef – Alte Politik“, „Revanchistensprecher Rehs, der sich nicht scheut, auf Revanchistentreffen mit NPD-Landtagsabgeordneten aufzutreten“, „Reinholt Rehs ist gegen jede Entspannungspolitik und bekräftigt die Bonner Gebietsforderungen“, „Rehs hetzt gegen alle, die auf Verzicht setzen, seine nationalistischen Zungenschläge waren zuweilen unerträglich“.<sup>282</sup> Aber zu SED-Kampagnen gegen den BdV-Präsidenten Rehs kam es nicht. Nicht ohne gewisse Häme – nach dem Motto „Revanchisteführer wechselt politische Parteigesinnung wie das Hemd“ – registrierten SED und MfS den Tumult in der Bonner Politik, als Reinholt Rehs im Mai 1969 die SPD verließ und in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wechselte.<sup>283</sup>

Der linke Flügel in der SPD drängte die Parteiführung seit 1967 verstärkt, den unverbindlich-hinhaltenden Kurs gegenüber den Vertriebenenverbänden zu ändern. Die Mehrheit der Sozialdemokraten wünschte eine deutlichere Abgrenzung zum BdV und seinen Grenzrevisionsforderungen. Auf dem SPD-Bundesparteitag 1968 folgten die Delegierten ihrem Parteichef Willy Brandt, der sich öffentlich für die „Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung“ aussprach. Der Parteitag verabschiedete eine ähnlich lautende Entschließung: Wille zur Respektierung und Anerkennung der bestehenden Grenzen, insbesondere der „gegenwärtigen polnischen Westgrenze“.<sup>284</sup> Dieser Kurswechsel der Sozialdemokratie schockierte die SPD-Vertriebenenpolitiker. Der BdV-Präsident Reinholt Rehs geriet in der SPD wie im Vertriebenenendachverband zunehmend in Bedrägnis. SPD-Vertriebenenfunktionäre der zweiten Reihe gestanden sich ein, daß die Vertriebenen keinen Einfluß mehr in den Untergliederungen der Partei hatten. Allzusehr hätte man sich nur auf die Arbeit in den Vertriebenenorganisationen konzentriert. Mit dem Par-

<sup>279</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 256ff.

<sup>280</sup> Vgl. Dossier, in: BStU MfS PA 1155, Bl. 7-56.

<sup>281</sup> Rehs, Reinholt, 1967, in: BStU MfS PA 1155, Bl. 19.

<sup>282</sup> 30 Jahre nach München. Aggressive Ostpolitik gegen die Tschechoslowakei gestern und heute, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front, 1968; Revancheaufmärsche mit Volk-ohne-Raum-Theorie, 20. August 1968, in: BStU MfS PA 1155, Bl. 22, 23, 25

<sup>283</sup> Vgl. Zeitungsartikelsammlung beim MfS, in: BStU MfS PA 1155, Bl. 28-43, und MfS ZAIG 9708, Bd. 2, Bl. 519-536, 545, 550, 584, 586, 588.

<sup>284</sup> Vgl. und zitiert bei Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 260.

teitag 1968 war etwas grundsätzliches im Verhältnis zwischen SPD und BdV in die Brüche gegangen. Es gab keinen echten deutschlandpolitischen Konsens mehr zwischen SPD und Vertriebenenverbänden. Dieser Entfremdung trug im Mai 1969 Reinhold Rehs Rechnung und erklärte seinen Austritt aus der SPD, um umgehend in die CDU zu wechseln. Er betonte von da an vehement die heimatpolitische Übereinstimmung des BdV mit der Union. Problematisch war 1969 noch, daß Reinhold Rehs zum Wahlboykott gegen die „SPD-Verzichtspolitiker“ aufrief und der Bund der Vertriebenen seine bisher praktizierte parteipolitische Neutralität dadurch in Frage stellte.<sup>285</sup>

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 28. September 1969 ermöglichte die Bildung der ersten sozial-liberalen Koalition und war für den Bund der Vertriebenen und seinen Präsidenten problematisch. Rehs versuchte noch, über den neuen Bundeskanzler Willy Brandt heimatpolitische Forderungen der Vertriebenen in die Regierungserklärung einfließen zu lassen, insbesondere die Beibehaltung des Bundesvertriebenenministeriums zu fordern. Beides ließ sich nicht mehr durchsetzen. Die SPD-Führung brachte unumwunden zum Ausdruck, daß sie nicht mehr gewillt war, auf den BdV über Gebühr Rücksicht zu nehmen. Die Opposition des BdV gegen die Neue Ostpolitik wurde als grundsätzliche Kampfansage an die SPD begriffen, und die Bundesregierung verlor ab 1970 zunehmend das Interesse daran, ihre Politik den Vertriebenen glaubwürdig zu vermitteln.<sup>286</sup>

Die Vorgänge in der SPD und ihre Stellung zu den organisierten Vertriebenen wurden in Ost-Berlin bei SED und MfS beobachtet. Gegen den BdV-Präsidenten fanden sich die üblichen Kommentare in den SED-Zeitungen wie „BdV“ und Rehs hetzen gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze<sup>287</sup>. Große „Revanchismus-Kampagnen“ organisierte man, wie gesagt, gegen Rehs nicht. Wenzel Jaksch und Reinhold Rehs blieben bisher die beiden einzigen Sozialdemokraten, die als BdV-Präsidenten die Geschicke des Vertriebenenendachverbands mitbestimmten.

## 5. Ostverträge und der BdV: Interessenlage bei SED und MfS

Das Hinhalten der Vertriebenenverbände durch die SPD, das Ruhigstellen der organisierten Vertriebenen, ihrer Funktionäre und auch der SPD-Vertriebenenpolitiker durch schwammige Versprechungen des SPD-Vorstands von „gerechter Grenzziehung“ oder „so viel wie möglich von Deutschland für die Deutschen [zu] retten“<sup>288</sup>, war kennzeichnend für die SPD-Politik gegenüber BdV und Landsmannschaften in der Zeit der Großen Koalition. Die neu gewählte sozial-liberale Bonner Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt ging 1969 sichtbar auf Distanz zum BdV, den ostdeutschen Landsmannschaften und ihren Funktionären. Die SPD-Führung gab Ver-

<sup>285</sup> Vgl. ebenda, S. 261–275.

<sup>286</sup> Vgl. ebenda, S. 273ff.; Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 105f.

<sup>287</sup> Vgl. ND, 21. Juli 1970, und weitere Artikel in: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, Bl. 12–245, hier Bl. 116.

<sup>288</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 245–247.

triebenenfunktionären in Gesprächen 1969/70 zu verstehen, daß die „Politik der Stärke“ nicht mehr anwendbar sei und die Oder-Neiße-Grenze auf absehbare Zeit die Westgrenze Polens bleiben werde. Der politische Kampf der Vertriebenenverbände gegen die Ostverträge, insbesondere gegen die Verträge mit Moskau und Warschau 1970, kulminierte in der Bonner BdV-Großkundgebung am 30. Mai 1970 gegen die „Brandt-Scheel-Verzichtspartei“. Die neue Koalitionsregierung in Bonn begriff diese Aktion als fundamentalen Angriff auf ihre Ost- und Deutschlandpolitik. Um von Seiten der SPD die Vertriebenenverbände unter Druck zu setzen, existierten zeitweise Überlegungen, die öffentlichen Mittel für die Vertriebenenverbände zu kürzen oder eine regierungsfreundliche Gegenorganisation zu gründen und damit den BdV zu spalten. Diese Gegenorganisation sollte sich ausschließlich auf erinnerungskulturelle Ziele beschränken.<sup>289</sup> Beides – Mittelkürzungen<sup>290</sup> und Schaffung einer Gegenorganisation – setzte die SPD-geführte Regierung letztlich nicht um.

Eine lange geplante Maßnahme hingegen bestand in der Abschaffung des Bundesvertriebenenministeriums gleich nach dem Wahlsieg der SPD 1969. Der Bruch zwischen Sozialdemokraten und dem Bund der Vertriebenen war Ende 1970 vollzogen. Der BdV sprach zur Bundestagswahl von 1972 erstmalig eine Wahlempfehlung für die Unionsparteien aus. Zu dieser Zeit, genau am 29. Februar 1972, hatte ein weiterer prominenter sozialdemokratischer Vertriebenenpolitiker, Herbert Hupka, die SPD verlassen und sich der CDU angeschlossen.<sup>291</sup> Die absolute Zahl der SPD-Parteiaustritte bzw. Parteiwechsel blieb hingegen klein, die SPD verlor mit Abschluß der Ostverträge ihr Vertriebenenklientel nicht.<sup>292</sup>

Inwieweit registrierte man in Ost-Berlin diese Entwicklung in der SPD und in den Vertriebenenverbänden? SED und MfS sammelten die Fakten und beobachteten die Veränderungen. Aber wie kommentierten sie die sich ändernden Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und BdV? Wurde die MfS-Bearbeitung der Vertriebenenverbände der neuen Situation angepaßt? Zunächst fallen die umfangreichen Sammlungen von Zeitungs- und Zeitschriftenartikel bzw. von verschrifteten Radio- und Fernsehsendungen aus dieser Zeit auf, die die Zentrale Auswertungs- und Informationsabteilung des MfS zusammentrug bzw. anfertigte.<sup>293</sup> Die überlieferten Berichte der Auslandsspionageabteilung HV A des MfS<sup>294</sup>, die einen direkten Bezug zum Bund

<sup>289</sup> Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 105–109; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 275–297; Vertriebenenverband vor der Spaltung?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Juni 1970; Wischnewski kündigt mögliche Spaltung der Vertriebenen an. ADN-Information, 1. Juni 1970; Günter Grass, Kalte Heimat, in: Der Spiegel, 40/1970, vom 28. September 1970.

<sup>290</sup> Die Kürzungen der finanziellen Zuwendungen für die Vertriebenenverbände wurden nur anfänglich nicht umgesetzt, im Laufe der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam es insbesondere zu Kürzungen für die institutionelle Stützung der Verbände. Vgl. MfS-Information über die Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten, 13. Januar 1975, in: BStU MfS HV A 114, Bl. 363–368.

<sup>291</sup> Vgl. Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 196–209.

<sup>292</sup> Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 105f.; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 195, 279.

<sup>293</sup> Vgl. nur als Auswahl, BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, Bl. 12–265 und ZAIG 9715, Bl. 1–230.

<sup>294</sup> Welche HV A-Berichte möglicherweise vernichtet wurden, kann hier nicht geklärt werden.

der Vertriebenen haben, befaßten sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wiederkehrend mit der finanziellen Lage und inneren Struktur des Dachverbandes<sup>295</sup>, mit der Öffentlichkeitsarbeit des BdV und mit den Stellungnahmen der BdV-Funktionäre zu ost- und deutschlandpolitischen Ereignissen.<sup>296</sup> Diese HV A-Berichte gingen in der Regel an SED-Chef Walter Ulbricht, ab 1970 an Erich Honecker, an die Propagandisten und Chefideologen Albert Norden, Werner Lamberz und Joachim Herrmann<sup>297</sup> sowie an den DDR-Außenminister Otto Winzer und gelegentlich auch an den polnischen, tschechoslowakischen und sowjetischen Geheimdienst. Die Auslandsaufklärung des Staatsicherheitsdienstes hielt es 1967/68 für wichtig, der SED-Führung detaillierte Mitteilungen über die sich „verschlechternde finanzielle Lage des BdV“ zu machen. So hieß es in den Informationen einer nicht mehr näher zu bestimmenden Spitzel-Quelle mit dem IM-Decknamen „Alex“ von 1967, daß sowohl das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen als auch das Bundesministerium für Vertriebenen ihre Zuschüsse für den BdV und die Landsmannschaften verglichen mit dem Vorjahr verringern wollen, und benannten dafür die schlechte Finanzlage des Bundes als Ursache. Tatsächlich ging es beiden Ministerien zunächst aber nicht um Mittelkürzungen, sondern darum, den Trend der ständig wachsenden finanziellen Forderungen des BdV zu stoppen.<sup>298</sup> So sah man dies auch in Ost-Berlin. Hervorhebenswert befanden die MfS-Mitarbeiter, daß 1967 DM 50 000 für „gesamtdeutsche Aufklärungsarbeit“ in den Medien, Schulen und Universitäten in der Bundesrepublik und DM 190 000 für Aufklärungsarbeit im Ausland – im Jahr zuvor wären es nur DM 3500 gewesen – veranschlagt wurden. Teile dieser Mittel würden vom Krupp-Konzern Essen und vom Axel-Springer-Verlag zur Verfügung gestellt.<sup>299</sup> Finanzforderungen des BdV in Höhe von DM 600 000 für die Unterstützung der Presseerzeugnisse der Landsmannschaften hätten sowohl Bundesminister Herbert Wehner (SPD) als auch

<sup>295</sup> Vgl. Einzelinformation über die finanzielle Lage des Bundes der Vertriebenen, 13. März 1967; 28. Juni 1967; 18. Oktober 1967, in: BStU MfS HV A 222, Bl. 116–122; HV A 225, Bl. 190–197; HV A 229, Bl. 182–186.

<sup>296</sup> Vgl. Einzelinformation über einige Vorgänge im BdV; 6. Februar 1968, und 25. Juni 1968; 2. September 1970; Gespräche des SPD-Präsidiums und des BdV am 26. November 1970, in: BStU MfS HV A 235, Bl. 68–76; HV A 131, Bl. 181–187; HV A 170, Bl. 144–149; HV A 176, Bl. 293–295.

<sup>297</sup> Werner Lamberz (1929–1978), ab 1947 hauptamtlicher SED- und FDJ-Funktionär, Besuch der Moskauer Parteihochschule, ab 1963 im ZK-Apparat verantwortlich für Auslandspropaganda, ab 1967 ZK-Sekretär für Agitation/Propaganda, ab 1976 SED-Politbüro. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 497.

Joachim Herrmann (1928–1992), 1948 SED, Redakteur, Parteischule in Moskau, ab 1958 Mitarbeiter im ZK-Apparat, 1963–1968 Agitationskommission und 1960–1972 Westkommission des Politbüros, 1966–1971 StS für westdeutsche Fragen, 1973–1989 im SED-Politbüro. Vgl. ebenda, S. 346f.

<sup>298</sup> Der BdV hatte 1967 Zusagen vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen über Finanzmittel von DM 578.00. Dies waren nur DM 2000 weniger als 1966, aber DM 68 500 weniger als vom BdV beantragt worden waren. Das Vertriebenenministerium zahlte dem BdV für „kulturelle Aufgaben“ DM 190 000, das waren DM 5000 weniger als 1966. Die gekürzten Mittel wurden durch Sonderzuschüsse der Ministerien für konkrete Einzelvorhaben ausgeglichen. Vgl. Information über die finanzielle Lage des BdV, 18. Oktober 1967, in: BStU MfS HV A 229, Bl. 182, 184, 185.

<sup>299</sup> Vgl. Information über die finanzielle Lage des BdV, 13. März 1967, in: BStU MfS HVA 222, Bl. 116–120.

Franz Josef Strauß (CSU)<sup>300</sup> abgelehnt. Beide seien sich darin einig, daß das geforderte Geld keine Ausgleichszahlung für die erhöhten Gebühren im Postzeitungszustelldienst darstellten. Die hohen Fehlbeträge bzw. die hohen Kosten bei der Vertriebenenpresse kämen zustande, weil mit den 236 Heimatzeitungen und Mitteilungsblättern kleiner und kleinster Gruppen eine starke Zersplitterung des BdV-Preszewesens vorhanden sei. Mit einer Straffung und besseren Organisation könnte der Bund der Vertriebenen die Kosten selbst deutlich reduzieren und müßte keine Bundesmittel dafür einfordern.<sup>301</sup>

Die SED-Spitze in Ost-Berlin erhielt mit der MfS-Information vom März 1967 Kenntnis über eine geplante, nicht unwesentliche Kursänderung in der Bundesregierung: Aus Kreisen von SPD-Landtagsabgeordneten sei wiederholt zu hören gewesen, daß die Regierung der Großen Koalition über die Einschränkung von finanziellen Zuwendungen für BdV und Landsmannschaften nachdenke. Konkret hieß es im MfS-Dossier: „Im Januar 1967 äußerte [eine besagte SPD-Quelle<sup>302</sup> ...], daß die Bundesregierung im Zusammenhang mit ihren Absichten zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ländern des Ostblocks beschlossen habe, ihre Zuschüsse für die Landsmannschaften zu reduzieren. Das beziehe sich besonders auf die finanzielle Unterstützung der Heimatrechts[forderungen] und Druckerzeugnisse aller Art. Vertriebenenminister von Hassel<sup>303</sup> habe dazu sein Einverständnis erklärt. Ferner sei festgelegt worden, daß weder Vertreter der CDU/CSU noch der SPD auf Vertriebenenversammlungen Reden halten, die den Kurs der Regierung [in der Ostpolitik] stören könnten. Rundfunk und Fernsehen sollen bei ihrer Berichterstattung über die Tätigkeit der Vertriebenenverbände angeblich einer Vorzensur unterzogen werden. Mit diesen Maßnahmen soll der Revanchismus-Propaganda der DDR wirkungsvoll begegnet werden.“<sup>304</sup> Im Februar 1968 informierte der DDR-Geheimdienst über den Präsidiumsbeschuß des BdV, der „Neuen Ostpolitik“ der Bundesregierung entgegenzusteuern. Der Verband nutze jede sich bietende Möglichkeit [...], die BdV-Sicht über die Ost- und Deutschlandpolitik zu propagieren unter dem Slogan: „Eine Politik der Stärke könne nicht durch eine Politik der Schwäche gekontriert werden.“ Für diese Offensive der Vertriebenenverbände sollten umgehend „alle Materialien gegen eine Anerkennung des ‚Zonenregimes‘ und der Oder-Neiße-Grenze“<sup>305</sup> zusammengestellt werden. BdV-Präsident Reinhold Rehs habe sich zudem im Verbandspräsidium beklagt, daß er bei der letzten außenpolitischen Debatte im Bundestag nicht zu Wort gekommen sei, und er verwies auf die „schwierige Situation, in der sich die wenigen

<sup>300</sup> Franz Josef Strauß (1915–1988), 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955/56 Bundesminister (BM) für Atomfragen, 1956–1962 BM für Verteidigung, 1966–1969 BM der Finanzen, 1978–1988 Ministerpräsident des Freistaates Bayern, 1961–1988 Vorsitzender der CSU.

<sup>301</sup> Vgl. Information über die finanzielle Lage des BdV, 28. Juni 1967, in: BStU MfS HV A 225, 195, 196.

<sup>302</sup> Name von der BStU-Behörde aus Datenschutzgründen geschwärzt.

<sup>303</sup> Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), 1946 CDU, 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1963–1966 Bundesverteidigungsminister, 1966–1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1969–1972 Präsident des Deutschen Bundestages.

<sup>304</sup> Information über die finanzielle Lage des BdV, 13. März 1967, in: BStU MfS HV A 222, Bl. 121.

<sup>305</sup> Information über einige Vorgänge im BdV, 6. Februar 1968, in: BStU MfS HV A 235, Bl. 69.

engagierten heimatvertriebenen Abgeordneten“ befänden.<sup>306</sup> Die HV A-Informanten wußten in der ersten Hälfte des Jahres 1968 auch nichts Neues über das Verhältnis zwischen BdV-Präsidium und SPD-Parteivorstand an die SED-Führung zu berichten. Mitteilenswert war einzig, daß ein Gesprächstermin mit dem Juso-Bundesvorsitzenden Peter Coterier<sup>307</sup> vereinbart worden sei, da dieser sich immer wieder öffentlich zum Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete ausgesprochen habe.<sup>308</sup> Die BdV-Spitze habe im Juni 1968 eingestehen müssen, daß alle Versuche katholischer Vertriebenenpolitiker gescheitert seien, auf einen Kreis linker katholischer Intellektueller – den sogenannten Bensberger Kreis<sup>309</sup> – einzuwirken, von der Veröffentlichung einer Art katholischer Ost-Denkschrift, ähnlich der evangelischen Ostdenkschrift vom Oktober 1965, Abstand zu nehmen. Die BdV-Spitze werde nun dazu übergeben, so die MfS-Berichte, das „Memorandum des Bensberger Kreises“ öffentlich politisch zu bekämpfen.<sup>310</sup>

Das SED-Politbüro ließ sich nach der Bundestagswahl im September 1969 und der Konstituierung der sozial-liberalen Bundesregierung unter Bundeskanzler Willy Brandt von der MfS-Aufklärung über die „starke Fraktion führender Funktionäre der revanchistischen Organisationen im Bundestag“ unterrichten. Die MfS-Bearbeiter listeten namentlich die „Fraktion der Landsmannschaftsfunktionäre im VI. Bundestag“ auf: Das waren in der CDU/CSU-Fraktion 20 Abgeordnete, in der SPD-Fraktion 28 Abgeordnete und in der FDP-Fraktion fünf Abgeordnete. Zu diesen Bundestagsabgeordneten, die zugleich Funktionen in Vertriebenenorganisationen innehatten, gehörten beispielsweise auf Seiten der CDU/CSU Walter Becher, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Herbert Czaja, Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier, und Hans Edgar Jahn, BdV-Vizepräsident. Auf Seiten der SPD-Fraktion zählten dazu Herbert Hupka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesiens, Willy Bartsch, Präsidiumsmitglied der Schlesischen Landsmannschaft, oder Heinz Kreutzmann, Vorstandsmitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Und als Beispiel aus dem Kreis der FDP wurde Erich Mende, Mitglied der Schlesischen Landesversammlung, genannt.<sup>311</sup>

Über die Auslandsaufklärung des MfS war die SED-Spitze im Dezember 1969 in Besitz einer Expertise gekommen, die eine Arbeitsgruppe unter Leitung des BdV-Präsidenten Reinhold Rehs unter Mitwirkung namhaften westdeutscher Historiker und

<sup>306</sup> Vgl. Information über einige Vorgänge im BdV, 6. Februar 1968, in: BStU MfS HV A 235, Bl. 70.

<sup>307</sup> Peter Coterier (\*1936), Jurist, SPD, 1967–1969 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten (Juso), 1969–1987 MdB, 1981/82 Staatsminister im Auswärtigen Amt.

<sup>308</sup> Vgl. Information über einige Vorgänge im BdV, 6. Februar 1968, in: BStU MfS HV A 235, Bl. 72; Information über einige Vorgänge im BdV, 25. Juni 1968, in: BStU HV A 131, Bl. 185.

<sup>309</sup> Der Bensberger Kreis war ein Zusammenschluß linker katholischer Kräfte (um die Publizisten Walter Dirks und Eugen Kogon), die seit 1966 zur Verständigung und Versöhnung zwischen Polen und Deutschen aufriefen. Sie forderten zum Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Neiße auf, sie galten mit als Wegbereiter der Neuen Ostpolitik.

<sup>310</sup> Vgl. Information über einige Vorgänge im BdV, 6. Februar 1968, und 25. Juni 1968, in: BStU MfS HV A 235, Bl. 71 und HV A 131, Bl. 184, 185.

<sup>311</sup> Vgl. Die Fraktionen der Landsmannschaftsfunktionäre im VI. Bundestag, Oktober 1969, in: BStU MfS ZAIG 8890-2, Bl. 53–56.

Juristen<sup>312</sup> zum Thema „Festlegungen zur Anerkennungsfrage der ‚DDR‘“ ausgearbeitet hatte.<sup>313</sup> Diese war ganz im traditionellen politischen Tenor des BdV verfasst und bestehend aus den bekannten Punkten: Regelung der deutschen Ostgrenze auf Grundlage von 1937 durch einen Friedensvertrag, keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, keine staatliche Anerkennung der DDR. Möglicherweise war dies Anlaß dafür, daß sich im ZK-Apparat der SED 1969 und 1970 die Mitarbeiter der „Westabteilung“, des „KPD-Arbeitsbüros“ bzw. Agitations-Funktionäre mit dem „Revanchismus und Alleinvertretungsanspruch Bonns“ wieder einmal intensiver befaßten und sich das Ziel setzten, Widersprüche und Differenzen in der CDU/CSU und in den Vertriebenenorganisationen hinsichtlich der „Revanchismus-Problematik“ zu erkennen und zu verstärken.<sup>314</sup> Der ZK-Apparat gab in Auftrag, unter Mitarbeit von Völkerrechtler und Historikern eine weitere Studie über den „westdeutschen Revanchismus und Alleinvertretungsanspruch“ auszuarbeiten. Folgende Vorgaben wurden gemacht: 1. Der deutsche Imperialismus verfolge seit 50 Jahren, seit dem Ersten Weltkrieg, ungebrochen seine aggressiven Eroberungsziele. 2. Für seine Ideologie der Revanche habe der Imperialismus revanchistische Organisationen und Verbände geschaffen, die das deutsche Volk für einen weiteren, dritten Weltkrieg vorbereiten sollen. 3. Die Gebietsforderungen und Expansionsziele des deutschen Imperialismus müssen umfassend belegt werden. 4. Die Alleinvertretungsanspruch des westdeutschen Imperialismus muß als potentielle Kriegserklärung an die DDR gewertet werden. 5. Am Kurs der „Neuen Ostpolitik“ muß nachgewiesen werden, daß Bonn mit der Nichtanerkennung des Status quo in Europa die revanchistische Richtung beibehält. Und 6. soll die Studie beweisen, daß das „veränderte Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus“ den aggressiven Kreisen ihre Grenzen setzt.<sup>315</sup> 1969 erschien in der DDR die Dokumentation: „Landesmannschaftlicher Revanchismus in Westdeutschland. Zu seiner Geschichte und Rolle im imperialistischen Herrschaftssystem“, herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte Berlin (Ost).<sup>316</sup>

Die SED-Propaganda zielte darauf, Widersprüche und Interessengegensätze in den Vertriebenenverbänden zu verstärken bzw. auch künstlich hineinzutragen und zu schüren. Im Juli 1970 schlugen deshalb die SED-Funktionäre für „Westarbeit“ dem Ideologie-Chef Albert Norden vor, daß sich die SED-Propaganda mehr mit der

<sup>312</sup> Unter anderem hatten mitgewirkt: Jens Hacker (Köln), Professor Boris Meissner (Köln), Professor Fritz Münch (Bonn) und Professor Friedrich Klein (Münster).

<sup>313</sup> Vgl. HV A an Abteilung Agitation, 17. Dezember 1969, in: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, Bl. 267-275.

<sup>314</sup> Vgl. Konzeption zum Komplex Revanchismus und Alleinvertretungsanspruch Bonns, 15. November 1968, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5061 g; Hausmitteilung ZK-Westabteilung an Albert Norden: Differenzierungen in der CDU/CSU und in den Revanchistenorganisationen, 30. Juli 1970, in: ebenda, DY 30 IV 2/2028/15, Bl. 51-57.

<sup>315</sup> Vgl. Konzeption zum Komplex Revanchismus und Alleinvertretungsanspruch Bonns, 15. November 1968, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5061 g.

<sup>316</sup> Andere ZK-interne Studien aus dieser Zeit sind z.B.: Der Ungeist der Revanche auf Westdeutschlands Straßen. Eine kurze Dokumentation zu den Aufmärschen der Revanchistenverbände in Westdeutschland – Pfingsten 1968, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15; Dokumentation über die Rolle und das Wirken der Landsmannschaften im System der Bonner Manipulierung, 25. Januar 1968, in: SAPMO-BA DY 16/895.

Gruppe der Vertriebenen in der Bundesrepublik befassen müsse. Man dürfe diesen westdeutschen Bevölkerungsteil nicht wie bisher den „konservativen und neonazistischen Kräften“ in Westdeutschland überlassen.<sup>317</sup> Ihre Analyse – so die ZK-Apparatur-Mitarbeiter – habe ergeben, daß auch in den Vertriebenenverbänden Widersprüche zwischen den „Zielen der rechten Führer“ und den „Sehnsüchten nomineller Mitglieder der Umsiedlerorganisationen“ existierten, die die SED-Propaganda nur verstärken müsse. Dabei habe man den Eindruck zu vermeiden, daß die DDR bzw. die Kommunisten in Ost- und Westdeutschland alle Mitglieder und Anhänger der Landsmannschaften und des BdV als „einzig reaktionäre Masse“ ansähen. Vielmehr müsse die politische öffentliche Arbeit sich gegen die „rechten Führer des BdV“ richten, diese isolieren, um die aktiven Anhänger zu dezimieren und die „ehemaligen Umsiedler“ für ein friedliches Miteinander in Europa zu gewinnen.<sup>318</sup> In der ZK-Westabteilung der SED dachte man daran, in der politischen Auseinandersetzung der nächsten Zeit den Fragen und Problemen der „ehemaligen Umsiedler“ mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es wurden Überlegungen angestellt, ob „ehemalige Umsiedler“ aus der SED bzw. aus DKP-Kreisen gewonnen werden könnten, um bei Treffen der Vertriebenen mit „unseren Argumentationen“ aufzutreten. Außerdem fragte man sich in Ost-Berlin, ob und wie es gelänge, namhafte Persönlichkeiten, die aus den polnischen, tschechoslowakischen und sowjetischen Gebieten (!) stammten, für eine öffentliche, politisch begründete Distanzierung von der Politik und den Zielen der Revanchistenverbände zu gewinnen.<sup>319</sup> Parallel dachte die SED-Führung kurzzeitig auch daran, die westdeutschen Kommunisten, ausgewählte DKP-Funktionäre, direkt zu beauftragen, eine „antirevanchistische Plattform“ – einen kommunistisch gesteuerten Vertriebenenverband – aufzubauen.<sup>320</sup> Dies schien vermutlich eine Reaktion auf die zeitweilige Idee der SPD gewesen zu sein, eine Vertriebenen-Gegenorganisation in der Bundesrepublik zu initiieren. Im „KPD-Arbeitsbüro“, das war die ZK-Abteilung der SED für die Instruierung der westdeutschen Kommunisten, hatten die Instrukteure im Juli 1970 „Gedanken für eine antirevanchistische Plattform“ niedergeschrieben. Die Plattform sollte ebenfalls in die Richtung wirken, die „einflußreichen kalten Krieger“, die sogenannten Berufsvertriebenen, „wie die zirka 5000 Funktionäre des BdV und der Landsmannschaften im westdeutschen Volksmund genannt werden“<sup>321</sup>, von den organisierten Vertriebenen und vor allem von der großen zahlreichen Mehrheit der „einfacher Umsiedler in Westdeutschland“ zu isolieren.<sup>322</sup> Die SED-Instrukteure aus

<sup>317</sup> Vgl. Hausmitteilung ZK-Westabteilung an Albert Norden: Differenzierungen in der CDU/CSU und in den Revanchistenorganisationen, 30. Juli 1970, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2028/15, Bl. 51, 52.

<sup>318</sup> Vgl. ebenda, Bl. 53, 54, 57.

<sup>319</sup> Hausmitteilung ZK-Westabteilung an Albert Norden: Differenzierungen in der CDU/CSU und in den Revanchistenorganisationen, 30. Juli 1970, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2028/15, Bl. 57.

<sup>320</sup> Vgl. An das KPD-Arbeitsbüro: Gedanken für eine antirevanchistische Plattform, Juli 1970, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5326.

<sup>321</sup> Dokumentation über die Rolle und das Wirken der Landsmannschaften im System der Bonner Manipulierung, 25. Januar 1968, in: SAPMO-BA DY 16/895.

<sup>322</sup> Vgl. An das KPD-Arbeitsbüro: Gedanken für eine antirevanchistische Plattform, Juli 1970, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5326.

dem ZK waren der Meinung, die Mitglieder und Anhänger der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik müßten jetzt zur Entscheidung gedrängt werden, ob sie mit den „Revanchisten“-Politikern „den Weg über Revanchismus, Nationalismus und Völkeraß zum dritten Weltkrieg“ gehen wollen oder ob der „Weg des Friedens über die Anerkennung der Grenz-Realitäten“ in Europa beschritten wird. Im Papier hieß es: „Von denen, die ihre Mitarbeit in den Vertriebenen-Verbänden‘ bereits eingestellt haben, darf angenommen werden, daß sie sich entschieden haben.“<sup>323</sup> Und auf dieses Ziel steuerten die ZK-Instrukteure der SED hin mit ihrer Idee der Schaffung einer „Plattform“. Über eine Propagandaoffensive sollten die organisierten Vertriebenen in Westdeutschland zum Austritt aus den Landsmannschaften und dem Bund der Vertriebenen animiert bzw. die Vertriebenen insgesamt vom Einfluß und von den Veranstaltungen des BdV ferngehalten werden.

Die SED versuchte Argumente gegen das von den westdeutschen Vertriebenenpolitikern propagierte „Volksgruppenrecht“ zu finden und vorzubringen. Die SED-Instrukteure behaupteten, die Vertriebenen seien weder eine ethnische Minderheit noch eine Volksgruppe. Die Vertriebenenfunktionäre hätten diese „Mystifikation Volksgruppe“ künstlich erzeugt. Das Schicksal Flucht und Vertreibung sei kein Argument für die Behauptung der Existenz solcher Volksgruppen in der Bundesrepublik, da ansonsten auch eine „Volksgruppe Kriegsopfer“ existieren müßte. Ost-Berlin verstieß sich darin vorzubringen, die „ehemaligen Schlesier, Ost- und Westpreußen, Pommern, Ostbrandenburger und Sudetendeutschen usw.“ wären „normale Bundesbürger, deren Geburtsort sich heute lediglich außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik“ befände.<sup>324</sup> In der DDR wurde diese Argumentation nicht verbreitet, letzten Endes auch nicht in Westdeutschland, sie wäre dort als wenig glaubwürdig erachtet worden. Den „neofaschistischen Berufsvertriebenen“, gemeint waren die Vertriebenenpolitiker, wurde von Ost-Berlin nachgesagt, daß sie nach wie vor „friedensbedrohend“ agierten. Nur die Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, die Unantastbarkeit der europäischen Nachkriegsgrenzen hieße, nach SED-Überzeugung, Frieden, Ruhe und Sicherheit für alle „Umsiedler“, für alle Deutschen und für Europa.<sup>325</sup>

Zu einigen SED/DKP-Aktionen gegen die Vertriebenenverbände dürfte es 1970 dennoch gekommen sein. So hatte am 10. November 1970 das DKP-geführte Wahlbündnis „Aktion Demokratischer Fortschritt“ in Bonn zu einer Pressekonferenz mit dem Thema: „Demokratische Aktion fordert sofortige Einstellung der Subventionen für Vertriebenenorganisationen“ geladen. Die dort vorgestellte Liste der Finanzierung der Vertriebenenverbände, die den Tatsachen entsprach, las sich folgendermaßen: Förderung der jährlichen Kulturarbeit der Vertriebenenverbände für das Rechnungsjahr 1970 mit DM 415 000; das Bundesministerium für Innerdeutsche Angelegenheiten gibt DM 3 120 000 für Aktivitäten der Verbände und zur Unterstützung ihrer

<sup>323</sup> Ebenda.

<sup>324</sup> Vgl. ebenda.

<sup>325</sup> Vgl. An das KPD-Arbeitsbüro: Gedanken für eine antirevanchistische Plattform, Juli 1970, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5326.

Presseorgane; das Bundesinnenministerium zahlt jährliche Zuschüsse von DM 2 350 000; das Bundespresseamt subventioniert die Verbände mit DM 1 600 000; aus dem Etat der Bundesländer kommen jährlich DM 5 200 000 für die Finanzierung der Landsmannschaften und des BdV. Hinzu kämen Millionen-Zuschüsse für die „kultur- und volkspolitische Forschung“ sowie für die Aufrechterhaltung von bischöflichen Verwaltungen der Diözesen jenseits der Oder und Neiße.<sup>326</sup> Auf der Bonner Pressekonferenz argumentierten die kommunistischen Veranstalter: „Angesichts dieser [...] Subventionierung kann allein die Bundesgeschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen [in Bonn] jährlich eine Million DM verbrauchen, die zu 80 Prozent aus Steuermitteln des Bundes stammen. Diese Vergeudung von öffentlichen Mitteln ist nicht nur fiskalisch, sondern auch innen- und außenpolitisch nicht länger zu rechtfertigen. Die Steuergelder dienen vornehmlich dazu, eine kleine Clique von Funktionären ohne nennenswerten Anhang [...] politisch aufzuwerten und ihren gemeinsam mit [...] der äußersten Rechten geführten Kampf gegen jede Friedens-, Gewaltverzichts- und Aussöhnungspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung zu führen – ein Kampf, der nur zu oft in eine bewußte Volksverhetzung ausartet.“<sup>327</sup> Zur selben Zeit waren in der DDR die Zeitungen wieder voll mit Artikeln wie „Revanchistenhetze gegen die Oder-Neiße-Grenze“<sup>328</sup> über den BdV und die Landsmannschaften oder „Hohe Nazis leiten die Revanchistenverbände“<sup>329</sup>.

Die MfS-Auslandsaufklärer lieferten im September und im Dezember 1970 Nachrichten aus dem Umfeld des BdV-Präsidiums und SPD-Parteivorstands, als die sozial-liberale Koalition in Bonn bereits länger als ein Jahr im Amt war und die Verträge zwischen Bonn und Moskau bzw. Bonn und Warschau unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert waren.<sup>330</sup> Anfang September 1970 erhielten die SED-Politiker und Verantwortlichen für „Westarbeit“ und für Propaganda Albert Norden, Werner Lamberz und Joachim Herrmann die nachrichtendienstliche Information, daß der BdV-Präsident Herbert Czaja über den offiziellen Gebrauch des Begriffs „Grenzen“ durch die SPD-FDP-Bundesregierung für „Linien, die vorerst okkupiertes Gebiet sperren, die die Freizügigkeit der Deutschen behindern“ geklagt habe. Czaja empörte sich: „Wer auf dem Boden des Grundgesetzes [...] stehe, dürfe nicht Demarkations- und Verwaltungslinien in Grenzen umfunktionieren. Wer die Linien an Werra und Elbe als Grenze im völkerrechtlichen Sinne bezeichne, trage zur Auflösung Deutschlands bei.“<sup>331</sup>

<sup>326</sup> Vgl. ADN-Information, 11. November 1970: Demokratische Aktion fordert auf Bonner Pressekonferenz sofortige Einstellung der Subventionen für Vertriebenenorganisationen, in: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, Bl. 22–25.

<sup>327</sup> Ebenda, Bl. 22.

<sup>328</sup> ND, 6. November 1970; Brandt empfing Revanchistenführer, in: ND, 17. Oktober 1970; Bonn will Revancheverbänden helfen, in: ND, 7. September 1970; Weiter Geld für Revanchisten, in: ND, 6. August 1970; BdV hetzt gegen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, in: ND, 21. Juli 1970; Ostlandritter machen mobil, in: ND, 17. März 1970; Hetze gegen Status quo, in: ND, 16. März 1970; gesammelt in: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, Bl. 33, 41, 61, 98, 116, 216, 218.

<sup>329</sup> ND, 13. August 1970; Kriegsverbrecher leiten revanchistische Landsmannschaften, in: Presse der Sowjetunion, 17. Juli 1970; (in: BStU MfS ZAIG, Teil 1, Bl. 88, 122).

<sup>330</sup> Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 35–43.

<sup>331</sup> Information über eine BdV-Sozialtagung, Juni 1970, Heidelberg, BStU MfS HV A 170, Bl. 145, 146.

Wenn es um Nachrichten über Spitzentreffen zwischen BdV-Präsidium und SPD-Führung ging, bekam auch SED-Chef Erich Honecker die HV A-Informationen. So erhielt dieser Mitte Dezember 1970 Kenntnis vom Treffen der SPD-Präsidiumsmitglieder Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Hans-Jürgen Wischnewski und Karl Wienand<sup>332</sup> mit dem BdV-Präsidenten Herbert Czaja und seinen drei Vizepräsidenten Herbert Hupka, Friedrich Walter und Rudolf Wollner<sup>333</sup> am 26. November 1970 in Bonn.<sup>334</sup> Die Vertriebenenfunktionäre hätten den SPD-Politikern klar machen wollen, daß der BdV mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln gegen die Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages kämpfen würde. Gleichzeitig aber forderten dieselben, bei Realisierung der Verträge an deren Ausgestaltung – insbesondere an der Regelung der Verhältnisse von Deutschstämmigen in Polen und in der Sowjetunion – beteiligt zu werden. Den BdV-Vertretern sei daraufhin von SPD-Seite warnend erwidert worden, sie könnten an der Realisierung der Verträge nicht mitwirken, wenn sie ihren „Terror gegen die Ratifizierung“ nicht aufgeben würden. Der Vertriebenenpolitiker Herbert Hupka – zu dieser Zeit noch SPD-Mitglied – habe sich mit allen Äußerungen zurückgehalten, aber auch darauf verwiesen, daß die SPD-Bundestagsfraktion noch keinen Beschuß über die Ratifizierungsfrage gefaßt habe, und so lange könne er noch sagen, was er denke.<sup>335</sup> Nach dem Treffen – so der HV A-Bericht abschließend – hätten die SPD-Präsidiumsmitglieder die Haltung der Vertriebenenspitze als Zeichen politischer Unsicherheit gewertet. „Der BdV habe zu erkennen gegeben, daß er die Ratifizierung der Verträge für möglich hält. Für diesen Fall wolle er seine Hand im Spiel behalten [...]. Weiter habe der SPD-Funktionär die Schlußfolgerung gezogen, daß die Lage mit dem BdV nicht mehr so gefährlich sei [...].“<sup>336</sup> Diese Einschätzung war zutreffend. Die Begegnungen zwi-

<sup>332</sup> Helmut Schmidt (\*1918), 1967–1969 Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion, 1969–1974 Bundesminister, 1974–1982 Bundeskanzler.

Hans-Jürgen Wischnewski (1922–2005), geboren in Allenstein/Ostpreußen, seit 1946 SPD, 1968–1972 SPD-Bundesgeschäftsführer, ab 1970 im Parteivorstand, 1966–1968 Bundesminister.

Karl Wienand (\*1926), 1947–2002 SPD, 1953–1974 MdB, 1967–1974 Parlamentarischer Geschäftsführer, stand seit Ende der 1960er Jahre in Kontakt zur DDR-Auslandsspionage, 1972 beim Mißtrauensvotum gegen Kanzler Brandt soll W. den Abgeordneten Julius Steiner (CDU) DM 50 000 dafür gezahlt haben, sich der Stimme zu enthalten; wegen Spionage zugunsten der DDR 1996 verurteilt. Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 139f.

<sup>333</sup> Friedrich Walter war Chef des BdV-Landesverbands Nordrhein-Westfalen und 1970 BdV-Vizepräsident. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 234.

Rudolf Wollner (1923–2002), geboren in Asch/Böhmen, sein Vater war begeisterter Nationalsozialist (dieser wurde nach 1945 von der ČSR als mutmaßlicher Kriegsverbrecher geführt) und Grund für seine frühe NS-Sozialisation, ab 1941 freiwillig bei der Waffen-SS/SS-Leibstandarte Adolf Hitler, nach 1945 engagiert in Vertriebenen-Angelegenheiten, 1949 Chef der Landesgruppe Hessen der Sudetendeutschen LM, 1958–2000 im BdV-Präsidium, mehr als 30 Jahre BdV-Vizepräsident.

<sup>334</sup> Vgl. Information über ein Gespräch zwischen Vertretern des SPD-Präsidiums und des BdV am 26. November 1970, in: BStU MfS HV A 176, Bl. 293–295.

<sup>335</sup> Vgl. ebenda, Bl. 294.

<sup>336</sup> Information über ein Gespräch zwischen Vertretern des SPD-Präsidiums und des BdV am 26. November 1970, in: BStU MfS HV A 176, Bl. 295.

schen BDV-Funktionären und SPD-Spitzenpolitikern registrierte die MfS-Zentrale in Ost-Berlin.<sup>337</sup>

Eineinhalb Jahre später, Ende Mai 1972, referierte das MfS konkret über die insgesamt 18 Bundestagsabgeordneten<sup>338</sup>, die am 17. Mai 1972 in Bonn gegen die Ratifizierung der Verträge mit der Sowjetunion und mit Polen gestimmt hatten. Das waren 13 CDU-Abgeordnete, vier von der CSU und ein FDP-Bundestagsabgeordneter.<sup>339</sup> Zu jedem einzelnen gab das MfS eine kurze Einschätzung ab. Zwei Beispiele seien zitiert: Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg stimmte gegen beide Verträge, er war CSU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags. „Guttenberg ist militanter Antikommunist, Gegner jeglicher Entspannungspolitik einschließlich einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR. Als aktiver Gegner der Verträge [...] veröffentlichte er Anfang Juni 1970 als Störmanöver gegen die Ostpolitik der Bundesregierung vertrauliche Unterlagen aus den Verhandlungen UdSSR – BRD (das sogenannte Gromyko-Papier). Guttenberg ist bayerischer Großgrundbesitzer und Mitglied verschiedener Fachverbände der Land- und Forstwirtschaft, des Weinbaus und des Fremdenverkehrs.“<sup>340</sup> Ein zweites Beispiel: Siegfried Zoglmann, Sudetendeutscher, stimmte gegen beide Verträge. Er war von 1957 bis 1970 FDP-Bundestagsabgeordneter, dann wechselte er zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Zoglmann gehörte dem „Sudetendeutschen Rat“ an und war „ehemals Bevollmächtigter der Hitlerjugend beim Reichsprotektor von Böhmen und Mähren“. Zoglmann „sprach sich wiederholt offen gegen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aus und nannte die Verträge mit der UdSSR und der VR Polen einen ‚Verrat am deutschen Volk‘. Ist mit Franz Josef Strauß befreundet [...]. Seit 1961 ist Zoglmann Inhaber der Werbeagentur ‚Interwerbung‘ in Düsseldorf.“<sup>341</sup> Über Siegfried Zoglmann hatte das MfS bereits 1959 erste Dossiers gefertigt.<sup>342</sup> Darin hieß es über den 1913 in Neumark/Böhmerwald Geborenen und „ehemaligem Mitglied der SS-Leibstandarte Adolf Hitler“: Zoglmanns „revanchistische Gebietsforderungen von

<sup>337</sup> Vgl. für 1970: SPD-Pressedienst: Gespräch SPD und Bund der Vertriebenen, 11. November 1970; Ostdeutsche Landesvertretungen lehnen Gespräch mit Ehmke ab, in: Der Tagesspiegel, 3. Dezember 1970; Vertriebene bei Genscher (FDP), in: Frankfurter Rundschau, 4. Juni 1970; Brandt spricht von „Generalangriff der Rechten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Juni 1970; Wehner beriet mit Revanchistenführern, in: ND, 29. Januar 1970; SPD-Experten erarbeiten Pläne für „Vertriebene“, in: ND, 15. Januar 1970, gesammelt in: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, Bl. 8, 27, 133, 149, 243, 263.

<sup>338</sup> Gegen den Moskauer Vertrag stimmten 10 Abgeordnete, 9 davon stimmten auch gegen den Warschauer Vertrag, hier kamen noch 8 weitere Abgeordnete hinzu, also 17 Gegenstimmen. Die Verträge wurden im Bundestag mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und FDP ratifiziert, die Mehrheit der CDU/CSU enthielt sich bei der Abstimmung. Im Bundestag gaben 1972 insgesamt 59 Abgeordnete an, Vertriebene zu sein. Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge, in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 72, 73.

<sup>339</sup> Vgl. Einige Angaben über MdB, die am 17. Mai 1972 gegen die Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der VRP gestimmt haben, in: BStU MfS ZAIG 5006, Bl. 12–18.

<sup>340</sup> Ebenda, Bl. 13, 14.

<sup>341</sup> Ebenda, Bl. 18.

<sup>342</sup> Vgl. Siegfried Zoglmann, 1959, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 440.

November 1959“ lauteten: „Nicht nur Wiederherstellung der Grenzen von 1937, sondern die Beseitigung der Grenzen des Versailler Vertrages“.<sup>343</sup>

Die Anbahnung, die Verhandlungen und die Unterzeichnung der Verträge der Bundesrepublik mit Moskau, Warschau, Ost-Berlin und Prag und damit de facto die Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen schadete, mit Blick auf das Vertriebenenklientel, der SPD letztlich nicht, und die CDU/CSU konnte daraus keinen politischen Vorteil ziehen. Die Bundestagswahlen vom 19. November 1972 bestätigten dies. Das Wahlergebnis war ein Triumph für die SPD und FDP und damit auch für die Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung. Die SPD erhielt 45,8 Prozent der Stimmen und wurde erstmals stärkste Bundestagsfraktion, die FDP erhöhte ihren Stimmenanteil auf 8,4 Prozent, während die Unionsparteien mit 44,9 Prozentpunkten eine für sie schwere Niederlage hinnehmen mußten.<sup>344</sup>

Über politische Einstellungen und innere Angelegenheiten im Bund der Vertriebenen war das MfS und damit die SED-Spitze zeitnah informiert. Ost-Berlin verfolgte und wertete regelmäßig alle öffentlich zugänglichen Nachrichten über den BdV und die Landsmannschaften aus. Interne Informationen lieferte die MfS-Auslandsaufklärung. Wichtige und detaillierte Fakten über die Verhandlungen zu den Ostverträgen und die Stellung der Parteien und Verbände bzw. Politiker und Parlamentarier der Bundesrepublik kamen auch aus einer Vielzahl anderer HV A-Quellen,<sup>345</sup> die nicht zum Umkreis der Vertriebenenverbände zählten.

In den Jahren zwischen 1981 und 1983 – Helmut Kohl war am 1. Oktober 1982 zum neuen Bundeskanzler gewählt worden – fertigte die Zentrale Koordinierungsgruppe<sup>346</sup> des MfS eine 200 Seiten umfassende Studie mit den Themen: „Organisierter Revanchismus und Ostverträge 1969–1975“ und „Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Großen Koalition“.<sup>347</sup> Hier wurde aus der zeitlichen Rückschau die Ostpolitik der Bundesregierung und die Stellung der Vertriebenenverbände dazu zwischen 1965 und 1975 aus Sicht von SED bzw. vom MfS analysiert und bewertet. Die folgenden Punkte schienen den ostdeutschen Staatssicherheitsfunktionären für eine ausführliche Untersuchung<sup>348</sup> und Darstellung noch Anfang der 1980er Jahre wichtig gewesen zu sein:

1. Geschichte der Vertriebenenverbände seit 1945,
2. Verhältnis des BdV und der Landsmannschaften zur CDU/CSU, SPD sowie zu den Kirchen bis zur Bildung der sozial-liberalen Bonner Regierungskoalition 1969,

<sup>343</sup> Ebenda.

Siegfried Zoglmann steht im DDR-Braunbuch, 1965, S. 316.

<sup>344</sup> Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 47f., 295.

<sup>345</sup> Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 127–167; Hubertus Knabe, West-Arbeit des MfS, S. 79–118.

<sup>346</sup> Zur Erinnerung: Die ZKG war in erster Linie zuständig für die „Bekämpfung der Flucht und Ausreise von DDR-Bürgern in die BRD“. Sie fertigte aber auch Analysen über sogenannte Feindorganisationen, die diese Flucht- und Ausreisebestrebungen, der MfS-Denkart nach, animierten. Vgl. Roland Wiedmann, Die Organisationsstruktur des MfS 1989, S. 278–286.

<sup>347</sup> Vgl. in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 1–73 und 74–197.

<sup>348</sup> Für diese Studie werteten die MfS-Mitarbeiter die westdeutsche historische und politikwissenschaftliche Literatur sowie die Zeitungen und Zeitschriften der Vertriebenenverbände umfassend aus.

3. Kampf der Vertriebenenverbände gegen die „Neue Ostpolitik“ und die Reaktion der Brandt-Scheel-Regierung darauf,
4. Inkonsistenzen und „doppelbödige Haltung“ der regierenden SPD gegenüber den Vertriebenenverbänden nach 1970 und
5. Stellung, Stärke und Einfluß des BdV nach Abschluß der Ostverträge.

Zu 1: Zur Entstehungsgeschichte des BdV hieß es in Ost-Berlin am Anfang der 1980er Jahre: Der BdV sei eine der größten Massenorganisationen und größten politischen pressure groups in der Bundesrepublik, die aus Sicht der SED bzw. des MfS in der Traditionslinie großdeutsch-nationalistisch-völkischer Organisationen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts<sup>349</sup> standen. Der „mythisch-völkisch-nationale Grundton“ habe sich in den Landsmannschaftstreffen und in der Vertriebenenpresse bis in die Gegenwart erhalten. Das MfS unterstrich, daß sich mit der ständigen Propagierung der Begriffe und Worte wie „Erde, Furche, Scholle, Treue, Seele, Blut, Opfersinn, Ahnen, [...] deutsches Wesen, Schicksalsgemeinschaft etc.“ vorhandene Emotionen bei den Vertriebenen in einen „revanchistisch-expansiven Drang“ gelenkt wurden.<sup>350</sup> Nach Angaben des BdV lag die Zahl seiner Mitglieder im Juni 1973 bei 2,2 Millionen, die rund 11 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen in der Bundesrepublik repräsentierten.<sup>351</sup> Nach Einschätzung des MfS verfolgte das 1953 in Kraft getretene Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) den Zweck, „die landsmannschaftlichen Einrichtungen auf gesetzlicher Grundlage [...] zu stabilisieren. So heißt es im § 96 des BFVG, daß Bund und Länder damit beauftragt werden, „das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewußtsein der Vertriebenen, des gesamten deutschen Volkes [...] zu erhalten [...].“ Der landsmannschaftliche Revanchismus hatte mit dem Gesetz einen festen Rückhalt bekommen; der Revanchismus war damit praktisch offiziell zur Staatsdoktrin erhoben worden.“<sup>352</sup> Die Zentralisierung der Vertriebenenorganisationen, insbesondere der ostdeutschen Landsmannschaften, sei mit dem Dachverband „Bund der Vertriebenen“ 1958/59 zur „Erhöhung der politischen Schlagkraft“, so die Ost-Berliner Formulierung, durchgesetzt worden. Als Nahziel habe der BdV die Umsetzung der Lastenausgleichsmaßnahmen anvisiert und als Maximalprogramm nicht nur ein Deutschland in den Grenzen von 1937, sondern die „Befreiung ganz Europas vom Kommunismus“ gefordert.<sup>353</sup> Nach Ansicht der Staatssicherheit habe die Füh-

<sup>349</sup> Für das MfS waren der BdV eine Nachfolgeeinrichtung solcher „großdeutsch-nationalistisch-faschistischen Institutionen wie des ‚Vereins für das Deutschtum im Ausland – Deutscher Schulverein‘ (VDA) [...] und dem ‚Bund Deutscher Osten‘. [...] Ihre Hauptaufgabe bestand in der Herausbildung des ‚Deutschen Führertums‘ für die Ost- und Grenzlandgebiete bzw. für die zu erobernden Territorien, was mit der Verbreitung von Haß gegen östliche Nachbarvölker und der Erzeugung eines Drangs nach Osteroberungen einherging.“ Tatsächlich waren die genannten Organisationen nach 1933 wichtige Säulen der NS-Volkstumspolitik. Vgl. Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 164.

<sup>350</sup> Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 167.

<sup>351</sup> Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 2, 3.

<sup>352</sup> Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 77.

<sup>353</sup> Vgl. ebenda, Bl. 79–81.

rungsriege der Vertriebenenverbände unter den „Umsiedlermassen“ in den 1950er/60er Jahren dahingehend agiert, diese als sicheres antikommunistisches Potential in Westdeutschland und als konservatives Wahlstimmenreservoir für die CDU/CSU zu erhalten. Man meinte, in Ost-Berlin erkannt zu haben, daß mit Beginn der Großen Koalition im Dezember 1966 und mit dem Wandel in der Ost- und Deutschlandpolitik die Aggressivität der Vertriebenenverbände zugenommen habe. Umso mehr Stimmen, auch aus dem westlichen Ausland<sup>354</sup>, zur Anerkennung des Status quo in Europa aufriefen, umso vehementer habe der BdV die staatliche Anerkennung der DDR abgelehnt, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik unterstrichen und die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze negiert.<sup>355</sup> Das MfS urteilte: Am Ende der Großen Koalition wurde die Bonner Ostpolitik immer weniger durch „revanchistisch-großdeutsche Vorstellungen“ und immer mehr durch die real-politische Situation in Europa bestimmt. Das Wahlergebnis vom November 1969 war für das MfS das sichtbare Zeichen für die „politische Niederlage aller Berufsvertriebenen“.<sup>356</sup>

Zu 2: Über die Stellung des BdV zu Parteien und Kirchen erklärten die MfS-Bearbeiter, daß die westdeutschen Unions-Parteien und die SPD sich nach Kriegende um ein gutes Verhältnis zu den Vertriebenenverbänden bemüht hätten – im Wissen um die Bedeutung der Vertriebenen als Wählerstimmenpotential. Zwischen dem BdV einerseits und der CDU/CSU, FDP und SPD andererseits habe es nach 1949 keine tiefgreifenden Differenzen gegeben. Als geradezu „natürliche Partner“ des BdV sah man in Ost-Berlin die beiden Unionsparteien an, deren Politiker in Personalunion in Vertriebenenverbänden und in der CDU bzw. CSU agierten.<sup>357</sup> Die Beziehung zwischen BdV und SPD habe sich ab dem Beginn der 1960er Jahre verändert, indem sich die SPD-Führung seit dem Parteitag in Bad Godesberg 1959<sup>358</sup> in der Ost- und Deutschlandpolitik der CDU und CSU annäherte. Die SPD stellte sich auf den Standpunkt, „auch in Zukunft das Recht auf Heimat aller“ zu vertreten. Das brachte ihr einen vermehrten Zulauf aus den Kreisen der Vertriebenen. Die Verquickung von BdV und SPD zeigte sich für die Staatssicherheit am Wirken von Wenzel Jaksch und Reinhold Rehs, beides SPD-Politiker und nacheinander Präsidenten des BdV.<sup>359</sup> Das Verhältnis

<sup>354</sup> Hier zitierte die MfS-Studie den französischen Historiker Alfred Grosser aus einer Publikation von 1980: Dieser stellte fest [...], „daß die Oder-Neiße-Grenze von allen Verbündeten der Bundesrepublik für absolut endgültig gehalten wurde, auch wenn General de Gaulle [1967] als einziger von ihnen in diesem Punkt Freimut bewiesen hat.“ Zitiert in: Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 110 und vgl. auch Bl. 94.

<sup>355</sup> Vgl. ebenda, Bl. 92–103.

<sup>356</sup> Vgl. ebenda, Bl. 107–109, 180.

<sup>357</sup> Vgl. ebenda, Bl. 125–132.

<sup>358</sup> Auf dem SPD-Parteitag in Bad Godesberg (November 1959) beschloß die Partei ein neues Grundsatzprogramm, in dem sie einen Trennungsstrich zum Marxismus zog, sich zur Marktwirtschaft, zur Landesverteidigung und NATO-Mitgliedschaft bekannte. Das langfristige Ziel von Partei und Programm war es, die SPD regierungstauglich zu machen, was ihr mit Eintritt in die Große Koalition 1966 gelang.

<sup>359</sup> Vgl. Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 132–139.

zwischen Sozialdemokratie und Vertriebenenendachverband begann sich, so hatte das MfS ausgeforscht, seit 1968 zu verschlechtern, als SPD-Chef Willy Brandt „unter dem Eindruck der realen politischen Lage bzw. unter dem Eindruck der Stimmung in der eigenen Partei und in der Bevölkerung die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in Erwägung“ zog.<sup>360</sup> Mit dem Amtsantritt der SPD-FDP-Koalition machte der neue Bundeskanzler Brandt den Vertriebenenverbänden diese Sichtweise deutlich. Im MfS-Dossier hieß es dazu: „Um die Vertriebenen [...] auf die Grenzen ihrer Macht und auf die gegenseitige Abhängigkeit von Regierung und BdV aufmerksam zu machen, gab er ihnen zu verstehen, ‚daß die Heimatvertriebenen ihre ostpolitischen Vorstellungen ebensowenig gegen die Bundesregierung oder ohne sie realisieren könnten.‘“<sup>361</sup>

Die MfS-Funktionäre gingen in den Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Bund der Vertriebenen grundsätzlich davon aus, daß die „katholische wie auch die evangelische Kirchenführung [...] in enger Kooperation [...] mit den Vertriebenenorganisationen in ost- und deutschlandpolitischer Hinsicht zu jeder Zeit“ zusammenwirkten. Anerkennend merkten sie aber an, daß die Kirchen nach 1945 „auf kreativem Gebiet mit bemerkenswerten Leistungen bei der Aufnahme und Betreuung der Umsiedler“ hervorgetreten seien.<sup>362</sup> Aber gerade die Kirchen ständen den christlichen Parteien CDU und CSU besonders nahe und spielten zusammen mit der Vertriebenenendachorganisation eine Vorreiterrolle in der „revanchistischen Ostpolitik“. Insbesondere der deutsche Katholizismus habe in Geschichte und Gegenwart seinen antikommunistischen Charakter offenbart und zur „Überwindung des Atheismus und zur Befreiung der vom Kommunismus versklavten [...] osteuropäischen] Völker“<sup>363</sup> aufgerufen und im Bund der Vertriebenen dafür ein offenes Ohr gefunden. Die Analysen des MfS hatten auch ergeben, daß sich in den 1960er Jahren „konstruktivere ostpolitische Ansätze“ in den Kirchen durchzusetzen begannen, wie die EKD-Denkschrift oder das Bensberger Memorandum gezeigt hätten. In diesen Kirchenkreisen habe sich die Meinung durchgesetzt, daß für ein friedliches Zusammenleben mit den östlichen Nachbarn der Status quo in Europa anerkannt werden müsse. „Der BdV [...] diffamierte die Denkschriften und rückte ihre Urheber im Stile der Pogromhetze in die Nähe von Vaterlandsverrättern“<sup>364</sup> – so wörtlich in der MfS-Studie zu lesen.

Zu 3: Über die Stellung des BdV zur „Neuen Ostpolitik meinte das MfS erkannt zu haben, daß aus den Reihen der Vertriebenenfunktionäre alle jene Äußerungen des Bundeskanzlers Willy Brandt 1969/70 hitzige Proteste ausgelöst hätten, die die „historisch gewachsenen Realitäten – die Oder-Neiße-Grenze und die [Existenz] der DDR – aussprachen.“<sup>365</sup> Die Ost-Berliner Funktionäre hoben hervor, daß die Kanzler-Formulierung „von zwei Staaten in Deutschland“ hysterische Reaktionen auf Vertriebenen-

<sup>360</sup> Ebenda, Bl. 139.

<sup>361</sup> Ebenda, Bl. 136.

<sup>362</sup> Ebenda, Bl. 153.

<sup>363</sup> Ebenda, Bl. 156.

<sup>364</sup> Ebenda, Bl. 160.

<sup>365</sup> Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 14.

entreffen wie „Brandt an die Wand!“, „Hängt die Verräter!“ oder „Verzichtspolitiker“ ausgelöst hätten.<sup>366</sup> Auf den Großkundgebungen des Bundes der Vertriebenen am 15. März 1970 und am 30. Mai 1970 in Bonn sei wiederholt von den BdV-Funktionären Reinhold Rehs und Herbert Czaja zum „Sturz der Regierung“ aufgerufen worden, um den Abschluß der Ostverträge doch noch zu verhindern. Mit Unverständnis merkten die MfS-Offiziere an, daß diese Attacken ungeahndet blieben und Willy Brandt „nur“ verbal reagiert habe. Die Argumente des Kanzlers hätten gelautet: Zur Normalisierung der Beziehungen zu Osteuropa müsse die DDR als Staat zur Kenntnis genommen werden. Und bezüglich der ehemals deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße hieß es bei ihm: „Man kann nicht weggeben, was einem nicht mehr gehört. Man kann nicht über etwas verfügen, über das die Geschichte verfügt hat.“<sup>367</sup> Selbst dafür erntete Kanzler Brandt von SED-Seite aufgebrachte Kritik. Man warf ihm und der SPD insgesamt vor, daß die sozial-liberale Ostpolitik letztlich darauf ziele, die ideologische Abgrenzung der DDR zu unterwandern, um den Zugang westlichen Gedankenguts“ zu sichern. Durch das Beschwören der „Einheit der deutschen Nation“ sollten die DDR-Bürger sich vom „Sozialismus befreien“ und unter dem Stichwort „Liberalisierung des totalitären Systems“ die DDR aufgelöst und die „deutsche Wiedervereinigung auf westlich-kapitalistischer Grundlage“ vorbereitet werden.<sup>368</sup>

Zu 4: Als inkonsequent bezeichnete das MfS die Haltung der SPD gegenüber dem BdV. Die Erwartung der ostdeutschen Seite, die sozial-liberale Regierung werde nach Abschluß der Verträge mit Moskau, Warschau, Ost-Berlin und Prag angesichts ihrer ostpolitischen Überzeugungen die staatliche Subventionierung der Vertriebenenverbände reduzieren oder gar einstellen, was im Endeffekt einer Auflösung gleich gekommen wäre, stellte sich als falsch heraus. 1972 flossen die Bundeszuschüsse der Bonner Regierung in gleicher Höhe wie die Jahre zuvor. Es habe zwar SPD- und FDP-Politiker gegeben, die die Existenz der Landsmannschaften und den BdV als überflüssig bezeichneten und für ein Verbot eintraten. Diese Politiker hätten sich jedoch nicht durchsetzen können. Die Analyse der Staatssicherheit beurteilte daher die Haltung der SPD-FDP-Regierung den Vertriebenenverbänden gegenüber als „zwiespältig“, „inkonsequent“ und „doppelzüngig“.<sup>369</sup> Obwohl führende SPD-Politiker die Vertriebenenverbände als anmaßend, in ihrer Ostpolitik als störend und insgesamt nicht mehr zeitgemäß hielten, scheutn sie davor zurück, ein Verbot der Verbände durchzusetzen. Die MfS-Beamten glaubten den Grund dafür zu kennen: „Ein Zurückdrängen [...] des BdV hätte angesichts des beachtlichen Einflusses derartiger Einrichtungen zu noch größeren Spannungen [...] geführt, die das [...] innen- und außenpolitische Programm der sozial-liberalen Regierung empfindlich gestört hätten. Demzufolge zogen es SPD und FDP vor, dieses konservativ-reaktionäre Potential zu erhalten, es aber von der Außenpolitik abzudrängen und in Richtung einer vorerst primär innenpolitischen Reserve und als Regulativ gegen progressive Strömungen zu kanalisieren.

<sup>366</sup> Vgl. ebenda, Bl. 15–17.

<sup>367</sup> Zitiert in: Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 18, 36.

<sup>368</sup> Alle Zitate: ebenda, Bl. 21.

<sup>369</sup> Vgl. ebenda, Bl. 9–11, 59.

[...] Man war bestrebt, [...] derartige Institutionen mehr auf innen- und dort vor allem auf kulturpolitische Aufgaben zu orientieren.“<sup>370</sup> Das MfS dachte demnach, die Bonner Regierung habe den BdV nicht verboten, da sie zum einen größere innenpolitische Unruhen von Seiten der organisierten Vertriebenen befürchtete und zum anderen auf das Wissen und die Kenntnisse über den historischen deutschen Osten aus dem BdV-Kreis für ihre Ost- und Deutschlandpolitik nicht verzichten wollte.<sup>371</sup> Der SPD-FDP-Politik wurde des weiteren aus Ost-Berlin vorgeworfen, die „revanchistischen, militaristischen und neonazistischen“ Vertriebenenorganisationen zu erhalten, um das „Gefühl für dieses fiktive große Deutschland wachzuhalten und zu nähren“ und die westdeutsche Bevölkerung weiterhin im „antikommunistischen Geist zu infiltrieren“.<sup>372</sup>

Zu 5: Über die Situation des BdV nach der Ratifizierung der Ostverträge urteilten die MfS-Funktionäre in der Rückschau, daß mit dem Regierungsantritt der SPD-FDP-Koalition und dem Abschluß der Ostverträge die Position der Vertriebenenverbände deutlich geschwächt worden sei. Erster Ausdruck dieser Schwächung sei die Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums gewesen. Damit wäre die „ministerielle Institution des organisierten Revanchismus aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gezogen“ worden.<sup>373</sup> Aber die Inkonsistenz der SPD-FDP-Politik habe sich darin gezeigt, daß die Aufgabenbereiche und die Beamten des Vertriebenenministeriums in das Bundesinnenministerium überführt wurden. Die Staatssicherheitsmitarbeiter hatten den Einfluß des BdV auf den Bereich der Bildung und der Medien mit Mißtrauen beobachtet. Mit hohem, auch finanziellem Aufwand betreibe der Bund der Vertriebenen mit „beachtlichem Tiefgang [...] ostkundliche bzw. deutsche, nationale Bildungs-, Erziehungs- und Öffentlichkeitsarbeit“. Der „enorme Einfluß des organisierten Revanchismus auf Rundfunk, Fernsehen, Presse und Bildungswesen, [...] in den Bereichen der Kunst und Literatur blieb [auch in den 1970er Jahren ...] erhalten.“<sup>374</sup> Hinzu kämen enge Verflechtungen zwischen BdV- bzw. Landsmannschaftsfunktionären und der Wirtschaft.<sup>375</sup> Die Vernetzung der Vertriebenenfunktionäre mit anderen gesellschaftlichen Bereichen demonstrierte die MfS-Studie am Beispiel des Funktionärs Herbert Czaja. Der BdV-Präsident, Abgeordneter der CDU im Deutschen Bundestag, war auch Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, er saß im Rundfunkrat des Deutschlandfunks und im Verwaltungsrat der Lastenausgleichsbank.<sup>376</sup>

<sup>370</sup> Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 11.

<sup>371</sup> Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 11, 12, 13.

<sup>372</sup> Ebenda, Bl. 25.

<sup>373</sup> Ebenda, Bl. 22.

<sup>374</sup> Ebenda, Bl. 26.

<sup>375</sup> „[...] der Landsmannschaftsfunktionär und CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp von Bismarck (\*1913, Pommern) war gleichzeitig langjähriger Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU. Von 1960–1978 war er ordentliches Vorstandsmitglied der Kali-Chemie-AG in Hannover, Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte sowie Präsident der Industrie- und Handelskammer in Hannover.“ Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 26.

<sup>376</sup> Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 27.

Die unnachgiebige Konfrontationspolitik der organisierten Vertriebenen gegen die Bonner Verträge mit Moskau und Warschau, mit Ost-Berlin und Prag vermochte letztlich, so die Ost-Berliner, den Vertragsprozeß nicht zu stoppen. Das Urteil der Staatssicherheit: „Der BdV war durch diese für ihn empfindlichen Niederlagen derart schwer getroffen, daß er sich vorerst kaum zu äußern vermochte.“<sup>377</sup> Den Vertriebenenfunktionären sei einzig übrig geblieben, „spitzfindige Deutungen und Interpretationen“ über die Ostverträge zu verbreiten. In der Landsmannschaftspresse hieß es 1970, so zitierte es die MfS-Studie: „Im Moskauer Vertrag ist davon die Rede, daß die ‚Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich zu betrachten sind.‘ „Unverletzlich‘, so schlußfolgert der erfahrene Demagoge Herbert Hupka in winkeladvokatischer Manier, ‚kann nicht auch unveränderlich bedeuten‘“. Und 1974 habe der BdV-Funktionär Hupka öffentlich erklärt, daß mit der Ratifizierung der Ostverträge „das Ringen um das ganze Deutschland nicht zu Ende sei“. Den Vertriebenenverbänden stehe es zu, ja es sei ihre Pflicht, die „Verträge auf unsere Weise auszulegen“.<sup>378</sup> Und eine andere „revanchistische Lesart“ von Hupka über die Ostverträge ginge nach Feststellung der MfS-Zentrale fortan in die Richtung, „die weltpolitischen Verhältnisse durch Machtverschiebungen in Europa zugunsten Westeuropas zu ändern“.<sup>379</sup>

Die „Europäisierung des Revanchismus“ war ein neues Schlagwort des MfS. Damit beschrieb die Staatssicherheit eine neue Strategie des BdV und nannte als Grund: „Die Furcht vor einer möglichen Isolierung der BRD und damit der revanchistischen Heimat-Politik trug dazu bei, daß immer mehr Repräsentanten des BdV zu Rufern für ein ‚freies Europa‘ wurden.“<sup>380</sup> Die Vertriebenenverbände würden propagieren, daß das „Recht auf Heimat“ und die „Rückkehr in die alten Ostgebiete“ nur verwirklicht werden könnte, wenn das „östliche und südöstliche Europa vom Kommunismus befreit und neugeordnet“ werde.<sup>381</sup> Die BdV-Führung riefe daher auf, „fortan mehr den Gedanken vom Europäertum in die Waagschale zu werfen und [...] wieder mehr von Europa als vom Münchener Abkommen und der Oder-Neiße-Grenze zu reden“.<sup>382</sup>

Das MfS hatte für seine eigene Arbeit die Feststellung getroffen, daß sich ab Mitte der 1970er Jahre der Bund der Vertriebenen auf die neue Situation nach dem Inkrafttreten der Ostverträge einzustellen begonnen hatte. Der „organisierte Revanchismus“ konzentrierte sein Wirken auf die „Pflege der ostdeutschen Kultur“, d.h. auf ostdeutsche Kultur-, Bildungs- und Forschungsarbeit, auf die Patenschaftsarbeit und auf den intensivierten organisierten Heimattourismus.<sup>383</sup> Über die gezielte Patenschaftsarbeit hieß es in Ost-Berlin: „Das ‚West-Ostdeutsche Patenschaftswerk‘ ist eine von jenen Institutionen, die dafür garantiert, daß revanchistische Zielstellungen langfristig am

<sup>377</sup> Ebenda, Bl. 42.

<sup>378</sup> Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 37, 54.

<sup>379</sup> Ebenda, Bl. 37.

<sup>380</sup> Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 168.

<sup>381</sup> Ebenda.

<sup>382</sup> Ebenda, Bl. 170.

<sup>383</sup> Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), und Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 45–53, 103–106.

Leben erhalten bleiben. [...] 1970 bestanden rund 400 Patenschaften, z.B. die des Landes Bayern für die Sudetendeutsche Landsmannschaft [...] oder die von Nordrhein-Westfalen für die Landsmannschaft Oberschlesien. Allein in Nordrhein-Westfalen waren 83 kommunale Patenschaften für [ehemals oberschlesische] Heimatkreis- und Ortsorganisationen ins Leben gerufen worden.<sup>384</sup> In Ost-Berlin schätzte man differenziert ein, daß die erfolgte Eingliederung der Vertriebenen, der Generationenwechsel, der Wandel der innen- und außenpolitischen Verhältnisse und das „Scheitern der politischen Doktrinen des Revanchismus“ die „professionelle Vertriebenen-Führung“ von den Vertriebenen selbst immer mehr trennen würden<sup>385</sup>, auch wenn die Führungsriege des BdV 1975 verzweifelt-trotzig ausrief: „Wir Vertriebenen sind [...] eine politische Größe.“<sup>386</sup> Dieser Aussage stimmten die MfS-Offiziere zu: „Der organisierte Revanchismus lebte und wirkte, organisch verflochten mit Staat und Gesellschaft, in gewohnter Weise fort“. Ost-Berlin prophezeite in den Studien von 1982/83 ein Wiederaufleben des sogenannten landsmannschaftlichen Revanchismus in der Bundesrepublik unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl.<sup>387</sup>

Nach wie vor aktuell blieben am Ende der 1960er Jahre Ausarbeitungen des Staatsicherheitsdienstes, die eine Grundlage bildeten für die SED-Propaganda über die tatsächlichen oder vermeintlichen Verflechtungen der Vertriebenenfunktionäre mit dem NS-Regime. Auf dem Höhepunkt des SED-Kampfes um die staatliche Anerkennung der DDR und um das Zustandekommen der Ostverträge suchten die Ost-Berliner Funktionäre Materialien über den „Neofaschismus in der Bundesrepublik“, speziell beim Bund der Vertriebenen. Im MfS-Visier stand einmal mehr die Führungsspitze des BdV. Das DDR-Innenministerium und das MfS legten im Dezember 1969 Ausarbeitungen zum Thema „Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen mit Nazis“ vor.<sup>388</sup> Die Ergebnisse lauteten: Von den drei bisherigen Präsidenten des BdV – Hans Krüger (1958–1964), Wenzel Jaksch (1964–1966) und Reinhold Rehs (1967–1970) – „ist Krüger wohl am stärksten belastet. Er war u.a. Leiter der NSDAP-Ortsgruppe in Konitz/Westpreußen sowie im gleichen Ort als Oberamtsrichter an Todesurteilen des Sondergerichts beteiligt.“<sup>389</sup> Wenn auch das Urteil über den ersten BdV-Präsidenten im allgemeinen zutreffend war<sup>390</sup>, suggerierte die Aussage aus Ost-

<sup>384</sup> Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 45.

<sup>385</sup> Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 186.

<sup>386</sup> Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 58.

<sup>387</sup> Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), und Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, 13, 60, 152.

<sup>388</sup> Vgl. Ministerium des Innern (MdI): Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, und Stosstrupp von Rechts. Der Bund der Vertriebenen (BdV) und die neue Ostpolitik der Bundesregierung, 1968/69, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 8–29 und Bl. 31–119.

<sup>389</sup> Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 13.

<sup>390</sup> Zur Erinnerung: Hans Krüger war ein aufstrebender und überzeugter Nationalsozialist, der sich aktiv in die NS-Bewegung einbrachte. Ob er als Beisitzer des Sondergerichts bzw. Sonderrichter an Todesurteilen mitgewirkt hatte, konnte bisher weder bestätigt noch ausgeräumt werden.

Berlin, daß die Sozialdemokraten Jaksch und Rehs auch „irgendwie politisch belastet“ seien. Kein Wort darüber, daß Jaksch ein bekannter und anerkannter NS-Gegner war, der Jahre im Londoner Exil zu bringen mußte. Für die SED-Seite blieb Jaksch ein „nationalistischer und antikommunistischer Führer sudetendeutscher Sozialdemokraten“, und das schien in ihren Augen, zumindest für ihre Propaganda, nicht weit entfernt gewesen zu sein vom „Henleinfaschisten“.<sup>391</sup> Nach den SED-Ausführungen zählten 1969 zur Spitze des Bundes der Vertriebenen der Präsident, die vier Vizepräsidenten und neun Präsidiumsmitglieder. Die vier Vizepräsidenten waren Franz Böhm, zugleich Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Hellmut Gossing, auch Vorsitzender des BdV-Landesverbands Niedersachsen, Hans-Edgar Jahn, Mitglied des Bundestages, und Rudolf Wollner, auch Landesvorsitzender des BdV in Hessen. „Von den vier Vizepräsidenten sind nachweislich drei aus der NS-Zeit belastet“, listete die MfS-Analyse auf, und zwar: „Böhm [...] war Oberabschnittsleiter der NSDAP und Leiter des Gaugerichts der NSDAP-Gauleitung Sudetenland. Jahn [...] war ebenfalls Mitglied der NSDAP und während des Krieges NS-Führungsoffizier. [...] Er soll sogar das ‚Goldene Ehrenzeichen der NSDAP‘ erhalten haben. Wollner [...] war während des Krieges SS-Offizier [...]“.<sup>392</sup> Bei den drei Genannten hatten die SED-Funktionäre alles in allem die Fakten richtig aufgezählt. Der Sudetendeutsche Franz Böhm<sup>393</sup> und der aus Pommern stammende Hans-Edgar Jahn – dieser blieb im Gedächtnis durch eine antisemitische, den Vernichtungskrieg Hitlers rechtfertigende NS-Propagandaschrift von 1943 – gehörten zu den in das NS-Regime Involvierten. Beide haben ihre politische Biographie von vor 1945, wohlwissend, stets verschwiegen.<sup>394</sup> Bei Rudolf Wollner vermerkte das MfS nicht, daß dieser als 17-Jähriger zur Waffen-SS gegangen war. Ein „Versäumnis“ unterlief dem MfS allerdings beim Vizepräsidenten Hellmut Gossing. Auch er war, entgegen der zeitgenössischen Kenntnis des MfS, NS-belastet. Der 1905 in Ostpreußen geborene Gossing trat im Mai 1933 als 28-Jähriger der NSDAP bei. Ob er diesen Parteieintritt zur Beförderung seiner beruflichen Laufbahn vollzog, er stieg schnell zum Sparkassendirektor seiner Heimatstadt auf, oder aus politischer Überzeugung, ist ungeklärt. Eine NSDAP-Parteikarriere ist ihm nicht nachzuweisen. Was er als Kriegsteilnehmer zwischen 1939 und 1945 machte, ist bisher nicht bekannt. Nach 1945 war er aktiv in der Vertriebenenarbeit tätig.<sup>395</sup> Nach Ansicht der SED müßten demnach sogar alle vier Vizepräsidenten des BdV 1969 als NS-belastet gelten.

<sup>391</sup> Vgl. Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 13, 14, 15.

<sup>392</sup> Ebenda, Bl. 15, 16.

<sup>393</sup> Vgl. Franz Böhm, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bd. 2, Bl. 355.

<sup>394</sup> Hans Edgar Jahn (1914–2000), geboren in Neustettin, 1965–1980 für die CDU MdB, 1967–1974 BdV-Vizepräsident. Die besagte NS-Schrift: Der Steppensturm. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 222; Auch in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Hans\\_Edgar\\_Jahn](http://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Edgar_Jahn); Nachtritt ohne Nachsicht, in: Die Zeit, 29. Juni 1979.

<sup>395</sup> Vgl. Matthias Lempart, Machbarkeitsstudie, (ungedruckt), S. 25–28.

Hellmut Gossing (1905–1974), nach 1945 Mitbegründer des BVD in Niedersachsen und des ZvD in Bonn, BHE, dann CDU, 1959–1963 StS des Landes Niedersachsen, 1958–1974 BdV-Vizepräsident. Vgl. ebenda und in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Hellmut\\_Gossing](http://de.wikipedia.org/wiki/Hellmut_Gossing).

Eine ähnliche Rechnung machte die Studie des Innenministeriums bzw. des MfS über die neun weiteren Präsidiumsmitglieder des BdV auf. Diese Mitglieder waren: Walter Becher, Willi Homeier, Herbert Hupka, Karl Mocker, Egbert Otto, Walter Richter, Erich Schellhaus, Josef Trischler und Friedlich Walter. „Von diesen neun Präsidiumsmitgliedern müssen nach dem Stande der bisherigen Ermittlungen vier als belastet angesehen werden“<sup>396</sup>, stellten die Autoren fest. Als „faschistisch belastet“ zählten sie auf: Walter Becher, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Egbert Otto, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Landsmannschaft Ostpreußen, Erich Schellhaus, bis 1968 Sprecher und Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, und Josef Trischler, Sprecher der Landsmannschaft der Deutschen aus Jugoslawien.<sup>397</sup> Und auch hier waren die MfS-Recherchen unvollständig. Denn nach SED-Lesart gehörte auch Karl Mocker, BdV-Vorsitzender in Baden-Württemberg, zu den „Belasteten“, wobei der Belastungsgrund einzig in seiner Mitgliedschaft in der NSDAP lag, in die er nach der Besetzung des Sudetengebietes im November 1938 eintrat. Mocker, geboren 1905 in Horatitz/Böhmen, hatte von 1935 bis zu seiner Vertreibung 1946 als Rechtsanwalt in Chomutov (Komotau) gearbeitet. Wie Mocker in den 1930er Jahren in der Sudetendeutschen Partei (SdP) wirkte und wie und wo er die Kriegsjahre 1939 bis 1945 verbrachte, ist noch ungeklärt.<sup>398</sup> Die Aussagen der Staatssicherheit über Walter Becher – NSDAP-Eintritt 1931, „prononcierte antisemitische Propaganda“ in der NS-Presse<sup>399</sup> –, über Egbert Otto – NSDAP seit 1928, SA-Mitglied, u. a. Mitglied im „faschistischen Reichstag“<sup>400</sup> –, über Erich Schellhaus – NSDAP-Mitglied seit Mai 1933 und bis 1939 NS-Bürgermeister von Bad Salzbrunn/Niederschlesien<sup>401</sup> – trafen zu. Warum die Staatssicherheit Josef Trischler in die „Gruppe der Belasteten“ aufnahm, ist unverständlich. Er wurde als „Wirtschaftsführer in der Führung der deutschen Volksgruppe in Südlawien und NSDAP-Abgeordneter im Ungarischen Reichstag“<sup>402</sup> geführt. Im DDR-Braunbuch von 1965 hieß es sogar: „In Jugoslawien und Ungarn Führer eines Sonderkommandos [...] zur Terrorisierung und Vernich-

<sup>396</sup> Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 16.

<sup>397</sup> Vgl. ebenda.

<sup>398</sup> Vgl. Matthias Lempart, Machbarkeitsstudie, (ungedruckt), S. 86–90.

<sup>399</sup> Dr. jur. Karl Mocker (1905–1996), ab 1925 Sudetendeutsche Sammlungsbewegung/dann SdP, nach 1945 in der Vertriebenenarbeit aktiv, ab 1953 im Bundestag als GB/BHE-Abgeordneter, 1958–1962 BdV-Vizepräsident, langjähriges BdV-Präsidiumsmitglied, ab 1971 CDU.

<sup>400</sup> Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 16. Zu Walter Becher: Kapitel III. 5.

<sup>401</sup> Egbert Otto (1903–1968), 1932–1936 NSDAP-Abgeordneter im Deutschen Reichstag, ab 1933 Landbauernführer in Ostpreußen; Über seinen Kriegsdienst im Zweiten Weltkrieg ist nichts bekannt. 1948 Mitbegründer der Landsmannschaft Ostpreußen. Vgl. Ernst Klee, Das Kulturlexikon zum Dritten Reich, S. 445.

<sup>402</sup> Eine NSDAP-Parteikarriere machte Schellhaus nicht, Lebenslauf und Schicksal während der Kriegsjahre 1939–1945 in der Wehrmacht sind nicht erforscht. Vgl. Matthias Lempart, Machbarkeitsstudie, (ungedruckt), S. 57–60.

<sup>402</sup> Stosstrupp von Rechts. Der BdV und die neue Ostpolitik der Bundesregierung, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 92.

tung der Bevölkerung“.<sup>403</sup> Vermutlich lag hier eine Verwechslung vor. Der Jugoslawendeutsche Trischler war wohl eine prominente Person innerhalb der deutschen Minderheit, aber nie „NS-Volksgruppenführer“ und vermutlich auch nicht in paramilitärische Aktivitäten verwickelt. Zeitzeugen nannten ihn politisch einen Opportunisten, aber keinen Nationalsozialisten.<sup>404</sup> In ähnlicher Weise verfuhren die SED-Bearbeiter in ihrer Analyse mit den sieben stellvertretenden Präsidiumsmitgliedern und mit Personen in den BdV-Ausschüssen.<sup>405</sup> Zum Generalsekretär des BdV Herbert Schwarzer, der der Administration des Verbandes vorstand, schrieb man über dessen NSDAP-Eintritt im August 1930 mit der Mitgliedsnummer 291 754: Damit zählte der 1906 geborene Oberschlesier im Selbstverständnis der NS-Führung zu den „Alten Kämpfern“.<sup>406</sup> Ergänzt werden muß, daß bisher noch unbekannt ist, was Schwarzer zwischen 1930 und 1945 politisch und beruflich gemacht hat.

Im Dezember 1969 fiel das abschließende Urteil von Staatssicherheit und SED über die Führungsriege des Bundes der Vertriebenen eindeutig aus: „Die zweitgrößte Massenorganisation in der Bundesrepublik wird noch immer zu einem hohen Teil von Personen geführt, die aus der NS-Zeit als belastet anzusehen sind.“<sup>407</sup> Wie in allen MfS-Studien, Büchern<sup>408</sup> oder anderen Propagandamaterialien der DDR über die möglichen Belastungen und Verstrickungen von westdeutschen Politikern – und hier insbesondere von Vertriebenenfunktionären – in das NS-System unterschied die SED-Spitze nicht zwischen Verführten, Angepaßten, Opportunisten, „Nazis der ersten Stunde“, Schreibtischtätern oder Angehörigen von Einsatzkommandos. Ein Nachweis gar, ob sich die betreffenden Politiker oder Funktionäre innerhalb der durch das verbrecherische NS-Regime geschaffenen Rahmenbedingungen individuell schuldig gemacht hatten, interessierte die DDR-Propagandisten nicht. Einzig das Kriterium der formalen NSDAP-Mitgliedschaft bzw. anderer NS-Organisationen reichte in den Augen der SED aus, als „Nazi-belastet“ zu gelten. Allein bei Anwendung dieses Kriteriums wären in der DDR-Volkskammer der 1950er Jahre mehr als 40 Prozent der Abgeordneten ehemalige NSDAP-Mitglieder und damit NS-belastet gewesen.<sup>409</sup> Die von SED-Seite aufgelisteten Angaben über die Vertriebenenpolitiker trafen in der

<sup>403</sup> Braunbuch, 1965, S.315.

<sup>404</sup> Josef Trischler (1903–1975), geboren in der Batschka/Ungarn (später zu Jugoslawien gehörend), Diplomlandwirt, Wirtschaftspolitiker, 1941–1945 Wirtschaftsbeauftragter der deutschen Volksgruppe in der Batschka, 1942–1945 unter Reichsverweser Horthy im Budapester Abgeordnetenhaus, 1949–1953 MdB – FDP-Abgeordneter, später CDU, ab 1958 im BdV-Präsidium. Vgl. Matthias Lempart, Macbarkeitsstudie, (ungedruckt), S.91–95.

<sup>405</sup> Vgl. Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 17–23; Otto Köhler, Etwaige Belastungen. Der Bund der Vertriebenen sucht seine Vergangenheit, Deutschlandfunk Juli 2010.

<sup>406</sup> Vgl. Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 19; Hans Michael Kloth, Klaus Wiegrefe, Unbequeme Wahrheiten, in: Der Spiegel 33/2006, vom 14. August 2006.

<sup>407</sup> Stosstrupp von Rechts. Der BdV und die neue Ostpolitik der Bundesregierung, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 91.

<sup>408</sup> Vgl. z. B. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, 1965.

<sup>409</sup> Vgl. Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik, S. 124.

Regel zu, waren aber oft pauschalisiert und vereinfacht. Eine ausdrückliche Erwähnung von Vertriebenenpolitikern, die klare Gegner der NS-Diktatur gewesen waren oder die durch Nichtbeitritt zur NSDAP Distanz zum Regime gewahrt hatten, erfolgte nie. Zusammenfassend wird wiederholt: 1968/69 zählten zur Führungsspitze des Bundes der Vertriebenen der Präsident, die vier Vizepräsidenten und neun weitere Präsidiumsmitglieder – also insgesamt 14 Personen. Der Präsident Reinhold Rehs hatte Distanz zum NS-Regime gehalten, er trat der NSDAP nicht bei. Alle vier BdV-Vizepräsidenten waren ehemalige NSDAP-Mitglieder. Davon hatten Franz Böhm und Hans Edgar Jahn sich mit NSDAP-Parteiaktivitäten hervorgetan und können als überzeugte Nationalsozialisten gelten. Vizepräsident Rudolf Wollner – sein Vater war ein prominenter Nationalsozialist im Egerland – war 1941 mit 17 Jahren freiwillig zur Waffen-SS gegangen und könnte als politisch verführter Jugendlicher gelten. Und der vierte, Hellmut Gossing, NSDAP-Beitrittsdatum 1. Mai 1933, zählte zu den sogenannten Märzgefallenen, so die verächtliche zeitgenössische Bezeichnung der Nationalsozialisten, was auf eher opportunistische Motive des Parteibeitritts hindeuten könnte. Als „Mitläufer“ kann Gossing bezeichnet werden. Von den weiteren neun BdV-Präsidentenangehörigen waren nach SED-Lesart vier bzw. fünf „belastet“. Walter Becher war überzeugter Nationalsozialist und NS-Propagandist, Egbert Otto ein „alter Kämpfer“. Erich Schellhaus, auch ein „Märzgefallener“, übte keine NSDAP-Parteiämter aus. Zwischen 1935 und 1939 Bürgermeister eines kleinen pommerschen Städtchens – bis er zur Wehrmacht eingezogen wurde – arrangierte er sich womöglich mit dem Regime. Karl Mocker trat als Sudetendeutscher Ende 1938 der NSDAP bei. Eine herausragende NS-Karriere machte er nicht. Aber über seine Tätigkeit zwischen 1938 und 1945 fehlen noch jegliche Informationen. Josef Trischler, Ungarndeutscher, schien eher Opportunist als Nationalsozialist gewesen zu sein. Eine NSDAP-Mitgliedschaft ist bisher nicht bekannt. Schellhaus, Mocker und Trischler sind am ehesten als sogenannte Mitläufer zu bezeichnen. Die auch in den Augen der SED unbelasteten Präsidiumsmitglieder waren Willi Homeier, Herbert Hupka, Walter Richter und Friedrich Walter.<sup>410</sup> Außer daß man ihre Namen und aktuellen Funktionen aufzählte, ging die MfS-Studie auf diese Personen nicht ein.<sup>411</sup> Keine Erwähnung fand beispielsweise, daß der Oberschlesier Hupka Distanz zum NS-Regime wahrte, in dieser Zeit um das Leben seiner ins KZ Theresienstadt deportierten jüdischen Mutter bangen mußte und wegen verschwiegener „halbjüdischer Abstammung“ aus der Wehrmacht entlassen und mit einer Haftstrafe belegt wurde. Nach 1945 trat Hupka der SPD bei.<sup>412</sup> Die Frage nach einer direkten Beteiligung an möglichen Kriegsverbrechen konnte für die

<sup>410</sup> Willi Homeier (1922–1987), gebürtig aus Danzig, Wehrmacht bis 1943, schwere Verwundung, engagiert als NS-Jugendführer, dafür nach 1945 zwei Jahre interniert; Funktionär der DJO, Jugendreferent der BdV, 1955–1970 Mitglied des Niedersächsischen Landtags, 1961 FDP. Vgl. in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Willi\\_Homeier](http://de.wikipedia.org/wiki/Willi_Homeier).

Walter Richter, SPD, BdV-Vorsitz in Bayern, sozialdemokratischer Vorsitzender des Vertriebenenbeirats in Bayern. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 154, 273.

Friedrich Walter, BdV-Vorsitz in Nordrhein-Westfalen; keine weiteren Angaben bekannt.

<sup>411</sup> Vgl. Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 16.

<sup>412</sup> Vgl. Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 35–55.

Präsidiumsmitglieder insgesamt bisher nicht geklärt werden. Hier stehen Forschungen noch aus.<sup>413</sup>

Die Spalte des Bundes der Vertriebenen mit seinen 14 Funktionären 1968/69 wies fünf von ihnen als unbelastet aus. Sie hatten Distanz zum NS-Regime gewahrt. Von den formal verstrickten neun Belasteten müssen wenigstens vier als überzeugte Nationalsozialisten bezeichnet werden. Der Anteil von NSDAP-Mitgliedern im BdV-Führungspremium war im Vergleich zur Gesamtgesellschaft und zur Gruppe der Vertriebenen überdurchschnittlich hoch.<sup>414</sup> Die Sicht auf die Führung des Bundes der Vertriebenen auf dem Höhepunkt der DDR-Anerkennungspropaganda war für MfS und SED eindeutig: Für sie war und blieb die gesamte Spalte des Bundes der Vertriebenen mit „Nazis durchsetzt“.

## 6. Im Visier des MfS: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft

Es fällt auf, daß in den 1960er Jahren die Sudetendeutsche Landsmannschaft im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Landsmannschaften und zum BdV eine zentrale Stellung in der „geheimdienstlichen Bearbeitung“ des MfS und in der öffentlichen Revanchismus-Propaganda der SED einnahm.<sup>415</sup> Die Sudetendeutsche Landsmannschaft war die an Mitgliedern stärkste<sup>416</sup>, am besten organisierte und politisch aktivste Landsmannschaft in der Bundesrepublik.<sup>417</sup> Rund zwei Millionen Sudetendeutsche der Vertriebenengeneration lebten in den 1960er Jahren in Westdeutschland, etwa 350 000 waren zu dieser Zeit Mitglieder in der Landsmannschaft. Die Zahl der

<sup>413</sup> Rehs diente 1939–1945 bei der Luftwaffe (Luftschutzwarrndienst); Gossing und Schellhaus dienten 1939–1945 beim Heer; der Lebenslauf von Mocker zwischen 1939–1945 ist unbekannt, auch ist offen, ob er überhaupt eingezogen war. Auch über den Kriegseinsatz der vier ehemals überzeugten NS-Anhänger Otto, Jahn, Böhm und Becher ist kaum etwas bzw. sehr wenig bekannt. Vgl. ebenda; Walter Becher, Zeitzeuge, S. 112–129; Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 35–42.

<sup>414</sup> Der überdurchschnittliche Anteil an NSDAP-Mitgliedern in der BdV-Führung hing mit dem bekannten Phänomen der Kontinuität der Eliten zusammen. An der Spalte der Vertriebenenverbände standen jene Personen, die die Vertriebenen organisierten, weil sie über das notwendige, noch in der Heimat erworbene administrative Wissen verfügten. Daß diese Eliten in der alten Heimat oft der NSDAP angehört hatten, hing auch damit zusammen, daß die Verführbarkeit durch den Nationalsozialismus in Gebieten, die infolge der Pariser Friedensverträge besonders stark von Grenz- und Volkstumskämpfen betroffen waren, kaum unterdurchschnittlich ausgeprägt sein konnte.

<sup>415</sup> Hierzu zeugen zwei DDR-Publikationen von 1968/69, die sich allein mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft befaßten: Edmund Jauering, Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger Gemeine, Berlin (Ost) 1968; Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil und Der Mann ohne Vergangenheit sowie ein nachdenklicher Bericht über Die Schlacht am Killesberg, Berlin (Ost) 1969.

<sup>416</sup> Zur Erinnerung: Die Schlesische und die Sudetendeutsche Volksgruppe zählte zu den größten Vertriebenengruppen. Der Organisationsgrad der Sudetendeutschen in der Landsmannschaft in Westdeutschland lag 1957 bei 18 Prozent. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 144ff.

<sup>417</sup> Vgl. Revanchistische und militaristische Organisationen: Sudetendeutsche Landsmannschaft, Stand 1969, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 36–53.

organisierten Sudetendeutschen ging bis Mitte der 1980er Jahre kontinuierlich auf rund 111 000 zurück.<sup>418</sup> Die Sudetendeutsche Landsmannschaft war 1950 als Bundesverband in München mit dem Ziel gegründet worden, die Interessen der Deutschen zu vertreten, die aus dem Sudetengebiet, aus Teilen Böhmens, Mährens und Schlesiens – heute Gebiete Tschechiens und der Slowakei – 1945 und danach vertrieben wurden. Die Zielsetzungen der Landsmannschaft lauteten: den „Rechtsanspruch auf die Heimat“ verbunden mit dem „Selbstbestimmungsrecht“ der Volksgruppe, die aus den „Ländern Böhmen, Mähren und Schlesien“ stammten, zu wahren, den Anspruch der Volksgruppe auf „Rückerstattung des geraubten Vermögens und die sich daraus ergebenden Entschädigungsansprüche“ zu vertreten, die Belange der Sudetendeutschen im Aufnahmegerbiet zu vertreten und „Sitten, Brauchtum, Mundart und Kulturgut“ zu erhalten.<sup>419</sup> Jährlich zu Pfingsten veranstaltete die Landsmannschaft den Sudetendeutschen Tag. Im Unterschied zu den anderen Landsmannschaften war sie nicht nur in den einzelnen Bundesländern und nach Herkunft – „Heimatkreisen“ – untergliedert, sondern auch nach politischen Hauptrichtungen in sogenannte Gesinnungsgemeinschaften, in die sozialdemokratische „Seliger-Gemeinde“, die christliche „Ackermann-Gemeinde“ und den völkischen „Witikobund“. Die Seliger-Gemeinde, 1951 in München konstituiert, war innerhalb der Landsmannschaft ein Zusammenschluß sudetendeutscher Sozialdemokraten, die das politische Erbe der 1919 gegründeten und 1938 aufgelösten Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei der Tschechoslowakischen Republik (DSAP) fortführten. Der Sudetendeutsche Wenzel Jaksch war in den 1950er/60er Jahren wichtiger Repräsentant der Seliger-Gemeinde. In der Ackermann-Gemeinde fanden sich katholische Sudetendeutsche zusammen. Der Witikobund war eine elitäre nationale Gesinnungsgemeinschaft der Sudetendeutschen von rund 1000 Mitgliedern, der sich 1950 in Stuttgart gründete. Alle Gründungsmitglieder waren in den 1930er Jahren Anhänger der von Konrad Henlein geführten Sudetendeutschen Partei in der Tschechoslowakei gewesen und gehörten dann bis 1945 der NSDAP und/oder der SS an. Nicht nur die Führungsspitze sondern auch die zweite Reihe der Witikonen bestand aus stark belasteten ehemaligen Nationalsozialisten. Der Witikobund wurde bis 1967 vom Bundesinnenministerium als rechtsextrem eingestuft. Auch danach stand er unter Verdacht, rechtsextreme Ziele zu verfolgen. Mitglieder traten geschichtsrevisionistisch auf und leugneten den Holocaust. Einzelne Angehörige des Witikobundes unterhielten enge Beziehungen zur NPD, andere gehörten zum rechten Spektrum der bürgerlichen Parteien CDU und CSU. Der Witikobund der Sudetendeutschen Landsmannschaft war unter den Vertriebenenverbänden insgesamt politisch extrem rechtslastig.<sup>420</sup>

Seit zirka 1960 dokumentierte das MfS sorgfältig Strukturen und personelle Zusammensetzung, Zielstellung und Aktivitäten der Sudetendeutschen Landsmann-

<sup>418</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 144; Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, S. 24f.

<sup>419</sup> So zitiert in: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, in: BStU MfS ZAIG 9704, Teil 1, Bl. 42, 43.

<sup>420</sup> Vgl. in: <http://de.wikipedia.org/wiki/Witikobund>; Andreas Kossert, Kalte Heimat, S. 183ff.; Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, S. 95–145; Der Witikobund hat seine Ziele erreicht, 1961, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488.

schaft.<sup>421</sup> Dabei interessierte, ähnlich wie bei den anderen Landsmannschaften auch, die Führungsebene – Sprecher, Präsidium und Bundesvorstand –, sowie jene Sudetendeutschen, die im Bundestag und in den Landtagen bzw. in der Bundesregierung und in den Landesregierungen saßen.<sup>422</sup> Um 1960 waren dies sechs Politiker, die in der Bonner Regierung bzw. in Länderregierungen<sup>423</sup> mitarbeiteten, acht Sudetendeutsche, die Bundestagsabgeordnete waren und 35 sudetendeutsche Politiker, die in westdeutschen Länderparlamenten wirkten. Über diese Politiker fertigte das MfS Personendossiers mit dem üblichen Schwerpunkt, die politische Vergangenheit der Betroffenen zu überprüfen.<sup>424</sup>

Wie nahmen SED und MfS die Sudetendeutsche Landsmannschaft wahr, der sie Anfang der 1960er Jahr zubilligten, erfolgreich in der Werbung von Mitgliedern und Sympathisanten für den Verband gewesen zu sein. Die Analysen der Staatssicherheit stellten heraus, daß die organisierten Sudetendeutschen – obwohl sie mitgliederstark und einflußreich in Westdeutschland waren – im Vergleich zu anderen großen Landsmannschaften sich in einer ungünstigen Lage befanden. Der Vertriebenendachverband BdV und die großen Landsmannschaften der Schlesier, Ostpreußen und Pommern forderten die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937. Doch das Sudetengebiet fiel nicht unter die früheren Reichsgrenzen von 1937. Darüber dachte die Staatssicherheit: Die Bonner Regierung würde in Sachen Sudetengebiet offiziell und öffentlich nichts verlauten lassen. Inoffiziell aber hätte man mit den Funktionären abgesprochen, „daß die Sudetendeutschen erst einmal selbst die Trommeln für ihre ‚berechtigten Gebietsforderungen‘ röhren“ müßten.<sup>425</sup> Das MfS stellte zufrieden fest, daß die Bonner Regierung wie auch die Landsmannschaft selbst im westlichen Ausland keine oder nur schwer Zustimmung für die Forderungen der organisierten Sudetendeutschen fanden.<sup>426</sup> Zudem glaubte man in Ost-Berlin, daß der Umgang mit dem Münchener Abkommen von 1938 für die Bundesrepublik in ihrer außenpolitischen Reputation und in ihrer Beziehung zur ČSSR problematisch war.<sup>427</sup> Während Prag, die osteuropäischen, aber auch viele westeuropäische Staaten davon

<sup>421</sup> Vgl. Sudetendeutsche Landsmannschaft 1960–1980, in: BStU MfS HA XX 5433, Bl. 1–82.

<sup>422</sup> Vgl. Sudetendeutsche Landsmannschaft, Stand 1960 und 1968, in: BStU MfS HA XX 5433, Bl. 24–51, 52–68; Angaben über führende Personen der Sudetendeutschen, in: ebenda, Bl. 83–92.

<sup>423</sup> Sie sollen hier nur aufgezählt werden: Hans Christoph Seehoym (CDU), Walter Stain (GDP), Eduard Fiedler (BHE), Gustav Hacker (GDP), Gotthard Franke (GDP), Walter Preißler (GDP).

<sup>424</sup> Vgl. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, in: BStU MfS ZAIG 9704, Teil 1, Bl. 49–58, 82–148.

<sup>425</sup> Ebenda, Bl. 43.

<sup>426</sup> Der Vertriebenenfunktionär Walter Becher versuchte zwischen 1969 und 1972 bei rechtskonservativen US-amerikanischen Kongressabgeordneten für die territorialen Ansprüche der Sudetendeutschen zu werben und diese als Partner in der Gegnerschaft zur Brandtschen Ostpolitik zu gewinnen. Aber alle Bemühungen der Sudetendeutschen, mit Hilfe Washingtoner Politiker Willy Brandts Ostverträge scheitern zu lassen, mißlangen. Vgl. Walter Becher, *Zeitzeuge*, S. 343–352; Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg 1947–1991*, S. 390ff.

<sup>427</sup> Im Münchener Abkommen vom September 1938 stimmten Frankreich, Großbritannien, Italien den Forderungen Hitlers zu, die Eingliederung des Sudetenlandes, dessen Bevölkerung überwiegend deutschsprachig war und den staatlichen Anschluß an den deutschen Sprachraum wünschte, in das Deutsche Reich vorzunehmen. Vertreter der ČSR waren am Abkommen nicht beteiligt. Faktisch bedeutete das Münchener Abkommen das Ende der 1918 entstandenen Tschechoslowakei.

ausgingen, daß das Münchener Abkommen von Anfang an als ungültig zu betrachten (ex-tunc-Erklärung) sei, beharrte Bonn auf dem Standpunkt, daß das Abkommen für nicht mehr gültig anzusehen sei (später ungültig geworden – ex-nunc-Erklärung) und man keine territorialen Forderungen an die ČSSR erhebe.<sup>428</sup> Der Grund für die juristisch unterschiedliche Auslegung bestand im Streit um die Frage der Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen und die sie betreffenden Hoheitsakte – wie Gerichtsurteile, Steuerbescheide, Eheschließungen usw., die bis 1945 im Sudetenland von deutschen Behörden ausgestellt worden waren – sowie um gegenseitige Wiedergutmachungsansprüche.<sup>429</sup> Die SED warf der Bundesregierung in dieser Sache vor, einerseits öffentlich zu verkünden, keine territorialen Ansprüche an die ČSSR zu erheben, aber andererseits die Sudetendeutsche Landsmannschaft in ihren Forderungen mehr oder weniger verdeckt zu unterstützen. An diesem Beispiel werde deutlich, so urteilte das MfS, daß die Bonner Regierung ihre „revanchistischen Forderungen“ und ihre „aggressive Grundhaltung“ nicht aufzugeben gedachte.<sup>430</sup>

Ins Visier des MfS geriet die Sudetendeutsche Landsmannschaft nicht allein durch ihre Größe und ihre Aktivitäten, sondern auch durch die Entwicklungen und die Ereignisse in der ČSSR in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. In diesen Jahren kam es in der Tschechoslowakei zu Liberalisierungsbestrebungen in der Gesellschaft und in der kommunistischen Partei, der KPČ. Die angestrebten Änderungen bezogen sich auf Wirtschaftsreformen, auf Forderungen nach Meinungs- und Informationsfreiheit und auf eine allgemeine Neuausrichtung der Rolle der KP in der Gesellschaft. Die Sowjetunion hatte das Umgestaltungsprogramm zunächst geduldet, dann aber gefordert, die Reformen deutlich einzuschränken bzw. abzubrechen. Als dies nicht geschah, marschierten zum 21. August 1968 Truppen der Sowjetunion, Polens, Ungarns und Bulgariens in die ČSSR ein. Auf Weisung Moskaus wurden alle Reformprojekte abgebrochen, der „Prager Frühling“ hatte damit sein Ende gefunden.<sup>431</sup> Mit größtem Mißtrauen hatte die SED-Führung die Liberalisierungsbestrebungen des Nachbarlandes in den 1960er Jahren beobachtet und kritisiert. Während dieser Entwicklungen beargwöhnte das MfS auch die Aktivitäten der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Richtung ČSSR. Da im Denken der kommunistischen Funktionäre Forderungen auf innenpolitische Änderungen – wie den Demokratisierungsbestrebungen in der Tschechoslowakei – nur vom westlichen Ausland initiiert sein konnten, wurden alle Aktivitäten des „sudetendeutschen Revanchistenverbandes angesichts der konterrevo-

<sup>428</sup> Das Beharren beider Seiten auf ihre jeweilige juristische Interpretation des Münchener Abkommens war mit der Grund dafür, daß der Vertrag Bonn – Prag erst 1974 ratifiziert wurde. In diesem Vertrag wurde das Münchener Abkommen für nichtig erklärt, da die vertragsschließenden Seiten des Abkommens sich 1938 zu Lasten eines Drittstaates, der Tschechoslowakei, geeinigt hatten.

<sup>429</sup> Vgl. Ingo von Münch, Wie tot ist das Münchener Abkommen? Ein Gespenst zwischen Bonn und Prag, in: FAZ, 24. Januar 1973, S. 29. (auch in: BStU MfS JHS 75/82.)

<sup>430</sup> Vgl. MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 4–7; ZK der SED: Tschechoslowakische Reaktion auf die westdeutsche Note vom 24. März 1966, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/396.

<sup>431</sup> Vgl. Heike Amos, Die SED-Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 158–174.

lutionären Ereignisse in der ČSSR“ ausgewertet.<sup>432</sup> Die Staatssicherheit hatte Veranstaltungen und Aufmärsche der organisierten Sudetendeutschen immer im Blick. Im April 1968 hatte eine „Hetzveranstaltung von 5000 Angehörigen der Sudetendeutschen Landsmannschaft“ stattgefunden, auf der der Sprecher der Landsmannschaft Walter Becher seine Zuversicht zum Ausdruck brachte, daß die Entwicklungen in der Tschechoslowakei eine Chance böten, die Forderungen und Ziele der Landsmannschaft durchzusetzen.<sup>433</sup> Tatsächlich hegten Funktionäre und die organisierten Sudetendeutschen damals die irrite Hoffnung, daß veränderte Machtverhältnisse in der ČSSR – die Ablösung der kommunistischen Kader, die Herauslösung des Landes aus dem Warschauer-Vertrag-System und die Loslösung von der Sowjetunion – sie ihren Zielen, der „Wiedergewinnung der sudetendeutschen Heimat“, ein Stück näher bringen könnte. Der Sprecher der Sudetendeutschen Walter Becher habe kurz nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ öffentlich zugegeben, daß das angeblich greifbare außenpolitische Ziel des Verbandes durch den 21. August 1968 wieder in weite Ferne gerückt sei.<sup>434</sup> Als außenpolitisches Ziel seiner Landsmannschaft nannte Becher 1968: „Das Heimatgebiet [Sudetenland], das unser war seit siebenhundert Jahren und aus dem wir vertrieben wurden, dieses Heimatgebiet wieder zu besiedeln [...]“<sup>435</sup> Becher bestätigte auch, daß die Sudetendeutsche Landsmannschaft damit territoriale Ansprüche auf zirka 22 Prozent des Hoheitsgebietes der ČSSR erhebe.<sup>436</sup> Hier aber irrten die sudetendeutschen Funktionäre. Ihre Annahme, einer möglichen Rückkehr in die alte Heimat im Frühjahr und Sommer 1968 nah gewesen zu sein, war gänzlich falsch. In der Tschechoslowakei bzw. in Tschechien herrschte und herrscht bis in die heutige Gegenwart ein breiter Konsens über alle politische Lager hinweg, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen „als historische Notwendigkeit“ und „als abgeschlossene Angelegenheit“ anzusehen ist.<sup>437</sup>

SED und MfS empörten sich im Frühjahr und Sommer 1968 über neue Aktivitäten der organisierten Sudetendeutschen: Man erhielt Kenntnis, daß in Westdeutschland Pamphlete kursierten mit Schlagzeilen wie: „Prag muß wiedergutmachen. Rückkehr der Sudetendeutschen ohne irgendwelche Bedingungen“. Das MfS hatte beobachtet, daß entlang der bayerischen Grenze zur ČSSR im Juli 1968 „drei Tage lang [...] neben den Schildern ‚Landesgrenze‘ [...], Schilder mit der Aufschrift [...] standen: ‚Hier beginnt die tschechische Besatzungszone Deutschlands – Sudetenland – Deutsches

<sup>432</sup> Vgl. MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S.1.

<sup>433</sup> Ebenda, S.11.

<sup>434</sup> Vgl. Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil, S.90–93; Walter Becher, Zeitzeuge, S.316ff.

<sup>435</sup> Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil, S.53.

<sup>436</sup> Vgl. ebenda, S.23f.

<sup>437</sup> Vgl. Eva Schmidt-Hartmann, Menschen oder Nationen? Die Vertreibung der Deutschen aus tschechischer Sicht, S.178–197; Xavier Galmiche, „Dům po Němcích – von den Deutschen übernommenes Haus“, in: ZfG 2005, S.941–954; Miloš Havelka, Gedächtnis und Geschichte, Zusammenleben und Vertreibung, in: ZfG 2003, S.13–19; Pavel Kolář, Vertreibung zwischen nationaler Meistererzählung und Deutungpluralität, in: ZfG 2005, S.925–940.

Land“.<sup>438</sup> Das SED-Organ „Neues Deutschland“ schrieb am 29. Juli 1968 über einen Aufmarsch der Sudetendeutschen auf dem Dreisessel-Berg im Bayrischen Wald, der unmittelbar an der Grenze zur ČSSR lag. Sudetendeutsche brachten dort zum Ausdruck, daß die Vorgänge hinter der Grenze bei den „Böhmerwäldlern“ auf Sympathie stießen. Und der Sprecher der Sudetendeutschen Walter Becher habe am 2. Mai 1968 in Frankfurt a.M. verkündet, daß die „Re-integration der sudetendeutschen Unternehmer und Facharbeiter, die Rückgliederung des böhmisch-mährischen-schlesischen Deutschtums in seine alte Heimat, die beste Form der [...] Wirtschaftshilfe für die Tschechoslowakei“ sei. Weiter habe er erklärt, „die Sudetendeutschen sehen ihre Zukunft in einer föderativen Gemeinsamkeit mit Tschechen und Slowaken“.<sup>439</sup> Die Staatssicherheit war davon überzeugt, daß die Führungskräfte der Landsmannschaft im Sommer 1968 bereit standen, „sich mit den revisionistischen Kräften in der ČSSR und ihrem ‚demokratischen Sozialismus‘ zu liieren, wenn man damit den revanchistischen Zielen näher kommen konnte. [...] Gewisse [konterrevolutionäre] Kräfte in Prag seien bereit, mit Funktionären der Sudetendeutschen Landsmannschaft über die ‚Rückkehr‘ von 100 000 bis 150 000 ‚Heimatvertriebenen‘ zu verhandeln.“<sup>440</sup> Für die SED-Führung und ihren Geheimdienst waren alle diese Reden, öffentlichen Aufrufe und Aktionen Indizien für eine direkte Unterstützung der „Konterrevolution in der ČSSR“ durch die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Aus aktuellem Anlaß publizierte die DDR Ende 1968 eine Dokumentation über die Landsmannschaft als „5. Kolonne des deutschen Imperialismus“ mit dem Titel „30 Jahre nach München. Aggressive Ostpolitik gegen die Tschechoslowakei – gestern und heute“.<sup>441</sup> Diese Dokumentation hatte neben dem Vorbringen der gängigen Revanchismusvorwürfe, adressiert an die Sudetendeutsche Landsmannschaft, noch eine zusätzliche Funktion der Rechtfertigung für die selbst in den sozialistischen Staaten äußerst umstrittene Intervention der UdSSR in der Tschechoslowakei vom 21. August 1968 zu erfüllen. Im zynischen Sinne der SED hieß das: „Lieber im Zuge des proletarischen Internationalismus sowjetische Truppen im Land als gefährliche [sudetendeutsche] Henlein-Revanchisten.“<sup>442</sup>

<sup>438</sup> Beide Zitate bei MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 12; vgl. Wer finanziert Sonderfonds Sudetenland? in: ND, 29. August 1968, S. 36.

<sup>439</sup> Zitate bei: MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 13, 14; Mut zur Wahrheit. Politische Verwirrung zeigte sich bei Vertriebenen-Treffen, in: Neue Rheinzeitung, 4. Juni 1968 (auch in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 2, Bl. 364).

<sup>440</sup> MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 12, 13.

<sup>441</sup> Vgl. 30 Jahre nach München. Aggressive Ostpolitik gegen die Tschechoslowakei gestern und heute, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front, Berlin (Ost) 1968 (auch in: BStU MfS HA XXII 19974).

<sup>442</sup> Bernd Kallina, Mit der „Revanchismus-Keule“ gegen die Deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände, S. 76.

Im zeitlichen Abstand von mehr als zehn Jahren zu den Ereignissen von 1968 urteilte die Staatssicherheit 1982 in einer weiteren Studie, daß der „Angriff der Konterrevolution“ unter Einbeziehung der „westdeutschen Revanchistenorganisationen“ auf die sozialistische Staatengemeinschaft allgemein und speziell auf den Sozialismus in der ČSSR erfolgreich abgewehrt wurde. Aber, so warnten die MfS-Offiziere, die „revanchistischen Ziele der BRD-Politik unter Einbeziehung der Revanchistenorganisationen und Landsmannschaften existieren nach wie vor [... fort]. Angesichts der gegenwärtigen Ereignisse in der VR Polen sind auch die alten und neuen Revanchisten in der BRD wieder verstärkt auf den Plan getreten“.<sup>443</sup> Mitschuld an den sogenannten konterrevolutionären Ereignissen in Polen – d.h. der Gründung der unabhängigen polnischen Gewerkschaft „Solidarność“ im August 1980 und der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen durch Ministerpräsident Wojciech Jaruzelski im Dezember 1981<sup>444</sup> – hatten nun – nach MfS-Lesart – die „revanchistischen Landsmannschaften“ der Pommern, Schlesier und Westpreußen.<sup>445</sup> Die Landsmannschaften allgemein blieben für die SED jederzeit „entspannungsfeindlich und friedensgefährdend“.<sup>446</sup> Die Führungsschicht der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde „geheimdienstlich bearbeitet“ durch die DDR-Staatssicherheit. Organisatorisch an der Spitze der Landsmannschaft stand der 15 bis 20-köpfige Bundesvorstand, der sich als „Exilregierung der Sudetendeutschen Volksgruppe“ sah. Der „Sprecher“ stand dem Bundesvorstand vor. Bis 1967 war dies Dr. Hans Christoph Seeböhm, ihn löste Dr. Walter Becher ab. Er amtierte von 1968 bis 1982. Die Bundesversammlung der Landsmannschaft, zirka 35 bis 45 Mitglieder, galt als Exilparlament.<sup>447</sup> Der „Sprecher“ Seeböhm gehörte seit 1950 der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem politisch rechtslastigen Witikobund an. In Seeböhm sahen die Ost-Berliner den „typischen Vertreter der nach Revanche schreienden aggressiven Kräfte der westdeutschen Bourgeoisie und des Militarismus in der Bonner Regierung“.<sup>448</sup> Seeböhms Familie hatte vor 1945 privaten Besitz an Kohlegruben in Nordböhmen, Hans Christoph Seeböhm arbeitete bis 1945 als Betriebsdirektor verschiedener Bergbauunternehmen in Oberschlesien und im Egerland. Die DDR warf Seeböhm wiederholt vor, daß „durch sogenannte Arisierungen in von Hitler okkupierten Ländern er sich einen großen Besitz“ zusammenge-

<sup>443</sup> MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 18–21.

<sup>444</sup> Vgl. Jost Dülffer, Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1990, S. 91 f.

<sup>445</sup> Vgl. MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 19, 20; Zur Politik der Bundesrepublik nach dem 21. August 1968, Prag, 4. Oktober 1968, in: ebenda, S. 25–27.

<sup>446</sup> Vgl. Das Nürnberger Treffen der Sudetendeutschen stand im Zeichen massiver NPD-Propaganda, 27. Mai 1969, in: BStU MfS PA 611, Bl. 18–22; Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, S. 182.

<sup>447</sup> Vgl. Sudetendeutsche Landsmannschaft, Stand 1968, in: BStU MfS HA XX 5433, Bl. 7–31; Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, S. 24–27 (Stand 1986).

<sup>448</sup> Seeböhm: Bonner Minister und Revanchist in Adenauers Diensten, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bl. 82–91.

raubt habe.<sup>449</sup> Tatsächlich war er 1941 Mitbegründer der Egerländer Bergbau AG, die als „Auffanggesellschaft“ eigens zur Übernahme jüdischer Bergbauunternehmen, also „arisierten Eigentums“, gegründet wurde. Nach 1945 trat Seebohm der Deutschen Partei bei, ab 1960 war er CDU-Mitglied.<sup>450</sup> Von 1949 an war er in Bonn Bundesminister für Verkehr. Hans Christoph Seebohm galt als aktiver Lobbyist der Vertriebenenverbände in Bonn. Seit 1959 machte er regelmäßig Schlagzeilen durch seine markigen und viel kritisierten „Sonntagsreden“.<sup>451</sup> Für das MfS stand das Urteil über Seebohm fest: „[Er] ist ein Revanchist und Faschist übelster Art. Adenauer brauchte ihn [...] als Werkzeug zur Vorbereitung eines neuen Krieges und als Hetzredner [...] für die Sudetendeutsche Landsmannschaft.“<sup>452</sup>

Nur wenige westdeutsche Vertriebenenfunktionäre standen so im Zentrum der SED-Revanchismuspropaganda wie der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Walter Becher.<sup>453</sup> In Walter Becher fanden SED und Staatssicherheit eine geeignete Zielscheibe für ihre im In- und Ausland durchaus erfolgreichen Kampagnen gegen den „Revanchismus“ der Sudetendeutschen Landsmannschaft. In den Staatssicherheitsunterlagen fanden sich umfangreiche Recherchematerialien aus der zweiten Hälfte der 1960er Jahre über Becher. Die Nachforschungen über seine politische Vergangenheit wurden intensiviert, als er im Januar 1968 das Amt des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft übernahm.

Walter Becher wurde 1912 in Karlsbad, damals Österreich-Ungarn, geboren. Er studierte ab Oktober 1931 Staatswissenschaften in Wien, wo er sich 1936 promovierte. Dort trat er, zwei Monate nach Aufnahme seines Studiums, mit 19 Jahren, der österreichischen NSDAP<sup>454</sup>, Ortsgruppe Wien/Josefstadt, mit der Mitgliedsnummer 896 129 bei. Mitgliedsbeiträge für die Partei zahlte er bis zum 25. April 1933, bis – wie es im Schriftverkehr der NSDAP Gauleitung Wien 1939 hieß – zum Wechsel seines Wohn- bzw. Aufenthaltsortes nach Karlsbad/CSR.<sup>455</sup> In seinen Memoiren von 1990 leugnete Walter Becher dies. Wörtlich schrieb er dazu: Ein „Werdegang ohne mein Wissen“ und log ungehemmt: In den Akten des NSDAP-Mitgliedschaftswesens Wien „fand man unter meinem Namen ein Mitglied verzeichnet, daß im Dezember 1931 [...] in die Partei eingetreten, am 30. April 1932 (also nach vier Monaten) wieder ausgetreten und unbekannten Aufenthaltes geblieben war.“<sup>456</sup> Tatsächlich war Becher ein Jahr und fünf Monate lang NSDAP-Angehöriger bis er nach Karlsbad ging, in die

<sup>449</sup> Ebenda, Bl. 85.

<sup>450</sup> Vgl. Braubuch, 1965, S. 314; In: [http://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Christoph\\_Seebohm](http://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Christoph_Seebohm).

<sup>451</sup> Gesammelte Aussprüche in: Dossier: Seebohm: Bonner Minister und Revanchist in Adenauers Diensten, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bl. 87-90.

<sup>452</sup> Ebenda, Bl. 86.

<sup>453</sup> Abgesehen von Theodor Oberländer 1953–1960 Bundesvertriebenenminister, und Hans Krüger, 1963 Bundesvertriebenenminister, dies zur Erinnerung.

<sup>454</sup> In Österreich hatte die 1926 gegründete NSDAP bei den Nationalratswahlen 1930 einen Stimmenanteil von 3,6 Prozentpunkten erhalten.

<sup>455</sup> Vgl. Kopie des Schriftwechsels zwischen NSDAP Gauleitung Wien und NSDAP Mitgliedschaftswesen München, 15. August 1939, in: BStU MfS PA 31 HA IX/11, Bl. 62.

<sup>456</sup> Walter Becher, Zeitzeuge, S. 327.

ČSR, wo die NSDAP nicht organisiert war.<sup>457</sup> In der Tschechoslowakei wurde Becher Mitglied der Sudetendeutschen Partei (SDP). Nach der Besetzung des Sudetengebietes durch NS-Deutschland wurden große Teile der Sudetendeutschen Partei in die NSDAP überführt. Walter Bechers NSDAP-Aufnahmeort und -datum war Reichenberg, der 1. November 1938 mit der NSDAP-Mitgliedsnummer 6.588113.<sup>458</sup> Dazu schrieb Becher in seinen Memoiren nichts.

In der Sudetendeutschen Partei in der ČSR gab es in den 1930er Jahren Fraktionskämpfe zwischen konkurrierenden nationalsozialistischen, „völkischen“ Gruppierungen, den berüchtigten Männern des „Aufbruchs“ und des „Kameradschaftsbundes“, die 1939 zugunsten des „Aufbruch-Kreises“ entschieden wurden, indem man 1939 einer Reihe von Führern des „Kameradschaftsbundes“ in Dresden einen Prozeß wegen angeblicher Vergehen nach Paragraph 175<sup>459</sup> machte. Walter Becher gehörte zu denen, die am 1. Juli 1939 verhaftet und in Dresden für sechs Monate in „Schutzhaft“ genommen wurden.<sup>460</sup> Aufgrund dieses Vorwurfs und der Haft bis Dezember 1939 wurde Becher am 20. März 1940 aus der NSDAP ausgeschlossen.<sup>461</sup> Sein Wiederaufnahmeantrag wurde abgelehnt. Dieser Ablehnungsbescheid war für Becher in seinen 1990 veröffentlichten Memoiren Beweis dafür, nie NSDAP-Mitglied, ja sogar Gegner und „Objekt der Verfolgung“ durch die NSDAP gewesen zu sein.<sup>462</sup> Tatsächlich war Walter Becher ein früher NS-Anhänger und NSDAP-Parteimitglied, der in „innerparteilichen Cliquenkämpfen unter die Räder“ geriet. Freiwillig meldete er sich 1940 zum Dienst in der Wehrmacht, den er im Mai 1940 antrat. Ab Juli 1942 war er als sogenannter Kriegsberichterstatter bei verschiedenen Propagandakompanien in der Sowjetunion vor Moskau und bei Minsk eingesetzt.<sup>463</sup> Welche Art von Propaganda bzw. welche Inhalte seine Front-Berichterstattungen hatten, ist noch ungeklärt. Bechers Schilderungen in seinen veröffentlichten Memoiren sind unglaubwürdig und

<sup>457</sup> Becher studierte bis 1935 in Wien, 1933 wurde die NSDAP in Österreich zunächst verboten.

<sup>458</sup> Vgl. Kopie NSDAP-Mitgliederdatei, in: BStU Mfs PA 31 HA IX/11, Bl. 31.

Die SED bzw. die KPČ versuchte Becher um 1959 eine SA-Mitgliedschaft nachzuweisen. Die DDR recherchierte Mitte der 1960er Jahre intensiv in den Archiven danach, um im Januar 1967 lapidar festzustellen: „In den Archiven der DDR befinden sich keine Dokumente, die Aufschluß [...] geben, ob Becher SA-Führer war.“ ZK der SED, Abteilung 62, Dr. Becher, 27. Januar 1967, in: ebenda, Bl. 50.

<sup>459</sup> Paragraph 175 des Strafgesetzbuches stellte sexuelle Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe. Die Nationalsozialisten verschärften die Strafen für diesen Straftatbestand.

<sup>460</sup> Vgl. Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, S. 77–79; Walter Becher, Zeitzeuge, S. 104–113.

1968 recherchierte die DDR im Staatsarchiv Dresden nach Gerichtsunterlagen zum Prozeß gegen Becher, konnte aber nichts finden (abgesehen vom Register-Eintrag über die Einleitung eines Vorverfahrens gegen Becher nach § 175), da große Teile der Dresdner Gerichtsakten in den Bombenangriffen 1945 vernichtet worden waren. Vgl. Staatsarchiv Dresden, 20. März 1968, in: BStU Mfs PA 31 HA IX/11, Bl. 52–54.

<sup>461</sup> Vgl. Kopie NSDAP-Mitgliederkartei, in: BStU Mfs PA 31 HA IX/11, Bl. 31.

<sup>462</sup> Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 326ff.

<sup>463</sup> Propaganda-Kompanien 697, 612 der 9. Armee der Deutschen Wehrmacht. Vgl. Kopie einer Hausmitteilung des NS-Propagandaministeriums vom 26. Mai 1942: Einsatz von Becher in einer Propagandakompanie, in: BStU Mfs AP 8618/72, Bl. 7, und Mfs PA 31, HA IX/11, Bl. 30.

peinlich.<sup>464</sup> In seinen Erinnerungen leitete er z.B. den Lebensabschnitt seines Wehrmacht- bzw. Kriegseinsatzes im besetzten Rußland, später Weißrußland, mit dem Satz ein: „Gleichwohl begann für mich das erregende Leben eines Soldaten, der an den Brennpunkten der Ereignisse dabei war, durch das Tor der Gefahren schritt und über das zu berichten hatte, was er in der unmittelbaren Berührung mit dem Geschehen erlebte.“<sup>465</sup>

In den Jahren zwischen 1936 und Sommer 1939 war Walter Becher als Journalist in Prag, später in Reichenberg tätig. Ab November 1938 – nach dem Einmarsch NS-Deutschlands in das Sudetengebiet – erhielt Becher den Posten eines Schriftleiters bzw. Redakteurs für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung, ab Mai 1939 Kultur und Volkstum genannt des NS-Gauorgans „Die Zeit“ in Reichenberg. In den dreieinhalb Jahren seiner journalistischen Arbeit fiel Becher auf als wütend antisemitischer, extrem nationalsozialistischer Hetz-Schreiber. Die DDR-Staatsicherheit dokumentierte in ihren Unterlagen umfangreiche Artikelauszüge aus der Feder Bechers bzw. aus seinem redaktionellen Verantwortungsbereich in den Jahren in Prag und Reichenberg.<sup>466</sup> Nur drei Beispiele aus dieser Zeit seien kurz zitiert: „Die Zeit“ vom 9. November 1938 (!): „Wenn Theater, Schulen und vor allem jene Berufe, die wie etwa der Kunsthandel, von vornherein halb wirtschaftlich und halb künstlerischen Charakter haben, zum Großteil in der Hand fremdrassiger Menschen lagen, so wird man verstehen, daß die allgemeine Entjudung auch die erste Voraussetzung für den Neuaufbau des Sudetendeutschen Kulturlebens ist.“<sup>467</sup> Über die „Gefährlichkeit der Juden in den Restgebieten der ČSR“ hieß es bei Becher ebenfalls im November 1938: „Allzu nachdrücklich hat die jüdische Hetz presse das Schauermärchen vom ‚Trojanischen Pferd‘ aufgetischt, in dessen Bauch die gefährlichen Henleinovci auf den Untergang des tschechoslowakischen Staates lauerten. Dadurch erreichte sie es, daß die Tschechen blind wurden für das ‚jüdische Pferd‘, dessen Bauch schon lange die ‚geistigen Kämpfen [Kämpfer]‘ Alljudas über den tschechischen Staat ausgespieen hatte; die Maffia-Juden, die unterirdisch am Aufbau des Benešhistischen Trugbildes mitgearbeitet hatten, waren [...] belohnt worden und saßen in [...] Positionen in der ‚Prager Presse‘. Von dort ging auch die ‚Organisation‘ aus, die durch den jüdischen Gebieter [...] die ‚deutsche Sendung‘ Prag im Dienste Alljudas und unter der Lüge, staatserhaltend im tschechoslowakischen Sinne zu sein, gestaltete [...]. So kam es, daß [...] mit Überzeugung den leitenden literarischen Männern im tschechischen Rundfunk, die in engster Tuchfühlung mit den Manns, Feuchtwangers, Emil Ludwigs, Werfels, Franks [...] standen, diese parasitären Erscheinungen am Rande der deutschen Kultur als die einzige wah-

<sup>464</sup> Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 112–129.

<sup>465</sup> Ebenda, S. 113.

Seinen Einsatz an der brutalen Niederschlagung des Warschauer Aufstandes von 1944 schilderte er aus der Rückschau des Jahres 1990 ohne jeden kritischen Abstand so: „Wir wehrten uns, dort hin verlegt, so gut es ging am Erlöserplatz gegen die aus allen Winkeln losballernden Gewehrsalven.“ Ebenda, S. 127.

<sup>466</sup> Vgl. Dr. Walter Becher, Stand 1964/65, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bd. 2, Bl. 377–379; auch in: MfS ZAIG 9705, Bl. 53.

<sup>467</sup> Zitiert in: Dr. Walter Becher, in: BStU ZAIG 9704, Bd. 2, Bl. 378.

ren Vertreter deutschen Geisteslebens erschienen.“<sup>468</sup> Und in der Ausgabe „Die Zeit“ vom 7. Mai 1939 feierte Becher, als die Juden des Sudetengebietes bereits aus allen Stellungen in Wirtschaft, Politik und Kultur verdrängt worden waren, diese Vertreibung mit den Worten: „Das Sudetenland ist Kulturland geworden. Erst die befreiende Tat des Führers hat unzählige schlummernde Kräfte aufgeweckt [...]. Was unter der Patronanz einer volksfremden, von jüdischen Maklern beeinflußten Regierung bewußt totgeschwiegen wurde, kann sich heute dem allgemeinen Urteil stellen.“<sup>469</sup>

Es ließen sich viele weitere Beispiele zitieren. Die Staatssicherheit faßte 1965 zusammen: „Becher hetzte [...] gegen die Juden, gegen humanistische Schriftsteller. Er gebrauchte dabei Ausdrücke wie ‚jüdisch-kommunistisches Kabarett‘, ‚jüdisches Prag‘, ‚jüdische Kulturwanzen‘, ‚Gönnerjuden‘, ‚fette Judenfrauen‘, ‚jüdische Räuberkomödie‘ und noch andere Worte im ähnlichen Jargon.“<sup>470</sup> Walter Becher nahm in seinen Memoiren zu seiner Tätigkeit in Reichenberg bei der Zeitung „Die Zeit“ ausweichend Stellung. Neben einem seltsamen Eingeständnis der Autorenschaft antisemitischer Artikel – „ich war gehalten, Beiträge zu verantworten und selbst zu schreiben, die nicht meiner inneren Überzeugung entsprachen und die ich heute tief bedaure“<sup>471</sup> – brachte er die allzu bekannte Palette von Ausflüchten, Entschuldigungen und Lügen für seine Tätigkeit vor: Unter Druck und Weisung seiner Vorgesetzten habe er, Becher, diese Artikel schreiben müssen. Ohne sein Wissen seien diese Artikel unter seinem Namen gedruckt worden. Er habe geschrieben, um noch Schlimmeres zu verhindern. Und – es seien damals Autoren und Redakteure tätig gewesen, die in weit größerem Maße schuldig wurden als er selbst.<sup>472</sup> Ansonsten hielt er die Vorhaltungen über seine journalistische Tätigkeit bis 1939 für „Diffamierungen aus dem Osten“. Er fühlte sich im „Visier gezielter Sonderaktionen der [östlichen] Nachrichtendienste“.<sup>473</sup> Die Vorwürfe von DDR-Seite, aus der ČSSR und z. T. auch aus der Bundesrepublik, Bechers antisemitische Artikel und Aufrufe hätten die namentlich genannten deutsch-jüdischen Prager Radio- und Zeitungsleute – wenn diese sich nicht rechtzeitig in die Emigration retten konnten – direkt in die NS-Vernichtungslager geführt, waren überzogen.<sup>474</sup> Doch Walter Becher war ein nationalsozialistischer Schreibtischtäter, der mit seiner Propaganda sich der „Entjudung des Sudetengebietes“, wie es im NS-Jargon hieß, verschrieben hatte.<sup>475</sup> Bechers Umgang mit seiner Vergangenheit im NS-

<sup>468</sup> Zitiert in: Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des BdV mit Nazis, Stand 1969, in: BStU Mfs FV 13/71, Bd. 4, Bl. 95.

<sup>469</sup> Zitiert in: Ebenda.

<sup>470</sup> Dr. Walter Becher, in: BStU ZAIG 9704, Bd. 2, Bl. 378.

<sup>471</sup> Walter Becher, Zeitzeuge, S. 98.

<sup>472</sup> Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 98, 246–249, 253, 323–329.

<sup>473</sup> Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 248, 251.

<sup>474</sup> 1960 hieß es aus politisch linken Kreisen der Bundesrepublik über Bechers Tätigkeit bis 1939: „In vielen Fällen endete der 1938 mit Dr. Bechers Hilfe an Prager Juden verübte Rufmord kurze Zeit später mit blankem Totschlag. Heinrich Fischer [bis 1939 Chef des deutschsprachigen Prager Rundfunks] konnte zwar vor dem NS-Terror nach London fliehen, doch verlor er zahlreiche Angehörige, Freunde und Kollegen in den Todeslagern und Gaskammern der SS.“ Zitiert in: Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des BdV mit Nazis, Stand 1969, in: BStU Mfs FV 13/71, Bd. 4, Bl. 95; vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 243–251.

<sup>475</sup> Vgl. Dr. Walter Becher, Stand Mai 1969, in: BStU Mfs PA 31 HA IX/11, Bl. 39.

Deutschland, Verschweigen, Leugnen, Lügen, Verantwortung abschieben, machte es unmöglich, ihm ernsthafte Reue und ein politisches Umdenken nach 1945 zu attestieren.

Nach 1945 orientierte sich Becher politisch, wie er später selbst einmal sagte, „rechts von der Mitte“<sup>476</sup>. Zunächst wurde er Mitglied der Partei Bund der Heimatvertriebenen und Entreichten (BHE). Von 1950 bis 1962 saß er für den BHE im Bayerischen Landtag. 1965 wechselte Becher zur CSU und gehörte als Abgeordneter von 1965 bis 1980 dem Deutschen Bundestag an. Becher engagierte sich in der sudetendeutschen Vertriebenenbewegung. Er gehörte von Anfang an der Sudetendeutschen Landsmannschaft an. 1947 wurde er Gründungsmitglied des rechtsextremen Witikobundes, dessen Vorsitzender er von 1956 bis 1959 war. Von 1955 bis 1982 war er Generalsekretär des Sudetendeutschen Rates, und von 1968 bis 1982 stand er als „Sprecher“ an der Spitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft.<sup>477</sup>

Die politische Vergangenheit Walter Bechers, sein Wirken im Witikobund und in der Landsmannschaft gerieten in den 1950er und 1960er Jahren immer wieder in die Kritik und ins Visier von SED- bzw. KPČ-Kampagnen<sup>478</sup>, die ihren Höhepunkt zwischen 1967 und 1969 erreichten. Das hatte, wie bereits angemerkt, mit den politischen Ereignissen in der ČSSR zu tun, mit dem SED-Kampf um die staatliche Anerkennung der DDR, aber auch mit Bechers Wahl zum Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1968. Im März 1967 beispielsweise hatte sich die Redaktion der Zeitung „Die Welt“ aus Hamburg an die „Tschechoslowakische Regierungskommission zur Verfolgung von Kriegsverbrechern“ gewandt und darum gebeten, „Belastungsmaterial über Dr. Becher [...]“ zur Verfügung zu stellen. [...] Gegen Dr. Becher soll in Westdeutschland ein Prozeß durchgeführt werden, in dem der Genannte versuchen wird, sich von den Beschuldigungen des Antisemitismus freizumachen“ – so notierte es die Staatssicherheit.<sup>479</sup> Die Prager Staatssicherheit bat das MfS in Ost-Berlin, ihnen alle Materialien über Becher zur Verfügung zu stellen, was bis Mai 1968 geschah.<sup>480</sup> Prag und Ost-Berlin verfolgten das Ziel, eine Wiederwahl von Becher in den Deutschen Bundestag bei den Bundestagswahlen 1969 zu verhindern,<sup>481</sup> was ihnen jedoch nicht gelang. Irgendeine Art „Prozeß“ gegen Becher in Westdeutschland kam nicht zustande, wohl aber gab es kritische Fernsehsendungen und Zeitungsartikel über Walter Becher als „Friedensstörer, Lügner, Revanchist und Antisemit“ im Zusammenhang mit seiner Wahl an die Spitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft.<sup>482</sup> So schrieb z. B. das „Spandauer Volksblatt“, West-Berlin, am 18. August 1968 über Becher

<sup>476</sup> Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil, S. 41.

<sup>477</sup> Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 187ff.; auch in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Walter\\_Becher](http://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Becher).

<sup>478</sup> Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 242–254; Walter Becher – Porträt eines Erzfaschisten, in: Berliner Zeitung (Ost-Berlin), 16. August 1969, S. 5.

<sup>479</sup> MfS HA X an die HV A, 18. April 1967, in: BStU MfS AP 8618/72, Bl. 6.

<sup>480</sup> Vgl. den Schriftverkehr zwischen HV A in Ost-Berlin und Ministerium des Innern der ČSSR, April 1967 bis Februar 1969, in: BStU MfS AP 8618/72, Bl. 4–23.

<sup>481</sup> Vgl. An den Minister für Staatssicherheit Genosse Generaloberst Mielke, 18. Februar 1969, in: BStU MfS AP 8618/72, Bl. 20.

<sup>482</sup> Vgl. Interview Bechers in: ARD-Sendung „Monitor“, 16. Februar 1968, in: BStU MfS AP 8618/72, Bl. 12, 14; „Brandt steht unter dem Druck von Kapitulanten. Interview mit dem Sprecher der

und „seine“ Landsmannschaft: „Die Vertriebenenverbände werden von Bund und Ländern subventioniert. Man sollte sich darüber [...] Gedanken machen, ob man auch in Zukunft an eindeutig von ehemaligen Nationalsozialisten geführte Organisationen zahlen will, also weiterhin die Hetze gegen die eigene Politik aus eigener Tasche zu honorieren gedenkt.“

1969 und 1970 ließ die SED im Rahmen ihrer „Revanchismus-Kampagnen“ gegen die Sudetendeutsche Landsmannschaft zwei Dokumentarfilme von den bekannten DDR-Dokumentarfilmern Walter Heynowski und Gerhard Scheumann drehen. Es handelte sich um die national und international erfolgreichen Interviewfilme „Der Präsident im Exil“, der sich mit Walter Becher als dem amtierenden Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft befaßte und um „Der Mann ohne Vergangenheit“, ein Film über den damaligen Nachwuchspolitiker der Sudetendeutschen Landsmannschaft Horst Rudolf Übelacker.<sup>483</sup> Die spezifische, oft kritisierte Machart der Interviewfilme von Heynowski und Scheumann bestand darin, daß sie die Befragten auch unter Vortäuschung falscher Tatsachen vor die Kamera bekamen, ohne die eigene DDR-Herkunft preiszugeben. Es war die Kunst der Filmemacher, daß die Selbstaussagen des Interviewten jeden Kommentar ersetzten und daß im Verlauf des Drehs der Gesprächspartner, der in der Regel als politischer Gegner gesehen wurde, zu Aussagen bewegt wurde, die einer Selbstentlarvung gleichkamen. So war es auch bei den beiden Propagandafilmen „Der Präsident im Exil“ und der „Mann ohne Vergangenheit“. Sie sind wirkungsvolle Agitation, enthüllen aber auch die Manipulierbarkeit der Bilder.

Die Dokumentarfilmer bekamen Walter Becher 1969 vor die Kamera, ohne daß er wußte, daß er DDR-Journalisten vor sich hatte. Im Gespräch miteinander stellte sich Becher als „Exilpräsident der Sudetendeutschen“ vor – darauf gründet der Titel des Films –, er verglich die mögliche künftige Stellung eines „Bundeslands Sudeten“ mit dem Bundesland Bayern. Becher bestätigte auf Nachfrage, daß seine Landsmannschaft Ansprüche auf tschechoslowakisches Staatsgebiet erhebe und daß das außenpolitische Ziel seiner Landsmannschaft nach wie vor darin bestehe: Wiederbesiedlung des Sudetenlandes durch die vertriebenen Sudetendeutschen.<sup>484</sup> Becher äußerte seine Enttäuschung über die Niederschlagung des „Prager Frühlings“, da, seiner Meinung nach, die „Rückkehr der Sudetendeutschen in ihre angestammte Heimat“ sich zeitlich weiter verzögern würde. Auch ließ sich der Sprecher der Sudetendeutschen leicht und bereitwillig in NPD-Nähe rücken. Er antwortete auf Fragen der getarnten DDR-Journalisten, daß er „rechtsaußen in der CSU“ stehe, und in den Wahlbezirken, in denen er, Becher, kandidiere, hätte kein NPD-Politiker mehr eine politische Chance.<sup>485</sup>

Sudeten-deutschen Landsmannschaft, CSU-MdB Dr. Walter Becher“, in: Der Spiegel, 31/1968, vom 29. Juli 1968.

Becher selbst sprach in seinen Memoiren von einer Fernsehsendung „Kontraste“ des SFB. Für ihn waren diese „Attacken“ eine „Kollaboration des westlichen mit dem östlichen Fernsehen“. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 321–329, hier S. 325.

<sup>483</sup> Vgl. schon bei Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 202–208; Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil und Der Mann ohne Vergangenheit sowie ein nachdenklicher Bericht über Die Schlacht am Killesberg, Berlin (Ost) 1969.

<sup>484</sup> Vgl. Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil, S. 23f., 53, 90–93.

<sup>485</sup> Vgl. ebenda, S. 41, 48; dazu auch Walter Becher, Zeitzeuge, S. 323–325.

Im Juli 1969 wurde der Film vor der SED-Spitze vorab aufgeführt. Heynowski und Scheumann priesen gegenüber den ZK-Sekretären für „Agitation und Propaganda“ bzw. für die „Arbeit nach Westdeutschland“ Werner Lamberz, Albert Norden und Hermann Axen die entlarvende Beweiskraft des Films für den „Systemcharakter des westdeutschen Revanchismus“ und für die „Mittäterschaft der SPD-Führung“. Die Filmemacher wörtlich weiter: „Ein kompetenter Zeuge – nämlich der Chef der größten Revanchistenorganisation Westdeutschlands [Walter Becher] – enthüllt den Mechanismus der subversiven Politik des Imperialismus gegen das sozialistische Lager, [insbesondere] gegen die ČSSR [...].“ Und „indem der Film den revanchistischen Charakter der westdeutschen Politik erlebbar macht, stellt er zugleich einen wertvollen Beitrag dar zum 20. Jahrestag der DDR, der historischen Alternative zum westdeutschen Staat der Expansion und Revanche“.<sup>486</sup> Die SED-Führung beschloß, den Dokumentarfilm „Der Präsident im Exil“ „international“ einzusetzen, d.h. es wurden Fassungen in allen gängigen ost- und westeuropäischen Sprachen angefertigt und in kurzer Folge wurde der Film in allen osteuropäischen Hauptstädten vor den jeweiligen Vertretern der Partei- und Staatsführungen gezeigt.<sup>487</sup> Außerdem wurde der Film zur Gemeinschaftsproduktion vom DDR- und ČSSR-Fernsehen erklärt, in Prag lief er am 15. August 1969 und in Ost-Berlin am 21. August 1969.<sup>488</sup> Vor den Uraufführungen hatte das ZK-Sekretariat der SED den Film gesehen und einige Änderungen verlangt. Der 93 Minuten laufende Film zeigte nicht nur das Interview mit dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, sondern war angereichert worden mit historischen Bildsequenzen über die Geschichte der ČSR und NS-Deutschlands ab 1938 sowie zeitgenössischen Aufnahmen der politischen Szene in der Bundesrepublik. Bezeichnend waren die Änderungsvorschläge der SED-Ideologen Albert Norden und Hermann Axen: „Ein oder zwei Aufnahmen von Hitler herausnehmen“; „Vielleicht etwas zu kürzen die Bilder über die Aussiedlungen deutscher Bürger aus der ČSSR“ und „Die Montage NPD – SPD herausnehmen“.<sup>489</sup> Die SED-Politiker befanden einige Montagen wie eine suggerierte Gleichstellung von Adolf Hitler und Walter Becher oder von SPD- und NPD-Politikern dann doch als zu weitgehend und damit für die Propaganda zu unglaublich. So hieß es von ihrer Seite: „Es gibt Einverständnis, daß prinzipiell das Verhältnis NPD und SPD bleiben soll, aber die Montage überzieht sehr und außerdem geht es ja nicht in erster Linie um das Verhältnis von NPD und SPD, sondern es geht [...] darum, das große Kartell aufzuzeigen [von] CDU – CSU – Bundeswehrgeneralität – rechte SPD-Führer und NPD.“<sup>490</sup> Auch in Prag gab es Ende Juli 1969 eine Vorab-Aufführung des Films. Den SED-Politikern gegenüber lobten die Genossen vom ZK der KPČ den „politisch außerordentlich wertvollen“ Film, der „von hoher Qualität ist und für die politisch-ideologische Arbeit der KPČ voll ausgenutzt werden wird“. „Der Film enthalte durchschlagende Beweise über den Re-

<sup>486</sup> Alle Zitate: Studio H & S, „Der Präsident im Exil“, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl.48, 49.

<sup>487</sup> Vgl. ebenda, Bl. 50, 51.

<sup>488</sup> Vgl. Claudia Böttcher u.a., Walter Heynowski und Gerhard Scheumann, S. 96f.

<sup>489</sup> Notiz, 30. Juli 1969, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 55.

<sup>490</sup> Ebenda.

vanchismus in der Bundesrepublik und stelle schon deshalb eine große Hilfe für die KPČ dar.“<sup>491</sup> Die Zuschauerreaktionen der Tschechoslowaken hingegen waren nach der Fernsehausstrahlung gemischt. Die linientreuen Funktionäre und Bürger in der ČSSR urteilten positiv. „Der Präsident im Exil‘ hilft vielen Bürgern der ČSSR, ideologische Barrieren zu überwinden. Vor allem bekämpft er Illusionen über die Bonner Politik und schärft den Sinn [...] für die notwendige ideologische Wachsamkeit gegenüber dem westdeutschen Imperialismus.“<sup>492</sup> Aber auch andere Meinungen seien immer noch weit verbreitet, meldeten SED-Funktionäre aus Prag nach Berlin: „Ein relativ großer Teil vom Westen politisch beeinflußter Menschen wiederholte nach dem Film das alte Argument: „Es handle sich um einzelne, die man in Westdeutschland nicht ernst nimmt und man auch in der ČSSR nicht ernst zu nehmen brauche. Diese Leute [wie Walter Becher] seien keine wirkliche Gefahr. Die Gefahr für die ČSSR drohe von ganz woanders her, und Westdeutschland sei einer der besten Freunde der Tschechoslowakei.“<sup>493</sup>

Bis Ende September 1969 war „Der Präsident im Exil“ in vielen in Ost-Berlin ansässigen Botschaften gezeigt und mit viel Lob bedacht worden. So wie die offiziellen Reaktionen der sowjetischen bzw. der polnischen Vertretung waren, lauteten viele Kommentare: „Dieser Film ist nicht nur ein politisches Dokument mit hohem zeitgeschichtlichen Wert, sondern auch ein großes Kunstwerk.“ Aus Warschau meinte man, „daß der Film nicht nur das Porträt eines der führenden Revanchisten und den Mechanismus der Sudetendeutschen Landsmannschaft zeige, sondern [auch] die Verflechtung der revanchistischen Organisationen mit der offiziellen Bonner Politik [...]“<sup>494</sup> Der DDR-Außenminister Otto Winzer präsentierte den Film „Der Präsident im Exil“ am 19. August 1969 vor dem Diplomatischen Corps in Ost-Berlin mit großer Resonanz. Die Vertreter der afrikanischen und asiatischen Staaten waren an der Thematik interessiert.<sup>495</sup>

Die SED-Politiker zeigten sich besonders zufrieden mit Reaktionen aus der Bundesrepublik. Ein Spiegel-Korrespondent schrieb in der ersten September-Ausgabe 1969 über den Film und eröffnete seinen Beitrag mit der Frage: „Territoriale Ansprüche, die ohne Krieg nicht zu befriedigen sind, als Friedenspolitik?“ Und seine – von der SED-Spitze mit Genugtuung aufgenommene – Antwort lautete: „Die Sowjets hatten bisher große Not, ihre Okkupation der Tschechoslowakei zu begründen. Walter Becher aber liefert gewissenhaft zu jedem Vorwand, den die Sowjets vorbrachten, die Begründung.“<sup>496</sup> Und noch mehr frohlockten die SED-Funktionäre um Albert

<sup>491</sup> Beide Zitate: Gedächtnisprotokoll über die Aussprache mit ČSSR-Genossen nach dem Film „Der Präsident im Exil“, 31. Juli 1969, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 52, 53.

<sup>492</sup> Bericht über die internationale Wirksamkeit des Filmes „Der Präsident im Exil“, 1. September 1969, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 29.

<sup>493</sup> ADN Prag: Wie man in der ČSSR den Fernsehfilm „Präsident im Exil“ aufnahm, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 61, 62.

<sup>494</sup> Bericht über die internationale Wirksamkeit des Filmes „Der Präsident im Exil“, 1. September 1969, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 30, 31, 35.

<sup>495</sup> Vgl. ebenda, Bl. 36; Walter Becher, Zeitzeuge, S. 324.

<sup>496</sup> Zitiert in: Bericht über die internationale Wirksamkeit des Filmes „Der Präsident im Exil“, 1. September 1969, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 36, 37.

Norden über die Filmrezension im „Tagesspiegel“ aus West-Berlin Ende August 1969. Dort war zu lesen: „Dem Autorenteam Heynowski und Scheumann [...] war es gelungen, Dr. Walter Becher vor die Kamera zu bringen [...]. Die Interviewer hielten sich sehr zurück [...]. Dr. Becher sagte arglos all das, was exakt in das Porträt eines ‚Revanchisten‘ hineinpasst. [...] Äußerst geschickt der Kommentar: Im Gegensatz zum kräftigen Propaganda-Ton anderer Berichte über die Vertriebenenverbände hatten sich die Autoren diesmal erfolgreich um Understatement bemüht. Sie sprechen in gedämpftem Ton, ihre Ironie war kaum spürbar, und immer wieder gelang es ihnen, aus Dr. Becher das herauszulocken, was sie hören wollten [...]. Der Film war so geschickt aufgebaut, daß die eigene Absicht gar nicht mehr eigens artikuliert werden brauchte: Ein mangelhaft informierter Zuschauer konnte tatsächlich zu dem Schluß kommen, die Truppen der ‚Bruderstaaten‘ hätten vor einem Jahr die ČSSR vor dem Zugriff der revanchistischen Bundesrepublik gerettet. ‚Der Präsident im Exil‘ kann als ein Musterbeispiel raffinierter Propaganda bezeichnet werden.“<sup>497</sup> Der Interviewfilm mit und über den Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft war im Rahmen des „Kampfes gegen den Revanchismus der Vertriebenenverbände und des Bonner Staates“ ein großer Propagandaerfolg der DDR.

Eine ähnlich positive Resonanz verbuchten die beiden Filmemacher Heynowski und Scheumann mit dem Interviewfilm „Der Mann ohne Vergangenheit“, der 1969/70 entstand und am 26. April 1970 im DDR-Fernsehen uraufgeführt wurde.<sup>498</sup> Der „Mann ohne Vergangenheit“ hieß Horst Rudolf Übelacker, wurde 1936 in Karlsbad/CSR geboren, Jurist und Volkswirt, arbeitete bei der Deutschen Bundesbank und avancierte bereits 1969, mit nur 33 Jahren, zu einem führenden Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Er wurde Mitglied der Bundesversammlung seiner Landsmannschaft, des „Exilparlaments“ nach Vorstellung der Sudetendeutschen, Mitglied im Sudetendeutschen Rat, dem außenpolitischen Gremium, und gehörte dem Vorstand des Witikobundes an, der nach Übelackers Auskunft vor der laufenden Kamera von Heynowski und Scheumann zur Hälfte aus NPD-Mitgliedern bestand.<sup>499</sup> Von 1996 bis 2006 stieg er zum Bundesvorsitzenden des Witikobundes auf.<sup>500</sup> Horst Rudolf Übelacker gab sich im Interview 1970 unbefangen als Sympathisant der NPD zu erkennen. Nur diese „Nationaldemokraten [!]“, so Übelacker, vertraten konsequent das Ziel der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die „Rückgewinnung des Sudetenlandes für die Sudetendeutschen“. Wörtlich sagte der Jung-Funktionär im Interviewfilm: „Das Sudetenland ist die tschechoslowakische Besetzungszone des fortbestehenden Deutschen Reiches.“<sup>501</sup> Heynowski und Scheumann beendeten ihren Film und die dazugehörige Buchdokumentation mit dem propagandistischen, aber nicht unzutreffenden Schluß: Der sudetendeutsche Landsmannschaftsfunktionär

<sup>497</sup> Ebenda, Bl. 37; Heynowski und Scheumann an Albert Norden, 1. September 1969, in: ebenda, Bl. 26.

<sup>498</sup> Heynowski & Scheumann, *Der Mann ohne Vergangenheit*, S. 95–179; Claudia Böttcher u. a., Walter Heynowski und Gerhard Scheumann, S. 94f.

<sup>499</sup> Vgl. Heynowski & Scheumann, *Der Mann ohne Vergangenheit*, S. 109f., 138, 147f.

<sup>500</sup> Vgl. In: [http://de.wikipedia.org/wiki/Horst\\_Rudolf\\_Übelacker](http://de.wikipedia.org/wiki/Horst_Rudolf_Übelacker).

<sup>501</sup> Alle Zitate: Heynowski & Scheumann, *Der Mann ohne Vergangenheit*, S. 116f., 119, 149.

när Übelacker, der aufgrund seiner Jugend nicht NS-belastet sein konnte, sei 1970 „durch und durch ein Neonazi“: „Horst Rudolf Übelacker, dessen Name nicht im ‚DDR-Braunbuch‘ steht, hat in seinem sozialpolitischen Milieu [in Westdeutschland] eine tiefbraune Färbung angenommen.“<sup>502</sup> Dieses Urteil bestätigte sich in den folgenden Jahren. Übelacker verbreitete im Organ „Der Witiko-Brief“ 1974 Stellungnahmen, die den Ausländerhaß schürten und die Vernichtung der europäischen Juden leugneten bzw. relativierten.<sup>503</sup> 1989 warb er als CSU-Mitglied für eine Koalition mit der Partei „Die Republikaner“ und wurde 1990 deren Mitglied sowie Kreisvorsitzender in München-Garching.<sup>504</sup>

Der SED-Dokumentationsfilm über den Funktionär Übelacker war im Rahmen der Revanchismus-Kampagnen der SED erfolgreich. Wie immer interessierte die SED-Ideologen besonders die Wirkung in der Bundesrepublik. So konnten die beiden Filmemacher Heynowski und Scheumann am 19. November 1970 an den ZK-Sekretär Werner Lamberz schreiben, daß das „westdeutsche Fernsehen inzwischen unseren Film ‚Der Mann ohne Vergangenheit‘ für DM 31 000 gekauft“ hat, und daß die Bedingung – der Film dürfe nicht gekürzt werden – akzeptiert wurde.<sup>505</sup> Ein ebenso positives Echo wird der Zeitungskommentar des bekannten westdeutschen Journalisten Klaus Bednarz in der Frankfurter Rundschau bei der SED-Spitze ausgelöst haben. Bednarz schrieb über den Film am 7. November 1970 u.a.: „Ein Musterbeispiel für wirkungsvollen Agitationsfilm lieferte ein weiteres Mal das Ostberliner Reporterduo Heynowski & Scheumann. In einer alle filmischen Mittel bis zum Exzeß strapazierenden Dokumentation stellen sie den 34jährigen westdeutschen Sudetenfunktionär Horst Übelacker vor – als Beispiel eines Mannes, der ‚nicht im Ostberliner Braunbuch der in Westdeutschland lebenden Kriegs- und Naziverbrecher steht‘ und der dennoch ‚in aller Öffentlichkeit friedensgefährdende Hetze‘ betreibt. Ein Film, bei dem nicht nur dem Publikum der DDR das Entsetzen in die Glieder fahren dürfte. Die ARD will ihn demnächst ausstrahlen.“<sup>506</sup>

Die beiden DDR-Propagandafilme über die Sudetendeutsche Landsmannschaft hatten einen deutsch-deutschen Bezug: d.h. sie sollten – wie bereits mehrfach angemerkt – die Bundesrepublik als „revanchistisch, kriegstreibend, neofaschistisch“ diffamieren und die DDR als deutschen Friedensstaat auch im internationalen Rahmen herausheben. Auch sollten sie die unpopulären Maßnahmen der Warschauer-Pakt-Staaten gegen die ČSSR 1968 nachträglich verteidigen helfen. Die Kampagnen hatten einen weiteren legitimierenden innenpolitischen Bezug für die SED-Herrschaft in der DDR. Sie waren auch immer eine unausgesprochene Warnung an die „ehemaligen

<sup>502</sup> Ebenda, S.176.

<sup>503</sup> So wird ihm nachgesagt: „Die Deutschen zusammengedrängt auf die Restgebiete in West- und Mitteldeutschland sowie in Österreich und zudem bedrängt von einem ‚Millionenheer‘ volksfremder Zuwanderer, sehen sich einer allmählichen zerbröckelnden Zeitgeschichtsfassade gegenübergestellt.“ Und: „Zu den gewaltigsten Geschichtslügen der jüngsten Vergangenheit gehören die 6 Millionen [ermordeten?] Juden.“ In: <http://de.wikipedia.org/wiki/Witikobund>.

<sup>504</sup> Vgl. In: [http://de.wikipedia.org/wiki/Horst\\_Ubelacker](http://de.wikipedia.org/wiki/Horst_Ubelacker).

<sup>505</sup> Vgl. H & S an Werner Lamberz, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 83.

<sup>506</sup> Kritische Eigendokumentation gibt's die?, Klaus Bednarz, Frankfurter Rundschau, 7. November 1970, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 84.

[sudetendeutschen] Umsiedler“ wie an die Bevölkerung insgesamt, nicht mit den Landsmannschaften in Westdeutschland zu sympathisieren, um nicht selbst unter den Verdacht, „Revanchist und Kriegstreiber“ zu sein, zu fallen.

Im Jahr 1987 veröffentlichten Georg Herde und Alexa Stolze, zwei westdeutsche Autoren aus dem DKP-Milieu, eine ausführliche Studie im Pahl-Rugenstein Verlag Köln über die Sudetendeutsche Landsmannschaft<sup>507</sup>, die in Sprache, Diktion und in der Argumentation sich nur unwesentlich unterschied von den SED-Propagandaschriften der späten 1960er Jahre. Trotz der einseitigen und auch tendenziösen Darstellung in der Studie besaß die Arbeit ihren Wert als material- und faktenreiche Sammlung über die Sudetendeutsche Landsmannschaft.<sup>508</sup> Die Landsmannschaft, ihre Aktivitäten und ihr Wirken auch in die DDR hinein, blieb im Blickfeld des Ministeriums für Staatssicherheit.<sup>509</sup> Auch in den 1970er/80er Jahren führte der DDR-Geheimdienst seine Dossiers, wenn auch weniger umfangreich und detailliert, über die Bundeslandsmannschaft der Sudetendeutschen<sup>510</sup> und über ihren West-Berliner Landesverband<sup>511</sup> weiter.

## 7. Ein MfS-Agent in der Landsmannschaft Schlesien des West-Berliner Landesverbands

Dem Ministerium für Staatssicherheit gelang es, einen „Inoffiziellen Mitarbeiter (IM)“ in die Schlesische Landsmannschaft in West-Berlin einzuschleusen. Diese Landsmannschaft war die aktivste und mitgliederstärkste in West-Berlin.<sup>512</sup> Der „IM“ lieferte von 1952 bis 1985 Informationen an die Staatssicherheit. 34 Jahre lang erschien er erst zu wöchentlichen, ab 1961 zu monatlichen Treffen mit seinen Führungsoffizieren in Ost-Berlin bzw. in der DDR. Bei diesem „Geheimen Mitarbeiter“<sup>513</sup> mit dem Decknamen „Kropf“ handelte es sich um Lothar Hans Joachim Roßdeutscher. Er wurde am 26. August 1912 in Trachenberg/Schlesien geboren und lebte seit 1946 in Leipzig. Trachenberg, heute Zmigród/Polen, im Kreis Miltitz, war wie Mi-

<sup>507</sup> Vgl. Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Köln 1987 (222 Seiten). Der Pahl-Rugenstein Verlag wurde von der DDR finanziert.

<sup>508</sup> Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 18.

<sup>509</sup> Vgl. Sachstandsbericht Sudetendeutsche Landsmannschaft 1971–1973, in: BStU MfS Rep. 2/225, Bl. 4–18; Sudetendeutsche Landsmannschaft in West-Berlin 1960–1970, in: BStU MfS ZKG 1259, Bl. 4–22.

<sup>510</sup> Vgl. Jahrestreffen des Witikobundes Oktober 1977, in: BStU MfS HA XII 19974, Bl. 2–8; Sudetendeutsche Landsmannschaft 1971–1985, in: ebenda, MfS HV A 1045, Bl. 6–24 und 53–92; Sudetendeutsche LM 1986, in: ebenda, MfS HA XX/4 1681, Bl. 35–67.

<sup>511</sup> Vgl. Sudetendeutsche Landsmannschaft Landesgruppe Berlin (West), 8. Februar 1988, in: BStU MfS HA XXII 6118/7, Bl. 6–43.

<sup>512</sup> Vgl. Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen“, Stand 1966, in: BStU MfS Ast. Magdeburg XX 2606, Bl. 14, 15.

<sup>513</sup> Die MfS-Kategorie „Geheimer Mitarbeiter“ bestand zwischen 1950 und 1968, dann nannte man die Personen „Inoffizielle Mitarbeiter“ also „IM“. In beiden Fällen handelte es sich um MfS-Agenten, die auf Grund ihrer Positionen bzw. Fähigkeiten an der „Entlarvung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen“ mitzuarbeiten. Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 36, 46f.

litsch, heute Milicz/Polen, eine deutsche Kleinstadt, beide etwa 50 Kilometer nördlich von Breslau/Wrocław gelegen. Nach dem Besuch der Mittelschule erlernte Lothar Roßdeutscher den Beruf eines Kaufmanns und war bis 1935 als Verkäufer in einem größeren Trachenberger Kaufhaus beschäftigt. Von 1936 bis 1946 arbeitete er als Verkäufer in Reichenbach/Eulengebirge. Zu dieser Zeit heiratete er, 1943 wurde sein Sohn in Reichenbach geboren. Von 1939 bis 1944 war er bei der Wehrmacht eingezogen. Er kämpfte in Polen, Frankreich und in der Sowjetunion. Sein letzter Dienstgrad war Feldwebel. 1944 geriet er in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1946 zurückkehrte. Einer politischen Partei gehörte er vor 1933 und nach 1945 nicht an. Er war nicht Mitglied der NSDAP. Im Herbst 1946 wurde er mit seiner Familie von Reichenbach nach Leipzig „umgesiedelt“. Roßdeutscher arbeitete in Leipzig und in Ost-Berlin als Geschäftsreisender, als Vertreter für Textilwarenhäuser bzw. zeitweise auch im Großhandel für Eisenwaren. Im Zusammenhang mit seinen Vertretergeschäften wurde er Ende November 1951 von der Leipziger Kriminalpolizei festgenommen und von der Staatsanwaltschaft wegen des Verstoßes gegen das „Gesetz zum Schutze des innerdeutschen Handels“ angeklagt. Es ging dabei um unterschlagene DM 2600 und um angeblich verschobene Textilien nach West-Berlin.<sup>514</sup> In den Befragungen und polizeilichen Ermittlungen stellte sich zudem heraus, daß Lothar Roßdeutscher regelmäßig an einem „Umsiedlertreffen“ ehemaliger Trachenberger und Militscher in Leipzig-Lützschena teilnahm. In Lützschena kam trotz des Verbots seit 1946 diese schlesische Heimatgruppe von Vertriebenen zusammen. Im November 1951 war die Zahl der Teilnehmer in Lützschena auf zirka 500 angestiegen. Durch Polizei und MfS des Landes Sachsen wurde dieses Vertriebenentreffen in der ersten Jahreshälfte 1952 zerschlagen.<sup>515</sup> In West-Berlin traf sich die Heimatkreisgruppe Militsch/Trachenberg der Schlesischen Landsmannschaft regelmäßig ein Mal im Monat. Zu diesen Treffen reisten viele Besucher des dann zerschlagenen Lützschenaer Treffens.<sup>516</sup>

Die Verbindung von Lothar Roßdeutscher zur „Militscher Umsiedlergruppe“ machte ihn für die Staatssicherheit interessant. Die Leipziger MfS-Verwaltung schlug in Absprache mit der Staatsanwaltschaft Roßdeutscher vor, ihn für die Mitarbeit bei der Staatssicherheit zu gewinnen und im Gegenzug das Strafverfahren gegen ihn einzustellen und ihn aus der Haft zu entlassen. Der MfS-Verpflichtungsbericht vom 3. Januar 1952 von Roßdeutscher, nun „GM Kropf“, las sich so: „Kropf war noch nicht abgeurteilt, [...]. Es bestand die Möglichkeit, daß Kropf eine eventuelle Gefängnisstrafe von 1 bis 1 ½ Jahren zu erwarten hatte, jedoch konnte nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, ob die Strafe [...] ausgesprochen worden wäre, da die Beweisführung gegen den Kropf [...] noch zu schwach war. [...] Kropf erklärte sich bereit, für unsere Dienststelle zu arbeiten, da wir ihm die Möglichkeit gaben, die Freiheit zu erlangen. Er machte bei seiner Vernehmung einen sehr offenen, ehrlichen und intelligenten Eindruck. Da er seine Arbeitsstelle in Ostberlin wieder aufnehmen wird, hat er die

<sup>514</sup> Vgl. Ermittlungsbericht, Leipzig, 30. November 1951, und Aus der Haft vorgeführt, 5. Dezember 1951, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 21–23.

<sup>515</sup> Vgl. Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 28–30; Christian Lotz, Die Deutung des Verlusts, S. 60f., 109f.

<sup>516</sup> Vgl. Befragung von Roßdeutscher, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 23–25.

Möglichkeit, gute Informationen über das Umsiedlergeschehen in Westberlin uns zu berichten.“<sup>517</sup> Lothar Roßdeutscher wurde am 29. Dezember 1951 „Geheimer Mitarbeiter“ mit dem Decknamen „Kropf“ und auf der „Arbeitslinie Landsmannschaften, revanchistische Organisationen“, eingesetzt. Er ging zunächst nach Ost-Berlin und wurde von der Hauptabteilung V/5 der MfS-Zentrale als „Geheimer Mitarbeiter“ geführt.<sup>518</sup>

Zum 1. März 1953 setzte sich „Kropf“, inzwischen geschieden, im Auftrag des MfS nach West-Berlin ab. Offiziell beging er also „Republikflucht“. Er arbeitete wieder als Handelsvertreter zweier West-Berliner Textil-Firmen. „Kropf“ trat der Landsmannschaft Schlesien bei und engagierte sich auftragsgemäß sehr aktiv in der Heimatkreisgruppe Trebnitz-Militsch-Trachenberg. So erhielt er schnell Kontakte zu den Vorsitzenden der Heimatkreisgruppe<sup>519</sup> und lieferte umfangreiche Informationen über Personalia, Veranstaltungen und Aktivitäten der Vertriebenengruppe. Seinen ersten Bericht an die Staatssicherheit lieferte er am 2. Januar 1952 ab. Von 1952 bis zum Bau der Berliner Mauer im August 1961 fanden die Treffen wöchentlich statt. „GM Kropf“ übergab dem Geheimdienst jede Menge an Namen von DDR-Bürgern, die am Heimatkreistreffen der schlesischen Gruppe Trebnitz-Militsch-Trachenberg teilnahmen. Sein Auftrag bestand darin zu ermitteln, ob in Leipzig-Lützschenen noch weitere verbotene Vertriebenentreffen stattfanden, was letztlich nicht der Fall war. Außerdem gab „Kropf“ umfassend Auskunft über geplante „Republikfluchten“ aus diesem Leipziger bzw. früheren Militsch-Trachenberger Personenkreis bzw. er verriet die Namen von Kontaktpersonen in der DDR von bereits geflohenen Ostdeutschen. Was das für Folgen für die Betreffenden hatte, ist heute nicht mehr zu ermitteln. Die Zahl der dem MfS überbrachten Personennamen ging allein bis 1961 in die Hunderte.<sup>520</sup> Das MfS war von Anfang an mit seinem „Geheimen Mitarbeiter“ zufrieden. In einer frühen Einschätzung über ihn hieß es: „Der GM erscheint zu den Treffen immer pünktlich, seine an ihn gestellten Aufgaben löste er zur Zufriedenheit. Er ist ein intelligenter Mensch und versteht es, sich den Gegebenheiten anzupassen. Er ist Nichtraucher und meidet Alkohol. Er ist sparsam und lebt mit seiner Familie in einem guten Verhältnis. Trotz allem, daß er Neubürger [Vertriebener] ist und aus seiner ehemaligen Heimat evakuiert wurde, besitzt er die Einsicht, daß an dieser Evakuierung nicht die Schuld in der Regierung der Volksdemokratie Polen oder der DDR zu suchen ist. [...] Er bringt immer wieder zum Ausdruck, daß einzig [...] die Schuld den amerikanischen Imperialismus betrifft.“<sup>521</sup> Die Treffen zwischen „Kropf“ und seinem MfS-Führungsoffizier fanden wöchentlich in einer konspirativen Wohnung in Ost-Berlin

<sup>517</sup> Bericht über die Verpflichtung des „Kropf“, Leipzig, 3. Januar 1952, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 26.

<sup>518</sup> Vgl. Perspektivplan, GM „Kropf“, 26. August 1963, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 155.

<sup>519</sup> Zum 1. Vorsitzenden: Walter Friemelt, geboren am 6. Dezember 1906 in Breslau.

<sup>520</sup> Vgl. Die Bände 1 bis 7 in: BStU MfS AIM 11395/86. Die dem MfS gelieferten Personennamen sind aus Datenschutzgründen von der BStU-Behörde geschwärzt.

<sup>521</sup> Einschätzung des GM „Kropf“ und seine Verbindungen, 16. Dezember 1953, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 172–175, Zitat Bl. 174.

statt. Von der Staatssicherheit erhielt er zu dieser Zeit eine sogenannte monatliche Unterstützung von DM 150 Ost und DM 150 West.<sup>522</sup>

Zwei größere Erfolge verbuchte das MfS im Zusammenhang mit der Spitzeltätigkeit ihres „GM Kropf“ in den 1950er Jahren. Zwischen 1956 und Juli 1959 gelang es mit Materialien des „GM“, mehrere verleumdende Briefaktionen gegen die Landsmannschaft der Schlesier in West-Berlin durchzuführen, „die den Ausschluß zweier Vorsitzender und den Austritt einiger hundert Mitglieder<sup>523</sup> zur Folge hatte“.<sup>524</sup> Als zweiten Erfolg benannte die Staatssicherheit eine Festnahme in der DDR. Die Spitzelberichte deckten eine Verbindung zwischen der Landsmannschaft und einem DDR-Bürger auf, dem das MfS eine vermeintliche oder auch tatsächliche Geheimdiensttätigkeit nachsagte.<sup>525</sup> Die ganzen 1950er Jahre hindurch überbrachte „Kropf“ zudem möglichst viele Namen von DDR-Bürgern, die im Kontakt zur Schlesischen Landsmannschaft und zum „Haus der ostdeutschen Heimat“ in West-Berlin standen. Allein die zirka 30 eingeschriebenen Mitglieder des Heimatkreises Militsch-Trachenberg der Schlesischen Landsmannschaft in West-Berlin, die aus der DDR bzw. aus Ost-Berlin kamen, kannte die Staatssicherheit durch ihren „GM“.<sup>526</sup> Auch hier sind die Konsequenzen für die Ostdeutschen, die dieser Verrat nach sich zog, aus den MfS-Akten des „Kropf“ nicht ersichtlich. Jeder Einzelfall müßte überprüft werden.<sup>527</sup>

Beispielhaft soll auf eine MfS-Aktion zwischen September 1956 und Anfang 1957 eingegangen werden. Die Staatssicherheit startete Anfang September 1956 zusammen mit „Kropf“ eine verleumdende Briefaktion gegen die Vorsitzende des Heimatkreises Militsch-Trachenberg der Schlesischen Landsmannschaft in West-Berlin, Helene Schaffer. Verschiedenen Anwohnern im privaten Wohnumfeld der Helene Schaffer, u.a. dem im Haus wohnenden Lebensmittel- und Milchhändler der Straße, wurden Briefe zugestellt, in denen die Schaffer als „Agentin“ bezeichnet wurde, die „Umsiedler zum Zwecke der Spionage“ mißbrauche. Diese Vorwürfe zogen weite Kreise, wurden in der West-Berliner Polizei, im „Haus der ostdeutschen Heimat“ in West-Berlin und in der Bonner Bundesstelle der Landsmannschaft Schlesien bekannt.<sup>528</sup> Helene Schaffer mußte von ihrem Posten zurücktreten, und aus Bonn ließ der damalige 2. Vorsitzende der Schlesischen Landsmannschaft Herbert Hupka mitteilen, „daß er nie dulden wird, daß es in der Landsmannschaft Vorsitzende gibt, die für ausländische Geheimdienste, egal welche, [...] Spionage treiben.“<sup>529</sup> Im West-Berliner Landsesverband war man zu Recht davon überzeugt, daß diese Briefaktion vom ostdeut-

<sup>522</sup> Vgl. ebenda, Bl. 175; Einschätzung des GM Kropf, 16. Oktober 1954, in: ebenda, Bl. 176–178.

<sup>523</sup> Die Zahl war vermutlich übertrieben. In späteren Jahren hieß es in Einschätzungsberichten – „mehrere Mitglieder, eine genaue Zahl ist nicht bekannt, sind aus der Landsmannschaft Schlesien ausgetreten.“ Auskunftsbericht, 13. Mai 1960, in: Einschätzung des GM Kropf, 21. Juli 1959, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 184.

<sup>524</sup> Einschätzung des GM Kropf, 21. Juli 1959, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 179. Konkretere Angaben sind nicht bekannt.

<sup>525</sup> Vgl. Einschätzung des GM Kropf, 21. Juli 1959, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 179.

<sup>526</sup> Vgl. Bericht, 15. Januar 1957, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 187.

<sup>527</sup> Es sind jedoch aus Datenschutzgründen alle Namen dazu von der BStU geschwärzt.

<sup>528</sup> Vgl. Bericht des „Kropf“, 18. September 1956, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 77–80.

<sup>529</sup> Zitiert in: Bericht des „Kropf“, 18. September 1956, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 77.

schen Geheimdienst gesteuert wurde, um „Zersetzungarbeit in den Reihen der Landsmannschaften und Heimatkreise“ zu leisten.<sup>530</sup> Eine groß angelegte, vom „Haus der ostdeutschen Heimat“ ausgehende Überprüfungsaktion – man suchte nach Landsmannschaftsfunktionären, die Verwandte in der DDR hatten und dorthin regelmäßige Kontakte unterhielten – brachte keine klaren Erkenntnisse über die konkreten Auftraggeber der Briefaktionen. Die abgesetzte Heimatkreisvorsitzende Schaffer wollte die gegen sie gerichteten Vorwürfe und den Verlust ihres Postens nicht unwidersprochen hinnehmen und wandte sich schriftlich sowohl an den Vorsitzenden des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen, Dr. Alfred Rojek, als auch an den 1. Vorsitzenden des Verbandes der Landsmannschaften, Dr. Baron von Manteuffel-Szoeg. Unter anderem gestand sie diesen, „daß sie für die Organisation Gehlen<sup>531</sup> gearbeitet hatte. Von dieser Organisation habe sie [...] Telefongespräche in Empfang genommen und [...] weitergeleitet. Weiterhin sind bei ihr Briefe eingegangen, die sie auch nur weitergeleitet hat. [...] Für den Osten habe sie nicht gearbeitet.“<sup>532</sup> Rojek und auch Manteuffel nahmen sich der Sache nicht an, sie wiegeln ab. Der Landesverband West-Berlin der Schlesischen Landsmannschaft nahm die Absetzung und den Ausschluß aus der Landsmannschaft von Helene Schaffer nicht zurück. Diese Episode zog eine größere Anzahl an Austritten aus der Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin nach sich, ein Ergebnis, das Ziel und Sinn der Staatssicherheitsaktion gewesen sein dürfte. Allein die eingeschriebene Mitgliederzahl im Heimatkreis Militisch-Trachenberg sank zu dieser Zeit von 160 auf 85.<sup>533</sup>

Ein Problem war die Finanzierung der Landsmannschaftsarbeit. Im Oktober 1956 hieß es beim Heimatkreistreffen der Militisch-Trachenberger, jedes Heimatkreismitglied habe jährlich zusätzlich zu den Mitgliedsbeiträgen DM 6 bis DM 10 an den Vorstand abzuführen. Hier stachelte die Staatssicherheit über ihren „GM“ an und ließ verbreiten, daß auf diese Weise von allen schlesischen Heimatkreisen in West-Berlin eine Summe von jährlich DM 30 000 bis DM 40 000 zusammen komme, wofür „die Herren des Vorstands [...] in Westdeutschland herumfahren und die einfachen Menschen zahlen ihnen dies“<sup>534</sup> Das führte zu weiterem Unmut unter den Landschaftsmitgliedern. Hinzu kam das Problem der unregelmäßigen Zahlung von Mit-

<sup>530</sup> Einen ähnlich gelagerten Fall hatte es einige Monate zuvor gegen den damaligen Schlesischen Landsmannschaftsfunktionär Walter Friemelt gegeben, dem man ebenfalls „Verbindungen zum Geheimdienst und einen unmoralischen Lebenswandel“ nachsagte. Friemelt verlor seine Funktion. Vgl. Bericht des „Kropf“, 18. September 1956, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 78.

<sup>531</sup> Organisation Gehlen: Im Juni 1946 von der amerikanischen Besatzungsmacht aus deutschem Personal (Aufklärungsleute aus dem „Dritten Reich“, d.h. aus der Abteilung Fremde Heere Ost des Generalstabs der Deutschen Wehrmacht) gebildeter Nachrichtendienst, Vorläuferorganisation des Bundesnachrichtendienstes (BND), Hauptstz in Pullach bei München, um 1950 zirka 4000 Mitarbeiter, ab 1956 BND. Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation\\_Gehlen](http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_Gehlen).

<sup>532</sup> Treffbericht mit Kropf, 25. September und 4. Oktober 1956, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 81, 82, 94, 95.

<sup>533</sup> Vgl. Treffbericht mit GM Kropf, 17. Oktober 1956, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 103. Die Landsmannschaft Schlesien war zu dieser Zeit in 75 Heimatkreise untergliedert. Ob alle 75 Heimatkreise auch in West-Berlin organisiert waren, ist nicht bekannt. Vgl. Halleneinteilung für das Deutschlandtreffen der Schlesier 1967 in München, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 12, Bl. 194.

<sup>534</sup> Bericht von GM Kropf, 17. Oktober 1956, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 103.

gliedsbeiträgen. Bei einzelnen Mitgliedern hatten sich Beitragsrückstände von bis zu zwei Jahren angesammelt. Im Januar 1957 beschloß daraufhin der Vorstand, daß bei dreimonatigem Zahlungsrückstand die Mitgliedschaft in der Landsmannschaft gestrichen werde, nur bei DDR-Mitgliedern wollte man noch Rücksicht nehmen,<sup>535</sup> da diese z. Z. Schwierigkeiten hätten, in den Westen zu kommen. Anmeldungen zu Vertriebenenveranstaltungen hätten Ostdeutsche und Ostberliner vermehrt zurückgezogen mit der Begründung, die „Kontrollen von Seiten der DDR an den Grenzübergängen werden verschärft durchgeführt und alle Personen, die zu einem Treffen fahren, würden aus den Zügen geholt“.<sup>536</sup> Auch schon um 1957 gab es rückläufige Tendenzen bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen. Grundsätzlich befanden die Funktionäre der Landsmannschaften den Organisationsgrad der Vertriebenen als zu gering. Bei den „Schlesiern werden die Mitglieder immer weniger, [...] denn 80 Prozent sämtlicher Mitglieder sind Rentner, Arbeitslose oder ältere Leute, die nur zu jeder Versammlung kommen, weil sie etwas holen wollen.“<sup>537</sup>

Der Spitzel „Kropf“ berichtete im November 1959 über bekannt gewordene Unregelmäßigkeiten bei den Finanzabrechnungen in der Schlesischen Landsmannschaft, die das MfS für seine Geheimdienstarbeit auszuschlagen gedachte. Für die Verköstigung von DDR-Mitgliedern der Landsmannschaften und für DDR-Besucher von Vertriebenentreffen in West-Berlin zahlte das Bonner Vertriebenenministerium zweckgebundene Mittel. „Kropf“ hatte in diesem Zusammenhang mitbekommen, daß mit der Abrechnung dieser Mittel sich „in Wirklichkeit [...] die Funktionäre finanziell gesund stoßen. Für die Bons aus Bonn werden Saufgelage bei den Treffen oder nach den Treffen abgehalten. [...] Von vielen Gastwirten [der Trefflokale von Vertriebenenveranstaltungen] ist [dies] bekannt: Die Vorstände machen große Zechen und zahlen dann mit solchen Bons, die für die DDR-Besucher gedacht sind. Dann haben sie natürlich ungeheuer großen Besuch mit DDR-Bewohnern zu ihren Treffen. In Wirklichkeit ist der Teilnehmerkreis viel kleiner.“<sup>538</sup>

Die Aufträge der Staatssicherheit an ihren Spitzel „Kropf“ zwischen 1956 und 1961 lauteten immer gleich: 1. In die engere Spitze der Landsmannschaft Schlesien aufzusteigen; 2. Sichere Kontakte zu Angestellten im „Haus der ostdeutschen Heimat“ herzustellen; 3. „Bestehende Kontakte zu einzelnen Funktionären in Form von gegenseitigen Besuchen so auszubauen, damit Anhaltspunkte für Überwerbungen geschaffen werden“.<sup>539</sup> In diese Arbeit sollte die neue Ehefrau von Roßdeutscher mit einbezogen werden. Sie wurde 1957 vom MfS angeworben. „GM Kropf“ erarbeitete sich 1959 die Funktion eines „2. Kassierers“ der Heimatkreisgruppe Miltitsch-Trachenberg der Schlesischen Landsmannschaft und hatte nun ungehinderten Zugang ins „Haus der ostdeutschen Heimat“. Der Sitz aller Landesgruppen der einzelnen Landsmannschaften war im „Haus der ostdeutschen Heimat“. Kurz vor dem Mauerbau im August

<sup>535</sup> Vgl. Bericht, 29. Januar 1957, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 197.

<sup>536</sup> Treffbericht mit GM Kropf, 23. Mai 1957, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 267.

<sup>537</sup> Bericht des Kropf, 4. Juni 1957, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 273.

<sup>538</sup> Bericht von GM Kropf, 20. November 1959, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 7, Bl. 70, 71.

<sup>539</sup> Einschätzung des GM „Kropf“, 21. Juli 1959, in: Einschätzung des GM Kropf, 21. Juli 1959, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 180; Auskunftsbericht, 13. Mai 1960, in: ebenda, Bl. 183, 184.

1961 wertete die Staatssicherheit den „GM“ als absolut zuverlässig, „jedoch für bestimmte durchzuführende komplizierte Aufgaben wenig geeignet“. Er sei etwas unbeholfen und schwerfällig, ausgesprochen ängstlich und hätte große Sorge vor einer De-Konspiration, und jede neue, unvorhergesehene Situation würde ihn überfordern. Beste Spionageergebnisse seien nur bei konkreter Anleitung gegeben. Zu dieser Zeit erhielt „Kropf“ vom MfS eine „monatliche Zuwendung“ von DM 100 West.<sup>540</sup>

Die Verbindung zwischen der Staatssicherheit und dem Spitzel „Kropf“ war zum Zeitpunkt des Mauerbaus, zwischen 18. Juli bis 2. Oktober 1961, unterbrochen. „Kropf“ nahm dieses Ereignis nicht zum Anlaß, die Spitzeltätigkeit einzustellen. Bei seinem ersten Treffen nach der Grenzschließung äußerte er seinem Führungsoffizier gegenüber mit Erleichterung, froh zu sein, daß das MfS ihn habe „nicht fallen lassen“.<sup>541</sup> Lothar Roßdeutscher war ein überzeugter und motivierter MfS-Agent. Nach dem 13. August 1961 trafen sich „GM Kropf“ und sein MfS-Verbindungsoffizier alle vier Wochen in einer konspirativen Wohnung in Ost-Berlin. Der Agent wurde über den Bahnhof Berlin-Friedrichstraße geschleust. Für wichtige Sendungen hatte er eine Deckanschrift. Sollte er eine wichtige Nachricht dem MfS mitzuteilen haben, laufe diese Nachricht über die Anschrift des Sohnes von „Kropf“, der immer noch in Leipzig lebte. Bestand unmittelbare Gefahr für den Agenten, sollte „Kropf“ eine bestimmte Postkarte mit Kennwort in seine Wohnung nach Berlin-Kreuzberg zugeschickt bekommen. Im September 1964 nahm „Kropf“ an einer geheimdienstlichen Schulung, vermutlich in Ost-Berlin, teil.<sup>542</sup>

Unmittelbar nach dem Mauerbau berichtete „Kropf“ über große Verunsicherungen unter den organisierten Vertriebenen. Nicht nur in seiner Heimatkreisgruppe Mittlitzsch-Trebnitz-Trachenberg sei es zu zahlreichen Austritten aus der Landsmannschaft gekommen. In den Heimatkreisgruppen Breslau und Liegnitz lägen die Austrittszahlen noch höher. Es mache sich die Stimmung unter den vertriebenen Schlesiern in West-Berlin breit, daß die „bisherige Arbeit der Landsmannschaft zwecklos war“ und daß die Heimatkreise sich auflösen würden. Auch führte er mehrere Beispiele dafür an, daß Funktionäre danach strebten, aus West-Berlin wegzukommen wie z. B. der Geschäftsführer der Schlesischen Landsmannschaft Georg Gans<sup>543</sup>, der so schnell wie möglich seinen Posten mit einem in Westdeutschland eintauschen wollte. Die West-Berliner Funktionäre fürchteten um die Eigenständigkeit von West-Berlin und suchten nach Möglichkeiten, in der Bundeslandsmannschaft irgendwo im Westen unterzukommen.<sup>544</sup>

Der Mitgliederrückgang im West-Berliner Landesverband der Schlesischen Landsmannschaft hielt 1962/63 an. Auch zogen sich viele noch zahlende Mitglieder aus der

<sup>540</sup> Vgl. Auskunftsbericht, 13. Mai 1960, in: Einschätzung des GM Kropf, 21. Juli 1959, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 184, 186.

<sup>541</sup> Vgl. Treffbericht vom 2. Oktober 1961, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 9, Bl. 159.

<sup>542</sup> Vgl. Perspektivplan, 26. August 1963, und Ergänzung zum Perspektivplan des GM Kropf, 27. August 1964, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 155-162.

<sup>543</sup> Georg Gans war schon in den 1950er Jahren Geschäftsführer der Schlesischen LM in West-Berlin. Das blieb er bis 1965, dann ging er in Pension.

<sup>544</sup> Vgl. Treffbericht vom 2. Oktober 1961, und Treffbericht vom 5. April 1962, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 9, Bl. 160-163, 182-185.

aktiven Arbeit zurück. Der besagte Geschäftsführer der Landsmannschaft Georg Gans benannte im Oktober 1963 als Ursache für diese Entwicklung die Furcht vieler Mitglieder vor Repressalien seitens der DDR-Behörden. In einem Treffbericht des „GM Kropf“ hieß es dazu: Die Landsmannschaftsmitglieder würden z.Z. Zeit damit rechnen, daß demnächst für Westberliner Passierscheine für den Besuch nach Ost-Berlin<sup>545</sup> ausgegeben werden. „Aus der Propaganda der DDR gegenüber den landsmannschaftlichen Organisationen und auch aus der Erklärung der Sowjetregierung gegenüber dem westdeutschen Revanchismus ziehen sie die Schlußfolgerung, daß sie bei einer weiteren aktiven Mitarbeit in der Landsmannschaft die letzten wären, die einen solchen Passierschein erhalten“ würden.<sup>546</sup> In dieser Situation führte die Staatssicherheit eine weitere Aktion zur „Zersetzung der Landsmannschaft Schlesien“ in West-Berlin durch. Ab Oktober 1963 erschien monatlich eine Landsmannschaftszeitung mit dem Titel „Die Lupe“, die der ostdeutsche Geheimdienst fertigte und einem ausgewählten Personenkreis in verschiedenen Landsmannschaften, insbesondere aber in der Schlesischen, und im „Haus der ostdeutschen Heimat“ mit fingierten Absendern zustellte.<sup>547</sup> Diese Zeitung, ein zwei Seiten umfassendes Blatt<sup>548</sup>, deckte Interna, größere und kleinere Unregelmäßigkeiten oder scheinbare Mißstände aus dem Kreis der Landsmannschaftsvorstände und aus dem „Haus der ostdeutschen Heimat“ auf. Das Erscheinen der Zeitung sorgte bis etwa Ende 1965 unter den organisierten Vertriebenen in West-Berlin für Unruhe, gegenseitiges Mißtrauen und Empörung über das angebliche oder tatsächliche Gebaren einiger Landsmannschaftsfunktionäre. Das Ergebnis dieser MfS-„Zersetzungmaßnahme“ waren weitere Austritte aus den Landsmannschaften, auch zogen sich West-Berliner Geschäftslute und damit Geldgeber für Vertriebenenveranstaltungen aus dem Umkreis der Vertriebenenverbände zurück. Für Leitungsposten bzw. für eine aktive Mitarbeit in den Landsmannschaften stellten sich immer weniger Vertriebene zur Verfügung.<sup>549</sup> In Vertriebenenkreisen wurde 1963/64 ernsthaft diskutiert und erwogen, die Vertriebenenarbeit in West-Berlin einzustellen und die Heimatkreisgruppen der Landsmannschaften aufzulösen.<sup>550</sup>

<sup>545</sup> Im Dezember 1963 kam es zur erstmaligen Ausgabe von Passierscheinen für Westberliner für Verwandtenbesuche in Ost-Berlin, woraufhin Weihnachten 1963 nach zweieinhalb Jahren (1,2 Millionen) Westberliner ihre Verwandten in Ost-Berlin besuchten. Im November 1964 öffneten sich die Grenzen für DDR-Rentner, sie durften nun zu ihren Angehörigen nach West-Berlin bzw. nach Westdeutschland reisen.

<sup>546</sup> Treffbericht mit GM Kropf, 25. September 1963, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 9, Bl. 49, 50.

<sup>547</sup> Als Absender wählte das MfS die Privatadressen von Vertriebenenfunktionären, was die Verwirrung und den Ärger unter den organisierten Vertriebenen weiter steigerte.

<sup>548</sup> Vgl. die Exemplare in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10 und 11.

<sup>549</sup> Vgl. Treffberichte mit GM Kropf vom 29. Oktober 1963, 19. Dezember 1963, 2. März 1964, 22. April 1964, 12. Dezember 1964, 23. Dezember 1965, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 77-84, Bl. 104, 105, 126-128, 162, 164-166, Band 11, Bl. 58-64, 202-204.

<sup>550</sup> „GM Kropf“ berichtete am 29. Oktober 1963 nach Ost-Berlin von Gesprächen in der Schlesischen Landsmannschaft. Der Inhalt war, daß man überlegte, „ob es angebracht sei, die Heimatgruppen in Westberlin aufzulösen, um damit dem Osten entgegenzukommen. Es könnten in größeren Zeitabschnitten Treffen in Westdeutschland durchgeführt werden, an denen die Westberliner Mitglieder teilnehmen könnten.“ In: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 78.

Die Führungsetagen der Landsmannschaften und das hauptamtliche Personal im „Haus der ostdeutschen Heimat“ waren sich uneins über die wahren Hintermänner, die Verfasser und Herausgeber der „Lupe“. Man mutmaßte, daß entweder der „Osten“ dahinter stecke oder ein „sehr kleiner Mitarbeiterkreis aus dem ‚Haus der ostdeutschen Heimat‘“.<sup>551</sup> Der DDR-Staatssicherheitsdienst konnte als Herausgeber der Zeitung nie enttarnt werden. Verschiedene Ausgaben der „Lupe“ richteten sich gegen den West-Berliner Landesverband der Schlesischen Landsmannschaft, denn hier besaß das MfS eine Hauptinformationsquelle, den „GM Kropf“. Hauptangriffe führte die Staatssicherheit immer wieder gegen das Führungspersonal, gegen den 1. Vorsitzenden der Landsmannschaft, Krafft von Metnitz<sup>552</sup>, den Geschäftsführer der Schlesischen Landsmannschaft, Georg Gans, und die Pressereferentin bzw. die Sekretärin des Geschäftsführers, Hedwig Zumbrink.<sup>553</sup> In der „Lupe“ konnten die Vertriebenen lesen von der „Sauferei und Hurerei des Vorsitzenden von Metnitz“<sup>554</sup>, vom „unmoralischen Lebenswandel“ weiterer Heimatkreisvorsitzender<sup>555</sup>, von „Schwarzhandelsgeschäften mit Spirituosen“, d.h. vom Verschieben der Spirituosen von Ost- nach West-Berlin bis August 1961, „wo Gans und von Metnitz jahrelange Abnehmer gewesen sein sollen“.<sup>556</sup> Zur Sprache kamen die Unregelmäßigkeiten bei der bereits erwähnten Abrechnung mit den zweckgebundenen Mitteln aus Bonn, die für die Verköstigung von DDR-„Umsiedlern“ auf West-Berliner Vertriebenenveranstaltungen gedacht waren und völlig überhöht abgerechnet worden waren. Zwist und Mißtrauen wurden noch dadurch gesteigert, daß in anderen Ausgaben der „Lupe“ das Wirken einzelner Vertriebenenfunktionäre gelobt wurde – so z.B. der Geschäftsführer der Landsmannschaft Schlesien Gans, der als „Fliegendes Lexikon Schlesiens“ hervorgehoben wurde.<sup>557</sup> „Eine bisher nie dagewesene Erregung“ rief die Nummer 8/1964 der „Lupe“ hervor, als dort anscheinend aufgedeckt wurde, daß die Pressereferentin der Landsmannschaft Schlesien Hedwig Zumbrink für die Beschaffung von Medikamenten, um die sie von DDR-Rentnern gebeten wurde, Geld genommen hatte. Zumbrink gab diesen Vorwurf im Vorstandskreis der Landsmannschaft zu.<sup>558</sup> In den Funktio-

<sup>551</sup> Vgl. Treffbericht mit GM Kropf, 29. Oktober 1963, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 80, 82.

<sup>552</sup> Krafft von Metnitz (1925–1994), in Breslau geboren, 1943 Wehrmacht, im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 wegen „Wehrkraftzersetzung“ verhaftet, danach Dienst in einer Strafeinheit, nach 1945 Verwaltungsbeamter u.a. beim West-Berliner Senat für Arbeit und Soziales beschäftigt, Vorsitzender der LM Schlesien in West-Berlin von 1959 bis zu seinem Tod, Mitte der 1960er Jahre Stellvertretender Bundesvorsitzender der LM Schlesien. Vgl. Auskunft des BLV vom 28. April 2009; Information des Kropf, 19. Mai 1971, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 134.

<sup>553</sup> Hedwig Zumbrink war in den 1950er Jahren Sekretärin der Geschäftsführung der LM, 1964 hatte sie sich bereits zur Pressereferentin der LM in West-Berlin hochgearbeitet. In den 1970er Jahren wurde sie Geschäftsführerin der LM Schlesien in West-Berlin. 1979 zog sie sich aus Altersgründen von der Landsmannschaftsfunktion zurück. Vgl. Ergänzung zum Treffbericht des IM Kropf, 23. Januar 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 7.

<sup>554</sup> Treffbericht mit GM Kropf, 19. Dezember 1963, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 105.

<sup>555</sup> Vgl. Treffbericht mit GM Kropf vom 2. März 1964, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 126.

<sup>556</sup> Vgl. Treffbericht, 2. Oktober 1961, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 9, Bl. 162.

<sup>557</sup> Vgl. Treffbericht mit GM Kropf vom 12. Februar 1964, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 126, 127.

<sup>558</sup> Vgl. Treffbericht mit GM Kropf, 8. Dezember 1964, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 11, Bl. 58–60.

närskreisen der Schlesischen Landsmannschaft war man sich einig, daß die geschilderten Fakten in der „Lupe“ nicht bestritten werden konnten. Das stützte ihre Annahme, daß die Zeitungsmacher doch eher im „Haus der ostdeutschen Heimat“ sitzen würden,<sup>559</sup> was tatsächlich nicht der Fall war.

Obwohl die West-Berliner Vertriebenenfunktionäre versuchten, der anonymen Zeitung „Lupe“ keinen größeren Bekanntheitsgrad zukommen zu lassen, gelang ihnen das nicht. Das öffentliche Ansehen der Vertriebenenverbände litt, der Trend des Mitgliederschwunds verstärkte sich und der West-Berliner Landesverband der Vertriebenen verlor an Gewicht gegenüber den Verbänden in Westdeutschland. Die Bonner BdV-Zentrale vermutete eine „Unterwanderung durch den Osten“ in den West-Berliner Verbänden.<sup>560</sup> Ende Dezember 1965 wertete das MfS seine „Zersetzungemaßnahme“ als Erfolg und hob hervor: „Die letzten Ausgaben der ‚Lupe‘ haben den Glauben an die Perspektive der Vertriebenenverbände weiter erschüttert. [...] Das beabsichtigte Ziel, die Resignation unter den Mitgliedern zu verstärken, wurde erreicht. Der Glaube an die revanchistischen Ziele wurde teilweise erschüttert. [...] Die Mitglieder wurden auf die Forderungen nach sozialen Verbesserungen orientiert, die sich gegen die Bonner [Politik] richten.“<sup>561</sup> Aber das letztendliche Ziel, die Auflösung der Landsmannschaften bzw. die Einstellung der Vertriebenenarbeit in West-Berlin, erreichte die DDR-Staatssicherheit nicht.

Nach 1961 hatte „Kropf“ dem MfS einige weitere Personen genannt, die mit der „Perspektive einer Werbung bearbeitet“ werden konnten. Wer konkret das war und ob die geheimdienstlichen Anwerbungen erfolgreich waren, ist aus den MfS-Unterlagen nicht ersichtlich. Eine mögliche Zielperson des MfS könnte der Inhaber der Gaststätte „Zum Goten“ in Berlin-Schöneberg, Heinz Z.,<sup>562</sup> gewesen sein, über den der Spitzel „Kropf“ seit Oktober 1963 ausführlich das folgende berichtete: In der Gaststätte hätten in den 1950er Jahren Treffen der Landsmannschaft Ostpreußen stattgefunden. Gegenwärtig führe der Heimatkreis Görlitz-Lauban der Landsmannschaft Schlesien dort seine Zusammenkünfte und die Vorstandssitzungen durch. Die Ehe des Gastwirts Z. sei zerrüttet, jeder der beiden hätte andere Partner. Beide Eheleute wirtschafteten in die eigene Kasse, worunter die Führung des Lokals leide. Der Gastwirt fahre regelmäßig mit seinem PKW Mercedes nach Westdeutschland und er sei auf die unbehelligte Nutzung der DDR-Verkehrswege angewiesen. Nach Einschätzung des „GM“ würde sich der Gastwirt Heinz Z. für eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS einlassen.<sup>563</sup>

Die weitere Perspektive für ihren Agenten „Kropf“ sah die Staatssicherheit Mitte der 1960er Jahre darin: „Kropf“ sollte aktives Mitglied und Funktionär der Lands-

<sup>559</sup> Vgl. Treffbericht mit GM Kropf, 8. Dezember 1964 und 23. Dezember 1965, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 11, Bl. 58, 202–204.

<sup>560</sup> Diese Vermutung traf zu, nur saßen in den Verbänden in Westdeutschland bzw. in der Bonner BdV-Zentrale auch MfS-Agenten, wie weiter unten noch ausgeführt wird.

<sup>561</sup> Treffbericht mit GM Kropf vom 16. Dezember 1965, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 204.

<sup>562</sup> Vollständiger Name wird aus Datenschutzgründen nicht genannt.

<sup>563</sup> Vgl. Treffbericht mit GM Kropf am 25. September 1963, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 56, 57.

mannschaft Schlesien, Heimatgruppe Trebnitz-Militsch-Trachenberg, bleiben. „Er ist genauestens über alle Vorkommnisse innerhalb dieser Gruppe orientiert, kennt die wichtigsten Funktionäre persönlich und besitzt deren Vertrauen.“<sup>564</sup> Des weiteren hatte „Kropf“ gute Verbindungen ins „Haus der ostdeutschen Heimat“ geknüpft. „Kropfs“ wichtigste Aufgaben lauteten, einen Posten im Führungsgremium der Schlesischen Landsmannschaft von West-Berlin zu erlangen und zum 1. Vorsitzenden der Landsmannschaft, Krafft von Metnitz, zum Geschäftsführer der Schlesischen Landsmannschaft, Georg Gans, und zur Referentin des Geschäftsführers, Hedwig Zumbrink, seine bestehenden persönlichen Kontakte weiter auszubauen. Alle drei Funktionäre kannte „Kropf“ schon aus den frühen 1950er Jahren. „Der GM Kropf wird versuchen, die bestehenden Kontakte noch mehr auf die persönliche (Besuche von Gaststätten, Zechtouren) [...] oder [in die] familiäre Sphäre zu verlagern. Dadurch würde ein besseres Vertrauensverhältnis entstehen, was den Feststellungen interner Informationen sehr dienlich wäre.“<sup>565</sup> Die Staatssicherheit interessierte zu dieser Zeit, ob die Schlesische Landsmannschaft und das „Haus der ostdeutschen Heimat“ in West-Berlin in die Vorgänge der Nutzung von westdeutschen oder ausländischen Pässen, um DDR-Bürgern die Flucht aus der DDR zu ermöglichen, involviert war. „Kropf“ sollte Informationen beschaffen, ob und wie der „kriminelle Menschenhandel durch die revanchistischen Landsmannschaften“ organisiert werde.<sup>566</sup> Dazu konnte „Kropf“ nichts in Erfahrung bringen, was darauf schließen ließ, daß die Landsmannschaft als Organisator in diese Flucht- und Schleuser-Bewegung vermutlich nicht eingebunden war.

Unabhängig von der Plazierung des „IM Kropf“ in der Schlesischen Landsmannschafts-Landesgruppe West-Berlin war und blieb der „Berliner Landesverband der Vertriebenen (BLV)“ im Focus der Aufmerksamkeit der DDR-Staatssicherheit. Der (West)Berliner Landesverband der Vertriebenen vereinte die in West-Berlin tätigen Landsmannschaften und war gleichzeitig Landesverband des Bundes der Vertriebenen.<sup>567</sup> Die MfS-Zentrale recherchierte regelmäßig über den BLV, fertigte Analysen über Struktur und Tätigkeit der „Dachorganisation aller revanchistischen Landsmannschaften“ in West-Berlin, wie es zeitgenössisch bei der Staatssicherheit hieß, und schickte ihre Studien an die MfS-Bezirksverwaltungen mit der Weisung: „Dieses Material soll in Ihrer Diensteinheit Grundlage zur Organisierung der operativen Arbeit in dieser Richtung sein [...].“<sup>568</sup> Bis 1969 stand an der Spitze des BLV Dr. Hans Matthée<sup>569</sup>, geboren 1899 in Königsberg. Im MfS-Dossier hieß es zu ihm: „Ehemaliger Nazijurist in Ostpreußen, jetzt CDU-Funktionär [...], Vorsitzender der Lands-

<sup>564</sup> Perspektivplan, 26. August 1963, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 157.

<sup>565</sup> Ebenda, Bl. 159.

<sup>566</sup> Vgl. ebenda, Bl. 158, 159.

<sup>567</sup> Vgl. Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen“ sowie einige Hinweise zur verstärkten Tätigkeit der Organisation „Aktion Oder – Neiße“ und der „Mitteldeutschen Flüchtlingsverbände“, Stand 1966, in: BStU MfS Ast. Suhl XX 1404, Bl. 1-45.

<sup>568</sup> Abteilung XX/3: Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen“, 14. Juli 1967, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 242, Bl. 1.

<sup>569</sup> Hans Matthée, Jurist, 1925–1945 Anwaltspraxis in Breslau, ab 1947 in Berlin, 1951–1957 Mitglied im West-Berliner Abgeordnetenhaus, CDU. Vgl. Wer ist wer? West-Berlin, S. 975f.

mannschaft Ostpreußen in West-Berlin und Mitglied im Bundesvorstand des „Bundes der Vertriebenen“.<sup>570</sup> Ihn löste 1969 im BLV-Vorsitz Gerhard Dewitz<sup>571</sup> ab, der 1926 in Küstrin geboren worden war.<sup>572</sup> Die aktivsten und damit wichtigen Landsmannschaften in West-Berlin listete die Staatssicherheit in dieser Reihenfolge auf: Landsmannschaft Schlesien: „Sie ist die zahlenmäßig stärkste und aktivste Landsmannschaft in Westberlin“<sup>573</sup> Es folgte in der Aufzählung die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg. Diese „setzt sich aus Personen zusammen, die sowohl in der VR Polen als auch im Gebiet der DDR wohnhaft waren (frühere Provinz Brandenburg). [...]“ Die Landsmannschaft [...] orientiert ihre Tätigkeit speziell auf Berlin. Teilweise ist die Bundesgeschäftsleitung nach Westberlin verlagert worden [...].“<sup>574</sup> In der Rangfolge als nächstes standen die Sudetendeutsche, die Pommersche sowie die Ost- und Westpreußische Landsmannschaft.<sup>575</sup> Die Staatssicherheit war davon überzeugt, daß der West-Berliner Landesverband der Vertriebenen und die aktiven Landsmannschaften West-Berlins ihre „revanchistische Tätigkeit“ auf die politisch-ideologische Beeinflussung der Bevölkerung der DDR ausrichteten. Sinn und Ziel der Einflußnahme sah das MfS nach wie vor darin, die DDR-Bevölkerung und besonders die „ehemaligen Umsiedler“ in Feindschaft zu den „Bruderländern UdSSR, ČSSR und Polen“ aufzubringen, die „Umsiedler“ in Opposition zur SED und den Staat anzustacheln und den „Prozeß der Verschmelzung der Umsiedler mit der einheimischen Bevölkerung“ zu stören. Die Verbindung zwischen den organisierten Vertriebenen West-Berlins in die DDR und nach Ost-Berlin hinein fand nach MfS-Kenntnisstand über den Briefverkehr, über den geregelten Zeitschriften- und Paketversand – man rechnete 1966 mit monatlich mehreren Tausend Paketen in die DDR –, über Reisen mittlerer und kleiner Vertriebenenfunktionäre in die DDR, insbesondere nach Ost-Berlin, statt. Auch würde das „Haus der ostdeutschen Heimat“ in West-Berlin eine kontinuierliche Befragung von DDR-Rentnern vornehmen. DDR-Rentner, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten stammten, wurden als Mitglieder im Vertriebenenverband angeworben bzw. sollten Informationen liefern über Personendaten anderer „DDR-Umsiedler“. Die Staatssicherheit hatte Kenntnis darüber, daß z. B. in der Vorweihnachtszeit 1964 täglich rund 50 DDR-Rentner das „Haus der ostdeutschen Heimat“ besucht hatten.<sup>576</sup> Der Auftrag der SED an ihre Geheimpolizei lautete ab den 1960er Jahren bis zum Ende der Existenz der DDR, jegliches landsmannschaftliche Herkunfts- und

<sup>570</sup> Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen“, Stand 1966, in: BStU MfS Ast. Magdeburg XX 2606, Bl. 5.

<sup>571</sup> Gerhard Dewitz (1926–2008), CDU-Mitglied, Mai 1969 bis Februar 2003 Vorsitzender des (West-) Berliner Landesverbands der Vertriebenen, Juni 1990–Juni 1992 im BdV-Präsidium, Februar–Dezember 1990 MdB. Vgl. Auskunft des BLV vom 6. Mai 2009.

<sup>572</sup> Vgl. Dokumentation. Rechtswidrigkeit der Existenz revanchistischer Organisationen in Westberlin, 1969/70, in: BStU MfS HA XX 257, Bl. 80.

<sup>573</sup> Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen“, Stand 1966, in: BStU MfS Ast. Magdeburg XX 2606, Bl. 14.

<sup>574</sup> Ebenda, Bl. 16.

<sup>575</sup> Vgl. ebenda, Bl. 17–20.

<sup>576</sup> Vgl. Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen“, Stand 1966, in: BStU MfS Ast. Magdeburg XX 2606, Bl. 24–30.

Zusammengehörigkeitsgefühl über die deutsch-deutsche Zweistaatlichkeit hinweg zu kontrollieren, nach Möglichkeit zu unterbinden oder für eigene politische Zwecke zu nutzen. Die SED unternahm seit Beginn der 1960er Jahre in Politik und Gesellschaft alles, um in der DDR eine eigenständige „sozialistische Identität“, ein sogenanntes sozialistisches deutsches Nationalgefühl entstehen zu lassen. Ostdeutsche landsmannschaftliche Identitäten, und diese über die deutsch-deutsche Grenze hinweg, waren für dieses politische Ziel überflüssig, ja sogar störend und letztlich, wie es hieß, „staatsgefährdend“.<sup>577</sup>

Der „Inoffizielle Mitarbeiter Kropf“, alias Lothar Roßdeutscher, hatte es im April 1968 geschafft. Er war in den Landesvorstand der Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin in die Funktion des 2. Landesschatzmeisters aufgestiegen. Seit 1970 gehörte er dann auch zur Delegiertenversammlung der Bundeslandsmannschaft Schlesien. Der „IM“ war dadurch in der Lage, „seit 1969 interne Originalmaterialien über die Tätigkeit der Landsmannschaft zu übergeben. Durch die Quelle ‚Kropf‘ ist das MfS über alle wesentlichen Pläne, Absichten und Vorhaben der Landsmannschaft Schlesien in Westberlin informiert. Er hat zum Landesvorsitzenden der Landsmannschaft, Krafft von Metnitz, einen sehr guten Kontakt hergestellt und gilt als dessen Intimus in Verbandsfragen. [...] Sehr gute Verbindungen bestehen zu den Funktionären der Landsmannschaft Schlesien [...] zu Hedwig Zumbrink, [Geschäftsführerin], Theodor Busse [1. Schatzmeister], Ursula Hallas [Schriftführerin], Heinz Förster und Heinz Neumann [Kulturreferent]. [...] Die Quelle hat entscheidenden Anteil an der personellen Aufklärung des Feindobjektes ‚Haus der ostdeutschen Heimat‘ in Westberlin.“<sup>578</sup> Mit dem Aufstieg in den Vorstand der Landsmannschaft in West-Berlin erhielt „Kropf“ neue Kontakte und Informationsaussichten aus dem Bonner Bundesvorstand der Landsmannschaft Schlesien.<sup>579</sup>

Der „IM Kropf“ war 1970 mittlerweile 58 Jahre alt und hatte inzwischen 18 Jahre lang für das MfS spioniert. Die Ost-Berliner Auftraggeber waren mit seiner „Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Eigeninitiative und Einsatzbereitschaft“ stets zufrieden.<sup>580</sup> Seine „politische Einstellung zur DDR“ sei ungebrochen positiv. „Kropf“ fühle sich immer noch als DDR-Bürger, obwohl er seit fast zwei Jahrzehnten im „Operationsgebiet“ lebe. „Die aktive Mitarbeit in den revanchistischen Organisationen erfordert für die Quelle große psychische und angesichts des Alters teilweise physische Anstrengun-

<sup>577</sup> Vgl. MfS-Bezirksverwaltung: Landsmannschaften und ihre Einrichtungen, Juni 1965, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 231, Bl. 76–98; Information zur feindlichen Tätigkeit revanchistischer Landsmannschaften, in: BStU MfS-JHS Potsdam BdL-Dok. 015585; Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen“, 14. Juli 1967, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 242, Bl. 1–28; vgl. Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED, S. 211–220.

<sup>578</sup> Auskunftsbericht der Quelle „Kropf“, 18. März 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 193, 194, 199; Information: Delegiertenversammlung der LM Schlesien, 15. April 1968, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 18, 20, 21.

<sup>579</sup> Vgl. die verschiedenen Unterlagen 1968ff, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 31–123.

<sup>580</sup> In einem MfS-Auskunftsbericht hieß es am 18. März 1970 dazu: „Die Eigeninitiative der Quelle ist gut entwickelt. Das betrifft sowohl Einschätzungen der neu in ihr Blickfeld tretenden Personen, Herstellung persönlicher Bekanntschaften, Abschöpfung dieser Personen als auch die Erarbeitung konkreter Informationen und Beschaffung von Dokumenten unter konsequenter Ausnutzung ihrer Möglichkeiten.“ In: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 195.

gen“<sup>581</sup> – so das Urteil des Staatssicherheitsdienstes. Einzig einzuwenden war, daß Ost-Berlin in „Kropf“ einen sehr konservativen, inzwischen älteren Mann sah, der sich im Milieu der Vertriebenenverbände sicher bewegte, aber für weitere Spitzeltätigkeiten in anderen Bereichen nicht einzusetzen war. So blieb auch für die 1970er Jahre die Einsatzperspektive unverändert: Beschaffung von internen Informationen und Dokumenten aus dem „Haus der ostdeutschen Heimat“, aus der Landsmannschaft und aus dem West-Berliner Landesverband der Vertriebenen.<sup>582</sup> Der „IM“ war im April 1971 an „vier operativen Materialien“, d.h. auf vier Personen angesetzt<sup>583</sup>, die er allseitig aufklären sollte, „um eine zukünftige Kontaktierung dieser Personen vorzubereiten“. „Kropf“ mußte das allgemeine Persönlichkeitsbild der jeweils anvisierten Personen ausspionieren, ihre Stellung zur bzw. ihre Verbindungen in die DDR war ebenso von Interesse. Außerdem sollten die Betreffenden animiert werden, an Vertriebenentreffen, insbesondere an Schlesiertreffen, teilzunehmen.<sup>584</sup>

Sowohl die Ehefrau von „Kropf“ als auch sein Sohn und seine Schwiegertochter in Leipzig wußten von der Geheimdiensttätigkeit. Detaillierte Kenntnisse besaßen sie jedoch nicht. Der Sohn von Lothar Roßdeutscher wurde immer wieder mit einem PKW der Staatsicherheit von Leipzig nach Berlin-Ost gefahren, damit er dort seinen Vater treffen konnte. Die monatlichen Treffen zwischen dem „IM“ und den MfS-Offizieren fanden in der Regel wie gehabt in Ost-Berlin, in einer konspirativen Wohnung, in den Abendstunden zwischen 19 und 22 Uhr statt.<sup>585</sup> Regelmäßig besuchte der „IM“ auch seinen Sohn und dessen Familie in Leipzig, immer zur Frühjahrs- und zur Herbstmesse in Leipzig sowie zu den einschlägigen Feiertagen bzw. Familienfesten. Dann fanden die konspirativen Treffen in diesen Tagen statt. Bis 1963 erhielt „IM Kropf“ eine monatliche Zuwendung von DM 100, ab 1964/65 DM 250, in den 1970er Jahren monatlich DM 300.<sup>586</sup> Für seine Spionagedienste erhielt Lothar Roßdeutscher eine Reihe von Auszeichnungen für, wie es hieß, „die Lösung vielseitiger operativer Aufgaben über Pläne und Absichten revanchistischer Kreise im Operationsgebiet. [...] Seinen Aufenthalt im Operationsgebiet betrachtet er als Auftrag des MfS.“<sup>587</sup> Die Liste seiner Auszeichnungen umfaßte die „Medaille für treue Dienste in der NVA“ in Bronze 1964, in Silber 1968 und in Gold 1972, das Erinnerungsabzeichen „25 Jahre MfS der DDR“ 1975, die „Verdienstmedaille der NVA“ in Gold zum 65. Geburtstag des „IM“ mit einem Geldbetrag von DM 750 West im Jahr 1977, die „Medaille der

<sup>581</sup> Auskunftsbericht zur Quelle „Kropf“, 18. März 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd.I/1, Bl.195.

<sup>582</sup> Vgl. Auskunftsbericht zur Quelle „Kropf“, 18. März 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd.I/1, Bl.200.

<sup>583</sup> Die Namen der vier West-Berliner Personen sind aus Datenschutzgründen von der BStU geschwärzt.

<sup>584</sup> Vgl. Perspektivplan des IM Kropf, 29. April 1971, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd.I/1, Bl.164-167.

<sup>585</sup> Vgl. die Berichte zwischen 1967 und 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 12 bis 16.

<sup>586</sup> Vgl. Vernichtungsprotokoll, 19. Februar 1972, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd.I/1, Bl. 203, 204; Vernichtungsprotokoll, 1. Juni 1979, in: ebenda, Bl.252.

<sup>587</sup> Vorschlag zur Auszeichnung: IM Kropf, 10. Juni 1977, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd.I/1, Bl.249.

Waffenbrüderschaft“ in Silber 1980 mit einer Geldübergabe von DM 550 und schließlich 1982, zum 70. Geburtstag des „IM“, die „Verdienstmedaille der DDR“ mit einem Obolus von DM 1000.<sup>588</sup> Der „Inoffizielle Mitarbeiter Kropf“ wurde immer von der MfS Hauptabteilung XX/5 geführt, nicht von der einschlägigen sogenannten West-Spionage-Abteilung des Ministeriums, der Hauptverwaltung Aufklärung.

Im Juli 1980 starb die Ehefrau des „IM Kropf“ in West-Berlin. Im Herbst 1985 bat „Kropf“ die Staatssicherheit, aus Altersgründen die „inoffizielle Zusammenarbeit“ zu beenden. Lothar Roßdeutscher war 73 Jahre alt und seit 1977 in Rente. Von 1952 bis 1985 hatte er für das MfS spioniert. Zum Ende der Zusammenarbeit wurde vereinbart, daß der „Inoffizielle Mitarbeiter Kropf“ seinem Wunsch entsprechend in West-Berlin wohnen blieb. Im Falle einer schweren Erkrankung oder einer altersbedingten Pflege erhielt er von der Staatssicherheit die Zusage, daß sein Sohn ungehinderte Reise- und Aufenthaltsgenehmigung für West-Berlin erhalten würde. Auf Bitten des „IM“ sollte der Kontakt zum MfS nicht vollkommen abreißen. „Die Verbindung wird [...] so gestaltet“, heißt es im Abschlußbericht des MfS, „daß mit dem IM jährlich zwei bis drei Zusammenkünfte in der DDR-Hauptstadt durchgeführt werden. Dies ist ein ausdrücklicher Wunsch des IM, die Verbindung zum MfS nicht gänzlich missen zu wollen, weil sie ihm über viele Jahre bedeutungsvoll war.“<sup>589</sup> Die Akte von Lothar Roßdeutscher, des „IM Kropf“, wurde aus Altersgründen am 8. Oktober 1986 von der Hauptabteilung XX des MfS geschlossen.<sup>590</sup>

Was für Informationen übergab „IM Kropf“ in den Jahren bis 1985 nach Ost-Berlin bzw. welche davon sind überliefert bzw. können dem „IM“ zugeordnet werden? Die dichtesten Informationen über die Schlesische Landsmannschaft in West-Berlin, über das „Haus der ostdeutschen Heimat“ und über den Dachverband, den West-Berliner Landesverband der Vertriebenen, überbrachte der MfS-Spitzel zwischen Mitte der 1960er bis Ende der 1970er Jahre. Ein quantitativ schwer zu bestimmender Teil der Informationen ging auch an die MfS-Hauptverwaltung Aufklärung sowie an die Staatssicherhedsdienste der VR Polen und der Sowjetunion.<sup>591</sup> Der „IM Kropf“ berichtete über die inneren Gegebenheiten, über den Zustand der Schlesischen Landsmannschaft West-Berlins, deren Beziehung zur Bundeslandsmannschaft Schlesien mit Sitz in Bonn bzw. die Beziehung zum West-Berliner Landesverband der Vertriebenen. Er informierte über personelle und finanzielle Interna der Landsmannschaft, über wiederkehrende Streitigkeiten bei der Besetzung von Posten und Führungsfunktionen, über die immer als knapp eingeschätzten Finanzen des Verbandes bzw. Streitigkeiten bei der Mittelvergabe zwischen der Bundeslandsmannschaft und der West-Berliner Organisation. „Die Quelle hatte entscheidenden Anteil an der umfassenden personellen Aufklärung des Feindobjekts ‚Haus der ostdeutschen Heimat‘“ – wie es in

<sup>588</sup> Vgl. Übersicht über Auszeichnungen, die der IM Kropf erhalten hat, 6. Oktober 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 254.

<sup>589</sup> Anlage zum Treffbericht des IMB „Kropf“, 17. Oktober 1985, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 422.

<sup>590</sup> Vgl. Beschluß, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 309.

<sup>591</sup> Vgl. das Beispiel: Geplante Aktivitäten der LM Schlesien in der BRD und in Westberlin, 17. Februar 1978, in: BStU MfS HA XX/AKG 142, Bl. 132, 133.

MfS-Berichten immer wieder hieß. Ausführlich schilderte der „IM“ die Kontaktpolitik und die Verbindungswege der organisierten Schlesier West-Berlins in die DDR und in die alten schlesischen Siedlungsgebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze in Polen.<sup>592</sup> Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre überbrachte der MfS-Spitzel Meldungen und Meinungen aus den Führungskreisen der Schlesischen Landsmannschaft über die Neue Ostpolitik der Bonner Regierung, über den Stand der Vorbereitungen und Abschlüsse der Ostverträge. Hier waren auch von Interesse die Inhalte von Gesprächen zwischen Vertriebenenfunktionären einerseits und Politikern der CDU, CSU, FDP und SPD der Bundes- und Länderebene sowie Journalisten und Redakteuren andererseits. Die Übergabe von internen Materialien der Landsmannschaft Schlesien, Rechenschaftsberichten der verschiedenen Arbeitsgebiete, Protokolle von Wahl- und Delegiertenversammlungen, Finanzpläne, Veranstaltungs- und Aktionspläne gehörten zum Ritual der monatlichen Treffen zwischen dem „IM Kropf“ und der Staatsicherheit in Ost-Berlin.

Im Konkreten umfaßten die Spitzel-Informationen solcher Meldungen wie die folgenden Beispiele: Seit 1965 versuchte die West-Berliner Landesgruppe der Schlesischen Landsmannschaft bessere Kontakte nach Polen, zur deutsch-polnisch-schlesischen Bevölkerung herzustellen. Im Oktober 1964 und 1965 reiste sogar die Ehefrau des Vorsitzenden der Landsmannschaft von Metnitz zu einem Kontaktmann in Potsdam, der als DDR-Bürger regelmäßig die polnisch-schlesischen Gebiete besuchte, dort Reiseberichte und Fotoreihen anfertigte, die in Zeitungen der Landsmannschaften wie „Die schlesische Rundschau“ und im „Breslauer Kreisblatt“ veröffentlicht wurden. Außerdem suchte und fand der so aus West-Berlin instruierte Potsdamer polnische Kontaktpersonen deutscher Nationalität, um Verbindungen zwischen der Landsmannschaft und den Menschen in den polnischen Westgebieten zu verstetigen.<sup>593</sup> Diese Spitzelmeldung trieb den Potsdamer Kontaktmann in die Fänge des MfS. Was konkret mit ihm geschah, ob er strafrechtlich verfolgt oder auch als Spitzel angeworben wurde, ist ungewiß.<sup>594</sup> Das MfS nahm durch „Kropf“ zur Kenntnis, daß der Vorstand der Landsmannschaft im März 1966 ihre Mitglieder und Funktionäre aufforderte, jede Möglichkeit im Rahmen der Passierscheinabkommen wahrzunehmen, nach Ost-Berlin zu reisen, um „menschliche Kontakte“ zu knüpfen.<sup>595</sup> Diese

<sup>592</sup> Der „IM“ verriet der MfS-Zentrale die Namen der DDR-Rentner, die an Heimatkreistreffen der Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin teilnahmen, auch so viele Namen wie möglich von den 2000 DDR-Rentnern, die am 12. Juni 1965 das Bundes treffen der Schlesier in Hannover besucht hatten. Hinzu kamen Personalien von DDR-Bürgern, die über längere Zeiträume in Kontakt zu West-Berliner Landsmannschaften standen. Außerdem übermittelte er Namen und Zeiten von Besuchsreisen, die West-Berliner Landsmannschaftsfunktionäre nach Ost-Berlin unternahmen, wen sie trafen bzw. was sie dort unternahmen. Was dieser Verrat für die betreffenden DDR-Bürger nach sich zog, ist nicht geklärt. Das MfS war immer sehr daran interessiert, neue Kontakte und Spione im bzw. für das „Operationsgebiet Westdeutschland und Westberlin“ zu finden. Vgl. Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen“, Stand 1966, in: BStU MfS Ast. Magdeburg XX 2606, Bl. 30–41.

<sup>593</sup> Vgl. Information zur feindlichen Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaft gegen die DDR, 24. Juni 1965, in: BStU MfS-JHS Potsdam BdL-Dok. 015585.

<sup>594</sup> Der Name des Potsdamer ist von der BStU geschwärzt.

<sup>595</sup> Vgl. Information, Passierscheinabkommen, 8. März 1966, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 4.

Kontaktanbahnungen in die DDR und nach Polen dienten auch dazu, Adressen für die immer wieder organisierten Paket-Versende-Aktionen der Landsmannschaft zu erhalten. Im Dezember 1965 gab der „IM“ die Namen der westdeutschen Firmen nach Ost-Berlin, die die Paketaktion mit höheren Geldsummen finanzierten.<sup>596</sup> Auch hieß es im Spitzelbericht: „Bei der Verschickung von Paketen wird [...] darauf orientiert, [...] so zu verpacken, daß man in der DDR keine Rückschlüsse auf den organisierten Charakter dieser Aktion ziehen kann. Der DDR sollen durch die Paketaktionen keine Argumente gegen Westberlin und die Landsmannschaften gegeben werden, d.h. es müsse der Nachweis einer organisierten Einflußnahme der Landsmannschaft auf die DDR-Bürger verhindert werden.“<sup>597</sup>

Die Berichte über Paketaktionen der Schlesischen Landsmannschaft von West-Berlin in die DDR und nach Polen blieben eine Konstante in den Spitzelnachrichten. Ende März 1970 lief eine weitere Paketaktion an für Bürger der VR Polen, diese wurde vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen mit DM 5000 unterstützt.<sup>598</sup> Im Jahr 1975 übergab der West-Berliner Senat der Landsmannschaft Schlesien DM 230 000, die zweckgebunden zum Paketversand in die DDR und nach Polen genutzt wurden. „Die mit privaten Absendern deklarierten Sendungen hätten bis auf wenige Ausnahmen alle die Empfänger erreicht“, so lautete die „IM“-Information.<sup>599</sup> Der MfS-Spitzel verriet die im April 1976 geplante Reise des Vertriebenenfunktionärs Helmut Jakob, des Vorsitzenden des Heimatkreises Striegau/Schlesien, in seine alte Heimatstadt Striegau (Strzegom/Polen). Eine weitere Reise war für Juli 1976 geplant. In seiner nun polnischen Heimatstadt wollte der Funktionär bestehende Beziehungen, insbesondere zu Lehrern, ausbauen. Diesen Sachverhalt übermittelte das MfS auch den polnischen Sicherheitsbehörden.<sup>600</sup>

Nach der Unterzeichnung des Vertrages zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VR Polen im Dezember 1970 reisten bis 1982 rund 200 000 Deutsche aus Polen in die Bundesrepublik aus.<sup>601</sup> 1972 kamen auch einige Hundert davon nach West-Berlin. Der „IM Kropf“ informierte darüber, daß viele dieser „polnischen Bürger“ sich durch das „Haus der ostdeutschen Heimat“ mit Kleidung, Medikamenten und Bargeld unterstützen ließen, es aber alle ablehnten, Mitglieder in Landsmannschaften zu werden. Sie begründeten dies damit, ein positives Verhältnis zum polnischen Staat behalten zu wollen, um ohne Schwierigkeiten nach

<sup>596</sup> Vgl. Finanzielle Unterstützung der LM Schlesien durch die Bundesregierung und westdeutsche Geschäftsleute, 2. Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 2, 3.

<sup>597</sup> Ebenda, Bl. 2.

Überhaupt schien der Vorstand der Landsmannschaft Wert darauf zu legen, die DDR-Regierung nicht zu provozieren. Im August 1972 rief der Vorstand seine Mitglieder in West-Berlin auf, sich nicht an Protestveranstaltungen zum 13. August zu beteiligen. Vgl. Hinweise über Aktivitäten der LM Schlesien, 24. August 1972, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 129.

<sup>598</sup> Vgl. Information, 14. April 1970, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 118.

<sup>599</sup> Vgl. Information, 26. Mai 1976, in: BStU MfS HA XX/AKG 5338, Bl. 99, 100.

<sup>600</sup> Vgl. ebenda, Bl. 100.

<sup>601</sup> Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 39; Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 52.

Polen ein- und ausreisen zu können. Diese Spitzel-Nachricht nahm man in Ost-Berlin mit Zufriedenheit zur Kenntnis.<sup>602</sup>

Auch 1977 liefen wieder Paketaktionen nach Polen, aber auch an ehemalige Schlesier, die in der DDR lebten. Der „IM“ konnte dazu berichten, daß die Finanzmittel aus Bonn für diese Art von Aktivitäten um 40 Prozent gekürzt wurden, woraufhin die Landsmannschaft zu einer Protest-Brief-Aktion unter ihren Mitgliedern aufgerufen habe.<sup>603</sup> Wie erfolgreich der Protest war, ist nicht bekannt. Der Versand von Paketen ging weiter. Am 25. Mai 1979 hieß es in einem Treffbericht, daß allein im Monat Mai 1979 über 100 Pakete von der Geschäftsstelle der Schlesischen Landsmannschaft West-Berlin an ehemalige Schlesier nach Ost-Berlin geschickt worden waren. Die Pakete hatte man mit privaten Absenderadressen getarnt. Bei Rückantworten mußte diese Post bei der Geschäftsstelle im „Haus der ostdeutschen Heimat“ abgegeben werden.<sup>604</sup> Hier sammelte man die Anschriften in Ost-Berlin. Mit Beginn der sich zusätzenden innenpolitischen Krise in Polen 1980 entwickelte die Schlesische Landsmannschaft neue Aktivitäten. So meldete „IM Kropf“ seinen MfS-Auftraggebern, daß der Spitzens Funktionär Herbert Hupka im Juni 1979 den Auftrag ausgegeben habe: „Jeder Schlesier pflegt einen Kontakt nach Polen oder in die DDR“.<sup>605</sup> Ab Februar 1981 liefen neue Paketaktionen an, die zusammen mit dem West-Berliner Landesverband der Vertriebenen organisiert wurden. Unter dem Tarnabsender „Versandhaus ALIMEX München“ gingen zielgerichtet Tausende Pakete im Wert von DM 100 nach Polen. Auch die Reiseaktivitäten wurden gesteigert. Reisetermine und Reiserouten sowie den Reiseveranstalter – BÖLTAU-Reisen aus Berlin-Spandau – meldete der „IM“ an die Staatssicherheit<sup>606</sup>. Und auch der Zusatz war für Ost-Berlin wichtig: „Hinweise über Pläne [...] der ‚Landsmannschaft Schlesien‘ DDR-Bürger (Rentner oder Besucherreisende) [...] in diese Aktivitäten einzubeziehen oder zur Teilnahme zu animieren, liegen nicht vor.“<sup>607</sup>

Das MfS hatte an allen personellen und finanziellen Angelegenheiten der Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin Interesse, die der „Inoffizielle Mitarbeiter Kropf“ in monatlichen Berichten bediente. Seine engen und auch persönlichen Beziehungen zum Vorsitzenden der Landsmannschaft Krafft von Metnitz und der Geschäftsführerin Hedwig Zumbrink ließen ihn immer den neuesten Stand nach Ost-Berlin hinterbringen. Die rückläufigen Zahlen der organisierten Vertriebenen war ein ständiges Problem für die Verbände. Die Mitgliederzahlen in den Landsmannschaften nahmen immer weiter ab. In West-Berlin lebten 1970 knapp 120 000 ehemalige Schlesier.<sup>608</sup>

<sup>602</sup> Vgl. Information: Hinweise über Aktivitäten der LM Schlesien, 24. August 1972, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 130.

<sup>603</sup> Vgl. In: BStU MfS HA XX/AKG 140, Bl. 395.

<sup>604</sup> Vgl. Information des IM Kropf, 25. Mai 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 31.

<sup>605</sup> Information des IM Kropf, 20. Juli 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 36.

<sup>606</sup> Vgl. Geplante Aktivitäten der LM Schlesien und des BLV, 23. Februar 1981, in: BStU MfS HA XX AKG 5616, Bl. 326–330, 348.

<sup>607</sup> Ebenda, Bl. 349.

<sup>608</sup> Vgl. Protokoll der Delegiertenversammlung der LM Schlesien, Landesgruppe Berlin, 29. März 1970, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 107.

1957 waren in der Landsmannschaft 13 000 Mitglieder eingeschrieben, 1967 10 600.<sup>609</sup> Im Jahr 1970 sollen es noch 7500 gewesen sein, „an der Arbeit der Landsmannschaften nehme aber die doppelte Anzahl teil, da in der Regel nur ein Familienmitglied Beiträge zahlt“.<sup>610</sup> Über die schrumpfende Zahl der organisierten Vertriebenen dürfte man in Ost-Berlin zufrieden gewesen sein. 1971/72 zahlten nur 4 498 Schlesier ihren Mitgliedsbeitrag, hinzu kamen noch 932 zahlende Oberschlesier.<sup>611</sup> Diese Zahlen geben der DDR-Seite auch Aufschluß über den Organisationsgrad der Vertriebenen, bei den Schlesiern in West-Berlin lag er bei nur 4,5 Prozent.<sup>612</sup> „IM Kropf“ berichtete seinen Auftraggebern im März 1970 über den eigenwilligen Maßnahmenkatalog des Landsmannschaftsvorstands, der Anweisungen enthielt, wie der Erhalt bzw. die Werbung von Mitgliedern abzusichern sei. So sollte nach dem Tod eines Mitglieds der Landsmannschaft, acht Tage nach der Beerdigung, die Familie des Hinterbliebenen besucht werden, um deren/dessen Mann bzw. Frau, Tochter, Sohn, Schwiegersohn oder Schwiegertochter, Enkel usw. zu überzeugen, im Sinne des Toten die Landsmannschaft in der Landsmannschaft weiterzuführen. Auch könnte man so versuchen, neue Mitglieder in der Verwandtschaft zu werben. Beim Austritt eines Landsmannschaftsmitglieds habe unverzüglich ein Besuch und ein persönliches Gespräch über die Gründe des Ausscheidens zu erfolgen. Und sollte ein Mitglied nach Westdeutschland seinen Wohnsitz verlagern, würde die Mitgliedschaft für den Landesverband der Schlesier in West-Berlin weiter laufen können und sollen.<sup>613</sup>

Eng im Zusammenhang mit den sinkenden Mitgliederzahlen stand die finanzielle Situation der Landsmannschaft. Über fehlende Mittel wurde permanent geklagt. Das „Vermögen der Landsmannschaft Schlesien“ in West-Berlin wurde im April 1968 mit DM 34 800 angegeben.<sup>614</sup> Der Jahresetat 1968 belief sich auf DM 91 000, für 1969 ging man von DM 85 000 aus<sup>615</sup>, 1970 lag das „Gesamtkapital der Landsmannschaft“ bei DM 62 000. „Demgegenüber sei die Landsmannschaft der Oberschlesier finanziell ruiniert und könne keine finanziellen Leistungen an den [West-]Berliner Landesverband der Vertriebenen abführen“ – so lautete der Bericht des „IM“ vom 4. Februar

<sup>609</sup> Vgl. Treffbericht mit GM Kropf, 24. Oktober 1967, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 12, Bl. 216, 217.

<sup>610</sup> LM Schlesien, 4. Februar 1970, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 107, 109.

Allein 1969 soll es 350 Austritte und 420 Zeitungsabbestellungen gegeben haben. Vgl. ebenda, MfS HV A 489, Bl. 102.

<sup>611</sup> Vgl. Treffbericht mit IM Kropf, 6. November 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 55.

Das gleiche Bild zeigte sich beim Mitgliederstand des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen: 1975 waren dort 11 300 Vertriebene organisiert, 1976 10 847. Vgl. Zu den Aktivitäten der LM Schlesien und des BLV, 21. Juni 1977, in: BStU MfS HA XX/AKG 5973, Bl. 50, 53.

<sup>612</sup> Im November 1970 übermittelte der „IM“ nach Ost-Berlin, daß der Vorsitzende des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen (BLV), Gerhard Dewitz, bekannt gegeben hatte, daß in West-Berlin, nach Angaben des Senats, rund 180 000 Vertriebene lebten und daß in den Vertriebenenverbänden nur noch 10 Prozent, also knapp 18 000 zahlende Mitglieder erfaßt seien. Vgl. Treffbericht vom 6. November 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 51.

<sup>613</sup> Vgl. Auszug aus IM-Bericht Kropf, 9. Mai 1970 – Materialien der Delegiertenversammlung vom 13. März 1970, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 106, 111, 112.

<sup>614</sup> Vgl. Protokoll der Delegiertenversammlung vom 5. April 1968, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 34.

<sup>615</sup> Vgl. Information, 19. März 1969, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 95.

1970.<sup>616</sup> Dem West-Berliner Landesverband der Vertriebenen stünden jährlich ein Etat von DM 160 000 zur Verfügung. Der Senat von West-Berlin trage zudem sämtliche Kosten für Miete, Strom, Heizung, er unterhielt also das „Haus der ostdeutschen Heimat“.<sup>617</sup> Nach Ost-Berlin wurde auch verraten, daß die Landsmannschaft 1967/68 DDR-Rentner bei ihren West-Berlin-Besuchen mit insgesamt DM 30 000 unterstützt hatte.<sup>618</sup> Immer mal wieder hinterbrachte der MfS-Spitzel die Nachricht, daß die, und von wem bzw. in wessen Auftrag, Finanzabrechnungen der Schlesischen Landsmannschaft regelmäßig gefälscht würden. „[Der 1. Schatzmeister ...]<sup>619</sup> manipuliere des weiteren Finanzabrechnungen des Landesverbands Westberlin für Bonn, um einen größeren Finanzanteil für den eigenen Landesverband zu sichern. So werde z.B. die Gesamtmitgliederzahl des Landesverbands Westberlin niedriger als [tatsächlich ...] angegeben, um den Differenzbetrag einzuhalten zu können.“<sup>620</sup> So gab es immer wieder Ärger zwischen der West-Berliner Landesgruppe der Landsmannschaft Schlesien und dem Vorstand der Bundeslandsmannschaft Schlesien in Bonn. Im Mai 1979 hieß es dazu in einer „IM-Information“ für Ost-Berlin: Der Vorsitzende der Landsmannschaft in West-Berlin „wurde vom Bundesvorsitzenden [Herbert] Hupka aufgefordert, die Beitragsanteile laut Satzung an die Bundeslandsmannschaft abzuführen. [...] [Kraffto von] Metnitz hat dies abgelehnt mit der Begründung, daß Hupka Westberlin nicht wie die anderen Länder behandeln könne, [...] da Westberlin eine Sonderstellung einnehme und eher noch Zuschüsse von Bonn erhalten“ müsse.<sup>621</sup>

Die sinkenden Mitgliederzahlen in den Vertriebenenverbänden und das schwundende Interesse an Vertriebenenveranstaltungen zeigten sich in West-Berlin auch an der zentralen Großveranstaltung zum „Tag der Heimat“ in der „Waldbühne“.<sup>622</sup> Über das zentrale Vertriebenentreffen vom September 1970 hatte „IM Kropf“ den Bericht des Vorsitzenden des (West)-Berliner Landesverbands der Vertriebenen (BLV), Gerhard Dewitz, angefertigt für die Bonner Zentrale, auch nach Ost-Berlin weitergegeben. Danach besuchten die Veranstaltung zum „Tag der Heimat“ in der „Waldbühne“ am 6. September 1970 nur 8000 Personen, obwohl der Landesverband 35 000 persönliche Einladungen im Vorfeld verschickt hatte. Man überlegte nun, ob für die zentrale Großveranstaltung zum „Tag der Heimat“ 1971 besser die „Deutschlandhalle“ als die 1970 nicht einmal zur Hälfte gefüllte „Waldbühne“ angemietet werden sollte. Aus fi-

<sup>616</sup> IM Kropf, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 109.

<sup>617</sup> Vgl. Aktivitäten des Berliner Landesverbands der Vertriebenen und der LM Schlesien in Westberlin, 28. November 1977, in: BStU MfS/AKG 140, Bl. 394.

<sup>618</sup> Vgl. IM-Bericht Kropf, 1. Oktober 1969, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 99.

<sup>619</sup> Name von der BStU geschwärzt.

<sup>620</sup> Hinweise aus dem Bereich LM Schlesien in Westberlin, IM Kropf, 4. November 1977, in: BStU MfS HA XX/AKG 140, Bl. 119; Aktivitäten der LM Schlesien in Westberlin, 28. November 1977, in: ebenda, Bl. 394, 396.

<sup>621</sup> Information IM Kropf, 25. Mai 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 31.

Geldforderungen an die Landsmannschaft kamen auch vom West-Berliner Landesverband der Vertriebenen. Vgl. Treffbericht GM Kropf vom 9. April 1968, in: ebenda, MfS AIM 11395/86, Bd. 13, Bl. 34, 35.

<sup>622</sup> Vgl. Informationsbericht über Revanchistentreffen in der Waldbühne zum „Tag der Deutschen“, 6. September 1965; Tag der Heimat in Westberlin, 16. September 1967; Tag der deutschen Heimat am 31. August/1. September 1968, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 242–253; 164, 165, 60, 61.

finanziellen Gründen blieben Dewitz und der BLV beim Veranstaltungsort Waldbühne, da dort die Mietkosten bei DM 1000 lagen und nicht wie in der „Deutschlandhalle“ bei DM 9000.<sup>623</sup> Zum „Tag der Heimat“ 1970 hatte es – so teilte der „Inoffizielle Mitarbeiter“ seinem MfS-Führungsoffizier mit – für den West-Berliner Vertriebenenverband ein finanzielles Desaster gegeben. Der BLV hatte den Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz (SPD)<sup>624</sup> als Festredner auf der „Waldbühnen“-Veranstaltung ausgeladen, da dieser ein Jahr zuvor auf dem „Tag der Heimat“ zur „Aussöhnung mit Polen“ aufgerufen hatte, was mit Angriffen und Beschimpfungen wie „Verräter, Kapitulant und Verbrecher“ durch die Vertriebenen quittiert worden war. Der Regierende Bürgermeister beantwortete seine Ausladung, als Festredner in der „Waldbühne“ aufzutreten, mit der Streichung der DM 6000, die die Vertriebenen jährlich zur Unterstützung der Veranstaltung vom West-Berliner Senat erhielten. Und damit nicht genug, der SPD-Politiker Schütz setzte in Bonn, im Innerdeutschen Ministerium durch, daß auch die vom West-Berliner Vertriebenenverband beantragten DM 20 000 für die zentrale Vertriebenenveranstaltung nicht gewährt wurden. Der Regierende Bürgermeister habe – so die Angabe des MfS-Spitzels – verlauten lassen, es sei nicht ratsam, daß die Vertriebenen „politische Kampfdemonstrationen“ abhalten, während sich die Bundesregierung und die Alliierten um Verbesserungen für die Teilstadt<sup>625</sup> bemühten.<sup>626</sup>

Politische Äußerungen und Standpunkte der Vorstandsmitglieder der Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin waren für den DDR-Staatssicherheitsdienst immer bedeutsam. Im Vorfeld und auch auf dem Höhepunkt der Diskussionen um die „Neue Ostpolitik“ der Bundesregierung habe der Vorsitzende der Schlesischen Landsmannschaft von Metnitz seine Meinung verteidigt, „daß er keine Wahlempfehlungen in seiner Eigenschaft als Chef der Landsmannschaft“ geben werde.<sup>627</sup> Der Landesvorsitzende von Metnitz favorisierte zudem Landsmannschaftsfunktionäre, die nicht parteipolitisch gebunden seien, „treue Anhänger der landsmannschaftlichen Ziele sind und nicht ständig wegen ihrer faschistischen Vergangenheit angegriffen werden“.<sup>628</sup> Auch, so informierte der „IM“ 1967, trete Krafft von Metnitz bei allen Veranstaltungen politisch zurückhaltend auf. Er stehe für Verständigung, Aussöhnung und Annäherung mit den Polen und erhebe nie Gebietsforderungen. Auch stimme er den Aus-

<sup>623</sup> Vgl. Treffbericht mit „IM Kropf“ vom 5. November 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 51.

<sup>624</sup> Klaus Schütz (\* 1926), SPD, Oktober 1967–Mai 1977 Regierender Bürgermeister von West-Berlin, danach Botschafter der Bundesrepublik in Israel.

Tumult in der Waldbühne, in: Der Abend, 8. September 1969; Waldbühnenbesucher attackierten Schuetz, 8. September 1969; Schütz auf Vertriebenen-Veranstaltung ausgepfiffen; Verleumdung muß aufhören, in: Berliner Morgenpost, 6. September 1969; Zeitungsartikelsammlung, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 8–15.

<sup>625</sup> Hingewiesen wurde damit auf die seit März 1970 laufenden Viermächteverhandlungen über Berlin.

<sup>626</sup> Vgl. Treffbericht mit „IM Kropf“ vom 5. November 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 51, 52; „Im eigenen Saft“, in: Der Spiegel, vom 24. August 1970, S. 36.

<sup>627</sup> Vgl. Information, 23. Februar 1967, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 8.

<sup>628</sup> Information: Jahresdelegiertenkonferenz der LM Schlesien in Westberlin, 1. März 1968, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 16.

führungen Herbert Wehnens (SPD)<sup>629</sup> zu, die dieser am 11. März 1967 auf einer Veranstaltung der Landsmannschaft in West-Berlin gemacht hatte. Diese lauteten: Landsmannschaftsfunktionäre seien keine „Nazis und Revanchisten“, man müsse öffentlich klar machen, daß die Vertriebenen eine Hauptlast des letzten Krieges getragen hätten. Die Schuld Deutschlands gegenüber seinen Nachbarn und besonders Polen sei sehr groß, aber die Vertriebenen dürften nicht allein für die Schuld des deutschen Volkes bezahlen – so sinngemäß die Rede Wehnens, wiedergegeben durch den „IM Kropf“.<sup>630</sup>

Mitte 1969 meldete der „IM“ eine neue Variante der Mitgliederwerbung bei der Landsmannschaft Schlesien. Der Bundesvorsitzende der organisierten Schlesier Herbert Hupka habe die Lösung ausgegeben, zukünftig in allen Bevölkerungskreisen nach „Patrioten für Schlesien“ zu werben. Nicht mehr nur die Herkunft und Abstammung, sondern das Bekenntnis zu Schlesien sei ausreichende Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in der Landsmannschaft. Hupka habe zudem im Juni 1969 aufgerufen, viel stärkeren Druck auf die Ostpolitik der SPD auszuüben. Hupka habe die Landsmannschaften und ihre Mitglieder aufgehalten, folgende Gruppierungen politisch intensiver zu bekämpfen: 1. die „selbsternannten Realpolitiker“, die die Oder-Neiße-Grenze und die DDR anerkennen wollen, 2. die „politischen Opportunisten“, die „auf die polnisch besetzten Gebiete“ als Preis für die Einheit mit der DDR verzichten wollen, 3. die „kapitalistischen Geschäftemacher“, die den Status quo anerkennen, um in Osteuropa gute Geschäfte machen zu können, 4. die „idealistischen Friedensstrategen“, die Versöhnung um jeden Preis wollen, 5. die „politischen Masochisten“, die „an der Schuld an [...] Polen zu ertrinken glauben“, 6. „Leute, die ihre Ruhe haben wollen“, um sich nicht engagieren zu müssen, und 7. betroffene Vertriebene, die keine neuen Vertreibungen nun für polnische Bewohner wollen.<sup>631</sup>

In den Jahren der politischen Auseinandersetzungen um die Neue Ostpolitik und die Verhandlungen und Abschlüsse der Ostverträge nahm die Staatssicherheit mit Aufmerksamkeit die Spitzelberichte von „Kropf“ über Zusammenkünfte von Landsmannschaftsfunktionären und Bonner Politikern entgegen. So hatte am 8./9. Mai 1970 eine Konferenz der Bundes- und Landesfunktionäre der Schlesischen Landsmannschaft in Mainz stattgefunden. Ein Gastredner war Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP)<sup>632</sup> gewesen, der von verschiedenen Landsmannschaftsfunktionären verbal hart angegriffen wurde. Auf die Fragen – wie lange will die FDP die Brandt-Regierung mit ihrer Verratspolitik an den Vertriebenen noch unterstützen oder kann die FDP zusichern, daß die SPD/FDP-Bundesregierung die Oder-Neiße-Grenze nie anerkennt – antwortete Genscher ausweichend, um dann fluchtartig die

<sup>629</sup> Herbert Wehner (1906–1990), war zwischen 1966 und 1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

<sup>630</sup> Vgl. Information: Veranstaltung der LM Schlesien in der Westberliner Kongreßhalle, 13. März 1967, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 9, 11.

<sup>631</sup> Vgl. Zum Treffen der Schlesischen Landsmannschaft in Hannover, 13.–15. Juni 1969, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 307–309.

<sup>632</sup> Hans-Dietrich Genscher (\*1927), 1969–1974 Bundesminister des Innern, 1974–1992 Außenminister, 1974–1985 FDP-Vorsitzender.

Veranstaltung zu verlassen.<sup>633</sup> Herbert Hupka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft und zu dieser Zeit noch SPD-Mitglied,<sup>634</sup> versicherte seinen „Landsmännern“: „In erster Linie bin ich Schlesier und erst danach Sozialdemokrat, das weiß auch mein Parteifreund Wehner.“<sup>635</sup> Hupka verteidigte seine SPD-Mitgliedschaft und meinte, es sei falsch gewesen, daß der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen Reinhold Rehs aus der SPD ausgetreten sei,<sup>636</sup> denn es müsse auch innerhalb der SPD Vertriebene geben, die wachsam alle Handlungen der „Verzichtspolitiker“ überwachen.<sup>637</sup> Am 17. Juli 1970 berichtete der MfS-Agent seinen ostdeutschen Auftraggebern über ein Treffen hoher Landsmannschaftsfunktionäre mit dem Stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner Ende Juni 1970 in Bonn. Diese Informationen hatte er von seinem engen Vertrauten, dem Funktionär Krafft von Metnitz, erhalten. Herbert Wehner hätte sich gegen öffentliche Reden von Vertriebenenpolitikern und SPD-Mitgliedern, insbesondere von Herbert Hupka, gewandt. Hupkas Auftreten widerspräche der politischen Linie der SPD und der Bundesregierung. Es sei zu lautstarken Auseinandersetzungen gekommen. Wehner habe Hupka mit Disziplinar- und Parteiausschlußverfahren sowie mit einer deutlichen Kürzung der Zuschüsse für alle Landsmannschaften durch die Bundesregierung gedroht, wenn dieser und andere Vertriebenenpolitiker nicht einlenken bzw. Ruhe halten würden. Diese Auseinandersetzung zwischen Wehner und Hupka sei im Präsidium des Bundes der Vertriebenen in Bonn besprochen worden, und man sei einhellig zu der Auffassung gekommen, daß die Bundesregierung ihre Haltung gegenüber den Forderungen der Landsmannschaften nicht ändern würde und man daher mit einer weiteren Kürzung der finanziellen Zuschüsse rechnen und sich darauf einstellen müsse.<sup>638</sup>

In regelmäßiger Wiederkehr gab „Kropf“ Meldungen über Posten Neu- oder umbesetzungen im West-Berliner Landesverband der Landsmannschaft Schlesien bzw. in der Bonner Bundeslandschaftszentrale ab.<sup>639</sup> Immer wieder beschrieb er auch das gespannte Verhältnis zwischen dem Vorsitzenden des Landesverbands der Schlesier in West-Berlin Krafft von Metnitz und dem Bundesvorsitzenden Herbert Hupka, ohne nähere Umstände nach Ost-Berlin zu melden. Für den West-Berliner Landes-

<sup>633</sup> Vgl. Information: Mitarbeiterkonferenz der Landsmannschaft Schlesien, 29. Mai 1970, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 117–119.

<sup>634</sup> Herbert Hupka wechselte am 29. Februar 1972 von der SPD-Bundestagsfraktion zur CDU/CSU-Fraktion als Reaktion auf die von der SPD/FDP-Bundesregierung abgeschlossenen Ostverträge.

<sup>635</sup> Information: Mitarbeiterkonferenz der Landsmannschaft Schlesien, 29. Mai 1970, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 119.

<sup>636</sup> Reinhold Rehs (1901–1972), 1966–1969 Vorsitz des BdV, SPD-Mitglied, trat am 13. Mai 1969 wegen der Ostpolitik Willy Brandts zur CDU über.

<sup>637</sup> Vgl. Information: Mitarbeiterkonferenz der Landsmannschaft Schlesien, 29. Mai 1970, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 119.

<sup>638</sup> Vgl. Treffbericht Quelle Kropf, 17. Juli 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 18, 19.

<sup>639</sup> Vgl. Delegiertenversammlung der Landsmannschaft Schlesien, 5. April 1968, und 26. April 1968; Ergebnisprotokoll der Bezirks- und Heimatgruppenbetreuer, 31. Januar 1969, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 31–41, 42–44, 86; Schriftliche Unterlagen der Delegiertenversammlung des Berliner Landesverbands der Vertriebenen, 11. Mai 1976, in: ebenda, Bd. 15, Bl. 110–113; Ergänzung zum Treffbericht des IM Kropf, 23. Januar 1979 und Anlage zum Treffbericht, 16. August 1985, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 7, 417, 418.

verband ergab sich seit Ende der 1960er Jahre immer mehr das Problem, so der „IM“ in einem Treffbericht vom 9. April 1968, daß immer weniger Mitglieder bereit waren, Funktionen zu übernehmen, da sie fürchteten, bei der Durchreise von West-Berlin nach Westdeutschland von den DDR-Behörden Schwierigkeiten zu bekommen.<sup>640</sup> 1977 hatte der Vorsitzende von Metnitz zu einer Aktion aufgerufen, die sich an die Mitglieder und die Funktionäre der Landsmannschaft wandte. Es sollten alle Informationen über Behinderungen im Reiseverkehr und im Transit durch die DDR gesammelt werden, die dann zur Registrierung an das Bonner Innenministerium weitergeleitet wurden. Diese „IM“-Meldung hatten die zuständigen MfS-Offiziere interessiert registriert.<sup>641</sup> Über eine andere aber ähnlich gelagerte Problematik berichtete der „IM“ im Mai 1979. Es tat sich der Fall auf, daß der Oberbürgermeister von Hannover sämtliche Zuschüsse für das geplante Schlesiertreffen in Hannover strich und auch seine Einladung für die Veranstaltung zurück gab, da ansonsten, wie er mitteilte ließ, die geplante Städtepartnerschaft Hannover – Poznan nicht zustande kommen würde. Die polnische Seite hatte die Forderung an die Stadtoboberhäupter von Hannover gestellt, keine Vertriebenenveranstaltungen zu unterstützen. Poznan wurde 1979 Partnerstadt, und Hannover verweigerte den organisierten Vertriebenen die Unterstützung.<sup>642</sup> Das blieb aber nicht so. Im Juni 1985 fand in Hannover das größte jemals abgehaltene Deutschlandtreffen der Schlesier mit 160 000 Teilnehmern statt. Auch wenn die Stadt Hannover, der Oberbürgermeister und SPD-Politiker Herbert Schmalstieg<sup>643</sup>, jegliche Unterstützung für die Vorbereitung und Durchführung des Schlesiertreffens unterließen, kam die notwendige finanzielle und politische Hilfe vom Bundesland Niedersachsen, von Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU)<sup>644</sup>. Das Land Niedersachsen hatte seit 1951 die Patenschaft über die Landsmannschaft Schlesien.<sup>645</sup> Der MfS-Spitzel hatte auch nach Ost-Berlin weitergeleitet, daß am Bundeslandsmannschaftstreffen über 300 Besucher aus der DDR teilgenommen hätten. Die Namen und Anschriften von drei DDR-Bürgern, einem Geschwisterpaar aus dem sächsischen Rötha und einem Mann aus dem sächsischen Schönheide, hatte der „IM“ in Erfahrung gebracht und dem MfS verraten.<sup>646</sup>

Die monatlichen Treffen zwischen dem „Inoffiziellen Mitarbeiter Kropf“ und der Staatssicherheit endeten in der Regel mit einer kurzen Auftragserteilung seitens des MfS-Führungsoffiziers. Oft waren diese Aufträge, dem Einsatzgebiet des Agenten entsprechend, allgemein gehalten wie: „Informationen über die Vorbereitung zum ‚Tag der Heimat‘ 1968 sammeln“, „Regelmäßig sind die Sprechstunden im ‚Haus der ost-

<sup>640</sup> Vgl. Treffbericht GM Kropf, 10. April 1968, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 13, Bl. 37.

<sup>641</sup> Vgl. Erkenntnisse aus Kreisen der LM Schlesien in West-Berlin, 22. Juni 1977, in: BStU MfS HA XX/AKG 5973, Bl. 46.

<sup>642</sup> Vgl. Information des IM Kropf, 25. Mai 1979 und 20. Juli 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 31, 32, 36.

<sup>643</sup> Herbert Schmalstieg (\*1943), 1972–2006 Oberbürgermeister der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover.

<sup>644</sup> Ernst Albrecht (\*1930), 1976–1990 Ministerpräsident von Niedersachsen.

<sup>645</sup> Vgl. Anlage zum Treffbericht des „IM Kropf“, 8. Juli 1985, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 412, 413.

<sup>646</sup> Vgl. ebenda, Bl. 413.

deutschen Heimat‘ wahrzunehmen“ oder „Informationen über Aktivitäten der Landsmannschaften, speziell der Schlesischen in West-Berlin zu erarbeiten“.<sup>647</sup> Brisant und für die jeweiligen Betroffenen unangenehm, wenn nicht sogar gefährlich, waren jene regelmäßigen Aufträge des MfS, die das geheimdienstliche Ausspionieren von Funktionären oder Mitarbeitern der Vertriebenenverbände bzw. Besucher von Vertriebenenveranstaltungen betrafen. In den Jahren zwischen 1961 und 1985 kamen so einige Hundert Auskünfte und Namen über Personen, die das MfS interessierten, zusammen.<sup>648</sup> Was die Staatssicherheit mit dieser Datenmenge anzufangen gedachte, bleibt ungeklärt. Die Vermutung liegt nahe, daß das MfS ständig auf der Suche war nach Personen zum „Abschöpfen“ von Informationen bzw. zum „Anwerben“ für Spitzeldienste. Die Aufträge zur Personenaufklärung lauteten beispielsweise folgendermaßen: Am 14. April 1970 hieß es: Welchen Namen hat „die verheiratete, zirka 20jährige Tochter des ehemaligen Geschäftsführers des Berliner Landesverbands der Vertriebenen, die in der Kantine des ‚Hauses der ostdeutschen Heimat‘ als Serviererin arbeitet?“ Und: „Bitte genaue Personalien des Rechnungsprüfers [Name von der BStU geschwärzt] sowie der Mitglieder des Finanz- und Schlichtungsausschusses“ der Landsmannschaft Schlesien klären.<sup>649</sup> Im „Treffbericht“ vom 17. Juli 1970 stand: „Möglichst genaue Personalien der Sekretärin [Name von der BStU geschwärzt] im ‚Haus der ostdeutschen Heimat‘ feststellen“. Zudem hieß es, daß am 20./21. Juni 1970 in Springe/bei Hannover das Bundestreffen der Schlesischen Heimatgruppe Militsch-Trachenberg stattgefunden und die „Quelle Kropf“ fünf Teilnehmer im Rentenalter aus der DDR namentlich ausgemacht hatte. Es handelte sich dabei um ein Ehepaar aus der sächsischen Kleinstadt Mittweida bei Chemnitz, um einen Fleischermeister aus dem südbrandenburgischen Elsterwerder und um zwei Männer aus Staßfurt.<sup>650</sup> Ein anderer Auftrag vom 18. Januar 1979 bezog sich auf den neu eingesetzten Geschäftsführer des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen. „IM Kropf“ sollte unverzüglich alles über den zirka 40jährigen Dieter Hempel, Mitglied der CDU, in Erfahrung bringen und nach Ost-Berlin melden.<sup>651</sup> Eine ähnliche Aufforderung erging im August 1985, persönliche Lebensumstände vom 2. Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin, Werner Unte<sup>652</sup>, zu übermitteln. Unte gehörte auch zum Vorstand des Vertriebenendachverbands, des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen.

<sup>647</sup> Treffbericht mit GM Kropf, 10. April 1968, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 13, Bl. 41; Auftrags- und Sicherungskonzeption zum Treff mit IM Kropf, 15. April 1983, in: ebenda, Bd. 16, Bl. 243.

<sup>648</sup> Geht man davon aus, daß ab 1961 über 25 Jahre monatliche Treffen zwischen dem „IM“ und der Staatssicherheit stattfanden, so kamen rund 300 Treffen zusammen. Auskunftsanforderungen stellte das MfS sicher nicht bei jedem Treffen, öfters wurde immer nach den gleichen Vertriebenenfunktionären gefragt – aber von einigen hundert auszuspionierenden Personen kann bei „IM Kropf“ gesprochen werden. Vgl. BStU MfS AIM 11395/86, Bände 9 bis 16.

<sup>649</sup> MfS-Auftrag an „Kropf“, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 119.

<sup>650</sup> Vgl. Treffbericht mit der „Quelle Kropf“, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 22, 23.

<sup>651</sup> Vgl. Ergänzung zum Treffbericht des IM Kropf, 23. Januar 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 7.

<sup>652</sup> Werner Unte, geboren am 11. Januar 1929 in Liegnitz (heute: Legnica/Polen), 1985 beim West-Berliner Senat neu als Leiter einer Passierscheinstelle eingesetzt, zuvor Angestellter des Statistischen Landesamts von West-Berlin. Vgl. Anlage zum Treffbericht des IM Kropf, 16. August 1985, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 417.

benen, er war lange Jahre SPD-Mitglied, verließ 1985 die Partei. Die Staatssicherheit schien besonderes Interesse an den Werner Unte nachgesagten engen Kontakten in die VR Polen zu haben, an den Reisen, die der perfekt Polnisch sprechende Funktionsärzt regelmäßig nach Polen unternahm und an den von ihm im Rahmen des „Hilfswerks Schlesien“ organisierten Paketaktionen.<sup>653</sup> Wie unangenehm und möglicherweise auch gefährlich diese „Personenaufklärungen“ für den jeweils Betroffenen waren, kann hier nicht beurteilt werden. Alle Spitzelberichte des „IM Kropf“ waren mit dem Vermerk versehen: „Streng geheim! Die Information ist streng vertraulich – Quellengefährdung“.

Es ist davon auszugehen, daß es auch in anderen Landsmannschaften bzw. Landesgruppen von Vertriebenenorganisationen Spitzel des DDR-Geheimdienstes gab, die regelmäßig Informationen nach Ost-Berlin lieferten. So saß zumindest in den 1960er und 1970er Jahren ein „Inoffizieller Mitarbeiter“ mit dem Decknamen „Dohle“ in der Landsmannschaft der Oberschlesier der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.<sup>654</sup> Seit 1966 war er in den Landesvorstand der Landsmannschaft der Oberschlesier aufgestiegen und verfügte über sehr gute Kontakte in das „Haus des Deutschen Ostens“ in Düsseldorf.<sup>655</sup> Wie lange und in welchem Umfang und welche Informationen er an die DDR-Staatssicherheit weitergab, ist noch nicht erforscht. Gleichermaßen dürfte auch für die Landsmannschaft der Ostpreußen zutreffen. Am Hauptsitz der Bundeslandsmannschaft der Ostpreußen in Hamburg hatte das MfS die bereits erwähnte Agentin „IM Sitha“ plaziert. Auch diese berichtete in den 1960er Jahren vorzugsweise über die rund 40 hauptamtlichen Mitarbeiter der Landsmannschaft in Hamburg, Parkallee, über die Führungsebene der Landsmannschaft, u. a. über Dr. Alfred Gille und Dr. Hans Matthee, und sie informierte die MfS-Zentrale in Ost-Berlin über die Bundesvorstandssitzungen bzw. Landesdelegiertentagungen der Landsmannschaft.<sup>656</sup> Auch hier wären weitere Forschungen möglich. Auf einen spektakulären Fall einer MfS-Agentin in der Zentrale des Bundes der Vertriebenen in Bonn wird im folgenden Kapitel eingegangen.

<sup>653</sup> Vgl. Anlage zum Treffbericht des IM Kropf, 16. August 1985, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 417, 418.

<sup>654</sup> Der „IM“ wurde von der MfS-Bezirksverwaltung Rostock geführt.

<sup>655</sup> Vgl. verschiedene Berichte, Informationen und Tonbandabschriften „Informationen zur Politik der Landsmannschaft Oberschlesien in NRW“ zwischen 1964 und 1966, in: BStU MfS Rostock Rep. 2/112.

<sup>656</sup> Vgl. Landsmannschaft Ostpreußen 1960–1978, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 1–188.